

HESSISCHER LANDTAG

09. 12. 2020

61. Sitzung

Wiesbaden, den 9. Dezember 2020

	Amtliche Mitteilungen	15.	Zweite Lesung Gesetzentwurf	
	Entgegengenommen4669Präsident Boris Rhein4669		Landesregierung Gesetz über die Feststellung des Haushalts- plans des Landes Hessen für das Haushalts-	
59.	Beschlussempfehlung und Bericht Ausschuss für Digitales und Datenschutz		jahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) – Drucks. 20/4214 zu Drucks. 20/3978 –	4680
	Vorlage Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Achtundvierzigster Tätigkeitsbericht zum Datenschutz und Zweiter Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit		Nach zweiter Lesung dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen	4791
			Einzelplan 01	4680
	hierzu: Stellungnahme der Landesregie- rung betreffend den Achtundvierzigsten		Einzelplan 03	4680
	Tätigkeitsbericht zum Datenschutz und Zweiten Bericht zur Informationsfreiheit		Günter Rudolph Eva Goldbach	
	des Hessischen Beauftragten für Daten- schutz und Informationsfreiheit		Klaus Herrmann	
	- Drucks. 20/4024 zu Drucks. 20/3797 zu		Alexander Bauer	
	Drucks. 20/2607 –		Stefan Müller (Heidenrod)	4687
	D 11 (11 4701		Hermann Schaus	
	Beschlussempfehlung angenommen4791		Saadet Sönmez	
	Torsten Leveringhaus		Minister Peter Beuth	4092
	fitsch		Einzelplan 04	4693
	Hartmut Honka		Christoph Degen	4694
	Nadine Gersberg		Daniel May	
	Andreas Lichert		Heiko Scholz	
	Torsten Felstehausen		Armin Schwarz	
	Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn		Moritz Promny	
	Willister Feter Deutil		Elisabeth Kula	

Einzelplan 05	4708		Dr. Matthias Büger	6
Gerald Kummer	4708		Janine Wissler 477	
Walter Wissenbach			Ministerin Angela Dorn	9
Hildegard Förster-Heldmann				
Christian Heinz		13	Zweite Lesung	
Marion Schardt-Sauer		10.	Gesetzentwurf	
Dr. Ulrich Wilken			Landesregierung	
Ministerin Eva Kühne-Hörmann			Gesetz zur Änderung des Wohnrauminves-	
willisterii Eva Ruilie-Hormanii	4/13			
			titionsprogrammgesetzes	_
Einzelpläne 06, 17 und 18	4716		- Drucks. 20/4170 zu Drucks. 20/3915 478.	2
_			In zweiter Lesung angenommen:	
Marius Weiß			Gesetz beschlossen	1
Miriam Dahlke				
Bernd-Erich Vohl			Dr. Stefan Naas	
Michael Reul			Elke Barth	
Marion Schardt-Sauer			Jürgen Lenders	
Jan Schalauske	4724		Hildegard Förster-Heldmann	4
Minister Michael Boddenberg	4726		Jan Schalauske	5
			Dimitri Schulz	7
F: 11 05	4720		J. Michael Müller (Lahn-Dill)	8
Einzelplan 07	4/28		Minister Tarek Al-Wazir	
Tobias Eckert	4728			
Angelika Löber				
Heiko Kasseckert		67.	Beschlussempfehlungen	
Andreas Lichert			der Ausschüsse zu Petitionen	
Karin Müller (Kassel)			– Drucks. 20/4159 –	1
Dr. Stefan Naas			Pasahlussampfahlungan anganamman	
			Beschlussempfehlungen angenommen;	
Janine Wissler			ausgenommen Petition Nr. 1588/20 (dem Peti-	1
Minister Tarek Al-Wazir			tionsausschuss zurücküberwiesen)479	I
Günter Rudolph	4/44		Torsten Felstehausen	1
Einzelplan 08	4744	60.	Beschlussempfehlung und Bericht	
Lisa Gnadl	1711	00.		
			Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Ver-	
Claudia Ravensburg			kehr und Wohnen	
Volker Richter			Antrag	
Marcus Bocklet			Fraktion der Freien Demokraten	
Yanki Pürsün			Geodaten offen bereitstellen – innovative	
Christiane Böhm			Geschäftsmodelle fördern, Standortnach-	
Saadet Sönmez			teil für Hessen aufheben	
Minister Kai Klose	4755		- Drucks. 20/4172 zu Drucks. 20/2869	1
			Beschlussempfehlung angenommen479	1
Einzelplan 09	1758		2000 mussempjemung ungenommen	1
12.11.2CIpian v/	4/30			
Gernot Grumbach	4758	Z1	Dosahlussamnfahlung und Davield	
Michael Ruhl	4759	61.	1 0	
Klaus Gagel			Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Ver-	
Gerhard Schenk			kehr und Wohnen	
Frank Diefenbach			Dringlicher Antrag	
Wiebke Knell			Fraktion der Freien Demokraten	
Torsten Felstehausen			Autobahn 49: Lückenschluss weiterhin	
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz			dringend gebraucht, Bewegung radikali-	
Ministerin Priska Hinz			siert sich zunehmend	
Willisteriii I fiska filliz	4707		- Drucks. 20/4173 zu Drucks. 20/4068	2
Einzelplan 10	4769		Beschlussempfehlung angenommen479	2
Einzelplan 11	4769			
<u>F</u>				
Einzelplan 15	4769			
Dr. Daniela Sommer				
Andreas Hofmeister				
Dr. Frank Grobe				
Nina Eisenhardt	4//3			

62.	Beschlussempfehlung und Bericht Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Dringlicher Antrag Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Weiterbau der BAB 49: Ergebnis des rechtsstaatlichen Verfahrens respektieren – Drucks. 20/4174 zu Drucks. 20/4072 –	65.	Beschlussempfehlung und Bericht Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss Entschließungsantrag Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessens stationäre Versorgung ist auch in einer ernsten medizinischen Situation gut aufgestellt - Drucks. 20/4181 zu Drucks. 20/4008
63.	Beschlussempfehlung und Bericht Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss Antrag Fraktion DIE LINKE Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hessen entschieden bekämpfen – Drucks. 20/4179 zu Drucks. 20/2874 –	66.	Beschlussempfehlung und Bericht Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss Dringlicher Antrag Fraktion der SPD Stationäre Versorgung sicherstellen – Beschäftigte schützen und stärken – Drucks. 20/4182 zu Drucks. 20/4061 –
64.	Beschlussempfehlung und Bericht Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss Antrag Fraktion der AfD Effektive Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit – Drucks. 20/4180 zu Drucks. 20/3678 –		

Beschlussempfehlung angenommen4792

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein Vizepräsident Frank Lortz Vizepräsidentin Karin Müller Vizepräsidentin Heike Hofmann Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir

Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund Lucia Puttrich

Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus

Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Minister der Finanzen Michael Boddenberg

Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz

Minister für Soziales und Integration Kai Klose

Staatssekretär Michael Bußer Staatssekretär Dr. Stefan Heck

Staatssekretär Dr. Martin J. Worms

Abwesende Abgeordnete:

Lena Arnoldt Karl Hermann Bolldorf Karin Hartmann Bijan Kaffenberger Kaya Kinkel Heinz Lotz (Beginn: 9:05 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Ich begrüße heute auf das Allerherzlichste den hessischen Datenschutzbeauftragten, Herrn Prof. Ronellenfitsch. Es ist für uns eine große Freude, dass Sie heute wieder bei uns sind. Herzlich willkommen, lieber Herr Prof. Ronellenfitsch.

(Beifall)

Man kann sagen, heute gibt es zwei Geschenke. Ein Geschenk ist, dass Sie heute bei uns sind. Das zweite Geschenk gibt es, neben den vielen Tagesordnungspunkten, die wir in den nächsten Tagen zu beraten haben, in Form eines kleinen Buches. Es ist Ihnen über Ihre Postfächer zugegangen; vielleicht haben Sie das alljährliche Weihnachtsgeschenk auch schon entdeckt. Während die Ausgabe der Verfassung im letzten Jahr vor allem bedeutungsvoll und schön war, wenn ich dies so sagen darf, ist das Notizbuch, das Sie heute vorfinden, vor allem schön und praktisch. Es ist nicht bedeutungsvoll und schwer, aber es ist schön und praktisch. Auch das ist gut. Es liegt in den Fächern. Sie werden, wenn Sie reinschauen, vieles wiedererkennen, was Sie im Landtag normalerweise sehen können, was derzeit aber nicht immer begehbar und sichtbar ist, weil wir uns in wunderbaren Sanierungs- und Bauarbeiten befinden. Wir finden, wir hatten in diesem Jahr zur Genüge schwere Kost; deswegen gibt es in diesem Jahr leichte Kost. Ich wünsche Ihnen damit viel Freude und hoffe, dass Sie es mit guten Gedanken und Ideen werden füllen können.

Nun eröffne ich die 61. Plenarsitzung des Hessischen Landtags. Mit Blick in den Plenarsaal darf ich die Beschlussfähigkeit feststellen.

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen mitteilen: Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend "Maske auf statt Schule zu" ist alleine kein Konzept – Kultusminister muss Missstände endlich erkennen und handeln, Drucks. 20/4241. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 81 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 76 zu diesem Thema aufgerufen werden.

Außerdem eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Schutz vor Corona, Drucks. 20/4242. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 82 und kann, wenn niemand widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 74 aufgerufen werden. – Es sind alle einverstanden.

Ein weiterer von der Fraktion der Freien Demokraten eingereichter und auf Ihren Plätzen verteilter Dringlicher Antrag hat den Betreff "Hessens Innenstädte attraktiv halten – Verödung stoppen – Strukturwandel konstruktiv begleiten", Drucks. 20/4243. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dieser Dringliche Antrag wird damit Tagesordnungspunkt 83 und kann, wenn niemand widerspricht, mit Tagesordnungspunkt 7 aufgerufen werden. – Ich sehe, dass Sie einverstanden sind.

Und schließlich ist ebenfalls von der Fraktion der Freien Demokraten ein Dringlicher Antrag betreffend Hessen muss sich gegen Einführung der Abgasnorm Euro 7 einsetzen – Strukturbruch verhindern – Arbeitsplätze erhalten, Drucks. 20/4244, eingegangen. Auch hier erfolgte eine Verteilung der Initiative auf Ihren Plätzen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 84 und kann mit Tagesordnungspunkt 72 zu diesem Thema aufgerufen werden. – Alle sind einverstanden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat in der Sitzung gestern Abend eine Beschlussempfehlung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zum Werra-Kalirevier, Drucks. 20/3990, abgegeben. Darüber hinaus liegen auch zwei dazugehörende Beschlussempfehlungen des Ausschusses zu einem Dringlichen Entschließungsantrag und einem Entschließungsantrag vor. Die Beschlussempfehlungen wurden heute Nacht verschickt. Diese können am Freitag im Rahmen der zweiten Lesung zusammen mit dem Gesetzentwurf aufgerufen werden und am Ende der Plenarsitzung mit dem Gesetzentwurf abgestimmt werden. Wollen wir so verfahren? – So machen wir das.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich, wenn alles gut geht, bis ca. 20:30 Uhr. Wir beginnen im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit Tagesordnungspunkt 59, dem Achtundvierzigsten Tätigkeitsbericht zum Datenschutz und dem Zweiten Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit des hessischen Datenschutzbeauftragten. Eine Mittagspause ist heute nicht vorgesehen.

Im Anschluss an die heutige Plenarsitzung tagen am Abend der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen im Sitzungsraum 501 A sowie der Hauptausschuss im Sitzungsraum 510 W. 30 Minuten nach der Plenarsitzung kommt außerdem der Innenausschuss im Plenarsaal zusammen.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass alle zur Abstimmung stehenden Initiativen heute Abend, wie besprochen, gebündelt abgestimmt werden.

Auch hinweisen möchte ich auf die Corona-Schnelltestungen, die heute Abend ab 17:30 Uhr im Foyer vor dem Medienraum durchgeführt werden.

Entschuldigt fehlen heute ganztägig die Kollegin Kaya Kinkel, der Kollege Bijan Kaffenberger, die Kollegin Hartmann, der Kollege Lotz und der Kollege Bolldorf. Gibt es weitere Entschuldigungen? – Frau Kollegin Arnoldt ist entschuldigt, Herr Kollege Bellino. Es ist alles in Ordnung.

Zum Geburtstag, allerdings in Abwesenheit, können wir heute dem Kollegen Karl Hermann Bolldorf gratulieren. 72 Jahre ist Kollege Bolldorf geworden.

(Beifall)

Herr Bolldorf ist für diese Plenarwoche entschuldigt; der Geburtstagswein kann daher nicht persönlich ausgehändigt werden. Das wird selbstverständlich nachgeholt. Wir wünschen alles Gute und Gesundheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf jetzt **Tagesordnungspunkt 59** aufrufen:

Beschlussempfehlung und Bericht Ausschuss für Digitales und Datenschutz Vorlage

Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Achtundvierzigster Tätigkeitsbericht zum Datenschutz und Zweiter Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit hierzu: Stellungnahme der Landesregierung betreffend den Achtundvierzigsten Tätigkeitsbericht zum Datenschutz und Zweiten Bericht zur Informationsfreiheit des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Drucks. 20/4024 zu Drucks. 20/3797 zu Drucks.
 20/2607 –

Herrn Prof. Ronellenfitsch habe ich bereits sehr herzlich begrüßt. Herr Prof. Ronellenfitsch hat heute einen besonderen Tag; denn dies wird heute der letzte Tätigkeitsbericht in einer Plenarsitzung sein. Dies ist ein Verlust, weil Sie unsere Plenarsitzungen immer intensiv bereichert haben.

Bevor ich Herrn Prof. Ronellenfitsch das Wort erteile, darf ich zunächst den Berichterstatter, Herrn Kollegen Torsten Leveringhaus, um Berichterstattung bitten. Herr Kollege Leveringhaus, Sie haben das Wort zur Berichterstattung.

Torsten Leveringhaus, Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Digitales und Datenschutz: Der Ausschuss für Digitales und Datenschutz empfiehlt dem Plenum, den Achtundvierzigsten Tätigkeitsbericht zum Datenschutz und den Zweiten Bericht zur Informationsfreiheit des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zur Kenntnis zu nehmen und darüber eine Aussprache zu führen. Das Ganze war im Ausschuss einstimmig. – Vielen Dank.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank für die Berichterstattung, Herr Kollege Leveringhaus. – Ich darf jetzt Herrn Prof. Ronellenfitsch für seinen Tätigkeitsbericht das Wort erteilen. Herr Prof. Ronellenfitsch, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch, Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit:

Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Sie reden hier ohne Maske?

Präsident Boris Rhein:

Sie können die Maske ruhig absetzen.

Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch, Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit:

Gut, dann setze ich die Maske ab, denn sonst versteht man gar nichts. Ich möchte mir nämlich keine Rüge zuziehen wie gestern ein hoher Politiker im Bundestag. Auch ich habe ein Manuskript, aber ich rede frei. Ich habe nur deshalb ein Manuskript, damit ich nicht zu lange rede. Ich will Sie nicht über Gebühr strapazieren.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem hessischen Datenschutzrecht hat der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit zum 31. Dezember jedes Jahres dem Landtag und der Landesregierung einen Bericht über die Ergebnisse seiner Tätigkeit vorzulegen. Selbst Volljuristen ist nicht immer klar, dass damit keine Abgabefrist, sondern der Gegenstand der Berichtsfrist bezeichnet ist. Es kann gar keine Abgabefrist sein, sonst wäre die Stellungnahme der Landesregierung sinnlos. Die Landesregierung bekommt den Bericht zum gleichen Zeitpunkt. Aber die Stellungnahme der Landesregierung brauche ich nicht zu kommentieren. Ich habe dies nachgezählt: Die Landesregierung stimmt uns über 70 Mal zu; da gibt es keinen Dissens. Wenn sich die Landesregierung dies alles ansieht, was wir ihr zu bedenken gegeben haben, kann nichts Besseres passieren.

Das bedeutet, dass ich nicht nur über das Jahr 2019 zu berichten habe, sondern dass ich nur über diesen Zeitabschnitt berichten darf. Der Zeitabschnitt des Neunundvierzigsten Tätigkeitsberichts kann nicht berücksichtigt werden; der Bericht ist schon weitgehend fertiggestellt. Daraus folgt, dass die Berichte keinen Nachrichtenwert im Sinne von "News" – erstmalige Erkenntniserlangung –, sondern im ursprünglichen Wortsinn als Nach-Richtungen, d. h. als Bilanzen, zu verstehen sind.

Bilanzen werden grundsätzlich schriftlich erteilt, da mündlich vorgetragene Bilanzen ungefähr so unterhaltsam sind wie das "ZDF Magazin Royale". Damit haben auch diese bekommen, was sie verdient haben. Ich habe häufig versucht, meine Berichte durch Bezüge auf die Unterhaltungsbranche – Film, Funk, Fernsehen – oder durch die Verwertung von Schlagertexten anschaulicher zu gestalten. Wer das auch heute erwartet, sieht sich getäuscht und ist enttäuscht; aber das Lachen ist mir vergangen.

Am letzten Tag des Berichtszeitraums, am 31.12.2019, wurde die WHO nämlich von Behörden der Volksrepublik China offiziell über den Ausbruch des Corona-Virus in der Achtmillionenstadt Wuhan informiert. Dies gibt mir die Chance, hierauf einzugehen, auch wenn es am letzten Tag war. Selbst im Rahmen einer zeitlich begrenzten retrospektiven Berichterstattung lässt sich das nicht ignorieren. Ich halte es für unvertretbar, in meiner letzten Rede vor dem Hessischen Landtag die heile Welt des Datenschutzes im Zeitalter vor der Pandemie heraufzubeschwören, will aber dem Neunundvierzigsten Tätigkeitsbericht nicht vorgreifen

Das bringt mich in ein Dilemma, was ich Ihnen vortragen darf und was ich Ihnen nicht vortragen darf. Ich habe mich für folgende Lösung entschlossen:

Eine Bilanz enthält Gewinne und Verluste. Daher kann ich heute auch auf Vorhaben eingehen, die 2019 für das Jahr 2020 geplant waren, bereits konkrete Gestalt angenommen hatten, Corona-bedingt aber abgesagt, eingestellt oder auf unabsehbare Zeit verschoben werden mussten. Ich mache also eine Negativ- und eine Positivbilanz. Zur Negativbilanz gehört das, was wir eigentlich vorhatten, was wir aber nicht durchführen konnten, was aber schon weit vorangetrieben worden war. Man kann nicht sagen, dass es keine Positivbilanz gibt. Ich werde noch ein paar Beispiele aus der Zeitphase, die ich behandeln soll, anbringen.

Die strapaziöse Umsetzungsphase der Datenschutz-Grundverordnung kam in ruhigeres Fahrwasser. Dafür verursachten die zahlreichen neuen Betreuungs-, Beratungs- und Auskunftspflichten eine Entwicklung – wenn man eine Novelle macht, geht es meistens zulasten der Verwaltung –, die zu Mehrarbeit führte, die kaum noch zu verkraften war. Wir müssen technisch auf der Höhe der Zeit bleiben und mussten Diskussionen führen. Jeder, der sich in der Bundesrepublik gegen Datenverstöße wehren will, kann sich wehren, egal, aus welchem Land Europas er kommt. Wir müssen ihm dann in seiner Landessprache Auskunft erteilen. Das ist bei den zahlreichen europäischen Amtssprachen relativ schwierig; beispielsweise Bulgarisch zu sprechen. Ich kann das leider nicht. Ich muss aber auf Bulgarisch die Auskunft erteilen. Ich muss sagen: Es gibt groteske Regelungen. – Ich werde noch darauf eingehen, dass Englisch die Amtssprache geworden ist.

Die Arbeit in Gremien ist explosionsartig gewachsen. Meine Mitarbeiter müssen in zahllosen Gremien arbeiten. Den Grundsatzausschuss habe ich selbst übernommen, um zu verhindern, dass der Bund sich allzu stark ausbreitet und total übertrieben die Macht an sich reißt. Aus föderalistischen Gründen habe ich das selbst gemacht und das Schlimmste verhindern können. Ich hoffe, dass die Linie weiter so bleibt. Die Expansionsgelüste des Bundes haben wir halbwegs ausgebremst.

(Beifall)

Die fortschreitende Digitalisierung auch bei der Datenschutzaufsicht erfordert Fähigkeiten, für die die irreführende und deplatzierte Bezeichnung "Datensouveränität" zum Schlagwort wurde. Gemeint ist nicht die Souveränität des Staats-, Verfassungs- und Völkerrechts, sondern die Fähigkeit des Umgangs mit digitalisierten Informationen. Das kann man "Datensouveränität" nennen, aber es handelt sich nicht um die Souveränität im Sinne des Superlativs "suprema potestas". Es ist die Fähigkeit, mit dem Internet umzugehen, die man mit so sinnvollen Ausdrücken wie "super", "echt cool" oder "geil" qualifizieren kann. Das ist dann die Datensouveränität.

Entscheidend ist in der ganzen Sache, dass die Datenschutzsouveränität der Aufsichtsbehörden erhalten bleibt, dass nicht andere besser informiert und besser ausgestattet sind und dadurch keine Kontrolle mehr möglich ist. Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten hat aus meiner Sicht den schwachsinnigen Beschluss gefasst – da habe ich auch nicht mitgemacht –, dass die Datenschutzsouveränität der Exekutive so gesteigert werden kann, dass praktisch ein technischer Beurteilungsspielraum der Exekutive besteht. Das kann nicht sein. Ein Beurteilungsspielraum bedeutet, dass die Kontrolle der Aufsichtsbehörden nicht mehr durchgeführt werden kann. Wenn Souveränität bestehen muss, dann bei den Aufsichtsbehörden und bei den Gerichten, sonst kommen wir rechtsstaatlich in Schwierigkeiten.

Was noch Schwierigkeiten gemacht hat, ist, dass nach dem Brexit zunehmend die Anglifizierung der Verwaltungssprache durchgeführt worden ist. Das ist klar, jetzt kann niemand mehr Englisch, deswegen sprechen alle Englisch. Das ist die Konsequenz. Der Brexit hat dazu geführt, dass unter Deutschen fast nur noch Englisch gesprochen wird. Das macht nichts, das können meine Mitarbeiter natürlich leisten. Für Hessen ist das Erlernen der englischen Sprache kein Problem. Für die Hessen bedeutet das Erlernen von

Hochdeutsch schon das Erlernen einer ersten Fremdsprache

(Zuruf: Na, na, na! – Heiterkeit)

Kurpfälzer scheitern schon an dieser Aufgabe.

(Zurufe)

– Kurpfälzer und Mainzer natürlich. – Ich wollte das nur am Rande bemerken, dass es nicht schlimm ist, dass wir uns auf Englisch ausdrücken. Die Begriffe stimmen meistens nicht, aber wir wissen, was gemeint ist. Meistens ist es Deutsch auf Englisch übersetzt, und die Engländer verstehen es nicht. Das war mit ein Grund für den Brexit, weil die Engländer ihr Englisch nicht mehr verstanden haben. Die Europäer haben Ausdrücke gebraucht, die den Engländern gar nicht vertraut waren.

Die Vielfalt der datenschutzrechtlichen Fragestellungen bestand schon vor Corona und wird auch noch nach Corona bestehen. Die katastrophalen Folgen der Pandemie zeichneten sich im Berichtszeitraum noch nicht ab. Aber sie wirkten zurück.

Ich gehe daher abschließend auf ein Sonderproblem des Landes Hessen ein, das in Relation zu den Todes- und Krankheitsfällen und zu den wirtschaftlichen und kulturellen Existenzvernichtungen durch die Pandemie als Bagatelle erscheint, dennoch für das Land Hessen und das Amt des hessischen Datenschutzbeauftragten nicht völlig unbedeutend war.

Der hessische Datenschutzbeauftragte wurde bisher für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt und blieb nach Abschluss der Legislaturperiode bis zur Neuwahl im Amt. Meine reguläre Amtszeit lief im Oktober 2018 aus, und eine Wiederwahl für weitere fünf Jahre kam aus Altersgründen und aufgrund eigener Lebensplanung nicht in Betracht.

Im Oktober 2020 bestand das Hessische Datenschutzgesetz seit 50 Jahren. Das Jubiläum wollten die Landesregierung und der hessische Datenschutzbeauftragte groß feiern. Hierfür waren Veranstaltungen in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel im Frühjahr und im Landtag im Herbst mit hochrangigen Referentinnen und Referenten vorgesehen. Für die Koordination, Organisation und Referentenakquisition war ich vorgesehen. Man hat einen gesucht, der das freiwillig macht, und ich war bereit, das zu machen. Ich war dazu bereit, zugegebenermaßen auch aus eigensichtigen Motiven. Ich wurde in diesem Zeitraum 75 und wollte das mit einem Konzert meiner Band, in der ich spielen darf, als Abschiedsveranstaltung verbinden. Deswegen wollte ich noch eine kurze Zeit länger bleiben, um das durchzuziehen. Das war kein Verfassungsbruch oder Ähnliches, das war schlicht die Motivation. Das hat sich alles zerschlagen durch die Pandemie. Es war alles durchorganisiert und finanziert. Wir hatten die Zusage des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Es wäre eine gelungene Veranstaltung gewesen. Es hat nicht sollen sein.

Zum Abschluss komme ich noch einmal auf den Souveränitätsbegriff zurück. Souverän ist nicht, wie Carl Schmitt sagte, "wer über den Ausnahmezustand entscheidet". Souverän ist, wer im Ausnahmezustand noch entscheiden kann. Das ist ein gravierender Unterschied. Carl Schmitt hatte immer die Extrempositionen im Auge: Wir kämpfen das aus, wir vernichten das. Bund und Länder kämpfen das aus mit Sezessionsregeln usw. – Das ist nicht unsere Mentalität. Wir versuchen, das durch Diskussionen auszuglei-

chen, und wir müssen im Ausnahmezustand entscheidungsfähig bleiben.

Das geht nicht gegen das Volk, deswegen will ich das erwähnen. Souverän ist, wer im Ausnahmezustand noch entscheiden kann. Wenn der Widerstand gegen Entscheidungen ein kritisches Maß überschritten hat, wenn eine kritische Zahl überschritten ist, ist nichts mehr durchzuziehen.

Wir müssen versuchen, die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten. Akzeptanz setzt Vertrauen und Kontrolle voraus, Vertrauen in die staatlichen Instanzen. Das Vertrauen ist offensichtlich gegeben; denn die Bevölkerung in Deutschland kommt in bewundernswerter Weise den Anordnungen nach, was man früher gar nicht für möglich gehalten hätte. Das ist mit ein Verdienst der Kontrolle. Ein effektiver Datenschutz ist ein Bestandteil dafür, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsgewalt erhalten bleibt.

Deswegen darf der Datenschutz zeitweilig zurückgefahren werden. Es gibt viel Wichtigeres als den Datenschutz, wenn es um Leben geht. Es muss aber die Garantie bestehen, dass die Kontrollen, wenn die Schwierigkeiten vorbei sind, wieder in den alten Zustand zurückkehren. Informationsfreiheit gehört auch noch dazu.

Die Existenz des hessischen Datenschutzbeauftragten trägt essenziell zu diesem Vertrauen bei und muss durch das Funktionieren dieser Behörde unter Beweis gestellt werden. Das ist bislang geschehen und ist dem Engagement und der Sachkunde meiner Mitarbeiter in der Behörde des Datenschutzes zu verdanken. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich komme jetzt endgültig zum Schluss. Als man mich zum ersten Mal fragte, ob ich mir die Übernahme des Amtes eines Datenschutzbeauftragten vorstellen könne, machte ich meine Zusage von einer positiven Entscheidung aller Landtagsfraktionen abhängig und stellte mich den Fraktionen als Verfechter eines freiheitlichen Rechtsstaats vor, den ich im Anschluss an Otto Mayer noch immer als "Staat des wohlgeordneten Verwaltungsrechts" verstehe. Ich war und bin kein Datenschutzlobbyist, sondern sehe diesen als abwägungsrelevanten Teil der Gesamtrechtsordnung an.

Die Wahl meines Nachfolgers betrachte ich als Glücksfall. Er ist aus meiner Sicht kein Streiter ausschließlich für den Datenschutz. Aber er ist einer der profiliertesten deutschen Experten des Datenschutzrechts. Ich hielt mich zwar für verpflichtet, in der ersten Phase der Krisenbewältigung an Bord zu bleiben und Kurs zu halten. In absehbarer Zeit werden aber die Impfungen beginnen können. Ich gehe davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt auch die Behörde des hessischen Datenschutzbeauftragten in wohlgeordnetem Zustand übergeben werden kann. Ich habe daher den Wunsch geäußert, zum 28. Februar 2021 meine Tätigkeit einzustellen. Diesem Wunsch wurde entsprochen.

Ich möchte aber noch eine persönliche Schlussbemerkung machen. Ich halte es wie Danny Rapp, den niemand von Ihnen kennt, von Danny & the Juniors, dessen Titel war "I don't care, what people say: Rock 'n' Roll is here to stay". Das gilt auch für den Datenschutz. – Vielen Dank.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Prof. Ronellenfitsch für den Bericht. – Ich darf jetzt die Aussprache eröffnen und als erstem Redner Hartmut Honka, CDU-Fraktion, das Wort erteilen. Wir haben vereinbart, dass die Fraktionen fünf Minuten Redezeit haben.

Hartmut Honka (CDU):

Hochverehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Prof. Ronellenfitsch, gestatten Sie mir, dass ich mit Ihnen anfange. Sie haben es eben selbst gesagt, Sie verlassen leider zum Ende des Monats Februar Ihr Amt. Ich kann es gut verstehen, dass Sie aus Altersgründen aufhören, wie Sie uns mitteilen. Aber ich glaube, Sie haben es sowohl an der Aufmerksamkeit als auch am Applaus gemerkt: Sie sind in diesem Haus sehr geschätzt, nicht nur das, was Sie sagen, sondern auch, wie Sie es sagen.

All die Jahre – das darf ich persönlich sagen –, die wir zusammen im Unterausschuss Datenschutz oder jetzt im Ausschuss für Digitales und Datenschutz verbracht haben, und das Gespräch miteinander, die Diskussion über das Thema, habe ich immer sehr geschätzt. Ich glaube, das ist das, was viele in diesem Ausschuss so empfinden. Das ist das Wichtige: das Miteinander in der Sache.

(Beifall)

Nachdem ich schon einige Jahre das Thema für meine Fraktion begleiten darf und ich nicht nur den Bericht für 2019 lese, sondern mir auch andere Berichtszeiträume davor anschaue, wie häufig wir viele Probleme darin finden, die aus Privatunternehmen stammen, darf ich jetzt auch sagen: Es gibt Datenverstöße oder Datenabfluss in ganz großem Umfang aus Privatunternehmen, was in der Öffentlichkeit einmal mehr und einmal weniger Beachtung findet, leider häufig weniger. Das könnten wir aber alles selbst mit beeinflussen, wenn wir uns selbst mehr bewusst wären – alle, nicht nur wir hier im Saal, sondern alle in unserem Land, die wir jeden Tag Daten erzeugen –, wie wir mit unseren Daten umgehen.

Da ist nicht nur die Frage, warum die Landesregierung bei vielen Ihrer Anmerkungen Zustimmung signalisieren kann. Ich glaube auch, gerade in einem demokratischen Rechtsstaat ist der Datenschutz im Bereich des Staates ein sehr elementares, aber auch sehr hoch geschätztes Gut. Wir alle machen uns hier, wenn wir nicht nur über den Datenschutz, sondern auch über Gesetze sprechen, Gedanken über den Datenschutz im Bereich des Staates, im Bereich der staatlichen Datenverarbeitung, egal um welches Ressort es geht.

Das ist, wenn wir dann über den privaten Datenschutz reden, leider häufig nicht der Fall. Das findet mehr außerhalb der Öffentlichkeit statt. Dort ist Ihre Kontrollfunktion dann eher noch wichtiger, weil dort ganz viel gerade bei den großen amerikanischen Datenunternehmen zusammenfließt, wo aus jedem kleinen Häppchen vielleicht erst einmal nichts wird. Aber wenn man alle die kleinen Häppchen nebeneinanderlegt, wird ein riesiges Buffet daraus: das berühmt-berüchtigte Bild des gläsernen Bürgers, der bei vielen datenintensiven Unternehmen Realität ist. Viele fürchten sich davor, dass es bei unserem Staat auch so sein könnte. Aber ich glaube, wir müssen eindeutig sagen, dass der Fokus auch in der Öffentlichkeit mehr auf den Privatunternehmen liegen muss.

Wenn ich das so sage, fällt mir immer wieder ein Beispiel ein, das auch in diesem Bericht wieder enthalten war: Datenschutz im Gesundheitswesen, dass immer wieder einmal Kartons mit Patientenakten vergessen werden. Heute, im Jahre 2020, glauben wir alle, dass es das nicht mehr geben darf. Trotzdem passieren solche Dinge immer noch.

Da ist es gut, dass wir mit Ihnen bisher einen Vertreter an der Spitze der Behörde hatten, der erst einmal auf die Aufklärung setzt und erst im zweiten Schritt auf die Bestrafung. Ich glaube, Aufklärung und das Schaffen von Bewusstsein, wie man sicher mit Daten umgeht, sind wichtig. Denn wir alle wollen mit Daten umgehen. Wir alle müssen mit Daten umgehen, und wir sind in einer digitalen Welt auch darauf angewiesen, dass wir mit Daten arbeiten können. Da ist das Schaffen von Bewusstsein für den sicheren Umgang wichtiger, als hinterher zu sagen, was man nicht gedurft hätte. Es ist besser, vorher die Möglichkeit zu eröffnen, dass man sicher und elementar damit umgehen kann. Das ist das Wichtige.

Gestatten Sie mir zum Ende meiner Redezeit, noch einem Ausdruck zu verleihen: Wir alle hätten dieses Jahr gerne 50 Jahre Datenschutz in Hessen gefeiert. Hessen war vor 50 Jahren ein Vorreiter. Dass wir das dieses Jahr nicht tun konnten, ist sehr bedauerlich; denn solche Feiertage schaffen immer wieder Bewusstsein. Wir sehen das bei staatlichen Feiertagen. Insofern hätte es uns gut angestanden. Ich bedauere es wirklich sehr, dass wir es nicht haben feiern können. Schließlich stellen wir alle fest: Datenschutz wird nicht nur vor Ort geprägt, er wird gerade von oben herab geprägt. Damit meine ich eher Brüssel.

Sie haben die Datenschutz-Grundverordnung angesprochen, die für Sie und Ihre Behörde eine ganz andere Arbeitsweise bedeutet hat, an einzelnen Stellen auch viel mehr Aufwand bedeutet hat. Für uns als Landesgesetzgeber und für die Landesregierung ergibt sich die Pflicht, sich viel stärker in Brüssel einzumischen, wenn dort die neuen Regeln ausgedacht werden. Ich erwähne nur die ePrivacy-Verordnung, die uns leider fehlt, die wann auch immer das Licht der Welt erblicken wird. Denn am Ende müssen unsere Behörden und unsere Unternehmen hier im Land damit leben. Wir müssen damit handeln können. Daher müssen wir das für die Zukunft auch stark im Fokus halten und müssen dort aktiv einschreiten; denn ansonsten wäre es leider zu spät und für uns nur noch ein Reagieren und kein Handeln am Anfang.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Herr Prof. Ronellenfitsch, alles Gute für die Zukunft, vor allem gesundheitlich, auf dass wir in einer Zeit ohne Maske das Jubiläum nachfeiern können, dann mit Ihnen als dem ehemaligen Datenschutzbeauftragten, mit dem wir gerne zusammengearbeitet haben. – Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Honka. – Die nächste Rednerin ist Frau Abg. Gersberg für die Fraktion der SPD.

Nadine Gersberg (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Prof. Ronellenfitsch, zunächst möchte ich mich auch im Namen der SPD-Fraktion sehr herzlich bei Ihnen bedanken für die Arbeit im letzten Jahr, aber auch in allen Jahren vorher. Sie waren es, der Hessen durch die Neuerungen der Datenschutz-Grundverordnung geführt hat. Ich weiß, dass es sehr turbulente Jahre waren, mit sehr viel Arbeitsbelastung für Sie und Ihre Behörde. Vielen Dank dafür.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Auch jetzt in der Corona-Pandemie waren es turbulente Monate für den Datenschutz. Nicht nur bei der Corona-App hat der Datenschutz eine Rolle gespielt, sondern auch in sehr vielen anderen Bereichen, z. B. bei den Restaurants und Cafés. Dort war die Frage: Jetzt müssen wir Gästelisten führen. Inwieweit müssen wir das machen? Dürfen wir sie offen auslegen? Dürfen wir das nicht? Wie lange müssen wir die Daten speichern? Wann müssen wir sie wieder löschen?

Auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben sich Fragen gestellt. Viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ins Homeoffice gegangen. Was müssen wir da zum Thema Datenschutz beachten? Aber auch die Lehrenden an den Schulen: Sie mussten Fernunterricht mit ihren eigenen Geräten gestalten, weil sie in Hessen von ihrem Arbeitgeber keine zur Verfügung gestellt bekommen haben. Da war die Frage: Wie können wir die Daten der Schülerschaft schützen? Wie können wir unsere eigenen Daten schützen?

Der Datenschutzbeauftragte hat bei vielen dieser Fragen zumindest ein Auge zugedrückt, und das finde ich auch richtig so. Es galt zunächst einmal, den Laden am Laufen zu halten. Aber viele der hier gestellten Fragen werden uns weiter begleiten; denn ich glaube, dass Homeoffice auch nach Corona stärker in Anspruch genommen wird als vorher. Ich glaube – es muss auch so sein –, dass an Hessens Schulen digitaler unterrichtet wird. Auch hier muss der Datenschutz eine Rolle spielen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Da möchte ich jetzt einen kleinen Kritikpunkt anbringen. Seit vielen Jahren wird immer wieder gefragt: Was ist mit dem hessischen Schulportal? Ist es datenschutzkonform? – Hierzu liegt immer noch kein abschließender Bericht vor, was, glaube ich, nicht an Ihnen liegt, sondern daran, dass Ihnen kein abgeschlossenes Konzept vorgelegt wird, das Sie bewerten könnten.

Es wird immer damit geworben, dass schon über die Hälfte der Schulen in Hessen mit dem Schulportal arbeitet. Das geschieht ohne datenschutzrechtliche Bewertung. Im Bericht steht, "grundsätzlich" sei es datenschutzkonform. – Für mich heißt "grundsätzlich": nicht in Gänze. Daher finde ich es problematisch, weil man dadurch die Verantwortung vom Land Hessen auf die Schulen herunterbricht, und das ist nicht in Ordnung.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

In Ihrem Bericht sprechen Sie viele einzelne Fälle an, die Sie beobachtet haben, die Sie korrigiert haben. Ich glaube, dass wir in Hessen jetzt stark in die Zukunft sehen müssen. Wir müssen sehen, wohin die Diskussion in Richtung Datenschutz geht. Unter Expertinnen und Experten wird gerade sehr viel diskutiert, z. B. ob man den Datenschutz zentral regeln oder föderal belassen sollte. Was ist mit dem Beschäftigtendatenschutz? Wie muss man ihn ausgestal-

ten? Was ist mit der künstlichen Intelligenz? Wie kann man sie mit einem effektiven Datenschutz begleiten?

Wichtig ist: Wie können wir Verbraucherinnen und Verbraucher am besten schützen? Ein Beispiel dazu haben wir vor einigen Wochen diskutiert. Die Schufa wollte für Stromkonzerne Daten von Kundinnen und Kunden sammeln, um festzustellen und den Stromanbietern darzulegen, welche dieser Kundinnen und Kunden besonders häufig den Stromanbieter wechseln. Das ist etwas, was Kundinnen und Kunden durchaus tun dürfen und womit geworben wird. Das Ziel war aber, dass man diesen Kundinnen und Kunden in Folge keinen Vertrag mehr anbietet. Das ist natürlich nicht im Sinne des Erfinders, und dagegen muss man vehement und sofort angehen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle noch etwas zur Art und Weise der Wahl des neuen Datenschutzbeauftragten sagen, die am morgigen Tag stattfinden soll. Ich halte den gesamten Vorgang für wenig demokratisch und nicht sehr fair gegenüber der Opposition; denn als Opposition haben wir im Ausschuss immer wieder gefragt: Wann wird eine ordentliche Wahl eines Datenschutzbeauftragten stattfinden? Darauf haben wir überhaupt keine Antwort bekommen. Jetzt liegt sehr kurzfristig ein Wahlvorschlag vor, ohne Vorwarnung, ohne Begründung, ohne die Möglichkeit, dazu im Ausschuss zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, Datenschutz ist eines der zentralen Themen unserer Zukunft, und die Funktion der oder des Datenschutzbeauftragten ist von großer Bedeutung. Ich finde, der Koalition hätte es gut angestanden, die Opposition einzubinden. Ich bin mir sicher, wir hätten über Fraktionsgrenzen hinweg einen gemeinsamen Vorschlag für eine zukunftsweisende Kandidatin oder einen zukunftsweisenden Kandidaten gefunden.

(Beifall SPD)

Sehr geehrter Prof. Ronellenfitsch, Sie haben im Ausschuss und hier in Ihren Reden stets dafür gekämpft, dass das Thema Datenschutz weiter föderal anzugehen ist. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir bei allen Debatten, die uns in der Zukunft begegnen werden, Ihre Argumente stets im Hinterkopf behalten werden. Ich wünsche Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute. Noch einmal vielen Dank.

(Beifall SPD und Torsten Felstehausen (DIE LIN-KE))

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Gersberg. – Der nächste Redner ist der Abg. Leveringhaus für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Torsten Leveringhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ronellenfitsch, auch ich möchte – es gehört sich so – zu Beginn meiner Rede Ihnen und natürlich Ihrem gesamten Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterstab recht herzlich für die Arbeit danken, die Sie geleistet haben und die sich in den beiden Tätigkeitsberichten manifestiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Auch ich war im Dilemma, wie man damit umgeht. Wir haben einen Tätigkeitsbericht für 2019, wir haben aber ganz viel Datenschutzrelevantes im Jahr 2020 erlebt. Ich präsentiere Ihnen jetzt meine Lösung und fange mit einer Überschrift des Deutschlandfunks an: "Eine Idee wird 50 – Wie in Hessen der Datenschutz erfunden wurde".

Leider – ich sage ausdrücklich: leider – ist es bei dieser und ähnlichen Schlagzeilen geblieben; denn die Feier musste leider abgesagt werden. Sie hatten es auch schon erwähnt. Ich hoffe, sie wird so schnell wie möglich nachgeholt; denn das Thema Datenschutz hätte es verdient. Auch wenn Sie dann wahrscheinlich nicht mehr im Planungsstab dabei sein werden, auch wenn Sie dann nicht mehr Datenschutzbeauftragter sind, können wir vielleicht doch noch ein Konzert von Ihnen und Ihrer Band erleben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wenn man sich die vorliegenden Fallzahlen anschaut, die im Bericht stehen – sowohl der Beschwerden als auch der von Ihnen getroffenen Maßnahmen –, so zeigt sich: Auch nach 50 Jahren haben wir noch viel Arbeit vor uns. Es ist noch viel zu tun. Die Stelle des Beauftragten für Datenschutz – und seit ein paar Jahren auch für Informationsfreiheit – ist in einer sich digitalisierenden Gesellschaft wichtiger als je zuvor.

Es zeigt sich auch, dass sich manche Evergreens, wie ich sie nennen will, jährlich wiederholen und mit der Digitalisierung wenig zu tun haben. Zwei Beispiele will ich nennen neben dem, was mein Kollege Hartmut Honka schon gesagt hat mit den Kisten, die irgendwo abgestellt werden. Es sind die anlasslose Videoüberwachung des öffentlichen Raumes und die Speicherung von zu vielen Daten in Geschäften oder in Behörden.

Hier würde ich mir wünschen, dass wir einerseits den gesunden Menschenverstand, aber auch die goldene Regel der praktischen Ethik anwenden, hier im negativen Sinne: Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu. – Denn wer von uns möchte in der Öffentlichkeit auf Schritt und Tritt gefilmt werden? Wer von uns möchte zu viele Daten preisgeben, um eine Sache zu erhalten oder ein Geschäft zu erledigen? Da müssen wir nicht einmal über die DSGVO und die Datensparsamkeit reden. Wie gesagt, es sollte einem schon der gesunde Menschenverstand sagen.

Neben den jetzt genannten Fällen leben wir – ich habe es am Anfang schon in Bezug auf die Feier gesagt – in besonderen Zeiten, in der Corona-Krise. Auch wenn der Berichtszeitraum diese eigentlich nicht umfasst, will ich trotzdem darauf eingehen. Sätze wie "Corona zeigt wie unter einem Brennglas die Versäumnisse der Digitalisierung" oder "Corona hat die Digitalisierung in Deutschland beschleunigt" haben wir in den letzten Monaten zuhauf gehört, wenn ich richtig mitgezählt habe, allein gestern schon dreimal von drei verschiedenen Rednerinnen oder Rednern.

Wenn wir über Digitalisierung reden, kommen wir zwangsläufig über kurz oder lang zum Thema Datenschutz. Die Debatte wurde am intensivsten in den letzten Wochen und Monaten in Bezug auf die Corona-Warn-App geführt. Sie sei, so konnte man in den letzten Wochen verstärkt in der

Öffentlichkeit hören, quasi wirkungslos, und das liege natürlich am Datenschutz. Er behindere wieder alles. Prof. Ulrich Kelber, der Bundesdatenschutzbeauftragte, hat es in der letzten Woche bei Twitter recht süffisant kommentiert. Mir fällt dazu eine alte Redensart ein, die ich etwas ergänzen möchte: Wenn man nicht mehr weiterweiß, gründet man einen Arbeitskreis oder führt den Datenschutzverweis.

Ein wirklich valides Argument, wo weniger Datenschutz bei der Corona-Warn-App helfen würde, konnte bisher noch niemand vorbringen. Dabei sind es gerade die Punkte Freiwilligkeit und Datenschutz, die dafür sorgen, dass wir im Ländervergleich eine sehr hohe Installationszahl dieser Corona-Warn-App haben.

Es ist natürlich auch so – das gebe ich zu –: Es gibt Möglichkeiten, die App zu verbessern. Zwei Beispiele sind die Integration einer automatischen Clustererkennung und das Führen eines Kontaktdatenbuchs. Man hat es erkannt, und man will sie verbessern. Aber ich hoffe sehr, dass wir die heilige Kuh Datenschutz, wie das auch genannt wird, dafür nicht schlachten müssen.

Bevor ich zum Ende komme, noch ein Kommentar zu Frau Gersberg. Wir sitzen im selben Ausschuss. Es gibt nur einen Ausschuss für Digitales und Datenschutz. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie da in jeder Sitzung gefragt hätten, wann der Datenschutzbeauftragte neu gewählt wird. Das möchte ich hier richtigstellen.

(Zuruf Nadine Gersberg (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich zum Ende. Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ronellenfitsch, ich hatte Ihnen am Anfang für die in den beiden Tätigkeitsberichten dargestellte Arbeit gedankt. Zum Abschluss meiner Rede möchte ich Ihnen, auch wenn Sie noch bis zum 28.02. im Amt sind, für die gesamte Arbeit danken. Wenn ich richtig gezählt habe, waren es 16 Tätigkeitsberichte zum Datenschutz und zwei Berichte zur Informationsfreiheit, die Sie als Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit eingebracht haben. Vielen Dank dafür. Sie bleiben, wie gesagt, noch bis zum 28.02. im Amt. Bis dahin weiterhin alles Gute. Ich hoffe, Sie sind weiterhin noch so fleißig wie bisher. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Leveringhaus. – Der nächste Redner ist Herr Abg. Lichert für die Fraktion der AfD.

Andreas Lichert (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Prof. Ronellenfitsch, es ist gar nicht möglich, in der Kürze der Zeit Ihre Tätigkeit angemessen zu würdigen. Deswegen möchte ich es gar nicht erst versuchen. Aber unser Dank und unsere Anerkennung sind Ihnen selbstverständlich sicher.

(Beifall AfD)

Ich konzentriere mich lieber auf die Themen, wo besonders auch wir als Legislative im Hohen Haus gefordert sind: die Datenschützer und Informationsfreiheitsbeauftragten stärker zu unterstützen als in der Vergangenheit. Ihre Aufgabe als HBDI ist es, zu kontrollieren, ob Datenschutzrecht und Informationsfreiheit, also die einschlägigen Gesetze und Verordnungen, richtig und korrekt angewandt werden. Es ist jedoch nicht Ihre Aufgabe, das Datenschutzrecht zu schaffen. Das ist Aufgabe der Legislative, also unsere, wohl wissend, dass natürlich der hessische Aktionsradius sehr begrenzt ist. Dennoch müssen wir uns fragen, ob dieser Rechtsrahmen richtig gesetzt ist. Aber die entscheidenden Weichenstellungen erfolgen auf Bundes- und auf EU-Ebene.

Apropos EU. Im vergangenen September hat die EU-Kommission die digitale Dekade ausgerufen: Big Data, künstliche Intelligenz, Telemedizin. Es fehlt in diesem Buzzword-Bingo kaum eine Modevokabel. Die andere Bingo-Variante mit dem weniger parlamentarischen Vokabular schenke ich mir an dieser Stelle.

Meine Damen und Herren, hoffen wir, dass es an dieser Stelle ein etwas weniger peinlicher Flop wird als die Lissabon-Strategie, die im Jahre 2000, damals auf dem Höhepunkt des Internetbooms, ebenfalls als Zehnjahresplan für die Entwicklung der EU ausgegeben wurde. Die EU sollte bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden. – Wir erinnern uns: Im besagten Jahre 2010 steckten die EU und vor allem die Eurozone in ihrer bis dato größten Krise, der Euro-Schuldenkrise. Was macht uns glauben, dass es dieses Mal besser laufen wird?

Warum erwähne ich das hier? Ganz einfach, weil heute die Buzzwords andere sind. Aber inhaltlich geht es immer noch darum, die viel besungene Digitalisierung zu gestalten. Aber bei der Digitalisierung liegen Utopie und Dystopie so nahe beieinander wie in keinem anderen Politikfeld.

(Beifall AfD)

Genau aus diesem Zusammenhang speist sich die Bedeutung von Datenschutz und Informationsfreiheit und der entsprechenden Beauftragten. Wie so viele Grundrechte war auch das Hessische Datenschutzgesetz von 1970 – es ist hier schon mehrfach erwähnt worden – vor allem ein Abwehrrecht gegen einen übergriffigen Staat, dem bis dahin unbekannte technische Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Das Spannungsfeld bestand also zwischen Staat und Bürgern. Heute sind viele geneigt, dieses Spannungsfeld eher zwischen den Bürgern – oder sollte man besser "Usern" sagen? – und den großen Internetplattformen zu vermuten. Herr Honka hat ebenfalls in diese Richtung argumentiert. Das mag in einer Zeit, in der diese Internetplattformen mehr Umsatz machen, als viele Länder Bruttoinlandsprodukt haben, plausibel sein.

Aber schauen wir einmal auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Es geht hier um die Gefahr einer staatlichen Instrumentalisierung dieser Plattformen. Die Methodik des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes führt dazu, dass die Plattformen starken Anreizen unterliegen, lieber einmal zu oft als einmal zu wenig zu löschen. Sie zensieren de facto. Das Totschlagargument lautet, dass Hass und Hetze und vor allem Gewaltaufrufe verhindert werden sollen.

Meine Damen und Herren, ich würde es mir wünschen, wenn das effektiv passieren würde. Mir fehlen jedoch die Belege, und das liegt sicherlich nicht nur, aber auch an der politischen Schlagseite dieser Zensurpolitik.

(Beifall AfD)

Zu befürchten ist vielmehr eine gefährliche Symbiose aus staatlicher Überwachung und privater Kommerzialisierung unserer Daten und Kommunikationsströme.

Meine Damen und Herren, niemand hat die Absicht, die Verschlüsselung privater Kommunikation zu untergraben, aber — So könnte man leicht überspitzt den Stand der Debatte zusammenfassen. Deutschland und die EU versuchen die Quadratur des Kreises. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung soll weiter möglich sein, aber gleichzeitig sollen Strafverfolgungsbehörden Zugriff erhalten. Wie das gehen soll, ist offen.

Aber auch heute ist es wieder so, dass dem Staat neue technische Mittel in die Hand gegeben sind. Wir als Gesetzgeber müssen Sorge tragen, dass sie nicht gegen die Bürger missbraucht werden.

(Beifall AfD)

In Zeiten, in denen der Inlandsgeheimdienst, der sogenannte Verfassungsschutz, gegen die größte Oppositionspartei im Bundestag eingesetzt wird und demonstrierende Bürger ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollen, sind das keine theoretischen Risiken.

(Zuruf Holger Bellino (CDU))

Das Spannungsfeld besteht heute wie vor 50 Jahren zwischen Staat und Bürgern. Deswegen heißt es ausnahmsweise einmal zu Recht: Wehret den Anfängen. – Danke schön.

(Beifall AfD – Tobias Eckert (SPD): Wann hat das denn nicht gegolten?)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Lichert. – Der nächste Redner ist Herr Abg. Felstehausen für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Ich mache es diesmal andersherum: Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ronellenfitsch, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute haben Sie dem Hessischen Landtag den 48. Tätigkeitsbericht zum Thema Datenschutz und Informationsfreiheit vorgelegt, und dafür möchten wir Ihnen als Fraktion DIE LINKE ganz ausdrücklich danken. Sie haben in diesem Bericht wieder wichtige Hinweise für das gesetzgeberische Handeln gegeben, auf Sicherheitslücken in der Verarbeitung von personenbezogenen Daten hingewiesen und die Grenzen des staatlichen Handelns bei Videoüberwachung aufgezeigt. All das haben wir im Digitalisierungs- und Datenschutzausschuss ausführlich diskutiert. Deshalb will ich hier nicht auf so viele Aspekte eingehen, weil ich glaube: Heute ist ein besonderer Tag. Es ist der letzte Bericht, den Sie als Person heute vorlegen. Deshalb möchte ich mich darauf konzentrieren.

Seit dem 18. September 2003 waren Sie das Gesicht, die Stimme dieser so wichtigen Institution. 6.292 Tage standen Sie dem vor, und keiner Ihrer Vorgänger war so lange im Amt wie Sie. Um einmal deutlich zu machen, was in dieser Zeit passiert ist: Sie sind 2003 in dieses Amt gekommen, aber erst am 1. Januar 2007 hat Steven Jobs die Bühne betreten, hat von "One more thing" gesprochen und holte das iPhone 1 aus der Tasche. Das ist heute nicht mehr wegzudenken, aber da waren Sie schon drei Jahre im Amt, Herr

Prof. Dr. Ronellenfitsch. Das zeigt, welch lange Zeitspanne Sie den Datenschutz begleitet haben.

Wir bedauern außerordentlich, dass wir Corona-bedingt nicht mit Ihnen den 50. Geburtstag des weltweit ersten Datenschutzgesetzes feiern konnten. Dieses Gesetz, aber natürlich auch Sie und Ihre Arbeit und die Arbeit Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten es sicherlich mehr als verdient gehabt. Ich hoffe darauf, dass wir eine Gelegenheit haben, den Geburtstag nachzufeiern. Im nächsten Jahr werden so viele Menschen ihren Geburtstag nachfeiern. Dann werden wir auch einen Platz für den Geburtstag des Gesetzes und die Würdigung Ihrer Arbeit finden.

(Beifall DIE LINKE)

1970 formulierte der Hessische Landtag die ersten gesetzlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten überhaupt. Das Hessische Datenschutzgesetz stellte damit die Weichen für jede weitere Diskussion des Datenschutzes innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Letztlich ist dieses Gesetz, vor allem mit seiner Auffassung über die Persönlichkeitsrechte, der Grundstein für die Datenschutz-Grundverordnung, mit der wir uns in den letzten drei Jahren so intensiv beschäftigt haben. Die Idee dafür ist aber schon 50 Jahre vorher gelegt worden.

Um hier mit einem Vorurteil aufzuräumen: Sie, Herr Prof. Dr. Ronellenfitsch, haben niemals Daten geschützt. Das war auch nie Ihr Antrieb. Was Sie geschützt haben, das waren die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Denn das ist der eigentliche Wesensgehalt des sogenannten Datenschutzes.

Um den Auftrag deutlich zu machen, habe ich geschaut, was das Bundesverfassungsgericht 1983 in seinem Volkszählungsurteil deutlich gemacht hat, als es den Schutz personenbezogener Daten zum Grundrecht erhoben hat und Ihr Amt und natürlich Sie in Person als Amtsinhaber zum Grundrechtswächter erhoben hat. Das Bundesverfassungsgericht hat ausgeführt:

Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß. Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.

Dann führt das Bundesverfassungsgericht aus:

Hieraus folgt: Freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung den Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus.

Jetzt muss man überlegen: Das war 1983. Was hat sich in der Zeit getan? Wie hat sich Technik weiterentwickelt? Zu dem Zeitpunkt hat noch niemand davon gesprochen, dass es irgendwann künstliche Intelligenz, Big Data oder Silostrukturen in großen Datenbanken geben wird.

Sie haben es vorweggenommen, und Ihre Aufgabe war – Sie sind ihr immer nachgekommen –, dies zu beachten und Hinweise darauf zu geben, wo wir die persönlichen Frei-

heitsrechte möglicherweise einschränken. Diesem Leitgedanken waren Sie immer verpflichtet, und Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, diese Idee unter den sich rasant ändernden technischen Bedingungen weiterzuentwickeln, immer wieder anzupassen und – ja, das war auch ein Teil Ihrer Aufgabe – sie immer wieder neu zu interpretieren, weil die Zeit und die Technik nicht stehen bleiben. Dafür, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Ronellenfitsch, gebühren Ihnen unser Dank, unser Respekt und, auch wenn wir häufig in Detailfragen nicht einer Meinung waren, unsere Anerkennung für Ihre Arbeit.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin der letzte Redner der Fraktionen. Deshalb möchte ich auf eine Sache eingehen, die uns neben Ihrer fachlichen Expertise sicherlich hängen bleiben wird: die Art und Weise, wie Sie Ihre Berichte häufig vorgetragen haben. Ich hatte nur zweimal den Genuss, das live zu erleben, aber ich habe mir die früheren Reden durchgelesen.

Ich habe versucht, Songtexte zu googeln. Aber ich muss gestehen: Mein Musikwissen reicht nicht annähernd an das Ihre heran. So blieb ich dann bei Roger Whittaker hängen: "Abschied ist ein scharfes Schwert". Aber das ist weder Ihre Musik noch Ihr Stil, und das ist gut so.

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege, hätte ich gewusst, dass Sie Roger Whittaker anführen, hätte ich die Redezeit schon früher angemahnt; denn die haben Sie mittlerweile locker erreicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Dann kommen wir zum Abschied. Wir wünschen Ihnen für den beginnenden Unruhestand, dass Sie mehr Zeit für Ihren Rock 'n' Roll haben. In diesem Sinne unser Abschied mit dem Song der Spencer Davis Group: "Keep on Running", Mr. Ronellenfitsch. – Vielen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Felstehausen. Sie waren nicht der letzte, sondern der vorletzte Redner. – Jetzt kommt noch Dr. Jörg-Uwe Hahn für die Fraktion der Freien Demokraten. Bitte schön.

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (Freie Demokraten):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Prof. Ronellenfitsch, auch wenn Sie zu Recht darauf hinweisen, dass wir gerade in Zeiten leben, in denen es zum Lachen wenig Zeit und insbesondere wenig Muße gibt, finde ich, dass der Hessische Landtag heute bei Ihrer Verabschiedung noch einmal ein bisschen lachen darf – nicht, weil Sie uns als Datenschutzbeauftragter nach 17 Jahren und fünf Monaten verlassen, sondern weil Sie sehr viel Lachen und Freude in dieses Haus gebracht haben.

Gemeinsam mit meinem Kollegen Kosmehl habe ich mir die Mühe gemacht, herauszusuchen, womit Sie uns zum Lachen gebracht haben. Aber alle die Kolleginnen und Kollegen, die erst kürzer im Landtag sind, möchte ich noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass Herr Ronellenfitsch das nicht gemacht hat, damit wir lachen, sondern er hat es gemacht, damit viele von uns, die Datenschutz als ein sehr sprödes, teilweise sehr verhinderndes Instrument erachten, sich einmal etwas anders damit beschäftigen und vielleicht auch intellektueller damit auseinandersetzen. Ich habe mir erlaubt, einige Ihrer von diesem Pult aus gesprochenen Zitate aufzuschreiben, um sie uns allen zu verlesen:

Wenn alte Probleme gelöst sind, tauchen immer wieder neue auf. Jeder für den Datenschutz Verantwortliche kann einerseits alte Mauern schleifen, muss andererseits aber auch neue Mauern gegenüber neuen Angriffen errichten.

Genau das haben Sie in den letzten 17 Jahren immer wieder getan. Es war insbesondere im Rahmen der europäischen Diskussion und der Unabhängigkeit der Datenschutzbeauftragten Ihr persönliches Ziel gewesen, hier Mauern zu errichten, dass nicht alles zentralistisch aus Brüssel, Luxemburg, Straßburg oder von sonst wo heraus regiert wird.

(Beifall Freie Demokraten)

Ein zweites Zitat:

Ferner leuchtet mir nicht ein, warum Journalisten datenschutzrechtlich eine Sonderstellung eingeräumt werden sollte, die über die Vergünstigungen der Strafprozessordnung hinausgeht. Das sind keine Priester und keine Anwälte. Das sind Journalisten.

Dieser Satz tut, Sie merken es, jedem hier im Raume gut.

(Zuruf)

Aber ich gehe davon aus, dass die Journalisten diesen Satz vielleicht auch noch einmal wiederholen werden, jedenfalls, wenn sie heute Abend bei einem guten Glas Wein über ihre Arbeit nachdenken.

Ein drittes Zitat:

Der Staat wurde geschaffen ...,

 jetzt werde es ein bisschen theatralisch, haben Sie gesagt –

> um den Wolf im Menschen zu zähmen. Dadurch wurde der Staat zum Wolf. Er bleibt dies, auch wenn er Kreide frisst. Zu seiner Domestizierung dienen Instrumentarien der Gewaltenteilung, in die auch der öffentliche Datenschutz eingebunden ist.

Das ist eine vollkommen andere Herangehensweise als beim eben erwähnten Thema, vielmehr es ist sehr tiefgründig, das einzuordnen, was Datenschutz in unserer Gesellschaft ist. Einer der Vorredner hat es vorhin gesagt: Letztlich schützen Sie nicht die Daten, sondern den jeweiligen Menschen. Das sagt dieses Wort hervorragend aus.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU und Walter Wissenbach (AfD))

Auch die Errungenschaften des Datenschutzrechtes werden vielfach als lästiges Hindernis technischer Entwicklungen betrachtet. Dann besteht hierzulande die Neigung, das Recht der technischen Entwicklung anzupassen. Ich warne davor, sich das Recht passend zu frisieren und diesen Neigungen nachzugehen.

Das ist ein Appell an uns, die erste Gewalt, immer wieder aufzupassen, sich nicht zum Sklaven der technischen Entwicklung zu machen, sondern das zu machen, wofür wir in Hessen schon seit über 50 Jahren stehen, nämlich immer wieder abzuwägen zwischen den Interessen. Ja, es gibt eine neue Technik. Ja, die Ideologie, die meine Partei bis vor mehreren Jahren hatte, man müsse, koste es, was es wolle, verhindern, dass Daten gesammelt werden, ist vom letzten Jahrhundert. Wir können es ja noch wollen – aber wir können es nicht mehr. Also müssen wir ein anderes System finden, wir müssen Recht anpassen.

Ich habe gestern mit Ihrem künftigen Nachfolger darüber debattiert, ob es ein Eigentumsrecht an den eigenen Daten gibt. Wir beide haben darüber auch schon sehr häufig diskutiert. Das gibt es so wohl nicht, wir müssen uns eben mit neuen rechtlichen Systemen an die Herausforderungen machen; aber wir dürfen diese Systeme nicht machen, damit die Technik auf alle Fälle bestimmt.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich könnte Ihnen jetzt noch viele dieser Zitate von Ihnen, Herr Ronellenfitsch, nicht nur vortragen, sondern mich auch noch positiv darüber auslassen. Das möchte ich nicht tun, da ich als Vizepräsident dort oben manchmal das Gefühl habe, dass wenige auf die Uhr schauen – ich möchte auf die Uhr schauen und Ihnen sagen: vielen herzlichen Dank.

Ich kann mich daran erinnern, es war im September des Jahres 2003, als Sie sich bei der FDP-Landtagsfraktion vorgestellt haben. Das war im Hotel Oranien, Sie haben es vielleicht nicht mehr präsent. Das war ein etwas anderes Verfahren, als es diesmal der Fall ist; die Kollegin der Sozialdemokraten hat darauf hingewiesen. Aber wir können stolz darauf sein, dass wir in Hessen nicht nur 50 Jahre Datenschutzrecht und -gesetz haben, sondern dass wir auch 17 Jahre und fünf Monate Herrn Ronellenfitsch als dessen Beauftragten hatten. Ich wünsche Ihnen alles Gute. An jedem 21. September werde ich an Sie denken, wenn ich auf mich und meinen Geburtstag anstoße; dann stoße ich auch auf Ihren Geburtstag an, wir haben nämlich am selben Tag Geburtstag. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, AfD und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Dr. Hahn. – Für die Landesregierung spricht der Innenminister, Herr Staatsminister Beuth.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Prof. Ronellenfitsch, der 48. Tätigkeitsbericht zum Datenschutz ist der 16. und vermutlich der letzte Bericht, den Sie als hessischer Datenschutzbeauftragter vorgelegt haben – eine beeindruckende Zahl. Noch beeindruckender ist die Zahl der Amtsjahre. 17 Amtsjahre, das ist die Rekordmarke bei uns im Lande. Kein anderer war so lange als hessischer Datenschutzbeauftragter im Amt wie Prof. Ronellenfitsch, nicht einmal der sicher allen wenigstens dem Namen nach noch bekannte Prof. Simitis. Man wird daher – da bin ich mir ziemlich sicher, und die wertschätzenden Worte der Kolleginnen und Kollegen in der Debatte haben das ein Stückchen mit zum Ausdruck ge-

bracht – zukünftig sicher von der "Ära Ronellenfitsch" sprechen, wenn es um den Datenschutz in Hessen mindestens in den Jahren 2003 bis 2020 geht.

Der 48. Tätigkeitsbericht verzeichnet für den Datenschutz im öffentlichen Bereich, wie auch in den Jahren zuvor, keine schwerwiegenden Verstöße. Das ist eigentlich die wichtigste Botschaft und die wichtigste Nachricht aus diesem Bericht. Gleichwohl ist an einigen Stellen im Tätigkeitsbericht mit der sachlichen Kritik, die Sie und Ihre Behörde dort aufweisen, wiederum deutlich geworden, wie sachbezogen Sie selbst als Datenschutzbeauftragter Ihre Arbeit in der Behörde verstanden haben.

Seitens der Landesregierung haben wir uns immer darum bemüht, Sie rechtzeitig einzubinden. Klar, das war für uns auch ein Stückchen Lebensversicherung, damit nicht hinterher der Datenschutzbeauftragte kommt und sagt: Da habt ihr einen Fehler gemacht. – Jörg-Uwe, ganz kurz: Du hast eben das Stichwort vom "Sklaven der technischen Entwicklung" gebracht. Dann darf aber auch nicht der Reflex kommen: Bei den heutigen technischen Möglichkeiten müsste dies und jenes aber schneller gehen. – Daran muss man sich dann sozusagen auch messen lassen.

Aber wir sind immer frühzeitig auf den Datenschutzbeauftragten zugegangen, jedenfalls immer dann, wenn uns irgendwie bewusst war, dass es eine Bewandtnis auch mit Datenschutz hat bei dem, was wir gerade so anstellen. Da möchte ich mich sehr herzlich bei Ihnen persönlich, aber auch bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, sowohl für die Beratungsleistung als auch für das Ermöglichen – für das Ermöglichen von vielen Fragen, die nicht selbstverständlich sind und bei denen ein anderer Datenschutzbeauftragter vielleicht zu Recht gesagt hätte: Nein, das geht nicht. – Sie aber haben Ihre Beratungsleistung immer so verstanden, dass Sie gesagt haben: Wenn man es aber vielleicht so oder so macht, kommt man zu einem ähnlichen Ziel. – Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar.

Am Ende sind wir uns einig – das haben Sie gerade in Ihrem Redebeitrag deutlich gemacht –, dass wir in der Bevölkerung eine große Akzeptanz für Verwaltungshandeln erreichen müssen, insbesondere für die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemiefrage.

Ihnen war – zumindest nach meinem Eindruck – immer bewusst, dass Sie eine große Verantwortung haben. Natürlich, eine große Verantwortung für den Datenschutz. Klar, der Datenschutzbeauftragte hat für den Datenschutz Verantwortung. Aber Sie haben – zumindest habe ich den Eindruck gehabt – immer die Verantwortung gespürt, die Akzeptanz für den Datenschutz in unserem Lande hochzuhalten. Auch dafür möchte ich Ihnen sehr herzlich Danke schön sagen.

Sie haben nicht zugelassen, dass der Datenschutz als Argument für politische Zwecke, zur Verhinderung vielleicht ungewollter politischer Entscheidungen missbraucht wurde, sondern immer streng an der Sache argumentiert. Das hat dem Datenschutz in Hessen sehr gutgetan. Vielen Dank dafür, Herr Prof. Ronellenfitsch.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt AfD, Freie Demokraten und Marius Weiß (SPD))

Das hat sich ausgezahlt. Die Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem Datenschutzbeauftragten hat am Ende zu einem guten und hohen Datenschutzniveau auch bei uns geführt. Auch darauf können wir insgesamt stolz sein.

Wenn ich sage, die "Ära Ronellenfitsch", dann fallen zwei besondere Ereignisse in diese Ära, die von außen auf uns oder über uns gekommen sind: zum einen die Datenschutz-Grundverordnung; es ist schon angesprochen worden. Die Anwendung dieses neuen Rechts war sozusagen eine der großen Herausforderungen, die Ihre Behörde und Sie zu bewältigen hatten.

Das zweite große Ereignis will ich nicht vergessen, es war schon im Jahr 2011. Wir haben uns früher, in den 2000er-Jahren, Jörg-Uwe, im Hessischen Landtag immer über die Frage des Datenschutzes im privatrechtlichen Bereich unterhalten. Das Regierungspräsidium mit dem ehemaligen Innenminister Volker Bouffier war damals die zuständige Behörde für die Fragen des privaten Datenschutzes. Das ist sozusagen auch auf Sie und Ihre Behörde übergegangen. Dort haben wir an vielen Stellen immer mal wieder diskutiert, ob das Datenschutzniveau gerade im nicht öffentlichen Bereich so erreicht wird, wie wir uns das vorstellen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einen letzten Punkt wenigstens kurz ansprechen: Die Landesregierung hat Kenntnis genommen. Sie haben sich damit auseinandergesetzt, und 20 Ziffern des Tätigkeitsberichts hat die Landesregierung zustimmend zur Kenntnis genommen. Ja, zustimmend zur Kenntnis genommen deswegen, weil wir das, was Sie dort im Tätigkeitsbericht ausgeführt haben, nicht ignorieren dürfen, auch nicht ignorieren wollen, aber weil es eben nicht in unsere Zuständigkeit fällt und sich daraus keine originäre Handlungspflicht für den Staat ergibt.

Insofern bitte ich, die Kenntnisnahme als eigenständige Kategorie des Tätigkeitsberichts zu akzeptieren. Das ist keine Respektlosigkeit, sondern schlicht und ergreifend unseren eigenen Zuständigkeiten folgend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten 17 Jahren mit Ihnen über den Datenschutz an vielen Stellen diskutiert, nicht nur, wenn Sie Ihren Bericht gegeben haben, sondern auch in den Ausschüssen. Bei vielen Anhörungen, die wir gemeinsam miterlebt haben, wenn der Datenschutz in irgendeiner Form in einem Gesetzgebungsverfahren betroffen war, haben wir miteinander diskutiert und miteinander gerungen.

Am Ende hat es sich, glaube ich, für den Datenschutz ausgezahlt. Da will ich bei den Kollegen bleiben, die eben gesagt haben: Wozu dient der Datenschutz? Er ist auch für die Bürgerinnen und Bürger da. – Dafür will ich Ihnen herzlich danken. Sie haben sich um den Datenschutz in unserem Lande sehr verdient gemacht. Dafür sind wir, die Hessische Landesregierung, Ihnen dankbar. Die Kollegen haben sich für den Landtag bedankt. Aber ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger Ihnen ebenfalls für Ihre Amtszeit, für das, was Sie geleistet haben, sehr dankbar sein können und dürfen. – Vielen Dank, alles Gute.

(Beifall)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Beuth. – Wir sind damit am Ende der Aussprache. Wir haben den Bericht entgegengenommen und besprochen.

Lieber Herr Prof. Ronellenfitsch, das ist eben mehrfach angeklungen, wir haben auch vorhin schon darüber gesprochen: Heute ist nicht der Tag des Abschieds. Sie sind – das durfte man eben auch wieder erleben – mit Elan, mit Engagement, mit Humor, aber auch mit Herzblut mitten und ganz in Ihrem Amt, das, wie Sie eben auch selbst gesagt haben, erst Ende Februar ausläuft. Der Hessische Landtag wird Sie dann noch ganz offiziell verabschieden. Dennoch war das heute Ihr letzter Bericht in dieser Funktion in der Plenarsitzung des Landtages. Ich möchte diesen Anlass nutzen, Ihnen für Ihre großartige Arbeit im Namen des gesamten Hauses Dank zu sagen, lieber Herr Prof. Ronellenfitsch.

(Allgemeiner Beifall)

Bleiben Sie noch einen kurzen Moment bei uns, Herr Prof. Ronellenfitsch, ich komme nämlich noch auf Ihren Namen zu sprechen. Die Daten sind genannt worden: Am 18. September 2003 sind Sie erstmals in das Amt eingeführt, gewählt worden. Am 28. August 2008 und erneut am 31. August 2009 hat der Landtag Sie im Amt bestätigt. Ein viertes Mal sind Sie am 12. März 2014 in das Amt berufen worden. Die Redner haben darauf hingewiesen: Das ist eine außergewöhnliche Amtszeit, die Sie absolviert haben. Sie haben ein Amt übernommen, das seit der Verabschiedung des weltweit ersten Datenschutzgesetzes 1970 und der Wahl des ersten Beauftragten 1971 – ja, man kann das schon so sagen – zu den anerkanntesten und respektiertesten Einrichtungen unseres Landes zählt.

Auch Sie haben immer wieder darauf hingewiesen: Die Notwendigkeit präziser Regelungen und die ständige Überprüfung ihrer Einhaltung sind glücklicherweise ein fester Bestandteil im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geworden. Das gilt – auch das ist deutlich geworden – natürlich auch vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Entwicklung. Und nicht nur nach meiner Überzeugung – das haben Sie, so glaube ich, auch gespürt, und das wissen Sie auch – üben Sie dieses Amt seit der Übernahme im Jahr 2003 in wirklich beeindruckender Art und Weise aus. Sie haben sich in den 17 Jahren – im Februar werden es 18 Jahre sein – ein wirklich großes Maß an Respekt und Anerkennung weit über die Grenzen des Landtages und des Landes hinaus erworben.

Auch das muss immer wieder gesagt werden: Ihre Berichte und Ihre damit verbundenen Auftritte gehören zu den Höhepunkten des Parlamentsjahres. Sie genießen eine enorme Wertschätzung als Persönlichkeit, aber im Besonderen natürlich als Autorität auf Ihrem Gebiet. Sie sind das, was man eine Instanz nennen kann – eine echte Instanz für Datenschutz und Informationsfreiheit. Wenn wir nicht wussten, wie es geht, wenn wir nicht wussten, wie es funktioniert, dann haben wir Sie einfach gefragt, und dann wussten wir es, und dann hat es auch funktioniert. Ich glaube, wir haben sehr schnell gemerkt, dass der Mann aus Mannheim gut zu uns hier in Hessen passt, und wir und der Datenschutz haben sich bei Ihnen sehr gut aufgehoben gefühlt.

Wenn man jetzt einmal in die Forschung hineinschaut, dann ist das im Übrigen auch gar keine große Überraschung, wenn man die Bedeutung Ihres Familiennamens kennt. Ich weiß nicht, ob Sie das in diesem Hohen Hause wissen – auch ich habe es mir angelesen, das gebe ich zu –: In Deutschland gibt es einen einzigen Lehrstuhl für Onomastik. Onomastik, das ist die Lehre der Namensforschung. Noch 1999 hat der Inhaber des Lehrstuhls, also ein

Kollege von Ihnen, Herr Prof. Jürgen Udolph aus Leipzig, auf die Frage nach der Bedeutung des Namens Ronellenfitsch geantwortet: Ich habe nicht den blassesten Schimmer.

(Heiterkeit)

Dann hat das stattgefunden, wofür wir Forscher und Forscherinnen so sehr schätzen. Es hat seinen Ehrgeiz geweckt, und er hat geforscht und geforscht, und aus dem blassen Schimmer, der anfangs nicht vorhanden war, wurde dann eine gefestigte Erkenntnis. Der Familienname Ronellenfitsch geht auf Serbisch "Ranilovic" zurück. Dem liegt ein Personenname zugrunde, dessen Basis in Altkirchenslawisch "beschützen, bewahren" bedeutet. – Sie, lieber Herr Prof. Ronellenfitsch, sind wirklich zu einem der wichtigsten Datenschützer geworden. Die Onomastik hat das belegt und Ihnen sozusagen diese Funktion schon sehr früh, nämlich durch Ihren Familiennamen, in die Wiege gelegt.

Ich darf Ihnen noch einmal meinen herzlichen Dank für eine sehr vertrauensvolle, eine sehr konstruktive und auch eine fröhliche Zusammenarbeit aussprechen, weil es immer Spaß gemacht hat, mit Ihnen zusammen zu sein, mit Ihnen zu sprechen. Es hat uns immer bereichert. Ich danke Ihnen natürlich auch dafür, dass Sie heute wieder bei uns waren. Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben ein besinnliches Weihnachtsfest, und dass Sie gut ins neue Jahr kommen. Das Wichtigste ist: Bleiben Sie gesund, lieber Herr Prof. Ronellenfitsch. – Bis bald.

(Allgemeiner Beifall)

So, ich darf jetzt den **Tagesordnungspunkt 15** aufrufen. Wir fahren in der Haushaltsdebatte fort:

Zweite Lesung Gesetzentwurf

Landesregierung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Drucks. 20/4214 zu Drucks. 20/3978 –

Die Gesamtredezeit für die heutigen Einzelpläne beträgt 80 Minuten je Fraktion. Die Fraktionen haben für die Einzelpläne 01 und 03 bis 15 eine Redezeit angemeldet. Die Gesamtredezeitenliste liegt mir vor. Entsprechend dürfen meine Kolleginnen und Kollegen Vizepräsidenten und ich Sie darauf aufmerksam machen, wenn die Redezeiten erreicht sind. Es ist immer unerfreulich für den wunderschönen und für unser Land so wichtigen Einzelplan 15, wenn am Ende keine Redezeit mehr dafür übrig ist. Das ist eigentlich der wichtigste Einzelplan – aber ich will mir jetzt jeden Kommentar dazu ersparen.

Jedem fraktionslosen Abgeordneten stehen insgesamt vier Minuten Redezeit für alle Einzelpläne zu. Im Ältestenrat haben wir vereinbart, dass Kurzinterventionen auf die Redezeit angerechnet werden. Wir haben eine Rednerreihenfolge vereinbart, die ich Ihnen noch bekannt geben will. Wird das Ministerium, wie beim Einzelplan 03, von der CDU geführt, dann beginnt die SPD. Dann kommt das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dann die AfD, dann die CDU, dann die Freien Demokraten, dann DIE LINKE, dann die fraktionslosen Abgeordneten, dann die Landesregierung. Wird das Ministerium von einem grünen Minister geführt, dann beginnt die SPD, dann kommt die CDU, dann die AfD, dann die GRÜNEN, dann die Freien Demo-

kraten, dann DIE LINKE, dann die fraktionslosen Abgeordneten und dann die Landesregierung.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 01 - Hessischer Landtag -

auf. Hierzu hat keine Fraktion eine Redezeit angemeldet.

Insoweit darf ich

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

aufrufen und dem ersten Redner, dem Kollegen Günter Rudolph, für die Fraktion der Sozialdemokraten das Wort erteilen.

Vielleicht darf ich informationshalber noch mitteilen: Zum Einzelplan 03 hat die CDU neun Minuten angemeldet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zehn Minuten, die SPD zehn, die AfD zehn, die Freien Demokraten 7,5, und DIE LINKE hat die neun Minuten gesplittet, nämlich in fünf und vier Minuten. – Herr Kollege Rudolph, Sie haben das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechtsterrorismus und Rassismus müssen konsequent bekämpft werden. Das gilt auch gerade in unserem Bundesland Hessen, wo wir uns in diesem Jahr mit dieser Thematik, mit dieser Problematik mehr als einmal auseinandersetzen mussten.

Ich will daran erinnern: Drohbriefe und Drohmails gegen Frau Basay-Yildiz seit mehr als zweieinviertel Jahren, gegen unsere Kollegin Janine Wissler und andere beschäftigen unser Bundesland, beschäftigen uns im Parlament. Wir haben Chatgruppen, in denen Polizisten unterwegs sind. Wir haben illegale Datenabfragen aus mindestens drei hessischen Polizeirevieren. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles sind Vorkommnisse, die in gar keiner Weise akzeptabel sind. Herr Innenminister, wir erwarten endlich Aufklärungserfolge zu diesen skandalösen Vorgängen.

(Beifall SPD und DIE LINKE – Zuruf Alexander Bauer (CDU))

Herr Bauer, was wollten Sie mir gerade zurufen?

(Alexander Bauer (CDU): Die Aufklärung läuft intensiv!)

– Nein, aber nach zweieinviertel Jahren ist das nicht zu viel verlangt. – Es reicht nicht, nur darauf zu verweisen: Wir haben einen Sonderermittler eingesetzt, der aus den eigenen hessischen Polizeibehörden kommt; wir haben eine Expertenkommission eingesetzt, in der übrigens GRÜNEN und CDU nahestehende Personen drin sind, aber keine Vertreter der Opposition. Da kann man schon Ergebnisse erwarten, wenn man das Problem erkannt hat – und offensichtlich ist es eines. Da braucht man auch keine Scharmützel mit dem LKA und dem Landespolizeipräsidenten, und man muss auch nicht die gesamte hessische Polizei damit diskreditieren. Vielmehr wollen wir, dass der rechte Sumpf trockengelegt wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass muss die politische Botschaft sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir müssen uns als Staat wehrhaft zeigen. Das, was wir teilweise mit Extremisten erleben, insbesondere aus dem rechten Bereich – den sogenannten Querdenkern –, muss uns Sorgen machen. Ich begrüße es ausdrücklich, wenn der baden-württembergische Verfassungsschutz die Querdenker beobachten will. Ein solches Signal hätte auch Hessen gut angestanden, um endlich konsequent gegen diese Rechtsverdreher und Extremisten vorzugehen.

(Beifall SPD)

Herr Innenminister, auch das Interview in der "FR" vom 3. Dezember, wo Kollegin Wissler und andere noch einmal zu den Vorkommnissen befragt wurden, macht uns betroffen; denn es gibt noch viele offene Fragen, die wir an Sie zu richten haben, auch bezüglich der Art und Weise, wie man mit Betroffenen und wie man mit Vorkommnissen umgeht. Wir haben das im Sommer hier erlebt. Wenn angeblich wegen Corona monatelang Polizeibeamte nicht vernommen werden können, Handys und Tablets nicht sichergestellt werden können, dann ist das ein Skandal und keine ordentliche Aufklärungsarbeit – um das an dieser Stelle einmal sehr deutlich zu sagen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir erwarten auch, dass der Verfassungsschutz in diesen Bereichen entsprechend tätig wird. Ich will hinzufügen: Wir als SPD-Fraktion werden zu den Haushaltsberatungen wieder einen Antrag einbringen, mit dem wir Personalund Sachmittel für die Errichtung einer Geschäftsstelle Verfassungsschutz hier im Hessischen Landtag beantragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann nicht sein, dass drei Abgeordnete der Opposition – Kollege Müller, Kollegin Faeser und ich – Hunderte von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes kontrollieren sollen, ohne jegliche Zuarbeit. Das ist ein Unding, das muss dringend geändert werden. Der Verfassungsschutz muss von der parlamentarischen Kontrollkommission so kontrolliert werden, dass das auch möglich ist. Zurzeit ist das jedenfalls in dieser Art und Weise nicht möglich. Deswegen sind wir sehr gespannt, ob Sie sich trauen, diesen Antrag erneut abzulehnen.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wir werden auch in der Fraktion beraten, und wir sind nach wie vor der Auffassung, dass es wichtig ist, eine Landesstiftung einzurichten – wir haben das im letzten Jahr schon diskutiert –, wo es darum geht, Gelder bereitzustellen, und um die Frage: Wie können wir uns den Gefahren für die Demokratie entgegenstellen? Wir hatten im vergangenen Jahr Hanau und solche Ereignisse zu beklagen. Die Frage ist, ob man das im Bereich des Innenministers ansiedelt oder – das ist eine andere Idee – möglicherweise beim Landtag. Das hätte auch den Vorteil, dass wir als Landtag ein Signal aussenden: Ja, wir wollen gegen die Feinde der Demokratie vorgehen. – Wir wollen ein dauerhaftes Signal senden. Auch das würde dem Hessischen Landtag gut zu Gesicht stehen, um nicht nur in Sonntagsreden, sondern als dauerhafte Aufgabe unsere Demokratie zu schützen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und vereinzelt Freie Demokraten)

Ich will zu einem zweiten Schwerpunkt kommen. Ich will ausdrücklich im Namen der SPD-Fraktion allen hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten danken. Übrigens: All diejenigen, die nicht mit dem Ziel der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Verfassung des Landes Hes-

sen und dem Grundgesetz konform gehen, haben im Staatsdienst nichts, aber auch gar nichts zu suchen. Das will ich an der Stelle sehr deutlich sagen. Umso mehr gilt unser Dank denjenigen Polizeibeamtinnen und -beamten, die gewissenhaft ihren Dienst versehen.

Herr Innenminister, ich habe Ihren Auftritt gestern zwar nicht ganz verstanden – inhaltlich teile ich ihn aber ausdrücklich, und die SPD-Fraktion hat auch dazu geklatscht. Das haben die meisten GRÜNEN an der Stelle nicht getan. Deswegen ein herzliches Dankeschön an die Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren Einsatz, nicht nur rund um die A 49, sondern für 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr. Ein herzliches Dankeschön für den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Wenn der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Andreas Grün, vor wenigen Tagen sagt: "Hohe Krankheitsstände, volle Überstundenkonten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist fast nicht mehr herzustellen, wir können über Monate kein freies Wochenende mehr einplanen", dann zeigt das – und so zeigt es auch eine Umfrage, die Sie, Herr Innenminister, sogar Anfang des Jahres in Auftrag gegeben haben –, dass die nicht ausreichende Personalausstattung das größte Problem ist. Das führt zu großer Unzufriedenheit bei der hessischen Polizei. Herr Innenminister, das haben Sie zu verantworten, weil in den letzten Jahren zu wenige Polizeibeamtinnen und -beamte ausgebildet wurden. Das ist Ihr Versäumnis und das Ihrer Regierung, Herr Innenminister.

(Beifall SPD, DIE LINKE und vereinzelt Freie Demokraten)

Wir hätten uns gestern auch gewünscht – Kollegin Faeser hat es angesprochen –, dass der Ministerpräsident auch einmal etwas zu dem Thema A 49 gesagt hätte. Dazu hat der Ministerpräsident beharrlich geschwiegen.

Angriffe auf Polizeibeamte: Wenn die Zahlen der hr-Umfrage vom heutigen Morgen stimmen – und das ist auch unser Eindruck aus den Gesprächen und Erfahrungen der letzten Wochen und Monate –, dann werden der Polizeieinsatz und auch die Mittel als angemessen angesehen.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

– Ich weiß nicht, Herr Frömmrich, was Sie wieder dazwischengebrummelt haben. Selbst die Anhänger der GRÜNEN sehen die Widersprüchlichkeit, dass die GRÜNEN vor der Wahl etwas anderes versprechen, als was sie nach der Wahl machen – aber das ist eine andere Geschichte.

Aber vielleicht kann man das empirisch nicht aufarbeiten; deswegen sage ich das an der Stelle. Jedenfalls wird das als angemessen angesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das zeigt: Es war richtig. Rechtsstaatlich getroffene Entscheidungen müssen auch rechtsstaatlich umgesetzt werden. Das muss auch akzeptiert werden. Das tun nicht alle. Wir als SPD-Fraktion tun es.

(Beifall SPD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Weitere Zurufe)

– Dann müsste ich einen ganzen Tag schlechte Laune haben, wenn ich Sie sehe, Herr Frömmrich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie!)

Das habe ich aber nicht.

(Beifall SPD und Freie Demokraten – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie werden nachher sagen: Wir bilden unheimlich viel aus. – Erstens haben Sie in den letzten Jahren zu wenig ausgebildet.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens haben wir das Problem, dass mittlerweile fast 20 % der Polizeianwärter, die anfangen zu studieren, ihr Studium nicht beenden. Das ist eine extreme Größe. Drittens muss man über die Qualität derjenigen reden, die dabei herauskommen.

"Wertschätzung" heißt aber auch – deswegen wird es von der SPD-Fraktion erneut einen Antrag geben –, die Stellenzulage endlich wieder ruhegehaltsfähig zu machen. Das betrifft Polizeibeamtinnen und -beamte, Justizbeamte und Feuerwehrleute. Das ist ein kleines Symbol. Das kostet etwa 6 Millionen €. Das kann man machen, wenn man Wertschätzung nicht nur sonntags predigt. Wir wollen, dass es montags umgesetzt wird.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir sind auch gespannt, was Sie zu den Forderungen der GdP zu Sonderurlaub und Prämien sagen. Auch wir haben das schon thematisiert. Die FDP hat das freundlicherweise in ihren Setzpunkt morgen schon aufgenommen. Wir sind sehr gespannt, ob man ein solches, wie wir finden, berechtigtes Interesse ernst nimmt.

Ich will einen dritten Punkt erwähnen, der in Städten und Gemeinden noch in der Diskussion ist, nämlich Straßenausbaubeiträge. Es wird im Bereich des Innenministers zu verantworten sein. Auch das ist vor Ort noch nicht gelöst.

(Beifall SPD)

Es gibt nach wie vor Diskussionen. Nach wie vor haben Menschen Ängste, dass sie Zehntausende Euro zahlen müssen. Wir sind weiterhin der Auffassung: Straßenausbaubeiträge sind sozial ungerecht. Sie gehören abgeschafft. Als Kompensation soll das Land eine Investitionspauschale an die Städte und Gemeinden zahlen, damit diese Ungerechtigkeit abgeschafft und der Ärger nicht vom Land auf die Kommunen vor Ort delegiert wird. Es ist sowieso Ihre Taktik von Schwarz-Grün, unangenehme Entscheidungen auf die Ebene vor Ort abzuwälzen, damit das vor Ort ausgebadet werden muss. Deswegen gehören Straßenausbaubeiträge abgeschafft.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich muss mich an die Redezeit halten, die ich selbst festgelegt habe. Das will ich gern tun.

Herr Innenminister, in Ihrem Hause gibt es einiges zu tun. Wir brauchen keine Kämpfe in der Polizei, die Sie angefacht haben. Wir brauchen ein klares, entschlossenes Handeln des Landes. Wir brauchen aber auch klare Botschaften. Wir fordern von Ihnen eine andere Art der Kommunikationspolitik ein. Es ist unerträglich, dass wir im Nachhinein viele Sachen erfahren. Die Informationspflicht gegenüber dem Parlament zu erfüllen, ist normalerweise eine Selbstverständlichkeit, aber bei Schwarz-Grün ist sie eher wenig ausgeprägt. Wir werden jedenfalls dafür sorgen,

dass Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus in diesem Land keine Chance haben. Dafür müssen alle Demokraten eintreten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD – Beifall DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph, auf die Sekunde zehn Minuten. – Ich darf als nächste Rednerin die Abg. Eva Goldbach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Auch die GRÜNEN haben zehn Minuten festgelegt. Bitte, Frau Kollegin.

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir müssen die Frage stellen: Warum geben wir eigentlich immer mehr Geld für Sicherheitsbehörden aus? Die Produktabgeltung für das Innenessort steigt im Jahr 2021 gegenüber 2020 um rund 47 Millionen € auf 2,28 Milliarden €. Das ist – da sind wir uns einig – eine gewaltige Summe.

Davon ist der größte Posten mit etwa 80 % der Polizeihaushalt. Der wiederum hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt,

(Turgut Yüksel (SPD): Das macht es aber nicht besser!)

obwohl wir bei der Kriminalitätsbelastung – das ist eine objektive Zahl – eines der sichersten Bundesländer in ganz Deutschland sind. Wir haben andere Entwicklungen in Deutschland, die das notwendig machen.

In fast allen Bereichen extremistischer Phänomene ist die Gewaltbereitschaft laut Bundes-Verfassungsschutzbericht gestiegen. Diese zunehmende Gewaltbereitschaft gefährdet das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Die größte Bedrohung geht nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ganz klar von Rechtsextremisten, Rassisten und Antisemiten aus. Aber auch im linken Spektrum steigt die Zahl der Straftaten weiter.

Wir dürfen auch nicht aus dem Blick verlieren, dass es nach wir vor Hunderte islamistischer Gefährderinnen und Gefährder in Deutschland gibt, die permanent eine Gefahr sind, weil sie terroristische Akte begehen könnten.

Und wir sehen, dass Autokraten die Freiheitsrechte in demokratischen Staaten massiv einschränken – auch hier in Europa und in unserer Nachbarschaft. Sie haben das Ziel, die westliche Wertegemeinschaft und die Idee der Demokratie an sich zu schwächen.

Dann haben wir die Corona-Pandemie. Diese Krankheit ist eine Gefahr nicht nur für unsere Gesundheit, sondern auch für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Denn dieses Virus trifft uns ausgerechnet in einer Zeit, in der die extremen Ränder der Gesellschaft wachsen und starke Fliehkräfte den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährden

Das Virus weckt Ängste, mitunter existenzielle Ängste, bei den Menschen. Dann gehen sie auf die Straße. Sie machen ihrer Empörung Luft, lassen manchmal ihrem ungefilterten Zorn auf alles und jeden freien Lauf. Andere sehen demokratische Werte in Gefahr oder verlangen besseren Klimaschutz, einen schonenderen Umgang mit unseren Ressourcen. Manchmal gehen Verschwörungsideologen und Klimaaktivisten, Querdenker und Esoteriker gemeinsam auf die Straße.

Im Moment sehen wir da ein diffuses Bild. Es ist eine bisher nicht gekannte Mischung. Das macht sie so gefährlich. In dieser Zeit brauchen wir Politikerinnen und Politiker gute Nerven. Wir brauchen Geduld, und wir brauchen die Fähigkeit, Vertrauen zu gewinnen und Sicherheit zu vermitteln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Dazu gehören der freie Austausch im Parlament, eine gewissenhafte Suche nach guten Lösungen und der Mut, auch mal unpopuläre Entscheidungen zu treffen, wenn wir sie für das Allgemeinwohl für richtig halten. Wir brauchen aber auch eine effektive, an den Prinzipien der Verlässlichkeit und der Verhältnismäßigkeit orientierte Exekutive. Dazu gehört nicht zuletzt eine gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizei. Denn die Polizei schützt die Versammlungsfreiheit. Die Polizei schützt jüdische Einrichtungen. Die Polizei schützt Asylbewerberheime. Und wir rufen die Polizei, wenn wir Opfer von Angriffen, Gewalttaten oder Einbrüchen werden.

Deshalb ist es absolut richtig, dass sich der Polizeihaushalt in 20 Jahren mehr als verdoppelt hat und wir mehr Polizistinnen und Polizisten in Hessen haben und ausbilden als jemals zuvor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wer, wenn nicht wir Hessen, sollte die zunehmende Gefahr durch Rechtsextremisten und Rechtsterroristen als dringendste Aufgabe und Herausforderung in der Sicherheitspolitik unseres Landes sehen? Wer, wenn nicht wir Hessen, weiß, wie sehr rechtsterroristische Anschläge mit Todesopfern eine Gesellschaft erschüttern?

Das Erstarken der rechten Ideologien mit ihren frauenfeindlichen, diskriminierenden, rassistischen, völkischen und nationalistischen Parolen ist kein Phänomen einer klar abzugrenzenden kriminellen Vereinigung. Der Rechtsextremismus ist – leider – ein Phänomen in der Mitte der Gesellschaft.

In Chemnitz marschierten im September 2018 Rechtsextremisten, gewaltbereite Hooligans und vermutlich auch der des Mordes an Walter Lübcke angeklagte Stephan E. gemeinsam mit der AfD – angeführt von Björn Höcke, dem Mann, der 2020 in Thüringen zum Königsmacher wurde.

Die radikale Rechte und deren parlamentarischer Arm wollen die Demokratie, sie wollen die Menschenrechte abschaffen.

(Lachen Klaus Herrmann (AfD))

Die radikale Rechte macht Jagd auf Minderheiten und geht gegen den Staat vor. Der entschlossene Kampf gegen Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus ist unsere vordringlichste Aufgabe.

(Beifall Manfred Pentz (CDU) und Jan Schalauske (DIE LINKE))

Was macht der Verfassungsschutz?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Gute Frage, nächste Frage!)

Der Verfassungsschutz muss in der Lage sein, durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie durch moderne und gute Technik und Software die verfassungsfeindlichen Bestrebungen in Hessen zu beobachten. Genau dafür sorgen wir mit diesem Haushalt.

(Beifall CDU)

Neben der technischen Ausstattung braucht der Verfassungsschutz natürlich gute Leute mit immer neuen Qualifikationen. Uns hat sehr gefreut, dass Präsident Schäfer bei der kursorischen Lesung berichten konnte, dass die in den letzten Jahren neu geschaffenen Stellen entweder schon besetzt sind oder alle Stellenbesetzungsverfahren demnächst abgeschlossen und Menschen eingestellt werden. Das ist erfreulich, und genau das brauchen wir: qualifizierte Leute.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Schon 2008 hat das Land Hessen im Verfassungsschutz das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus, KOREX, gegründet. Es leistet äußerst wichtige Arbeit bei der Aufklärung der Bevölkerung und vor allem Aufbereitung von Fachwissen über Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus, das es an die Bevölkerung weitergibt.

Kommen wir zur Polizei. Was macht die Polizei gegen Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus? Die Besondere Aufbauorganisation Hessen R geht entschieden gegen die rechte Szene vor. Sie besteht hessenweit aus 140 Ermittlerinnen und Ermittlern. In jedem der sieben hessischen Polizeipräsidien ist ein eigener Regionalabschnitt, sodass sie in der gesamten Fläche tätig wird. Sie prüft das gesamte rechte Personenpotenzial in Hessen, hat es immer im Blick, klärt Szene-Treffpunkte auf und überwacht diese. Sie stört die rechte Szene z. B. durch Anklopfaktionen.

Insgesamt wurden bereits mehr als 220 polizeiliche Einsatzmaßnahmen gegen die rechte Szene in Hessen unter Federführung der BAO Hessen R seit ihrer Gründung durchgeführt: über 110 Durchsuchungen, etwa 2.200 Sicherstellungen sowie mehr als 1.200 Kontrollmaßnahmen. Rund 30 Szene-Veranstaltungen wurden durch die Regionalabschnitte der BAO Hessen R begleitet. Zudem wurden inzwischen insgesamt 106 Haftbefehle gegen 96 Personen des rechten Spektrums vollstreckt. Wir werden weiter dafür sorgen, dass diese Besondere Aufbauorganisation gut ausgestattet ist.

Im Bereich Demokratieförderung, Prävention machen wir in diesem Landeshaushalt so viel wie nie zuvor. Warum ist das wichtig? Richtig ist, dass der Verfassungsschutz beobachtet und die Polizei gegen die Rechten hart durchgreift. Aber kein Mensch wird als Rechtsextremist geboren. Deswegen müssen wir äußerst viel im Bereich von Bildung, Demokratieförderung und Prävention tun. Daher stellen wir für diesen gesamten Bereich so viel Geld wie noch nie zur Verfügung: 8,6 Millionen €. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 lagen die Mittel noch bei 1,3 Millionen €.

Diese Aufgaben sind wichtig; denn wir müssen, wie gesagt, Schülerinnen und Schüler bilden und sie wachsam machen, damit sie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus erkennen und sich dagegen wehren. Ein wichtiger Punkt ist im Übrigen auch das Ausstiegsprogramm. Denn diejenigen, die von diesen Ideologien ablassen, müssen wir betreuen und ihnen ermöglichen, in die Gesellschaft und zu demokratischen Werten zurückzukehren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch die Sportförderung dient dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Ich bin keine Fachfrau für Fußball, aber es gab einen Punkt, an dem ich begeistert für Fußball war, und zwar für die Fußballvereine in unseren Kommunen. Das war 2015 und 2016, als so viele Menschen zu uns kamen und hier Schutz, Sicherheit und eine neue Heimat gesucht und gefunden haben. Da haben die Fußballvereine vor Ort – ich habe das bei uns auch erlebt – unglaublich gute Arbeit gemacht. Die integrative Kraft dieser Vereine vor Ort ist so wichtig für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin, Ihre zehn Minuten sind um.

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön. – Deswegen werden wir die Sportvereine kraftvoll unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Bekämpfung von Kinderpornografie und Kindesmissbrauch. Ich begrüße ausdrücklich, dass das Land Hessen hierfür 4 Millionen € zusätzlich im Landeshaushalt 2021 zur Verfügung stellt. Das ist das schlimmste Kriminalitätsfeld, und auch hiergegen müssen wir mit allem, was uns zur Verfügung steht, entschlossen vorgehen.

Insgesamt macht dieser Landeshaushalt das Land Hessen noch ein Stück sicherer. – Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Goldbach. – Nächster Redner ist der Abg. Herrmann für die Fraktion der AfD. Die AfD hat ebenfalls zehn Minuten angemeldet.

Klaus Herrmann (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie werden sich sicherlich noch an die Haushaltsdebatte für das Jahr 2020 im Januar dieses Jahres erinnern. Das damalige ablehnende Regierungshandeln von CDU und GRÜNEN macht es erforderlich, dass wir erneut auf zwei wesentliche AfD-Forderungen in einem der grundlegendsten Bereiche des Innern, dem Bereich innere Sicherheit, hinweisen. Es geht um die Besoldung der Polizei und die Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern.

Da bisher alle unsere sinnvollen Vorschläge und berechtigten Forderungen von den Regierungsparteien regelmäßig abgelehnt wurden, ist es gut, dass wir heute noch einmal öffentlich darüber sprechen können. Die Bevölkerung muss erfahren, dass diese schwarz-grüne Regierung zwar gerne von innerer Sicherheit spricht und sich mit Eigenlob überschüttet, aber für die Gewährleistung dieser inneren Sicherheit mitnichten alles Mögliche und Erforderliche unternimmt.

(Beifall AfD)

Allerdings beweisen CDU und GRÜNE regelmäßig, dass sie mithilfe der Mainstream-Medien, mit Lippenbekennt-

nissen zur Beruhigung der Bürger, Jubelbotschaften und Nebelkerzen für das Volk zu Höchstleistungen auf dem Gebiet des Regierungsjournalismus – andere sprechen von Regierungspropaganda – fähig sind, ihr Regierungshandeln vergleichsweise aber deutlich dahinter zurückbleibt.

(Holger Bellino (CDU): Was ein Quatsch!)

Beweise und Beispiele, die belegen, dass unsere Forderungen nicht nur sinnvoll, sondern dringend notwendig sind, gibt es genug. Bedenken Sie dabei auch, dass die innere Sicherheit Fundament und Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen ist. Dafür muss der Staat Sorge tragen. Dafür braucht es Sicherheitsbehörden, die diese Sicherheit gewährleisten und die Stärke besitzen, Angriffe auf die Gemeinschaft oder den Einzelnen abzuwehren.

Jeder Regierung sollte es ein besonderes Anliegen sein, dem Bereich innere Sicherheit eine hohe Aufmerksamkeit zu widmen. Das muss mit einem großen Interesse daran verbunden sein, entsprechend qualifizierte Menschen für diese wichtige, staatstragende Aufgabe zu gewinnen, aber auch im Dienst zu halten.

In Anbetracht der wachsenden Belastungen – nicht nur wegen Demonstrationseinsätzen wie im Dannenröder Forst oder spontanen Ausschreitungen in unseren Innenstädten wie in Frankfurt, sondern auch wegen der deutlich erkennbar steigenden Mehrbelastungen durch weitere Zuwanderungen, ob rechtmäßig oder illegal, was für die Regierung offensichtlich keinen Unterschied macht - sind alle Polizeibedienstete vor neue und anspruchsvolle Herausforderungen gestellt. Dazu kommen die sich ausbreitende Clankriminalität, verschiedene Formen des Extremismus und Terrorismus, die Internationalisierung von Verbrechen sowie steigende Internetkriminalität. In diesem Umfeld muss es Aufgabe der Regierung sein, die Leistungsbereitschaft und Motivation bei der Polizei zu erhalten und die zunehmenden Arbeitsbelastungen so sozialverträglich wie möglich zu gestalten.

(Beifall AfD)

Wir müssen aber feststellen, dass über Jahre hinweg im Bereich der inneren Sicherheit gespart wurde. Die vorgesehenen materiellen und personellen Aufstockungen bei der Polizei reichen nicht aus, um den vielfältigen Aufgaben und den zunehmenden Herausforderungen, die unsere Sicherheitskräfte zu bewältigen haben, angemessen zu begegnen.

Kommen wir zu den Beispielen, die belegen, dass die AfD-Forderungen mehr als berechtigt sind. Beginnen wir mit der Polizei. Millionen an Überstunden werden dort im Jahr geleistet. Sie sind fortlaufend ein Beleg für die enorme Belastung unserer Polizeibeamten. Über die Auswirkungen derartiger Arbeitsverdichtung besteht kein Zweifel. Stress führt zu Leistungseinbußen. Wer den Stress nicht abbauen kann, erkrankt unter Umständen ernsthaft. Dafür ist auch die erhöhte Zahl der durchschnittlichen krankheitsbedingten Fehltage bei der hessischen Polizei durchaus ein Beleg.

(Beifall AfD)

2019 sind diese Fehltage zwar leicht gesunken, im Durchschnitt sind es pro Person aber noch 26,78 und damit zu viele.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN)) Das Risiko, durch den Polizeiberuf während des Dienstes gefährlichen Situationen ausgesetzt zu sein und sich Verletzungen zuzuziehen,

> (Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

ist im Vergleich zu den meisten anderen Berufsgruppen deutlich erhöht. Verschärfend kommt noch die Überstundenbelastung hinzu.

Ebenfalls zu nennen sind an dieser Stelle vor allem die finanziellen Einsparungen der Landesregierung für Hessens Beamte aufgrund der sogenannten Nullrunde im Jahr 2015 und die Anpassung der Beamtenbezüge um lediglich 1 % im Jahr 2016. Praktisch wurde den Beamten im Jahr 2015 mit der Beihilfekürzung sogar eine Gehaltskürzung zugemutet. Der Deutsche Beamtenbund spricht in diesem Zusammenhang von einer realen Minusrunde und rechnet vor, dass diese Maßnahmen der Jahre 2015 und 2016 den hessischen Haushalt bis Ende 2021 um rund 2 Milliarden € entlasten werden. Das entspricht einer jährlichen Einsparung von rund 275 Millionen € seit 2015. Vor diesem Hintergrund sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, den anspruchsvollen Polizeiberuf durch eine bessere Besoldung aufzuwerten und attraktiver zu machen.

(Beifall AfD)

Leider teilen die regierungstragenden Parteien CDU und GRÜNE, aber auch SPD, FDP und LINKE unsere Sichtweise bisher nicht. Sie lehnten schon im Januar dieses Jahres unseren Vorschlag ab, in einem ersten Schritt alle Polizeistellen der Besoldungsgruppen A 9 und A 10 um eine Besoldungsgruppe anzuheben. Diese AfD-Forderung erhalten wir aufrecht; denn es ist ein gewaltiger Unterschied, ob ich als Verwaltungsbeamter oder als Einsatzbeamter meinen Dienst leiste und dabei mit A 9 oder A 10 besoldet werde. Nach unseren Berechnungen muss dazu im Haushalt 2021 ein maximaler Betrag von 54 Millionen € eingestellt werden. Das ist angesichts der seit 2015 bereits jährlich eingesparten 275 Millionen € keine unerfüllbare Forderung.

(Beifall AfD)

In diesem Zusammenhang sind in einem zweiten Schritt auch die Erhöhung der Polizeizulage und deren Berücksichtigung als Teil der Versorgungsbezüge notwendig. Das sind wir den Menschen, die jahrzehntelang mit Leib und Leben der Sicherheit unseres Landes gedient haben, schuldig. Absehbar muss für die Polizei eine eigene Besoldungstabelle für eine angemessene Besoldung eingeführt werden

Kommen wir zu den Abschiebungen. In diesem Bereich besteht ein dringend zu lösendes Problem, für das wir im Gegensatz zu dem Vorgehen der regierungstragenden Parteien sofort noch mehr finanzielle Mittel bereitstellen müssten – Mittel für die Schaffung weiterer Abschiebehaftplätze, die in Anbetracht der hohen Anzahl von ausreiseunwilligen Ausländern dringend notwendig sind.

(Beifall AfD)

Auch hier handelt die Regierung nur halbherzig und bleibt deutlich hinter dem Erforderlichen zurück. 2018 standen in Hessen lediglich 20 Abschiebehaftplätze zur Verfügung. Wir hatten deshalb einen Änderungsantrag zum Haushalt 2020 eingereicht, der für dieses Jahr zusätzlich zu den von der Regierung geplanten 60 Abschiebehaftplätze weitere

20 Abschiebehaftplätze vorsah. Auch diese Forderung der AfD wurde entgegen der Faktenlage abgelehnt.

(Beifall Andreas Lichert (AfD))

Nehmen Sie zur Kenntnis: Laut dem Migrationsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2019 hielten sich insgesamt 249.922 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland auf. Die Gesamtzahl der Abschiebungen aus Deutschland belief sich dagegen im Jahr 2019 auf lediglich 22.097. Mit Stand 31. Dezember 2019 lebten nach dem Ausländerzentralregister insgesamt 12.956 ausreisepflichtige Personen in Hessen. Sechs Monate später – Stand 30. Juni 2020 – waren schon 14.631 Personen ausreisepflichtig. 11.171 von diesen Personen habe eine Duldung, und 3.460 sind ohne Duldung hier. Ausländer ohne Duldung sind vollziehbar ausreisepflichtig. Sie müssen die Bundesrepublik sofort verlassen.

(Beifall AfD)

Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen scheitert häufig. Einer der Hauptgründe: Die Personen sind für die Behörden nicht greifbar, weil sie kurz vor der Abschiebung untertauchen. Um das zu verhindern, bedarf es der Abschiebehaftplätze. Nach Ansicht vieler Experten reichen die bundesweit vorhandenen 578 Abschiebehaftplätze jedoch bei Weitem nicht aus. Diese Auffassung teilen wir und fordern in einem ersten Schritt erneut den Bau von 120 zusätzlichen Abschiebehaftplätzen.

Die Kalkulation der Landesregierung zugrunde gelegt, würde die Einrichtung dieser 120 Plätze rund 49 Millionen € kosten – eine Investition, die sinnvoll und notwendig ist, wie die Zahlen beweisen. Es muss ein Ende haben, dass fehlende Plätze eine konsequente Festsetzung von abschiebeunwilligen Ausländern verhindern.

(Beifall AfD)

Wir haben noch eine weitere Forderung, die der Unterstützung des Katastrophenschutzes dient. Corona hat gezeigt, dass Schutzausstattung durch die Landesregierung in nicht ausreichendem Maße vorgehalten wurde, sodass diese notwendigen Beschaffungen kurzfristig und dadurch teilweise teuer vorgenommen werden mussten. Um dies zukünftig zu vermeiden, erachten wir es als notwendig, einen für vier Wochen ausreichenden Vorrat an Schutzausstattung anzulegen. Den Investitionsbedarf hierfür beziffern wir mit 52,5 Millionen €.

Meine Damen und Herren, wenn wir die von uns hier geforderten Maßnahmen zusammenfassen – Anhebung der Besoldungsgruppen bei der Polizei, Einrichtung von 120 Abschiebehaftplätzen und die Vorratsbeschaffung von Schutzausstattung –, kommen wir auf ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 156 Millionen €. Es sollte es uns wert sein, diesen Betrag zu investieren; denn er dient der Sicherheit unserer Bürger. – Danke.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Danke, Herr Herrmann. – Nächster Redner ist der Abg. Alexander Bauer für die Fraktion der CDU. Die CDU hat neun Minuten eingetragen. Bitte schön, Herr Kollege Bauer.

Alexander Bauer (CDU):

Hochverehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum zehnten Mal darf ich über den Einzelplan 03 sprechen, und ich darf feststellen, dass von Jahr zu Jahr die Zahlen, Daten und Fakten, über die ich berichten darf, besser werden. Nie war Hessen sicherer, nie gab es mehr Polizei und nie weniger Kriminalität. Das ist auch Ausdruck der Haushaltsplanung der letzten zehn Jahre dieses Hauses.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich, dass wir das auch für 2021 feststellen können – ungeachtet dessen, dass das Schlechtreden der Opposition immer munterer wird. Denn, ich denke, es ist durchaus deutlich geworden, dass wir auf dem richtigen Weg sind, wenn wir angesichts der Herausforderungen, vor denen auch die hessische Polizei steht und die wir nicht kleinreden, deutlich machen können, dass wir in den letzten zehn Jahren das Volumen der Investitionen in die Sicherheit massiv gesteigert haben. Wir haben den Polizeihaushalt – das wurde schon erwähnt – in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt: 1,85 Milliarden €, ein neuer Höchststand. Nie gab es mehr Geld für die innere Sicherheit in Hessen als in diesem und in den kommenden Jahren.

Meine Damen und Herren, wir stellen das Geld für mehr Polizei, für bessere Ausstattung und für intensivere Prävention zur Verfügung; denn die Arbeit der Polizei ist ein maßgeblicher Einflussfaktor für die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Wir sorgen dafür, dass die Menschen auch weiterhin gut und sicher leben können. Wir Christdemokraten sind stolz auf die gute Arbeit, die unsere Sicherheitsbehörden und die Polizeibeamtinnen und -beamten in Hessen täglich leisten. Dafür danken wir an dieser Stelle regelmäßig auch ganz herzlich.

Die CDU ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit; denn wir haben in den letzten Jahren unsere Sicherheitsbehörden kontinuierlich personell aufgestockt sowie mit moderner Technik, Bewaffnung und Schutzausrüstung ausgestattet. Wir sorgen auch mit passenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltig erfolgreiche Polizeiarbeit.

Meine Damen und Herren, das lässt sich auch bemessen, das lässt sich nicht nur in Sonntagsreden verkünden. Man kann das auch abmessen und mit anderen Bundesländern vergleichen. Die Bilanz in Hessen ist – ich habe es eingangs gesagt – in den letzten Jahren, die ich überblicken kann, durchaus erfreulich. Wir haben mit einer Aufklärungsquote von über 65 % im letzten Jahr einen Höchststand erreicht. Wir sind damit erneut eines der sichersten Bundesländer dieser Republik – an dritter Stelle. Wir haben den Ansporn, auch weiterhin noch besser zu werden.

Die Kriminalitätsbelastung, ein maßgeblicher Messfaktor für die Kriminalität in einem Land, ist erneut deutlich gesunken – im Vergleich zum Vorjahr um 2 %. Ich darf feststellen, die Gefahr, in Hessen Opfer von Kriminalität zu werden, ist so gering wie seit 40 Jahren nicht mehr.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Hessen ist ein sicheres Land, und das soll in den kommenden Jahren auch so bleiben. Gutes kann durchaus noch besser werden, keine Frage. Wie Sie sicher wissen, haben wir seit 2014 immer mehr Polizisten eingestellt, als in den Ruhestand gegangen sind.

Die drei großen Stellenpakete führen dazu, dass bereits 2021 über 15.000 Polizeibeamtinnen und -beamte in unserem Land für Sicherheit sorgen. Das entspricht im Vergleich zum Jahr 2014 einem Stellenplus von 11 %. Hessen hat so viele Polizisten wie noch nie. Das ist eine richtige Entscheidung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um diese Sicherheit zu steigern – wir bleiben nicht stehen, wir sehen die weiteren Bedarfe –, werden wir auch 2021 weitere 340 Stellen schaffen: 250 für neue Anwärter, 40 zusätzliche Stellen für Wachpolizei, und auch das Fachund Verwaltungspersonal wird um 50 weitere Stellen verstärkt. Der Personalzuwachs allein wird mit zusätzlich 8 Millionen € für 2021 veranschlagt. Wir steigern auch kontinuierlich die Beförderungschancen in der Polizei. 2021 sind rund 400 Stellenhebungen vorgesehen. Das entspricht ungefähr 600 Beförderungsmöglichkeiten, und damit werden zahlreiche Karriereperspektiven vorgegeben, meine Damen und Herren.

Die Frage des Personals ist eine entscheidende. Damit stellt sich gleichzeitig aber immer auch die Frage der Ausstattung; denn wir müssen diejenigen, die uns schützen, natürlich auch besser ausstatten und schützen. Deshalb werden im nächsten Jahr 11 Millionen € für neue Dienst- und Schutzausstattung bereitgestellt. Mit 1,5 Millionen € verbessern wir den Ausstattungsbestand der besonderen Einheiten, und auch die Fortentwicklung der Analyse- und Auswertungssoftware der hessischen Polizei – unter anderem auch für die Bekämpfung von Cybercrime – wird mit 6,6 Millionen € im nächsten Jahr besser ausgestattet.

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle selbst: Jeder, der sich erst gar nicht radikalisiert oder der aus der Radikalisierung auf den Boden unserer Rechts- und Werteordnung zurückgeführt wird, ist eine Gefahr weniger für unser Land.

Extremismus und Hass begegnen wir nicht nur mit neuer Technik und konsequentem Handeln und umfangreichen operativen Maßnahmen, sondern auch mit einem breit gefächerten Präventionsangebot. Dieses setzen wir im Haushalt 2021 erneut fort. Zusammen mit den Bundesmitteln stehen für diese wichtigen Maßnahmen ungefähr 10 Millionen € bereit. Allein für das Landesprogramm "Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus" sind es 8,6 Millionen €.

Meine Damen und Herren, wenn hier die Forderung erhoben wird, den rechten Sumpf trockenzulegen, dann darf ich feststellen: Nie gab es mehr Mittel, nie gab es mehr Willen und nie mehr Konsequenz. Das ist unsere Politik in Hessen für die Austrocknung des rechten Sumpfes.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir setzen uns außerdem gegen Kinderpornografie und gegen sexuelle Gewalt an Kindern ein. Das trifft die Seele der Gesellschaft. Dafür gibt es mehr Geld und mehr Instrumente; denn das gilt es mit aller Macht zu bekämpfen.

Daher wurde beim Landeskriminalamt eine neue Polizeispezialeinheit eingerichtet. Die Beamten gehen gegen Sexualstraftäter in Hessen vor und unterstützen die weltweite Fahndung gegen Kinderpornografie. Mit zusätzlich 4 Millionen € wird eine neue Forensikplattform bereitgestellt, damit die Strafverfolgung auch technisch besonders unterstützt wird.

Die Kommunen, die Videosicherheitstechnik auf öffentlichen Wegen und Plätzen haben wollen, werden ebenfalls unterstützt. Sie können das modernisieren und bedarfsgerecht anpassen. Dafür stellen wir erneut 2,8 Millionen € zur Verfügung.

Sollte die Sorge bestehen, wir würden an einem Überwachungsstaat arbeiten, dann darf ich feststellen: Wir haben diese Videosicherheitstechnik in 19 Städten in 23 Zonen mit 204 Kameras.

Meine Damen und Herren, das sind richtige und wichtige Maßnahmen für mehr Sicherheit vor Ort. Ich glaube, da ist jeder Cent mehr auch gut aufgehoben, damit wir dieses wichtige Präventionsinstrument weiter ausbauen können.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zum Bereich der inneren Sicherheit zählen auch die Feuerwehren. 69.000 Menschen versehen ein besonderes Ehrenamt. Sie leisten Dienste in unseren freiwilligen Feuerwehren. Hessen zählt ungefähr 2.500 freiwillige Feuerwehren. Hinzu kommen die Menschen in den Berufs- und Werksfeuerwehren. Die Förderung der Feuerwehren war und ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Ich darf feststellen, dass wir mit weiteren Geldern dieses wichtige Ehrenamt und die Ausstattung der Sicherheit vor Ort massiv fördern. Für neue Fahrzeuge stehen 9 Millionen € bereit. Für Feuerwehrgerätehäuser stehen 10 Millionen € bereit. Das Fördervolumen für die Feuerwehren insgesamt steigt in den nächsten Jahren auf eine nie da gewesene Summe an, und zwar auf 45 Millionen €. Das ist Kennzeichen unserer Politik. Wir machen Politik für die freiwilligen Feuerwehren in Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem zeigt sich, dass wir die Qualität der freiwilligen Feuerwehrleute fördern und intensivieren. Wir machen Nachwuchsarbeit. Kinderfeuerwehren werden unterstützt. Aber auch die Bedarfsanpassungen bei den Ausbildungskapazitäten in der Landesfeuerwehrschule sind wichtig. So werden die Aus- und Fortbildungskapazitäten des Brandschutzes in Kassel wie auch das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum in Marburg mit auskömmlichen Mitteln versehen – und natürlich auch mit runderneuerten modernen Räumlichkeiten.

Auch die Ehrenamtsförderung wird vom Land Hessen unterstützt, sofern Sie diesem Haushalt zustimmen. Wir sehen 2,4 Millionen € vor, damit auf kommunaler Ebene dieses besondere Ehrenamt wertgeschätzt werden kann, und zwar durch eine Anerkennungsprämie für seit langer Zeit aktive Einsatzkräfte. Es ist Landesgeld, was dort verteilt wird. Dafür stehen in diesem besonderen Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes über 2,4 Millionen € bereit. Das ist aktive Ehrenamtsförderung made in Hessen, und dafür sind wir sehr dankbar.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Sportbereich wird nicht gekleckert, sondern geklotzt. Das Bewilligungsvolumen im Sportbereich steigt erneut, und zwar auf 36,3 Millionen €.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Die Fördermittel des Programms "Neubau, Erhalt und Sicherung von Sportstätten" werden weiter mit über 2 Millionen € fortgesetzt. Hinzu kommt das allseits beliebte Schwimmbadinvestitionsprogramm zur Förderung der Modernisierung und Sanierung von Hallen- und Freibädern, das erneut mit 10 Millionen € ausgestattet wird. Damit können vor Ort zahlreiche Schwimm- und Hallenbäder modernisiert werden. So kann Kindern und Jugendlichen das Schwimmen ermöglicht werden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Bauer, bitte denken Sie an die Zeit.

Alexander Bauer (CDU):

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und darf feststellen: Wir haben mit diesem Haushaltsplanentwurf die richtigen Weichen für die Herausforderungen im kommenden Jahr gestellt. Wir werden uns mit aller Kraft und großem Engagement weiterhin für die Sicherheit in Hessen engagieren. – Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Alexander Bauer. – Das Wort hat der Abg. Müller, Freie Demokraten.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Rednern der Koalitionsfraktionen zugehört hat, dann entsteht der Eindruck, dass alles in Butter ist. Fakt ist aber, wenn man mit den Leuten draußen redet, hört sich das irgendwie anders an.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Ob es bei der Polizei ist, ob es beim Sport ist, überall kommt im Moment Kritik. Insofern bin ich schon einigermaßen verwundert, wenn man hier sagt, alles sei noch nie so gut wie heute. Das haben wir im vergangenen Jahr auch schon gehört. Ich rege deshalb an, hin und wieder neue Haushaltsreden zu schreiben.

(Beifall Hermann Schaus (DIE LINKE))

Ich habe einmal nachgeschaut, was Sie im vergangenen Jahr vorgetragen haben. Damals war auch von "doppelt so viel" die Rede. Wenn es im vergangenen Jahr schon doppelt so viel war, dann hätte es sich in diesem Jahr vervierfachen müssen. Das nur als Hinweis.

Ich glaube, der Bereich der Innenpolitik ist im Moment relativ schwierig. Im vergangenen Jahr gab es viele Ereignisse. Im Bereich der Innenpolitik hatten wir keine Sommerpause, weil sich die Krisen gehäuft haben. Der Landespolizeipräsident hat seinen Rücktritt eingereicht nach einer relativ ungeschickten Aktion, die auch der Innenminister zu verantworten hatte. Es gibt immer noch eine Debatte über Rechtsextremismus in der Polizei, die viele Beamtinnen und Beamte sehr verunsichert. Das muss man an dieser Stelle auch einmal ansprechen. Es ist dem nicht abgeholfen, wenn man, wie im Bereich des Dannenröder Forstes, seitens der Regierungsfraktionen nicht in der Lage ist, der Polizei offensiv den Rücken zu stärken.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vielmehr sind Polizei und Demonstranten gleichermaßen zur Gewaltfreiheit aufgerufen worden. Das alleine reicht aber nicht aus. Das ist nicht das, was die Beamtinnen und Beamten an dieser Stelle brauchen. Deswegen machen Sie es sich zu einfach, wenn Sie nur sagen: Wir geben mehr Geld, und deswegen ist alles gut.

Wir haben eine enorme Belastungssituation durch Corona. Dazu habe ich heute kein einziges Wort gehört.

> (Zuruf Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

Die Beamtinnen und Beamten stehen seit Anfang des Jahres unter einer extremen Belastung. Das muss man an dieser Stelle auch betonen. Die Zahl der Querdenker-Demonstrationen nimmt zu. Was am Wochenende in Frankfurt zu erwarten ist, stellt ebenfalls eine große Herausforderung dar. Dagegen muss man entsprechend vorbauen. Deshalb sind mehr Einstellungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nur das Mindeste, was notwendig ist. Wir erkennen doch an der weiterhin steigenden Anzahl von Überstunden, dass das nicht einmal annähernd ausreicht.

(Beifall Freie Demokraten und Robert Lambrou (AfD))

Wir sehen nur deshalb davon ab, weitere Stellen zu beantragen, weil es schon jetzt kaum gelingt, die notwendigen Stellen zu besetzen. Die Abbrecherquote ist hoch. Außerdem bekommen wir kaum gut qualifiziertes Personal. Das ist die Herausforderung. Deshalb erwarte ich Ideen und Vorschläge der Landesregierung, wie man die Attraktivität nicht nur des Polizeiberufs, sondern des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen verbessert und stärkt. Das wäre eine Aufgabe, derer man sich einmal annehmen könnte.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Schauen wir uns einmal an, was im vergangenen Jahr im Bereich der Gewalt gegen die Polizei passiert ist. Opernplatz, Dietzenbach und Dannenröder Forst – überall kommt es zunehmend zu Ausschreitungen. Kürzlich kam es in Frankfurt zu Ausschreitungen bei einer Demonstration der Querdenker. Da gab es wieder Auseinandersetzungen, und Wasserwerfer mussten eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, hier müssen wir doch etwas tun. Es reicht nicht aus, wenn wir immer nur eine Strafverschärfung fordern. Das ist nicht genug. Wir Freie Demokraten haben ein Konzept vorgelegt, wie wir diese Aktionen schnell und konsequent ahnden können. Das ist gar nicht so teuer. Wir wollen an einem Standort eines Polizeipräsidiums – wir schlagen Frankfurt vor – vier zusätzliche Stellen schaffen, damit man sich genau um diese Fragestellung kümmern kann.

(Beifall Freie Demokraten)

Es geht um einen zusätzlichen Staatsanwalt, der sich genau um diese Verfahren in Frankfurt kümmert, damit wir endlich einmal dazu kommen, dass, wenn auf dem Opernplatz Ausschreitungen stattfinden, es nicht monatelang dauert, bis die Konsequenz folgt. Vielmehr sollen sich Leute bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft unmittelbar damit beschäftigen können, sodass die Konsequenz auf dem Fuße folgt. Ich glaube, das ist wichtiger als eine Strafverschärfung; denn wir kommen meistens erst gar nicht dorthin, dass eine Strafe ausgesprochen wird.

(Beifall Freie Demokraten)

Führen wir uns einmal die Gefahren angesichts Corona vor Augen. Die häusliche Gewalt nimmt zu. Wer wird denn da gerufen? Auch die Polizei. Die Polizei muss dann auch in die Wohnungen rein und hat direkten, unmittelbaren Kontakt. Diese Belastungen sind erheblich. Hinzu kommt die Sorge, sich anzustecken.

Die Frage der Schutzausrüstung ist die eine Frage. Eine andere Frage ist die Würdigung dieser Arbeit. Da fehlt mir die Rückendeckung. Frau Goldbach, ich habe Ihnen vorhin zugehört. In Ihrer Rede stand aber das Thema Rechtsextremismus im Fokus. Machen Sie sich keine Sorgen. Das ist bei mir auch ein wesentlicher Punkt, den wir im Haushalt berücksichtigt wissen wollen.

(Beifall Freie Demokraten)

Aber gar nichts zu den anderen polizeirelevanten Gebieten zu sagen, nichts zu den Vereinen zu sagen, nichts zum Katastrophenschutz zu sagen, ist in Zeiten von Corona nicht akzeptabel. Jetzt können Sie sagen, dass Sie das alles ausgegliedert haben in den Schuldenfonds bzw. in das Sondervermögen, wie Sie das nennen. Das zeigt übrigens genau das Dilemma dieses Schuldenfonds. Große Teile dessen, was im Innenbereich von Relevanz ist, sind gar nicht mehr im Haushalt wiederzufinden. Das haben Sie ausgegliedert. Die spannende Frage ist, ob wir das diskutieren. Ich glaube, wir sollten das hier ansprechen und auch hier diskutieren. Das geht auch in den Bereich der Kommunen. Dort brechen Gewerbesteuereinnahmen und anderes weg. Das alles spielt in unserem Haushalt leider aber keine Rolle mehr.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir werden morgen noch über die Frage diskutieren, ob das haushaltsrelevant ist oder ob man das aus dem Sondervermögen bzw. Schuldenfonds bezahlt. Ich glaube, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit ihrem Einsatz in diesem Jahr, mit den vielen zusätzlichen Überstunden, die sie gemacht haben, große Dienste erbracht haben. Sollten diese Überstunden jemals ausbezahlt werden, werden diese kräftig steuerlich abgegolten.

Deswegen ist es meiner Meinung nach angebracht, eine Corona-Sonderprämie an die Polizeibeamtinnen und -beamten auszuzahlen. Wir haben hierzu einen konkreten Vorschlag gemacht. Ich will das jetzt nicht weiter vertiefen, weil wir dazu morgen im Rahmen unseres Setzpunktes noch einmal Stellung beziehen werden. Aber auch das ist haushaltsrelevant. Ich glaube, dafür sollten wir auch entsprechende Mittel bereitstellen. Das sollte uns die Arbeit wert sein.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich will zum Thema Verfassungsschutz kommen. Ich glaube, dass das eine wichtige Aufgabe ist. Wir müssen die Einrichtungen, die sich damit beschäftigen, gut ausstatten. Bei aller Schwerpunktsetzung auf den Rechtsextremismus dürfen wir aber nicht den Fehler begehen, uns allein darauf zu konzentrieren. Ich bin guter Dinge, dass der Verfassungsschutz das im Blick hat. Wir dürfen den Linksextre-

mismus und den Islamismus auch nicht aus dem Blickfeld verlieren. Insbesondere in Zeiten von Corona ist das Thema Cyberabwehr – Angriffe von anderen Staaten auf Unternehmen, aber auch auf öffentliche Einrichtungen – nicht zu vernachlässigen. Wir müssen all diese Punkte des Extremismus und all diese Bereiche intensiv im Fokus haben. Deswegen ist die Personalausstattung beim Landesamt für Verfassungsschutz auch gut. Leider sind immer noch nicht alle Stellen besetzt, obwohl wir diese schon vor über einem Jahr bereitgestellt haben.

(Günter Rudolph (SPD): Und neue gibt es nicht!)

– Und neue gibt es nicht. Deswegen ist es gut, dass wir uns weiter intensiv damit beschäftigen.

(Beifall Freie Demokraten und Günter Rudolph (SPD))

Auch das ist wichtig, um zu zeigen, dass der Rechtsstaat wehrhaft sein muss.

Ich will noch zu den Vereinen kommen. Das hat mich vorhin schon ein bisschen geärgert. Sie haben gesagt, alles sei gut, und diese hätten so viel Geld wie nie zuvor. Die Vereine stehen vielmehr zurzeit vor Problemen wie nie zuvor, Herr Bauer.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie das nicht mitbekommen haben. Vielleicht ist Ihnen das nicht aus der Diskussion mit dem Landessportbund berichtet worden. Die Vereine machen sich gerade immense Sorgen, weil der komplette Trainingsbetrieb stillsteht. Die Fußballvereine, die gerade so gelobt worden sind, dürfen draußen keinen Sport betreiben, und zwar seit Wochen. Sie loben die Arbeit derer, die ihre Arbeit gar nicht machen dürfen, weil Sie das verboten haben, ohne dass wir das hier wirklich diskutiert haben. Das ärgert mich schon. Die Vereine haben zurzeit mit Mitgliederverlusten zu kämpfen.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

 Wir haben flexible Lösungen vorgeschlagen. Es ist nicht erklärbar, warum jemand im Freien in einer kleinen Gruppe keinen Sport treiben darf. Das ist für uns nicht erklärbar. Deshalb unser Vorschlag.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Müller, bitte denke an die Zeit.

Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Ich habe die Redezeit im Blick. Ich habe aber zuvor mit meiner Fraktion darüber gesprochen, dass ich zur Not auch überziehen darf. – Das ist unser konkreter Vorschlag. Was sagen Sie dazu? Machen Sie das mit, Herr Frömmrich?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das hier als Vorschlag eingebracht?)

- Ja, natürlich.

(Zurufe – Glockenzeichen)

Wir dürfen leider keine Verordnungen machen. Sie blockieren es jedoch, dass Verordnungen nach vier Wochen aufgehoben werden können, weil Sie einen anderslautenden Gesetzentwurf vorgelegt haben.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe)

Sie haben noch nicht einmal Lust und Laune und den Mut gehabt, Ihren Gesetzentwurf in eine Anhörung zu begleiten. Deswegen sollten Sie jetzt lieber ruhig sein und zuhören.

(Zurufe)

– Luft anhalten ist auch gut, aber nicht zu lange.

(Zurufe)

Ich möchte noch gern auf den öffentlichen Dienst zu sprechen kommen. Ich glaube, im öffentlichen Dienst ist eines noch nicht angesprochen worden.

Ich erinnere an die beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängige Klage zum Thema Verfassungskonformität der Besoldung. Wenn wir über den Haushaltsentwurf reden, dann sollten wir auch dieses Thema kurz ansprechen; denn das Urteil wird in Kürze kommen. Es ist zu erwarten, dass erhebliche zusätzliche Belastungen auf das Land Hessen zukommen, weil die Beamtenbesoldung durch die Nullrunde und die Erhöhung um 1 % sowie die Beihilferegelung, die getroffen wurde, derart nach unten gedrückt wurde, dass erhebliche Risiken bestehen, dass das Land Hessen hier deutlich nachbessern muss. Sie müssen sich einmal vorstellen, was das für Auswirkungen auf die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land Hessen hat, wenn das Gericht feststellen sollte, dass das Land Hessen sie an der untersten Grenze der Besoldung, möglicherweise sogar darunter gehalten hat.

(Beifall Freie Demokraten)

Das ist eine Auswirkung Ihrer Politik. Das haben Sie zu verantworten. Ich glaube, es war nicht sehr geschickt, wie Sie das in den vergangenen Jahren, seit 2015, angegangen sind. Ich glaube, dass wir im kommenden Jahr an vielen Stellen ein blaues Wunder erleben werden. Ich weiß, dass der Deutsche Beamtenbund intensiv an dem Thema dran ist

Ich will es dabei belassen. Das nächste Haushaltsjahr wird ein spannendes. Es wird nicht alles so rosig, wie Sie es dargestellt haben. Im Gegenteil, wir haben wahrscheinlich auch im nächsten Jahr spannende innenpolitische Debatten vor uns.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Müller. – Es kommt der Kollege Hermann Schaus, Fraktion DIE LINKE. Redezeit: fünf Minuten.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben hier im Landtag schon sehr viele innenpolitische Debatten geführt, und wir werden auch weiterhin innenpolitische Debatten führen. Deshalb will ich mich heute schwerpunktmäßig mit dem Haushaltsplanentwurf auseinandersetzen.

In den zurückliegenden Jahren haben wir erlebt, dass vom Innenminister Geld vor allem bei seinen Lieblingsprojekten verteilt wurde: Beim Verfassungsschutz und vor allem im eigenen Haus wurde befördert und eingestellt, dass die Schwarte nur so krachte.

Dem standen unzureichende Mittel bei den Kommunen gegenüber, die weitere Gebührenerhöhungen bei den Bürgerinnen und Bürgern auslösten. Ich nenne an dieser Stelle nur die Straßenausbaubeiträge. In der Corona-Pandemie rächt sich, dass die kommunalen Behörden schon seit Jahren unterfinanziert sind und aus der Not heraus Personal vor allem in den klassischen Verwaltungsbereichen abbauen mussten.

Herr Bauer, insofern haben Sie recht: Es gab für diesen Einzelplan noch nie mehr Geld als mit diesem Entwurf. Mehrausgaben von etwa 300 Millionen € in jedem Jahr waren seit 2018 möglich, aber die von uns beantragten 60 Millionen € für Ausgleichszahlungen für Straßenausbaubeiträge sind immer noch nicht im Etat enthalten, obwohl viele andere Länder diesen Schritt längst gegangen sind. Nein, meine Damen und Herren, da stimmt etwas in der Bilanz des Innenministers nicht. Wir fordern deshalb erneut: Schaffen Sie – wie z. B. Bayern und Thüringen – die ungerechten Straßenausbaubeiträge endlich ab. Das ist möglich und finanzierbar. Wir werden das erneut beantragen.

(Beifall DIE LINKE)

Generell muss man feststellen, dass Herr Beuth mit all dem vielen Geld weder Ruhe noch Ordnung, noch nicht einmal mehr Zufriedenheit in den eigenen Laden gebracht hat. Günter Rudolph hat darauf bereits hingewiesen und das sehr ausführlich dargestellt. Deshalb will ich mich an der Stelle kurzfassen und darauf hinweisen, dass nach über zwei Jahren noch immer keine Ermittlungsergebnisse zum NSU-2.0-Skandal vorliegen. Das werden wir weiterhin thematisieren. Herr Minister, wie ich an anderer Stelle schon gesagt habe, ist dieser Fall mit Ihrer Person in einer Weise verbunden, dass Sie da nicht mehr herauskommen werden.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Tausende Polizeibeamte werden seit Anfang Oktober für einen längst überholten und ökologisch unsinnigen Autobahnausbau durch den Dannenröder Forst gebunden, während diese Beamten vor Ort fehlen und Corona-Leugner, Neonazis und AfD-Anhänger gemeinsam ohne Maske durch die Städte marschieren können, ohne Rücksicht auf andere zu nehmen.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen, dass mich die unkritische Haltung der GRÜNEN im Hinblick auf den Verfassungsschutz – das ist in der Rede der Kollegin Goldbach deutlich geworden – auch nach mehreren Regierungsjahren immer wieder aufs Neue erstaunt.

(Günter Rudolph (SPD): Mich nicht!)

Die Entwicklung der Haltung der GRÜNEN – bis hin zur kritiklosen Übernahme all der Vorgaben, die aus dieser "merkwürdigen Behörde" kommen – ist und bleibt erstaunlich und kann nur mit ihrer Regierungsarbeit verbunden sein.

Frau Goldbach, ich will auch noch sagen, weil mir da wirklich der Atem gestockt ist, dass es nicht stehen bleiben kann, dass Sie bei den Demonstrantinnen und Demonstranten in einem Atemzug Rechte, Neonazis und Klimaaktivisten genannt haben. So ist es zumindest bei mir angekommen. Vielleicht können wir das noch klären.

(Marius Weiß (SPD): Das hat sie auch gesagt! – Widerspruch Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Sie widersprechen. Das finde ich gut und wichtig. Das musste klargestellt werden. Ich werde das auch noch im Protokoll nachlesen; denn ich konnte mir schlichtweg nicht vorstellen, dass Sie eine Gleichsetzung in dieser Art und Weise vornehmen würden. Insofern ist es gut, wenn Sie dem widersprechen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Wir wollen endlich einen Wechsel in der Innenpolitik. Wir wollen, dass statt der Stärkung des Wasserkopfes im Ministerium eine ordentliche und gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes herrschen. Dazu gehört endlich auch ein voller Personalausgleich bei einer Reduzierung auf echte 40 Stunden pro Woche für die Beamtinnen und Beamten. Außerdem muss die vor Jahren vorgenommene Kürzung bei der Beihilfe durch die Landesregierung zurückgenommen werden. Wir werden Anträge zum Haushalt stellen, die genau das fordern.

Wir fordern weiterhin mehr qualifiziertes Personal, gerade in den Gesundheitsämtern, damit alle dort anfallenden ständigen Aufgaben – das ist mehr als Corona, da wird an anderen Stellen viel vernachlässigt – in vollem Umfang erfüllt werden können.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Schaus, Sie denken an die Zeit?

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Danke schön. – Hessen ist seit vielen Jahren ein Hotspot für Rechtsterror und rechte Hetze. Darauf weisen wir seit vielen Jahren hin. Deshalb fordern wir weiterhin mehr Mittel für Präventionsmaßnahmen und endlich auch eine angemessene Unterstützung der Opfer.

Auch um den Ausbau der Sportstätten, Sportplätze und Schwimmbäder ist es in Hessen schlecht bestellt. Es gibt zwar Zuschussprogramme, diese stellen aber nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Wir wollen deshalb, dass diese Programme erheblich aufgestockt werden. Insofern denke ich – da bin ich ganz beim Kollegen Müller –, dass Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, welche Probleme die hessischen Sportvereine und Sportverbände derzeit haben. Insofern muss man auch darüber nachdenken, inwieweit das unsinnige Verbot eines Trainingsbetriebs für Kinder gelockert werden muss und gelockert werden kann. Es ist nicht vermittelbar, dass an den Schulen Sport getrieben wird, aber in den Verein alles stillsteht. Darüber muss schleunigst diskutiert werden.

Mit unseren Änderungsanträgen wollen wir deutlich andere Akzente in der Innenpolitik, der Kommunalpolitik, der Sportpolitik und in der Asylpolitik setzen. Zur Asylpolitik wird gleich meine Kollegin Sönmez sprechen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schaus. – Das Wort hat Frau Kollegin Sönmez, Fraktion DIE LINKE.

Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das auslaufende Jahr war für uns alle, aber insbesondere für die Migranten-Community in Hessen, ein besonders schweres Jahr. Am 19. Februar kam es zu dem schrecklichen rassistischen Terroranschlag in Hanau. Die Zunahme der Gefahr von rechts war das ganze Jahr zu spüren. Der strukturelle und alltägliche Rassismus macht den Hessinnen und Hessen mit Migrationshintergrund das Leben in diesem Lande immer schwerer. Die Landesregierung muss in diesem Bereich mehr tun, um die Betroffenen vor Rassismus und rechter Gewalt zu schützen und die Betroffenen zu unterstützen

(Beifall DIE LINKE)

Zwar hat die Landesregierung kurz nach dem Anschlag in Hanau ein Soforthilfeprogramm für die Hinterbliebenen und die Opfer bereitgestellt; das war mit Sicherheit richtig, gut und wichtig. Allerdings muss man heute sagen, dass die Summe nicht ausgereicht hat. Neben der Trauer, dem Schmerz und dem Verlust, den diese Menschen weiterhin erleiden müssen, sind viele von ihnen jetzt auch noch von Existenzängsten geplagt. Das darf so nicht bleiben, meine Damen und Herren.

Die 600.000 €, die im "Förderprogramm Hanau" 2020 bereitgestellt wurden, dienen – anders, als teilweise der Anschein erweckt wurde – nicht der unmittelbaren Hilfe für die Opfer und die Angehörigen. Wir brauchen eine direktere und vor allem eine schnelle finanzielle Unterstützung für die Angehörigen, aber auch einen Fonds für die Opfer rassistischer Gewalt insgesamt. Das ist das Mindeste, was wir tun können, damit sich diese Menschen in ihrer Not nicht alleingelassen fühlen und sich nicht wie Bittsteller fühlen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Auch für den Umgang mit rassistischer Diskriminierung braucht es mehr Unterstützung vor Ort. Zwar gibt es die hessenweite Beratungsstelle Response und die Beratungsstelle ADiBe, die Menschen unterstützt, die Opfer von rassistischer Diskriminierung durch die Polizei, durch Vermieter, durch Arbeitgeber, durch Nachbarn, in den Schulen usw. werden. Für eine effektive und bürgernahe Beratung und Begleitung braucht es in jedem Landkreis kommunale Antidiskriminierungsstellen, die sich mit den bestehenden Strukturen gegebenenfalls vernetzen können.

Auch in Hessen werden morgen, am Tag der Menschenrechte, zahlreiche Kundgebungen stattfinden. Die meisten davon befassen sich mit der Situation der Flüchtlinge und mit den menschenverachtenden Lebensumständen, denen diese Menschen ausgesetzt sind: den Todesgefahren auf der Flucht, der verheerenden Situation in den Lagern, z. B. in Moria, der menschenunwürdigen Situation in den Sammellagern weltweit, aber auch hierzulande.

Hessen könnte da eigentlich helfen. Darauf will ich mit Blick auf den Koalitionsvertrag aufmerksam machen. Ein gelegentlicher Blick in diesen Vertrag täte gut, z. B. im Hinblick auf das Landesaufnahmeprogramm, das die Koalitionspartner in ihrem Vertrag eigentlich vereinbart haben. Darauf warten wir immer noch.

Generell muss man festhalten: Die Mittel für die Flüchtlingsunterbringung und die Integration werden gekürzt, während die Ausgaben für Abschiebungen und sogenannte freiwillige Ausreisen steigen. Das kann man sehr schön aus der tabellarischen Übersicht im Einzelplan 08 erkennen. Dort sind die Ausgaben für Flüchtlinge und Asylsuchende für die Jahre 2021 und 2022 gegenübergestellt und aufgelistet

In dem Zusammenhang fällt mir eine Bemerkung zum Einzelplan 03 ein. Da werden unter "Ausgaben für Flüchtlinge" subsummiert: Stärkung des Polizeivollzugsdienstes, Verstärkung der Wachpolizei, Verstärkung des Verfassungsschutzes. – Meine Damen und Herren, der Ausbau der Sicherheitsbehörden als flüchtlingspolitische Maßnahmen darzustellen, lässt wirklich tief blicken.

(Beifall DIE LINKE)

Sie sehen Flüchtlinge in erster Linie als ein Sicherheitsrisiko und nicht als Schutz suchende Menschen. Wir hingegen wollen diesen Menschen ein wirkliches Ankommen ermöglichen – das wollen nicht alle Menschen in diesem Parlament –, sodass sie Teil der Gesellschaft werden und sich in diese Gesellschaft einbringen, statt dass wir Millionenbeträge dafür ausgeben, sie zur Ausreise in Länder wie Syrien und Afghanistan zu drängen und einen Abschiebeknast zu unterhalten.

(Zurufe CDU)

– Darüber lässt sich streiten, aber das ist in diesem Rahmen jetzt nicht möglich.

Ich komme zum Schluss. Eine Gruppe von Migrantinnen und Migranten liegt der Landesregierung sehr am Herzen: die Heimatvertriebenen. Unter dem Titel "Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler" werden für gerade einmal 50 Personen 800.000 € für einen Deutschunterricht ausgegeben. Davon können andere Menschen nur träumen. Aber auch die finanzielle Unterstützung von Vertriebenenverbänden müsste einmal unter die Lupe genommen werden, weil die sogenannten Vertreterinnen und Vertreter von Spätaussiedlerinnen, Spätaussiedlern und Vertriebenen in den letzten Jahren mit völkischen Aussagen und verharmlosenden Aussagen über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust aufgefallen sind. Daher sollte man prüfen, ob diese Unterstützung und Förderung wirklich gut platziert sind.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Sönmez. – Meine Damen und Herren von den LINKEN, ich möchte nur einmal auf Folgendes hinweisen. Wir haben Richtzeiten festgelegt. Bei euren Redebeiträgen habt ihr beide zeitlich überzogen. Mir ist es egal, ihr könnt machen, was ihr wollt. Den Letzten beißen am Schluss aber die Hunde.

(Zurufe DIE LINKE)

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit sind unbestritten groß. Aber dieser Einzelplan bietet genau die Voraussetzungen dafür, dass wir auf diese großen Herausforderungen angemessen reagieren können.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unsere konsequente und zielgerichtete Sicherheitspolitik fortführen und dank dieses Haushalts fortführen können. Er hat insgesamt ein Volumen von über 3 Milliarden €, und damit steht er hinter der Bildung und der Wissenschaft an dritter Stelle der Einzelpläne des hessischen Haushalts. Wir haben dort die wichtigen Ressourcen an Personal bei der Polizei und bei den Feuerwehren, aber vor allem auch bei den Verwaltungen – Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, Beamtinnen und Beamte – abzubilden. Allein die Personalkosten in unserem Einzelplan liegen bei 1,4 Milliarden €.

Ich sage Ihnen: Sie sind gut angelegt. Die Verwaltung in unserem Land funktioniert. Die Sicherheit ist durch die Polizei gewährleistet. Wir haben gerade in diesem Jahr der Pandemie gesehen, was eine gute Verwaltung zu leisten in der Lage ist, um auf eine Herausforderung wie die, die sich uns stellt, angemessen reagieren zu können. Dafür sind wir sehr dankbar.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber innerhalb des Innenhaushalts ragt der Polizeihaushalt natürlich heraus. Er ragt heraus, weil er das Kerngeschäft des Innenbereichs beschreibt. Deshalb ist es auch schön, zu wissen, dass wir mit 1,85 Milliarden € einen historischen Höchststand im Polizeihaushalt haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es passt nicht so ganz zu dem, was ich von dem einen oder anderen hier gehört habe, aber es entspricht den Tatsachen, und es ist im Haushalt schwarz auf weiß niedergelegt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Sicherheitspakete sind angesprochen worden. Wie man hier wider besseres Wissen behaupten kann, dass irgendwo Polizeistellen abgebaut worden sind, ist mir unerklärlich. In den Haushalten der letzten Jahre ist ein stetiger Aufwuchs an Stellen zu verzeichnen. Es sind nicht nur diejenigen ersetzt worden, die altersbedingt ausgeschieden sind, sondern wir haben jedes Jahr obendrauf gelegt und neue Stellen geschaffen. So weisen es der Haushaltsplan und die Lebenswirklichkeit aus.

Ich finde, das muss man hier zugeben können, auch wenn man ein Abgeordneter der Opposition ist. Ich finde, was in den Haushalten schwarz auf weiß niedergelegt ist, sollte den Bürgerinnen und Bürgern wahrheitsgemäß vorgetragen werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Die Frage nach dem Abbau von Personal haben Sie nicht beantwortet!)

Auch im Jahr 2021 werden wir 250 neue Polizeivollzugsstellen schaffen.

(Fortgesetzte Zurufe Günter Rudolph (SPD) – Glockenzeichen)

Wir werden Verwaltungsfachpersonal einstellen, weil wir gerade bei der Polizei gesehen haben, dass wir angesichts der Herausforderungen, die sich uns in der heutigen Welt stellen, nicht alles von Polizeivollzugsbeamten leisten lassen können, sondern wir brauchen dort spezielles Fachpersonal, z. B. in der IT. Da drängt es sich am leichtesten auf. Aber wir brauchen es auch in anderen Bereichen. Daran denken wir genauso wie an die 40 neuen Stellen bei der Wachpolizei.

Meine Damen und Herren, das Thema "Qualität und Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen" ist hier ebenfalls angesprochen worden. Kollege Bauer hat schon darauf hingewiesen. Wir werden im Haushalt über 400 Stellenhebungen haben. Wir werden mehr als 400 höher bewertete Stellen haben, die eine Unzahl weiterer Beförderungen auslösen werden. Ich finde, damit kann man sehr schön zum Ausdruck bringen: Wir denken an Wertschätzung und Anerkennung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wir geben ihnen die Entwicklungsmöglichkeiten, die sie brauchen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Herausforderungen groß sind, habe ich gesagt. Die Schlagwörter, z. B. "Extremismus", sind hier gefallen, und sie gingen in alle Richtungen. Ich finde, wir tun gut daran, wenn wir es so betrachten, wie Sie, Kollege Müller, es gesagt haben: Wir dürfen auf keinem Auge blind sein. Wir müssen genau hinschauen. Es gibt im Moment Herausforderungen, die an der einen Stelle größer zu sein scheinen als an der anderen.

Aber allein in meiner Amtszeit hat sich diese Frage schon einige Male verschoben. Ich denke z. B. daran, dass wir eine Zeit lang praktisch nur über islamistischen Extremismus gesprochen haben. In den letzten eineinhalb bis zwei Jahren haben wir zu Recht viel über Rechtsextremismus gesprochen. Wir nehmen diesen Kampf entschlossen an. Der Haushalt bietet die Voraussetzungen dafür, das zu leisten.

Neben dem Extremismus geht es um Terrorismus, Cyberkriminalität und all die Fragen der Alltagskriminalität, die die Bürgerinnen und Bürger ebenfalls betreffen. Zu unserem Sicherheitskonzept gehören alle, die einen Beitrag leisten können. Dazu gehört der klassische Bereich der Polizei. Wenn ich an die IT denke: Hessen3C, unser Cyber Competence Center, gehört dazu. Das ist ebenfalls ein wichtiger Teil unserer Sicherheitsarchitektur. Natürlich gehört auch das Landesamt für Verfassungsschutz dazu, das uns zum Teil die Informationen geben soll.

Lieber Kollege Schaus, Sie sind derjenige, der diese Informationen am lautesten einfordert und sich gleichzeitig am Rednerpult nicht entblödet, zu sagen, das sei eine "merkwürdige Behörde". Ich sage, das ist nicht in Ordnung. So können wir weder mit den Mitarbeitern noch mit den Behörden in unserem Land umgehen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, das Wort "entblödet" höre ich nicht so gern. Sie haben Verständnis dafür, dass ich das nicht so gern höre.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Ich bitte um Entschuldigung. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir statten die Polizei bestmöglich aus:

personell, materiell, technisch. Das ist gerade schon angedeutet geworden. Dass wir beim Kampf gegen Extremismus und Terrorismus mit moderner Technik an den Start gehen, verbindet sich mit den modernen Arbeitstechniken bei Hessendata und hessenWARN. Der Innovation Hub und KLB-operativ sind hier schon angesprochen worden. Das alles sind moderne Werkzeuge, die wir weiterentwickeln wollen. Im nächsten Jahr kommt eine Forensik-Plattform für den Kampf gegen Kinderpornografie hinzu. Wir sind nicht nur entschlossen, sondern wir sind auch modern. Wir sind auf der Höhe der Zeit. Dank dieses Haushalts werden wir das auch im Jahr 2021 sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind konzeptionell gut. Die Bürgerinnen und Bürger können das an den Statistiken ablesen, z. B. an der Polizeilichen Kriminalstatistik. Es ist aber auch so, dass viele Kommunen dankbar sind, dass wir mit einem besonderen Projekt – KOMPASS – auf sie zugegangen sind. Ich will das nicht vertiefen, sondern nur den Hintergrund noch einmal aufgreifen. Die Kommunen sind dankbar dafür, dass wir uns dem Thema "subjektives Sicherheitsgefühl" in diesem Land so annähern, wie wir das im Moment machen.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Sie sollen uns selbst sagen, wo sie ein Problem in unserer Gesellschaft, in ihren Städten und Gemeinden haben, wo es für sie Angsträume gibt. Das sollen sie sagen. Das wollen wir gemeinsam feststellen, um dann darauf reagieren zu können, jeder an seiner Stelle. Die Polizei leistet ihren Beitrag, aber eben auch die Kommunen. Das machen sie nicht, weil sie es müssen, sondern weil sie es für ihre Bürgerinnen und Bürger wollen. Wir geben ihnen eine Plattform dafür. Auch dafür will ich mich sehr herzlich bei allen, die das in der hessischen Polizei leisten, bedanken. Es dient am Ende der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir bieten mit diesem Haushalt die Möglichkeiten, das so durchzuführen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Hessen ist eines der sichersten Bundesländer in Deutschland – das ist eben schon angesprochen worden –, worauf ich sehr stolz bin, worauf aber, wie ich mir sicher bin, auch die Beamtinnen und Beamten selbst sehr stolz sein können; denn mit ihrer Arbeit erreichen sie diese Erfolge jedes Jahr von Neuem.

Wir stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Der Bereich "Extremismus und Antisemitismus" ist hier angesprochen worden. Ich will Sie nur darauf hinweisen, dass wir gerade beim jüdischen Leben, das den besonderen Schutz dieses Staates verdient, erheblich in Schutzmaßnahmen investieren, um deutlich zu machen: Jüdisches Leben in Hessen genießt den Schutz des Staates, und wir tun alles dafür, dass das gewährleistet ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch zwei Punkte ansprechen: Katastrophenschutz und Feuerwehr. Die Zahlen sind hier genannt worden. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir auf solche Strukturen zurückgreifen können. Wie hätten wir in den letzten Wochen Impfzentren aus dem Boden stampfen können, wenn wir nicht einen hervorragend ausgestatteten Katastrophenschutz in diesem Lande hätten, der sofort einsatzbereit war und sich darum gekümmert hat, sodass wir in dieser Woche sagen können: "Der Auftrag, 26 Impfzentren aufzubauen, ist bereits erfüllt worden"? Insofern tun wir

gut daran, auch weiterhin in diese Strukturen zu investieren. Es ist gut investiertes Geld.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der letzte Punkt betrifft den Sport. Wie man uns anhand des Haushalts einen Vorwurf auf dem Gebiet des Sports machen kann, erschließt sich mir nicht. Da muss man sich schon etwas einfallen lassen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Gibt es keine Schwimmbadschließungen?)

Sie können uns nicht den Vorwurf machen, dass wir die Pandemie erfunden haben, um Sportvereinen zu schaden. Aber da die Pandemie da ist, haben wir Sportvereinen geholfen, und zwar in einem Umfang wie, relativ gesehen, wahrscheinlich in keinem anderen Bundesland. Wenn ich mir anschaue, was wir bei der Corona-Vereinsförderung gemacht haben: Wir haben 1,3 Millionen € in über 500 Vereine gesteckt, damit sie ihre Arbeit trotz der pandemischen Grundbedingungen weitermachen konnten. Das ist ein Erfolg, den wir hier erzielt haben.

Ich sage Ihnen eines: Die Sportler sind uns dankbar dafür, dass wir das so gemacht haben. Wir haben es genauso unbürokratisch gemacht, wie wir es aufgesetzt haben. Es geht um Vereine, die den Leistungssport fördern, und es geht am Ende auch um die Darlehen für die Profis, die ebenfalls große Schwierigkeiten hatten. Ich spreche hier nicht von der 1. oder der 2. Bundesliga, sondern von denjenigen, die in den Ligen darunter spielen. Das betrifft nicht nur den Fußball, sondern auch den Basketball und den Handball. Wir haben uns darum gekümmert. Wir haben den Sport eben nicht alleingelassen.

Liebe Kollegen, insofern wäre hier mehr Lob angemessen gewesen, als es gerade zum Ausdruck gebracht wurde. Ich bin mir sicher, dass die Verbände, wenn Sie sie fragen, Ihnen ebenfalls sagen werden, dass sie äußerst dankbar sind für das, was wir in den vergangenen Wochen gemacht haben. Allein mit unserem Sonderförderprogramm für die Verbandsförderung konnten wir die Sportverbände, die große Sorgen wegen der Pandemie hatten, weil sie unter vielerlei Gesichtspunkten höhere Ausgaben hatten, unterstützen. Wir haben 45 hessische Sportfachverbände unterstützen können. Wir haben dort insgesamt einen hohen Millionenbetrag investiert, um dafür Sorge zu tragen, dass die Verbandsarbeit im Sport weitergehen kann. Wir haben unsere Hausaufgaben aktuell gemacht, und wir haben mit diesem Haushalt dafür gesorgt, dass wir sie auch im Jahr 2021 machen können. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, herzlichen Dank. – Damit haben wir den Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport – beraten.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –

auf und erteile zunächst dem Abg. Degen, SPD-Fraktion, das Wort. Bitte.

Christoph Degen (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich würde mich freuen, wenn auch vom Kultusministerium jemand anwesend wäre. Ich freue mich, dass Sie sich ein wenig für die Erkenntnisse interessieren, die wir Sozialdemokraten vor allem in der kursorischen Lesung gewinnen konnten. Vorab will ich aber sagen: Hegen Sie keine zu großen Erwartungen. Wir schaffen es in der Redezeit – von der ich, glaube ich, so viel habe wie nie zuvor – nicht, jedes Thema zu bearbeiten. Ich weiß, die Erwartungshaltung ist gerade bei den Regierungsfraktionen ziemlich groß, dass die Opposition eigentlich immer zu allem etwas sagt. Aber wir werden ein paar Schwerpunkte herausgreifen.

Ich mache es so, weil man feststellt, wenn man in diesen Haushaltsplan schaut, dass gar nicht so ein großer Wurf dabei ist. Da hört man in den Medien einiges. Man versucht, so zu tun, als ob man ganz viel macht; aber die Anzahl der Stellen, die neu geschaffen werden, ist überschaubar, vor allem deshalb, weil die Schülerzahlen steigen. Meine Damen und Herren, das kann man ganz wunderbar am Beispiel der Deutschförderung festmachen, einem Thema, das gerade der Koalition so sehr am Herzen liegt.

Der Ministerpräsident hat es am Dienstag selbst gesagt: Ja, es werden Stellen für zusätzliche Deutschstunden, für Vorlaufkurse geschaffen. – Das alles ist grundsätzlich gar nicht falsch, auch wenn es vielleicht mehr Sinn ergeben würde, die Vorlaufkurse an den Kitas anzusiedeln. Aber, meine Damen und Herren, der Knackpunkt ist: Am Ende sind in diesem Haushalt weniger Stellen für Deutschförderung vorgesehen als am Anfang; denn Sie kürzen 350 Stellen in der Deutschförderung bei den Intensivkursen und bei den Intensivklassen. Da sind weniger Schüler – jawohl –, aber am Ende sind es weniger Stunden für Deutschförderung.

(Beifall SPD, vereinzelt Freie Demokraten und DIE LINKE)

Das muss man ehrlich sagen; denn es ist ja diese Regierungskoalition, die 2015 – wir wissen, da standen wir vor vielfältigen Herausforderungen – die Wochenstunden sogar in den Intensivklassen und -kursen gekürzt hat mit der Begründung: Wir haben jetzt so viele Menschen, um die wir uns kümmern müssen; wir müssen hier ein bisschen das Niveau senken, um allen gerecht zu werden. – Das fanden wir damals schon nicht gut. Ich glaube, auch die GRÜNEN fanden das eigentlich gar nicht gut, haben es aber geschluckt aufgrund der großen Herausforderungen.

Jetzt wäre der Zeitpunkt, zu sagen: Jawohl, wir führen das zurück. Wir sorgen wieder für mehr Wochenstunden bei den Intensivkursen und -klassen. – Das tun Sie nicht. Am Ende bleibt es bei diesen Kürzungen. Ich sage es noch einmal: Am Ende bleibt es in diesem Haushalt bei weniger Stunden für die Deutschförderung als noch vor einem Jahr.

(Beifall SPD, Moritz Promny (Freie Demokraten) und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Einiges landet in den Grundschulen. Ich finde das ausdrücklich richtig. Wir haben schon vor ein paar Jahren herausgearbeitet, dass in Hessen an den Grundschulen selbst bei 105 % Unterrichtsversorgung weniger Unterricht stattfindet als bei 100 % Unterrichtsversorgung in Hamburg, weil Hessen bisher ziemlich wenig Unterricht in den Grundschulen hat. Deswegen ist eine Stunde mehr gar nicht falsch, sondern das geht in die richtige Richtung.

Ich hätte mir vorstellen können, das eher im Bereich der Demokratiebildung an den Grundschulen anzusiedeln oder vielleicht sogar die Differenzierungszulage, die CDU und GRÜNE vor einigen Jahren gekürzt haben, wieder aufzustocken, um die, die besondere Bedarfe haben, besonders zu unterstützen. Das tun Sie nicht. Auch bei diesen Kürzungen bleibt es. Das ist leider schade.

Noch mehr schade ist, dass wir alle wissen – da muss ich einen Schritt zurückgehen –, dass gerade in den Grundschulen kaum eine dieser neuen Stellen besetzt werden kann, zumindest nicht qualifiziert besetzt werden kann, weil es dort nach wie vor – auch in den Förderschulen – an qualifizierten Lehrkräften fehlt, da viel zu lange nicht genug ausgebildet worden ist. Deswegen ist in diesem Haushalt ganz viel Theater dabei.

(Beifall SPD, Moritz Promny (Freie Demokraten) und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Wenn ich schon bei Grundschulen bin: Die Grundschulen sind ja die, die in dieser Pandemie im Frühjahr zuerst wieder geöffnet wurden. Das sind die – wir werden morgen über Wechselunterricht reden –, in denen eben kein Wechselunterricht stattfindet und die nach wie vor mit vollen Klassen arbeiten.

Nicht nur deswegen, sondern überhaupt, weil die vielfältigen Anforderungen an Grundschulen in den letzten Jahren massiv zugenommen haben, halten wir es nach wie vor für richtig, dass Grundschullehrkräfte wie alle anderen nach A 13 bezahlt werden. Dazu findet man im Haushalt leider wieder nichts. Wir werden diese Forderung aufrechterhalten.

(Beifall SPD, Elisabeth Kula und Saadet Sönmez (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wo es einen ordentlichen Zuschlag gibt – das ist keine Ironie –, ist im Ministerium. So viele Stellen wie noch nie – das kann man hier wahrlich sagen. Schon im letzten Jahr kamen 14 Stellen dazu, jetzt sollen 17 folgen. Man kann ja manches Projekt, das mit den Stellen durchgeführt werden soll, nachvollziehen. Ich finde es sinnvoll, dass die LUSD überarbeitet wird. Herr Kultusminister, ich freue mich sogar, dass endlich auch mein Anliegen, die Krankheitstage von Lehrkräften zu erfassen – nicht im Einzelfall –, aufgegriffen wird. Ich freue mich, dass das – wie das in jedem anderen Unternehmen der Fall ist – endlich auch im Kultusministerium ankommt und dass die LUSD dafür überarbeitet werden soll. Das ist richtig.

(Beifall SPD)

Wo ich ein bisschen Zweifel habe, ist, ob dafür unbefristete Stellen geschaffen werden sollen – ich glaube, es sind sechs oder sieben Stellen –, für eine Maßnahme, die als Projekt angelegt ist, auch wenn man später schauen will, ob man wieder mehr ins Haus zurückholt.

Das könnte man ja machen, wenn man bei den Schulen großzügiger wäre, wenn man diese mit Entfristungen versorgen und endlich mit diesem Befristungswesen aufhören würde, dass Lehrkräfte über fünf Jahre immer wieder einen Jahresvertrag haben und dann entlassen werden. Wenn Sie da großzügiger wären, könnte ich das ja verstehen – das sind Sie aber nicht. Da werden die Leute nach fünf Jahren rausgeworfen, wenn sie keine richtige Beamtenstelle bekommen. Aber in Ihrem Ministerium haben Sie einen anderen Maßstab.

Ich kann das hier sagen – auch wenn das Anliegen mit der LUSD eigentlich nachvollziehbar ist –: Es ist so, dass mir in der kursorischen Lesung nicht der Staatssekretär und auch nicht die Haushaltsabteilung die Frage beantworten konnte, ob die 14 Stellen vom letzten Jahr – die Sie unbedingt haben wollten und die so wichtig waren – überhaupt alle besetzt sind. Das konnten Sie nicht beantworten. Ich sage Ihnen: Solange es in Ihrem Haus so unwichtig und unbedeutend ist, darüber überhaupt Bilanz zu ziehen, ob diese 14 Stellen vom letzten Jahr schon besetzt sind, so lange müssten wir hier keine 17 weiteren Stellen schaffen. Da wollen wir zunächst eine klare Bilanz des bisherigen Stellenbesetzungsverfahrens haben.

(Beifall SPD und Moritz Promny (Freie Demokraten))

Dann komme ich zu einem anderen Anliegen, das ich grundsätzlich für richtig halte – zu den pädagogisch selbstständigen Schulen. Kollege Wagner hat sie hier am Dienstag sogar genannt. Ich finde, es ist ein richtiges Projekt, Schulen mehr Freiheiten und mehr Möglichkeiten zu geben, Dinge auszuprobieren, auch um konkurrenzfähig zu bleiben und sich weiterzuentwickeln. Wir haben etwas Ähnliches in unserem Wahlprogramm mit "Schulentwicklung unterstützen" genannt.

Was ich aber schade finde, ist, dass diese Entwicklungsmöglichkeiten mit 15 Stellen begrenzt sind. Ich weiß, Sie wollen maximal 30 zulassen. Auch das verstehe ich nicht, weil ich glaube, dass daran nichts falsch ist und man auch über 30 hinausgehen könnte. Andererseits ist es so, dass leider schon im letzten Jahr viel weniger Schulen davon Gebrauch gemacht haben, als Sie eigentlich wollten; denn nur 1 % obendrauf zu satteln, ist ein bisschen wenig für vielfältige Anforderungen, für den Verzicht auf Noten, für einfach viel mehr Arbeit, die damit entsteht. Deswegen, glaube ich, könnte man hier durchaus ein bisschen mehr draufsatteln, als das bei 15 festzuzurren. Ich finde, das ist für ein so wichtiges Projekt der GRÜNEN ein bisschen wenig. Da hätte ich mir mehr gewünscht.

Was ich auch nicht verstehe, ist, dass für die selbstständigen beruflichen Schulen und für die selbstständigen allgemeinbildenden Schulen kein eigener Etat da ist. Da würde ich mir mehr Fortschritt wünschen, mehr Mut, einfach voranzugehen und die Selbstständigkeit zu unterstützen. Da waren wir in diesem Haus einmal weiter. Aber das ist derzeit wohl nicht das Interesse der Regierungskoalition.

Meine Damen und Herren, vieles steht wie bei der pädagogischen Selbstständigkeit unter dem Motto: Darf es ein bisschen mehr sein? - Aber wirklich vorwärts kommen Sie an keiner Stelle. Man kann natürlich seinen Parteifreunden und der Öffentlichkeit sagen: Wir tun hier etwas. Wir tun da etwas. - Auch bei den 40 oder 50 zusätzlichen Stellen für Inklusion hat die kursorische Lesung ergeben: Ja, das muss sein, weil die Schülerzahlen steigen. Aber an der Qualität bei der Inklusion ändert das nichts. Es ändert auch nichts daran, dass die beruflichen Schulen endlich davon profitieren und ein eigenes Budget bekommen oder sogar berücksichtigt werden sollen, und dass das nicht aus inklusiven Schulbündnissen - in denen eh zu wenig drin ist rausgeschwitzt werden muss. Es passiert leider nichts. Die Antwort aus dem Kultusministerium ist nach wie vor: Die beruflichen Schulen sind ohnehin toll aufgestellt. - Das sehen die Mitarbeiter der Schulen ganz anders. Dass sie die Inklusion ganz nebenher stemmen müssen, muss sich ändern. Das ist wirklich kein Fortschritt für die Schulen.

(Beifall SPD)

Ähnlich ist es mit den UBUS-Stellen. Kollege Wagner hatte am Dienstag von "Schulsozialarbeit" gesprochen. Ich habe noch einmal nachgeschaut: Ich finde keine Schulsozialarbeit im Haushaltsplan. Es gibt UBUS-Stellen, jawohl. Uns wurde immer wieder klar gesagt: Das ist keine Schulsozialarbeit. – Deswegen weiß ich nicht, wo die stattfinden soll. Vielleicht hat man sich auch einfach geirrt oder sich etwas anderes darunter vorgestellt. Denn faktisch ist es keine Schulsozialarbeit. Da passieren ganz andere Dinge. Was wir uns wünschen, ist eine echte Jugendsozialarbeit, die Außerschulisches und Schulisches miteinander vernetzt. Das passiert hier nicht.

(Beifall SPD, Moritz Promny (Freie Demokraten), Elisabeth Kula und Saadet Sönmez (DIE LINKE))

Nach wie vor gibt es eine Viertelstelle für berufliche Schulen. Das ist viel zu wenig. Daran ändert sich auch nichts. Gerade junge Leute an beruflichen Schulen sind von der Pandemie besonders betroffen, die bereits oft alleine leben und kein Elternhaus haben, das sie auffängt, die vor Vereinsamung stehen und die im Betrieb, in der Ausbildung vor Belastungen stehen. Es wäre sehr sinnvoll, in der sozialpädagogischen Arbeit an beruflichen Schulen wirklich draufzusatteln.

Die Schulgesundheitsfachkräfte hat der Kollege Wagner am Dienstag auch genannt. Auch die habe ich nicht gefunden. Herr May, ich weiß nicht, ob Sie mehr wissen als ich; vielleicht klären Sie mich gleich auf, wo diese im Haushalt zu finden sind. Mir sind sie bisher nicht aufgefallen. Ich fände es sinnvoll, wenn man hier einfach mehr tun würde, um die Schulen zu entlasten und die Gesundheit zu unterstützen.

Ein weiteres richtiges Projekt – leider nur mit 35,5 Stellen – sind die Verwaltungsstellen, die Verwaltungsfachkräfte für Schulen. Schulleitungen sind nicht nur in der Pandemie besonders belastet und stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Ich halte es für wichtig und richtig, dass hier endlich entlastet wird.

Aber schon im letzten Jahr hieß es, es würden 100 Stellen geschaffen. Ich glaube, auch da ist noch keine einzige besetzt. Leider kommt die Landesregierung hier nicht voran und hat sich letztes Jahr etwas feiern lassen − was sie jetzt wieder tut. Jetzt sollen es 10 Millionen € für 35,5 Stellen sein. Da scheinen mir die Stellen vom letzten Jahr dabei zu sein. Irgendwie ist das alles nicht seriös, und voran kommen Sie auch nicht. Wir brauchen jetzt endlich eine Entlastung für Schulleitungen.

(Beifall SPD, Moritz Promny (Freie Demokraten) und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Das Grundprinzip unserer Politik ist, da, wo Ungleiches ist, Ungleiches auch ungleich zu behandeln, d. h. vor allem den Sozialindex auszubauen. Ich glaube, es gibt hier 40 Stellen. Auch das ist eine kleine Entwicklung in die richtige Richtung. Aber mit einem echten schulscharfen Sozialindex, der wirklich hilft, Schulen, die besonders belastet sind, besonders zu unterstützen, wird sich nicht viel tun. Leider ist der Schulsozialindex in Hessen nach wie vor vor allem auf das Räumliche und nicht auf die einzelnen Schulen bezogen. Das muss sich endlich ändern.

(Beifall SPD und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Zum Digitalpakt: Jawohl, da kommt das Geld vor allem vom Bund. Ohne Bund wird sich hier wieder nichts tun.

(Moritz Promny (Freie Demokraten): So sieht es aus!)

Hessen ist nach wie vor Schlusslicht in Deutschland, was die digitale Entwicklung an Schulen angeht. Wir wären viel weiter – auch mit dem Wechselmodell –, wenn wir hier endlich richtige Voraussetzungen hätten. Leider können wir uns hier nur auf den Bund verlassen, aber nicht auf die Landesregierung.

(Beifall SPD)

Ich würde gerne noch etwas zu Volkshochschulen sagen, bei denen der Etat für Projekte im Pakt für Weiterbildung schon jetzt ausgeschöpft ist. Ich könnte viel über die Lehrerbildung sagen. Wir haben ja nicht einmal ein neues Lehrerbildungsgesetz. Meine Damen und Herren, auch hier muss viel mehr für den qualifizierten Quereinstieg getan werden.

Wir werden noch einiges vorlegen zu Chancengleichheit, zu Schulsozialarbeit, zu einem schulscharfen Sozialindex, zur individuellen Förderung, zur Lehrerbildung – Ausbildungskapazitäten; A 13 für alle –, zum Sanierungsstau, zur Modernisierung von Schulen, um Ganztagsschulen investiv zu unterstützen, und einiges mehr. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen. Bisher ist dieser Haushalt alles andere als ausreichend, sondern er ist ungenügend. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Christoph Degen. – Das Wort hat nun der Abg. Daniel May, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Haushalt 2021 in Verbindung mit dem Sondervermögen schaffen wir wichtige Unterstützung für unser Schulsystem in der aktuellen Situation und sorgen dafür, dass unsere Schulen zukunftsfähig aus der Krise herausgehen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch in Krisenzeiten, in denen die öffentlichen Haushalte deutlich unter Druck stehen, legen wir einen Schwerpunkt auf Bildungspolitik. Wir haben das Ziel, dass unsere Schulen gestärkt aus der Krise herausgehen. Wir wollen, dass sich unsere Schulen nachhaltig entwickeln können, und zwar, indem wir einerseits die soziale Dimension von Bildung bearbeiten, andererseits neue Entwicklungschancen für unsere Schulen ermöglichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Unser Ziel ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Bildungschancen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

 Meine Fraktion macht es mir schwer, mit meinem Zeitkontingent auszukommen.
 Wir wissen, dass es trotz erheblicher Anstrengungen einen erheblichen Leistungsvorsprung der Schülerinnen und Schüler mit begünstigtem sozioökonomischen Hintergrund gibt. Wir nehmen dies nicht tatenlos hin, sondern arbeiten kontinuierlich daran, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem Hintergrund die gleichen Chancen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein besonderer Schwerpunkt ist für uns die Unterstützung der Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen. Wir haben daher als Fraktion bereits im Frühsommer 2019 als einen der ersten Setzpunkte unserer Fraktion überhaupt in dieser Wahlperiode den Antrag "Die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen" in diesem Landtag zur Debatte gestellt. Mehr Schulsozialarbeit, mehr sozial indizierte Lehrerzuweisungen, mehr Schulgesundheitsfachkräfte, mehr Ganztag sind die tragenden Säulen dieses Programms.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ganz konkret bedeutet das: An allen Schulen mit dem Bildungsgang Haupt- und Realschule, also allen verbundenen HR-Schulen, an allen schulformgebundenen Gesamtschulen und an allen integrierten Gesamtschulen gibt es nun mindestens eine volle Stelle Schulsozialarbeit aus dem Landesprogramm. Zudem – da möchte ich dem Kollegen Degen gerne nachhelfen –

(Unruhe – Glockenzeichen)

ist das UBUS-Programm eine Erfolgsgeschichte, die untrennbar mit der grünen Regierungsbeteiligung verbunden ist. Gab es zum Eintritt der GRÜNEN in die Regierung 2014 dieses Programm noch nicht, haben wir im Bereich der Schulsozialarbeit jetzt 910 Stellen zur Verfügung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Degen, auch wenn das Programm UBUS heißt – Sie wissen, was der Hintergrund ist: dass nämlich die Schulsozialarbeit im engeren Sinne eine kommunale Aufgabe ist –, sind es Schulsozialarbeitsstellen. Ich glaube, an dieser Stelle gibt es kein geschütztes Markenzeichen, auf das Sie sich berufen können, sondern entscheidend ist das, was an den Schulen ankommt, und das sind 910 Stellen für Schulsozialarbeit, die die Kollegien vor Ort aktiv entlasten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Mit der sozial indizierten Lehrerzuweisung werden wir in diesem Haushalt 2021 auf 800 Stellen kommen. Auch das ist eine ganz konkrete Entlastung für die herausgeforderten Schulen vor Ort. Das Landesprogramm Schulgesundheitsfachkräfte – auch dort helfe ich dem Kollegen gerne aus – wird von uns weitergeführt, und dort stehen 20 Stellen für die Schulen zur Verfügung.

Dort, wo sich die besonderen Herausforderungen dieser Zeit im Schulbereich kumulieren, schaffen wir zusätzliche Lehrerstellen, dort schaffen wir zusätzliche Kräfte für multiprofessionelle Teams, und damit entlasten wir die Kollegien und verbessern die Bildungsgerechtigkeit in diesem Land. Dieses zentrale Thema bleibt in unserer Schulpolitik einer der Schwerpunkte und wird durch den Haushalt 2021 weiter verstärkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Schulpolitik ist der Ganztag. Ganz besonders hervorheben möchte ich in diesem Jahr den Bereich der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen. Als wir GRÜNE 2014 in die Regierung mit eingetreten sind, gab es hier großen Nachholbedarf. Viele Eltern forderten zu Recht, dass die dort bestehende Betreuungslücke engagiert angegangen wird.

Mit den Kommunen zusammen haben wir dann das Programm "Pakt für den Nachmittag" entwickelt und damit für viele Tausende Eltern und Schülerinnen und Schüler ein Betreuungsangebot im Grundschulbereich erreicht. Ganz konkret heißt das: Wir haben im Pakt für den Nachmittag jetzt 299 Schulen, die ein Betreuungsangebot von 7:30 bis 17 Uhr anbieten können. Dazu kommen 291 Schulen, die im Profil 1 sind, sowie 78 Grundschulen, die im Profil 2 oder 3 sind, also auch dort eine ähnliche ganztägige Betreuung anbieten können.

Das zeigt: Auch in den Bereich des Ganztages haben wir massiv Ressourcen gesteckt, und mit dem Haushalt 2021 haben wir im Vergleich zu 2013/14 im Ganztagsbereich die Zahl der Stellen mehr als verdoppelt, nämlich um 2.244 Stellen erhöht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Zum Thema Bildungsgerechtigkeit gehört für uns auch die Deutschförderung. Die Koalition hat mit dem Schwerpunkt auf der Bildungssprache Deutsch hier einen, wie ich finde, zutiefst inklusiven Ansatz gewählt. Denn das Ziel, das hier verfolgt wird, ist, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Startchancen erreichen sollen, um dem Unterricht und der gesellschaftlichen Teilhabe gleichermaßen folgen zu können.

Die Mittel für die zusätzlichen Stellen, die wir in diesem Bereich eingerichtet haben, sind, glaube ich, gut angelegt. Denn wir erreichen einerseits über die zusätzliche Deutschstunde, dass zusätzliche Förderung im Bereich Deutsch allen Schülerinnen und Schülern zugutekommt. Gleichzeitig schaffen wir mit den Vorlaufkursen ein Angebot, dass diejenigen Schülerinnen und Schüler, die weniger gute Startchancen haben, hier eine spezielle Förderung erhalten. Auch dies ist also ein Bereich, in dem wir für mehr Bildungsgerechtigkeit unterwegs sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Auch im Bereich der inklusiven Beschulung entlasten wir die Kollegien und sorgen dafür, dass diejenigen Eltern, die das wünschen, eine inklusive Beschulung für ihr Kind wählen können. Ganz konkret in Stellen ausgedrückt heißt das, dass wir seit 2013/14 mit dem Haushalt 2021 hier 1.063 Stellen zusätzlich aufgebaut haben werden. Auch das, glaube ich, ist ein sehr eindrucksvolles Signal, welchen Schwerpunkt wir auf die Bildungspolitik legen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Christoph Degen (SPD): Es sind ja auch mehr Schüler!)

 Das ist ja auch ein gutes Signal, Herr Kollege Degen, dass wir das an dieser Stelle ermöglichen; es freut mich, dass Sie das so anerkennen. Seit dem Jahr 2015 haben sich die Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung ganz massiv geändert. Im Jahr 2014 gingen die meisten Bildungspolitiker noch von einer demografischen Rendite aus. Auch der Kollege Degen hat sich in seiner Pressemitteilung zum Haushalt 2014 seinerzeit noch darauf bezogen. Aber wir wissen, dass sich die demografische Entwicklung sehr stark geändert hat; und das Land Hessen hat, wie alle anderen Bundesländer auch, die Situation, dass wir einem besonders angespannten Lehrerarbeitsmarkt gegenüberstehen.

Daher ist es uns wichtig, dass wir selbst aktiv werden, um den Fachkräftebedarf im Schulbereich zu sichern. Aus diesem Grund haben wir seit 2017 die Kapazitäten an unseren Hochschulen, was die grundständige Ausbildung angeht, ausgebaut und werden das auch im kommenden Jahr machen. Zusammen mit den zusätzlichen Ausbildungsplätzen im Bereich des Referendariats sowie zusätzlich geöffneten Weiterbildungsmaßnahmen reagieren wir verantwortungsvoll auf die Herausforderungen, die es auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt gibt, und diese Maßnahmen werden mit dem Haushalt 2021 weiter verstärkt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir ermöglichen auch mehr pädagogische Freiheit mit diesem Haushalt. Es sind – da gab es in der Tat einen Druckfehler – 30 Schulen, die wir als Koalition jährlich zusätzlich im Bereich pädagogische Selbstständigkeit erreichen wollen, insgesamt 150 Schulen in dieser Wahlperiode.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass neben der haushaltstechnischen Unterstützung und Absicherung, die wir benötigen, die Landesregierung es auch ermöglicht hat, Erleichterungen für die Schulen auf dem Weg zur pädagogischen Selbstständigkeit vorzusehen, weil das eben während der Pandemie so schwierig ist. Daher habe ich volles Verständnis dafür, wenn Schulen, wie es dieses Jahr passiert ist, sagen: Wegen der Pandemie ziehen wir jetzt unseren Antrag zurück. – Deswegen ist es richtig, dass die Landesregierung an dieser Stelle das Antragsverfahren erleichtert hat und dass es einen zusätzlichen Termin geben wird, sodass die Schulen eine zusätzliche Gelegenheit und mehr Zeit haben, sich auf den Weg zur pädagogischen Selbstständigkeit zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Zu den Digitalpakten gäbe es noch so viel zu sagen, zumal Herr Kollege Degen leider vergessen hat, dass das Land Hessen hier im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr viel tut.

Auch Ihre Haltung zum Sondervermögen wäre noch einmal zu beleuchten gewesen. Denn, wenn wir das machen würden, was Sie vorschlagen, gäbe es kein Sondervermögen und könnten wir viele Dinge, die dem Bildungsbereich zugutekommen, auch nicht tun.

(Torsten Warnecke (SPD): Man kann das mit einem Nachtragshaushalt machen!)

Insbesondere würden die 3 Milliarden € für die Kommunen, die ja auch Schulträger sind, nicht zur Verfügung stehen. Das ist auch eine interessante Positionierung der SPD. Aber mit Blick auf die Uhr kann ich das jetzt leider nicht ausführen, sondern komme zum Schluss.

Mit diesem Haushalt 2021 setzen wir unseren Kurs fort. Wir sorgen dafür, dass Hessens Schulen weiter modernisiert werden, dass wir mehr Bildungsgerechtigkeit für unsere Schulen schaffen. Dazu dienen unsere zusätzlichen Ressourcen für Schulsozialarbeit, für die Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen, mit mehr Mitteln für den Ganztag. Diesen Weg wollen wir kontinuierlich weitergehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege May. – Das Wort hat jetzt der Abg. Scholz, AfD-Fraktion.

Heiko Scholz (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Staatsminister Lorz, meine Damen und Herren! Auf der Suche nach einem Gleichnis, welches den eher traurigen Zustand unseres hessischen Bildungssystems sowie dessen Fehlentwicklungen seit der Regierungsübernahme durch Schwarz-Grün im Jahr 2014 treffend zu beschreiben vermag, erinnerte ich mich an eine Schiffsmetapher eines prominenten Mitgliedes des Wiener Kreises, welcher unseren beiden linken Parteien wohl sehr bekannt sein müsste, des eher marxistisch orientierten Wissenschaftstheoretikers Otto Neurath. Ich darf Ihnen das mal zur Kenntnis bringen:

Wie Schiffer sind wir, die ihr Schiff auf offener See umbauen müssen, ohne es jemals in einem Dock zerlegen und aus besten Bestandteilen neu errichten zu können.

Unser Kapitän alias Staatsminister Lorz steuerte das Schiff namens Bildungssystem in den ersten Jahren seiner Amtszeit durch ruhiges Gewässer, ohne dabei in dessen Erhaltung und Modernisierung zu investieren und die Besatzung aufzustocken sowie nachhaltig zu qualifizieren.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig faktenfrei! – Unruhe – Glockenzeichen)

Seit nunmehr fast einem Jahr sieht er sich jedoch mit dem Problem konfrontiert, sein Schiff durch einen Orkan manövrieren zu müssen.

(Beifall AfD)

Schiffsführer Lorz hat jetzt die Wahl zwischen genau zwei Optionen: Er bringt die sachlich gebotenen Strategien zum Einsatz, d. h. wählt geeignetes Werkzeug und Material, um sein Schiff auf dem tosenden Meer sturmfest zu machen. Oder aber er gibt sich weiterhin der reinen Kontemplation hin und beobachtet mehr oder minder teilnahmslos einen sich abzeichnenden Untergang des ihm vom hessischen Volk zu treuen Händen auf Zeit überantworteten Schiffes.

Herr Prof. Lorz, die von Ihnen zwecks Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages unserer Schulen unter den Pandemiebedingungen ergriffenen Maßnahmen sind in ihrer Gesamtheit gescheitert.

(Beifall AfD)

Suchen Sie doch bitte einmal – das sage ich Ihnen als Lehrer, der jahrelang an Schulen gearbeitet hat – unsere Brennpunktschulen unangemeldet – unterstrichen – auf. Reden Sie dort einmal mit den Lehrern, mit den Schülern vor Ort,

und überzeugen Sie sich einmal von den realen Bedingungen. Ich garantiere Ihnen: Sie werden von der Realität sehr überrascht sein.

(Beifall AfD)

60 % der Hessen sind mit der schwarz-grünen Bildungspolitik sowie Ihrer Krisenbewältigungsstrategie nicht einverstanden. Die berufliche Motivation bei Schulleitern ist gemäß einer Forsa-Umfrage in erschreckendem Ausmaß gesunken, weil diese durch Ihre Konzeptlosigkeit maßlos überfordert und alleingelassen werden, was übrigens auch auf den Großteil der Lehrerschaft zutrifft.

Unsere Kinder, deren Eltern und Lehrer werden von einem nicht mehr nachvollziehbaren Maßnahmenwirrwarr inklusive Masken- und Lüftungsregeln psychisch erheblich belastet und werden wohl weiterhin mit einem Flickenteppich aus größtenteils ineffektiven Maßnahmen, vermehrt rein ideologisch motivierten Fehlentscheidungen und hierdurch verursachten Fehlinvestitionen leben müssen.

Der Inhalt des diesjährigen Einzelplanes 04 stützt diese Ansicht in bedrückender Weise. Das Festhalten am Präsenzunterricht, welches die AfD in der Sache sehr begrüßt, ist lediglich der Versuch, aus Ihrer Not eine Tugend zu machen.

(Beifall AfD)

Denn Wechsel- und vollständiger Distanzunterricht würden die Versäumnisse der letzten Jahre scharf hervortreten lassen: Sei es die lückenhafte digitale Infrastruktur der Schulen, der mittlerweile chronische Lehrermangel oder die unzureichende psychologische Betreuung unserer Lehrer und Schüler.

Auch in diesem Jahr wurden seitens meiner Fraktion wieder 13 Änderungsanträge gestellt, welche bezwecken, die fundamentalsten Fehlentscheidungen des Hessischen Kultusministeriums zu korrigieren. Ich werde mich in meiner Rede auf eine kleine Auswahl beschränken.

Beginnen wir mit der angesprochenen unzureichenden Lehrerversorgung an unseren Schulen: Die Landesregierung geht von 53.456 Lehrern aus, welche einer Unterrichtsversorgung von 105 % entsprächen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, stellte der Philologenverband einen Siebenpunkteplan zur Bewältigung des Lehrkräftemangels vor. Eine Forderung daraus lautet, dass eine 130-prozentige Unterrichtsversorgung angestrebt werden müsse, um real die 100-prozentige Unterrichtsversorgung zu garantieren. Dieser Sichtweise schlossen wir uns natürlich an und berechneten einen Mehrbedarf von 12.714 Stellen zur Absicherung einer 130-prozentigen Unterrichtsversorgung. Da die Anhebung um 12.714 Stellen binnen Jahresfrist natürlich nicht realisierbar sein kann, wird diese Anzahl auf die kommenden fünf Jahre gleichmäßig verteilt, was somit einem Stellenzuwachs in Höhe von 2.543 pro Jahr entspricht.

Die Vorstellung der Landesregierung mutet demgegenüber sehr bescheiden an. Der für 2021 zu veranschlagende Haushaltsposten für Beamtenbezüge ist demnach um 128,5 Millionen € zu erhöhen. Es ist uns bewusst: Dieses Vorhaben ist sehr ambitioniert. Klar wird hieraus jedoch, dass Sie Ihre vornehmste Aufgabe vernachlässigt haben, nämlich dieser fatalen Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken. Sie haben es unterlassen.

(Beifall AfD)

Nehmen Sie sich endlich ernsthaft dieses Problems an, und handeln Sie.

Zum nächsten Thema: Die unübersehbare Zunahme psychischer und psychosomatischer Erkrankungen innerhalb der Lehrer- und Schülerschaft scheint die Landesregierung völlig zu ignorieren. Eine DAK-Studie vom November 2019 belegt, dass fast jeder vierte Schüler in Deutschland psychische Probleme aufweist, welche sich zudem seit dem Beginn der Corona-Pandemie massiv verschärften. Soziale Isolation im Distanzunterricht sowie das Gefühl mangelnder Vorbereitung auf die bevorstehenden Prüfungen verstärken gerade bei älteren Schülern die Zukunftsängste.

Es gibt Schulen, in denen fast die Hälfte der Schüler bereits nach dem ersten Lockdown inhaltlich abgehängt worden war. Bereits zu Beginn der Pandemie hat man bei den Kindern Ängste geschürt, indem man ihnen z. B. die Schuld für den baldigen Tod ihrer nahen Verwandten suggerierte, sollten sie sich nicht an die vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen halten. Auch infolgedessen waren vermehrt Schlaf- und Verhaltensstörungen sowie Waschzwänge und Depressionen zu beobachten; zahlreiche Kinderärzte berichten darüber.

(Zuruf SPD: Aha!)

– Ja.

Lehrer sind ebenfalls erheblich von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen betroffen. Jeder dritte Lehrer leidet unter einem Burn-out-Syndrom. Die Lehrer benennen die Ursachen: unter anderem die Inklusionsproblematik,

(Beifall AfD)

die schwierige Integration von Seiteneinsteigern sowie erschwerte Arbeitsbedingungen an den Schulen der sozialen Brennpunkte.

Was haben Sie dem entgegenzusetzen? Nichts, vernachlässigbar wenig. Die insgesamt etwa 830.000 hessischen Schüler und deren Lehrerschaft werden von gerade einmal 114 Schulpsychologen betreut, was einer Betreuungsquote von 6.670 entspricht.

Unsere Lösung hierfür: Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Betreuungsquote von realistischen 1.100 Schülern pro Schulpsychologen sowie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Art und Größe der Schulen ergibt unsere Berechnung die Gesamtzahl von 755 erforderlichen Stellen für Schulpsychologen.

Analog zum letzten Jahr beantragen wir daher die Aufstockung der Geldmittel für die psychologische Unterstützung unserer Lehrer und Schüler um 30 Millionen € und damit die Erhöhung der Zuwendung auf insgesamt 46 Millionen €. Die zwischenzeitlich von der Landesregierung veranschlagte Mehrinvestition in Höhe von 700.000 € geht zwar in die richtige Richtung, ist demgegenüber jedoch ein viel zu kleiner Schritt.

Meine Damen und Herren, Sie mögen es gerne hören oder auch nicht: Die Inklusion von Kindern mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen ist – dies wird vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie überdeutlich – vollends gescheitert.

(Beifall AfD)

Die rein ideologisch motivierte Inklusion an Regelschulen bedeutet erwiesenermaßen nicht nur ein erhöhtes Entwicklungsrisiko für behinderte Kinder und solche mit erhöhtem Förderbedarf, sondern geht auch mit der massiven Überforderung unserer Lehrkräfte einher.

Umfragen unter Lehrern ergaben, dass 70 % von ihnen die Meinung vertreten, dass Inklusionsschüler während der Aussetzung des Schulbetriebs im Frühjahr höchst unzureichende Betreuung erfuhren und weitaus besser in Förderschulen aufgehoben wären. 83 % – das können Sie nachlesen; da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln – der befragten Lehrer befürworten den Erhalt und Ausbau des Förderschulsystems.

Demgegenüber – das kann man auch nachlesen – wurden seit der Regierungsübernahme von Schwarz-Grün 22 Förderschulen geschlossen und deren Kinder in Regelschulen überführt, wissend, dass dort in personeller, sächlicher und räumlicher Hinsicht erhebliche Mängel bestehen.

(Beifall AfD)

Förderschulen sind erwiesenermaßen erhaltens- und ausbauwürdige Bestandteile unseres Schulsystems, welche die spezifische Unterstützung behinderter Kinder und solcher mit festgestelltem Förderbedarf am besten gewährleisten. Daher ist deren angemessene Ausstattung durch Zuweisung entsprechender finanzieller Mittel sicherzustellen.

Die von uns veranschlagte Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Erziehung in Förderschulen um 135 Millionen € wird in solider Art und Weise vollständig gegenfinanziert: durch die Kürzung der vorgesehenen Ausgaben für die Inklusion an Regelschulen. Zur Inklusion mit Augenmaß, also hierfür geeigneter Schüler, sowie zur intensiven Förderung kranker Schüler gemäß der Produktbeschreibung, welche andererseits nur 0,3 % der hessischen Inklusionsschüler ausmachen, stände dann immer noch ein Betrag in Höhe von ca. 145 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, zur Vermeidung neuerlicher Missverständnisse weise ich an dieser Stelle mit Nachdruck darauf hin, dass die Förderung kranker Schüler im Sinne der Produktbeschreibung von den Kürzungsmaßnahmen gänzlich unberührt bleibt.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen einen Änderungsantrag vorstellen, welcher auf unseren Antrag Drucks. 20/4000 Bezug nimmt. Dieser wurde bereits in das vergangene Plenum eingebracht und, dem hiesigen Automatismus folgend, von den Kartellfraktionen abgelehnt.

(Torsten Warnecke (SPD): Ach!)

Dieser fordert die Landesregierung zur Erstellung und Umsetzung eines Hygienekonzeptes auf, welches aus Maßnahmen zur Luftreinigung, Handhygiene, Schichtbetrieb sowie Wechselunterricht besteht.

Das Kernanliegen dieses Antrages besteht darin, alle hessischen Schulen zunächst auch mit mobilen und final mit stationären Luftreinigungssystemen mit Frischluftzufuhr und Klimafunktion auszustatten. Dessen Realisierung würde unseren Lehrern und Schülern nicht nur ein lehr- und lernförderliches Klima zu jeder Jahreszeit ermöglichen, sondern zudem die Klassenräume von virenbelasteten Aerosolen praktisch vollständig befreien.

(Beifall AfD)

Herr Kultusminister, es ist doch völlig indiskutabel, dass unsere Schüler und Lehrer bei Minusgraden alle 20 Minuten einem Lüftungsregime ausgesetzt werden, welches erstens die Entstehung von Erkältungskrankheiten begünstigt und zweitens einen Verstoß gegen die Bestimmungen der Arbeitsplatzverordnung darstellt, die eine Mindesttemperatur von 20 °C für sitzende Tätigkeiten normiert.

Es kann ferner nicht sein, dass unseren Schülern das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen aufgezwungen wird, welche zur Virenabwehr nachweislich praktisch wirkungslos sind

(Beifall AfD)

und gerade im Winter bzw. bei unsachgemäßer Handhabung gesundheitsschädliche Wirkungen entfalten können und insbesondere aus pädagogischer Sicht im Grundsatz abzulehnen sind.

Die lineare Extrapolation der Schätzwerte aus dem Schulamtsbezirk Frankfurt für die Ausstattung der dortigen Schulen mit Luftreinigungssystemen ergibt für die Gesamtheit der hessischen Schulen einen Kapitalbedarf in Höhe von ca. 120 Millionen €.

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Ausstattungsmaßnahme der Schulen ist nur ca. 1 % des sogenannten Corona-Sondervermögens in Höhe von 12 Milliarden € erforderlich. Die von der Landesregierung den Schulträgern bereitgestellten Mittel in Höhe von 100 Millionen € würden allein schon dafür benötigt werden, unsere Schulen in einen angemessenen baulichen Zustand zu versetzen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich bilanzieren: Unsere 13 Änderungsanträge führen zu Ersparnissen in Höhe von 268,5 Millionen €. Die erforderlichen Mehrausgaben summieren sich unter Berücksichtigung der Kosten für die Luftreinigungssysteme in Höhe von 120 Millionen € auf insgesamt 585 Millionen €. Damit ergibt sich, dass das Land Hessen im kommenden Jahr 316,5 Millionen € mehr in nachhaltige Bildungsmaßnahmen investieren kann

Weitere Schwerpunkte bilden hier die Förderung der Bildungssprache Deutsch, der Grundschulen, die Stärkung des mehrgliedrigen Schulsystems sowie berufsqualifizierender Bildungsgänge.

Dies ist ein vergleichsweise bescheidener finanzieller Beitrag unseres hessischen Volkes angesichts dessen, was sich bereits am Horizont abzuzeichnen beginnt und hierdurch vielleicht noch abgewendet werden kann: die Erzeugung einer verlorenen Bildungsgeneration.

(Beifall AfD)

Herr Prof. Lorz, wenn es Ihnen ernst damit ist, unseren Kindern auch unter den herrschenden widrigen Bedingungen bestmögliche Bildungsangebote zuteilwerden zu lassen, dann sollten Sie zeitnah die hierfür notwendigen und hinreichenden Voraussetzungen schaffen. Die Alternative für Deutschland ist Ihnen dabei sehr gern behilflich. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Scholz. – Das Wort hat der Abg. Armin Schwarz, CDU-Fraktion.

Armin Schwarz (CDU):

Hochverehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Investitionen in Bildung sind nachhaltig. Investitionen in Bildung sichern eine gute Zukunft, und Investitionen in Bildung sind das Megathema in diesem Haushaltsplan. In diesem Haushaltsplan legen wir kontinuierlich, weil auf uns Verlass ist, über 100 Millionen € wieder drauf und erreichen damit ein Rekordvolumen von über 6 Milliarden €.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir machen keine Bildungspolitik nach Kassenlage; das machen wir nicht. Wir machen Bildungspolitik nach Vernunftmaßstäben, und aus Überzeugung investieren wir punktgenau in die Projekte, die anstehen, in Sprachförderung, in Ganztag, in zusätzliche Lehrkräfte, in Unterstützungsmaßnahmen. Genau darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger in Hessen, darauf können sich unsere Schulen und darauf können sich die Kollegien und die Eltern verlassen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, mit Ihrem Einverständnis darf ich einmal zeigen, wie so etwas aussieht.

(Der Redner hält eine Grafik hoch. – Torsten Warnecke (SPD): Kein Adventskalender!)

Zwölf Jahre in Folge kontinuierlich zusätzliche Ausgaben für Bildung – das ist der Bildungsetat mit 4,3 Milliarden €.

(Zurufe)

 Ja, damit kommen Sie genau hin. Das können Sie sich gut merken. Machen Sie auch gerne Fotos, das ist gerne erlaubt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Warnecke (SPD): Das kann ich von hier aus sehen!)

Im Gesamtetat Einzelplan 04 über 6 Milliarden € – das gibt es nur in Hessen, und das gibt es nur mit Schwarz-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was machen wir genau? – Weil ich ein disziplinierter Mensch bin und mich an die Redezeit, die wir fraktionsintern verabredet haben, halten möchte und mich auf neun Minuten beschränke, werde ich vier große Punkte ansprechen.

Lehrerversorgung ist der erste. Wir haben in diesem Jahr wiederum 1.156 zusätzliche Lehrkräfte vorgesehen und garantieren gleichzeitig die gerade schon zitierte 104-, 105-prozentige Lehrerversorgung; das sei vor die Klammer gezogen. Allein die Gewährleistung der Zusätze von 4 bzw. 5 Prozentpunkten kostet 16,5 Millionen €. Das ist nicht trivial, aber es ist für uns selbstverständlich, weil zu den Schulen auf Schwarz-Grün Verlass ist. Das ist die Frage von Planungssicherheit: ankündigen und umsetzen. Da wissen die Schulen genau, worauf sie sich mit uns verlassen können. Denn es gibt fast kein anderes Bundesland, das über die Grundunterrichtsversorgung hinaus ein solches Angebot vorhält. Ein Beispiel wäre Bayern, aber keiner macht es so gut wie wir, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schauen voraus. Im Einzelplan haben wir 100 zusätzliche Stellen für Lehrer im Vorbereitungsdienst vorgesehen. Genauso haben wir auch zusätzliche Ausbildungskapazitäten an den Universitäten vorgesehen. Ich will Ihnen nur einmal zeigen, wie sich das Ganze insgesamt darstellt, Ihr Einverständnis, Herr Präsident, vorausgesetzt.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

So haben sich die Lehrerzahlen und so haben sich die Schülerzahlen in den letzten Jahren entwickelt. Die Lehrerzahlen gehen kontinuierlich hoch. Für die Grundunterrichtsversorgung brauchen wir 39.000 Stellen. 56.000 haben wir im Angebot; die für 2021 kommen noch obendrauf. Die Schülerzahlen sind um 80.000 Schüler reduziert. Das heißt, das Lehrer-Schüler-Verhältnis wird kontinuierlich besser. Das gibt es nur mit uns. Das gibt es nur mit Schwarz-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen wir zu einem weiteren Megapunkt: Bildungssprache Deutsch. Ich bin dankbar, dass das meine Vorredner bereits angesprochen haben. Die Grundlage für Integration, die Grundlage für Karriere, die Grundlage für eine erfolgreiche berufliche Entwicklung ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Das haben wir schon sehr frühzeitig erkannt. Mit verpflichtenden Vorlaufkursen haben wir jetzt noch einen Baustein obendrauf gelegt. Hessen war das erste Bundesland, das Vorlaufkurse überhaupt installiert hat. Diese sind jetzt verpflichtend; darüber sind wir froh.

Wir legen auch noch eine Stunde Deutsch in der Grundschule obendrauf. Das kostet Stellenkontingente: Für die zusätzliche Stunde Deutsch an den Grundschulen haben wir 100 Stellen und für die verpflichtenden Vorlaufkurse 210 Stellen eingeplant. Das ist uns wichtig; und hierbei befinden wir uns mit ganz vielen Akteuren im Konsens. Ob dies der Elternbund, das Leibniz-Institut oder der Philologenverband ist, alle miteinander sagen: Das macht ihr gut; das macht ihr richtig. – Herr Kollege Scholz, an dieser Stelle will ich eines sagen: Wenn Sie sich hierhin stellen und den Untergang des Abendlands beklagen, weil aus Ihrer Sicht alles irgendwie unübersichtlich und durcheinander ist,

(Zuruf Heiko Scholz (AfD))

dann bin ich heilfroh, dass Sie kein Schiffskapitän sind, dass Sie in keinem Bundesland für die Kultuspolitik verantwortlich sind;

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiko Scholz (AfD): Das wird sich ändern! Das kommt noch!)

denn Sie sind der gesicherte Untergang für vernünftige Bildung. Sie sind der gesicherte Untergang; da säuft alles ab, da bleibt nichts heil.

(Anhaltende Zurufe AfD – Unruhe – Glockenzeichen)

Deswegen: Gott bewahre die deutsche sowie die hessische Schullandschaft vor Ihren bildungspolitischen Ideen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiko Scholz (AfD): Natürlich! – Fortgesetzte Zurufe AfD)

Ich komme zu einem weiteren Megathema. An dieser Stelle will ich dem geschätzten Kollegen Degen deutlich wi-

dersprechen. Herr Präsident, ich habe noch Zeit, oder? – Das ist gut. – Hessen ist das Bundesland, das im Bereich der Digitalisierung wirklich massiv in die Speichen greift, und zwar so massiv wie kein anderes.

(Zuruf SPD)

 Das belege ich gern. – Kein anderes Bundesland packt beim großen Digitalpakt 25 % obendrauf.

(Zurufe SPD)

- Kommen Sie nach vorne, und nennen Sie mir ein Bundesland, wo dies geschieht.

(Christoph Degen (SPD): Aber es kommt nichts an! Nichts kommt an! – Unruhe – Glockenzeichen)

Kein anderes Bundesland packt beim ersten Annex bei der Beschaffung der Schülerendgeräte 25 % obendrauf.

(Heiko Scholz (AfD): Die Kreise werden nicht gehört! Lehrer gibt es keine!)

- Herr Kollege, nun beruhigen Sie sich doch.

(Heiko Scholz (AfD): Nein!)

- Nun beruhigen Sie sich doch.

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, für das Beruhigen bin ich zuständig. Herr Kollege Scholz, am besten atmen wir alle wieder ein bisschen durch und machen ein paar Bewegungen mit den Fingern, dann geht es wieder. – Herr Kollege Armin Schwarz hat das Wort. Bitte.

Armin Schwarz (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Zum Support, Annex 2: Kein anderes Bundesland packt 25 % obendrauf. Auch kein anderes Bundesland hält eine eigene Schulcloud vor. Mittlerweile sind über 90 % der weiterführenden Schulen in Hessen an das Schulportal angeschlossen. In Summe nutzen über 60 % der Schulen das Schulportal.

(Zuruf: Was ist mit dem Rest?)

Wir bauen das Videokonferenzsystem kontinuierlich aus.

(Zuruf SPD: Wann denn?)

Ja, momentan, aufgrund kapazitärer Schwierigkeiten – das will ich durchaus sagen –,

(Zuruf: Warum gibt es diese?)

mit kommerziellen Anbietern. Aber im nächsten Jahr legen wir 1,5 Millionen € auf den Tisch, damit wir das im Schulportal selbst in Gänze anbieten können. Dies ist eine Megaherausforderung. Im Übrigen: Die Anzahl der Fortbildungen im Bereich der Digitalisierung für Lehrkräfte haben wir im letzten Jahr mehr als verdoppelt. Allein seit März haben wir rund 8.000 Fortbildungen vorgehalten. Das ist eine Megazahl, eine unglaubliche Zahl; und wir hatten hervorragende Teilnahmequoten. Wir sind froh, dass dies gut gelingt.

Ich könnte jetzt noch vieles über den Ausbau der Breitband- und Gigabitanbindungen berichten. Auch hier machen wir riesengroße Sprünge nach vorne. Ich weiß, wir haben hierbei an manchen Schulen noch Spielraum. Wenn wir aber feststellen, dass wir innerhalb von zwölf Monaten

bei der Glasfaseranbindung 68 % und bei den gigabitfähigen Internetanschlüssen über 70 % draufgelegt haben, dann zeigt dies, welche Prioritäten wir setzen.

Ich möchte noch kurz auf die pandemiebedingten Maßnahmen eingehen. Für Vertretungslehrkräfte haben wir 100 Millionen € vorgesehen. Diese werden bis dato zum Glück nicht alle abgerufen, weil die pandemiebedingte Ausfallquote der Lehrkräfte sehr gering ist. Gestern wurde berichtet, dass es sich um einen Wert von 1,4 bzw. 1,5 % handelt. Zum Glück ist dies sehr übersichtlich. Aber die 75 Millionen €, die wir für Schutzmaßnahmen bereithalten – Herr Kollege Scholz, in diesem Zusammenhang können auch Luftreinigungsgeräte angeschafft werden, wenn die Schulträger dies denn wollen –, bleiben für die Schulträger als freiwillige Unterstützung, es ist mir wichtig, dies zu betonen, erhalten.

Herr Kollege May hat schon einmal in einer Tour d'Horizon durchdekliniert, wie viele Stellen wir vorhalten: 230 zusätzliche Stellen für den Ganztag, für zusätzliche Förderpädagogen; und wir halten 10 Millionen € für die Schulträger für zusätzliche Verwaltungskräfte vor. Aus kollegialen Gründen will ich hierunter einen Strich ziehen und feststellen: Wir haben viel zu bieten. Wir investieren punktgenau und richtig. Was macht die Opposition? − Ablenkungsmanöver. Sie erzählen gern einmal die Story: "Ihr müsstet bezahlen", obwohl es eine originäre Schulträgeraufgabe ist. Wir unterstützen die Schulträger gern, wie eben unterstrichen. Was macht die Opposition noch? − Sie redet über Wechselmodelle. Dort, wo Sie jedoch selbst in der Verantwortung sind, versuchen Sie, die Wechselmodelle so weit wie möglich zu verhindern und zu vermeiden.

(Christoph Degen (SPD): Wo denn?)

Na ja, nur langsam. – Alle miteinander haben den Beschluss gefasst, den der Ministerpräsident gestern zitiert hat. Der Bund und alle Länder waren mit dabei; und es wurde gesagt: Der Präsenzunterricht geht vor.

(Christoph Degen (SPD): Bayern auch? Sachsen auch?)

 In Bayern ist die Lage wirklich dramatisch, und sie ist anders als in großen Teilen Hessens. Im Übrigen fehlen bei Ihnen in Gänze eigene Konzepte.

Ich fasse zusammen: Wir haben einen wirklich großartigen Haushaltsplan, den Einzelplan 04, auf den Tisch gelegt – mit zusätzlichen Mitteln für genau die Bereiche, wo sie benötigt werden, für den Bereich der Digitalisierung, den Bereich der Lehrerversorgung, für den Deutschunterricht und die Deutschförderung.

Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit; und ich bedanke mich bei allen Lehrkräften, Eltern und Schülern in diesen herausfordernden Zeiten für ihre Arbeit. Alles Gute für Sie und vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Armin Schwarz. – Der nächste Redner ist Kollege Moritz Promny, FDP-Fraktion.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich starte mit einem Zitat, das folgendermaßen lautet:

Deswegen erhalten alle Schulen weiterhin eine Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 105 %. ... Darüber hinaus werden den Schulen die Zuschläge für den Sozialindex und für unterrichtsbegleitende Maßnahmen wie individuelle Förderung oder Ganztagsangebote zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, das klingt doch so, als würde ich hier schon den Redebaustein des Kultusministers vorwegnehmen. Das wird er hier sicherlich demnächst ins Schaufenster stellen, doch das Zitat stammt aus seiner Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2018/19. Herr Kollege Schwarz und seine sehr eindrucksvollen Schaubilder haben noch einmal deutlich gemacht, dass sich die Landesregierung seit mindestens drei Jahren ganz eindeutig für die immer gleichen Dinge feiert, nämlich für Lehrerstellen, die im Haushalt stehen, aber nicht besetzt werden können.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Neue Lehrerstellen sind natürlich etwas Gutes, und wir freuen uns hierüber; denn je mehr Lehrkräfte es in den Schulen gibt, desto besser ist die individuelle Förderung der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers. Gute Schule braucht also gute Lehrkräfte; und gute Schule braucht vor allem ausreichend Lehrkräfte. Eines scheint die Landesregierung aber nicht zu verstehen: Mehr Stellen ist nicht gleich mehr Lehrkräfte

(Beifall Freie Demokraten, SPD und vereinzelt AfD)

Ich weiß, wir haben hierüber schon vielfach diskutiert – ich möchte dieses Fass nun nicht wieder aufmachen –, wie viele Lehrkräfte bis wann fehlen. Ich denke aber, dass es bezeichnend ist, dass wir in den kursorischen Lesungen seit Jahren immer wieder nach dem Soll-Ist-Vergleich fragen, die Unterlagen jedoch auch dieses Jahr wieder nachgereicht werden müssen. Sie wissen doch ganz genau, dass diese Frage von uns kommen wird. Warum sind Sie darauf dann nicht vorbereitet?

(Beifall Freie Demokraten, SPD und vereinzelt AfD)

Meine Damen und Herren, immerhin haben wir Zahlen bzw. gesagt bekommen, wie viele der UBUS-Stellen besetzt sind. Doch auch hier ist der Fachkräftemangel deutlich zu spüren. Der Besetzungsstand liegt – Herr Kollege May hat es angesprochen – dementsprechend bei gerade einmal rund 80 %. Aber Hauptsache, die zusätzlichen Stellen sind in der Brockenliste aufgeführt, Herr Kollege May. Ein besonders schönes Beispiel sind beim Thema Stellen auch die Verwaltungskräfte. Zwar waren 2020 Mittel für Personal vorgesehen, bis heute ist die entsprechende Vereinbarung aber nicht unterzeichnet worden. Immerhin müssen wir – praktisch für die Opposition – diesbezüglich gar nicht erst nach den Stellenbesetzungen fragen. Diese Frage stellt sich nämlich nicht.

Im Hinblick auf die Grundschulen, wo der Lehrkräftemangel mittlerweile besonders verheerend ist, sind allein für die Stärkung der Bildungssprache Deutsch und für die verpflichtenden Vorlaufkurse 310 Stellen vorgesehen. In diesem Zusammenhang sind die Stellen zur Abdeckung der erforderlichen Unterrichtsversorgung nicht einmal mit ein-

gerechnet. Wir haben schon bei der Diskussion über den Gesetzentwurf zu den verpflichtenden Vorlaufkursen darauf hingewiesen, dass eine "volle" Besetzung der Stellen quasi nicht möglich sein wird.

(Beifall Freie Demokraten)

Seit Jahren diskutieren wir über den Lehrkräftemangel. In der Corona-Krise – auch das ist zum Ausdruck gekommen kommt dieser besonders zum Vorschein; denn Lehrkräfte, die zur Risikogruppe gehören und deshalb zu Hause bleiben müssen, ließen den Bedarf deutlich erkennen. Jetzt haben wir gewisse Zahlen gehört; und es scheint, dass der Bedarf abgefedert werden soll. Immerhin stellt die Landesregierung 100 Millionen € – Herr Kollege Schwarz hat es ausgeführt – für VSS- und TV-H-Kräfte zur Verfügung. Das ist auch gut so. Das will ich gar nicht kritisieren. Von den Mitteln sind bisher 6 Millionen € abgerufen worden. Jetzt kann man natürlich die Frage stellen, warum dies so ist. Herr Kollege Schwarz hat ein Erklärungsmodell geliefert; und auch ich stelle eine kühne These auf. Ich glaube, es ist schlicht und ergreifend sehr schwierig, vor Ort die passenden Fachkräfte zu finden. Tatsache ist, einfach die Mittel zur Verfügung zu stellen, reicht nicht aus.

(Beifall Freie Demokraten)

Stärkung der Bildungssprache Deutsch, Ausbau des Ganztags, Stärkung der Sozialarbeit und Inklusion bei gleichzeitigem massivem Lehrkräftemangel – also auch in diesem Jahr lautet das Motto des Kultusministers: Hauptsache, die Überschrift im Haushaltsplan stimmt.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, ich will noch einen zweiten wichtigen Aspekt im Hinblick auf den Haushalt ansprechen. Ich werde dies ebenfalls mit einem Zitat einleiten:

Wir haben ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgeschlagen, von der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte mit Tablets über die Bereitstellung sonstiger digitaler Unterrichtsmedien, die Qualifizierung der Lehrkräfte als grundlegende Aufgabe, über die Notwendigkeit der technischen Betreuung der Infrastruktur usw.

Wer hat dies wohl bei den Haushaltungsberatungen 2018 gesagt? Es war nicht der Kultusminister, nein, weit gefehlt, es war der Freie Demokrat Wolfgang Greilich.

(Beifall Freie Demokraten)

Seit Beginn der Krise hat der Kultusminister immer wieder gesagt, das mit dem digitalen Lernen habe keiner kommen sehen. – Das ist falsch. Richtig ist vielmehr: Wir, die Freien Demokraten, haben schon vor Jahren angemahnt, dass Sie von der Bremse gehen müssen. Wir haben schon vor Jahren gesagt, dass Sie die Fahne ausnahmsweise einmal nach vorne und nicht nach hinten tragen sollen. Aber Fakt ist auch: Seit Jahren ist in diesem Bereich viel zu wenig passiert.

(Beifall Freie Demokraten)

Jetzt ist klar, Sie verweisen in Bezug auf die Endgeräte und den Support ganz stolz auf den Bund, dessen Mittel Sie ein bisschen aufgestockt haben. Herr Kollege Schwarz, bei den 25 % gehört zur Wahrheit auch dazu, dass 12,5 % der Schulträger zu tragen hat. Insofern macht sich das Land schon einen schmalen Fuß.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Zuruf Holger Bellino (CDU): Bei diesem Etat macht sich das Land "einen schmalen Fuß"?)

– Ja, in der Tat. Der Bund hat Sie per Verwaltungsvereinbarung ohnehin verpflichtet, 10 % dazuzugeben. Sie haben schlicht und ergreifend nur 2,5 % draufgepackt.

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch! Es gibt auch Länder, die gar nichts dazugeben!)

Sie hätten das alles schon viel früher haben können, dann würden wir heute auch besser dastehen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Zurufe)

Das will ich jetzt am Beispiel des Digitalpakts verdeutlichen. Da wurde in der kursorischen Lesung gesagt, dass 2021 genutzt werden solle, um Anträge zu stellen. Ich erinnere gerne noch einmal daran: Das war nicht die ursprüngliche Idee des Digitalpakts, meine Damen und Herren. Die Höhe der Mittel, die bereits abgerufen wurden, ist verschwindend gering. Die Höhe der Mittel, die bereits ausgezahlt wurden, ist noch geringer. Laut einem Bericht aus dem Deutschen Bundestag waren von den für Hessen vorgesehenen Mitteln Mitte des Jahres gerade einmal 104.000 € abgeflossen. – So viel zum Digitalpakt.

(Beifall Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Das in einer Zeit, in der Schulen das digitale Lernen so massiv ausbauen müssen und so viel damit arbeiten müssen wie nie zuvor.

Fragen Sie doch einmal die Schulen, woran das krankt, warum die Mittel nicht abfließen. Es kann doch nicht sein, dass Sie sich einfach aus der Affäre ziehen. Meine Damen und Herren, die Fragen sind doch offensichtlich: Sind die Schulleitungen wegen der Mehraufgaben belastet? Ist es der bürokratische Aufwand? Sind die Schulträger etwa der Flaschenhals, und wenn ja, warum? – Das sind doch die Fragen, die Sie beantworten müssen, Herr Kultusminister. Statt die Augen davor zu verschließen, wäre es richtig, hier entsprechend nachzugehen; sonst, habe ich die Befürchtung, gehen wir schnellen Schrittes in das nächste Jahr, und die Mittel werden weiterhin nicht abgerufen.

(Beifall Freie Demokraten)

Insgesamt finden sich im Bereich Digitalisierung im Einzelplan 04 natürlich auch richtige und wichtige Sachen – das will ich gar nicht verhehlen –, beispielsweise die Anschubfinanzierung für einen einheitlichen Lehrkräftezugang; das begrüßen wir. Vielleicht kommt es etwas spät im Jahr 2020, aber sei es drum, immerhin kommt es jetzt.

Herr Kollege Schwarz, noch ein Punkt, der mich in Ihren Ausführungen doch etwas verwundert hat, das ist die Sache mit dem Schulportal. Die Betriebskosten liegen laut Kultusministerium bei ungefähr 1 Million € im Jahr. Jetzt wissen wir alle, dass die Ausrollung eigentlich hätte vorgezogen werden sollen, und zwar zum Sommer dieses Jahres. Dann musste allerdings noch einmal neu ausgeschrieben werden, weil das Schulportal, so wie es aufgelegt war, wohl doch noch nicht allen Schulen zur Verfügung gestellt werden konnte. Jetzt, im Dezember, ist die Ausrollung immer noch nicht abgeschlossen. Das ist doch Tatsache. Besonders befremdlich finde ich in diesem Zusammenhang, dass sich dazu keine Mehrkosten im regulären Haushalt finden. Wissen Sie, wo die nämlich vorgesehen sind? Im

sogenannten Sondervermögen bzw., um es einmal besser auszudrücken, im Schattenhaushalt der Landesregierung mit insgesamt gut 13 Millionen € für die nächsten drei Jahre.

(Beifall Freie Demokraten)

Jetzt müssen wir uns das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Die für das Schulportal vorgesehenen Mittel waren also überhaupt nie ausreichend. Das hat jetzt auch nichts mit dem Vorziehen zu tun, wenn die Mittel im Schattenhaushalt für die nächsten drei Jahre vorgesehen sind. Das ist schlicht und ergreifend eine Fehlkalkulation, die Sie jetzt versuchen zu übertünchen, meine Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Drittens. Eingehen möchte ich auf die Ganztagsbetreuung. Kollege May hat auch ein Plädoyer dafür gehalten. Ich glaube, vielen von uns liegt die Ganztagsbetreuung am Herzen. Ich habe in der kursorischen Lesung nachgefragt, ob bei der derzeitigen Geschwindigkeit des Ausbaus ein Ganztagsanspruch bis 2025 realistisch ist. Geantwortet wurde mir, das sei ein politisches Ziel.

Ich hätte in den kommenden Wochen noch einmal nachgebohrt, aber da ist Ihnen und mir der Bund zuvorgekommen. Still und heimlich wurde in den letzten Gesprächen zwischen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin das politische Ziel aufgegeben. Der Ganztagsanspruch kommt jetzt erst bis 2029.

Kollege May, ich nehme Sie beim Wort, ich fordere die Landesregierung und auch die regierungstragenden Fraktionen auf, an dem bisherigen Ziel festzuhalten.

> (Beifall Freie Demokraten und vereinzelt DIE LIN-KE)

Ich finde, dass es im Bereich des Ganztags in den letzten Jahren wichtige Fortschritte gab. Der Ganztag ist kein Nice-to-have, ganz bestimmt nicht. Er ist das Bildungsund Betreuungsangebot, das die Lebensrealität einer Vielzahl von Menschen in unserem Land abbildet. Wir brauchen den Ganztagsanspruch für die Chancengerechtigkeit in unserem Land und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Weil das so ist, ist es schon erstaunlich, dass der Ausbau des Ganztags auch dieses Jahr wieder auf der Brockenliste zu finden ist. Das macht deutlich, dass Sie das wollen; aber es wäre wichtig, zu unterstreichen, dass Sie an dem ursprünglichen Ziel festhalten und es nicht rausschieben. Aber auch hier ein Schuss Wasser in den Wein: Die Fachkräfte müssen wir auch in diesem Bereich im Blick behalten. Der Fachkräftemangel macht sich auch hier bemerkbar.

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Lieber Herr Kultusminister Prof. Lorz, Stellenaufwuchs bedeutet nicht mehr Lehrkräfte an den Schulen. Klar ist auch, eine Stelle im Haushalt gibt noch keinen Unterricht. Stellenaufwuchs ersetzt auch keine Idee. Stellenaufwuchs ersetzt auch keine Vorstellung von Schule im 21. Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist voll von schönen Überschriften, aber zukunftsorientiert ist dieser Haushalt auf keinen Fall. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Promny. – Das Wort hat nun Frau Abg, Kula, Fraktion DIE LINKE. Bitte sehr.

Elisabeth Kula (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Schuldebatten in diesem Haus haben immer ihren ganz eigenen Charme.

(Beifall Torsten Warnecke (SPD))

besonders wenn Herr Schwarz nach vorne tritt und in seiner unnachahmlichen Art sagt, wie toll und super alles an hessischen Schulen ist. Das finde ich auch unterhaltsam, das hat aber leider nichts mit den realen Problemen an hessischen Schulen zu tun. Von daher danke für die Vorstellung. Jetzt kommen wir aber einmal zu den Problemen zurück, die es wirklich gibt.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Die Pandemie hat die eklatanten Probleme an hessischen Schulen und somit die politischen Versäumnisse der Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte sichtbar gemacht. Zustände, die Gewerkschaften, Eltern und Schülervertretungen seit Jahren anprangern, werden zur Achillessehne unserer Schulen unter Corona. Da ist es schon bezeichnend, dass die Landesregierung trotz Aussetzung der Schuldenbremse und Sondervermögen nicht einmal versucht, die grundlegenden Missstände an Hessens Schulen zu beheben.

(Beifall DIE LINKE)

Wie immer sehen die Zahlen im Landeshaushalt schön aus. Schaut man aber hinter die Fassade, dann fällt doch einiges in sich zusammen. Dazu hat Herr Degen in seiner Rede schon etwas gesagt. Von den 654 neuen Stellen für die Unterrichtsversorgung bleiben nicht mehr wirklich viele übrig, rechnet man die Aufhebung von Stellensperrungen und kw-Vermerke heraus. Die übrigen Stellen sollen sowohl für den Ganztagsausbau, sozialpädagogische Unterstützung, verpflichtende Vorlaufkurse, eine zusätzliche Deutschstunde in der Grundschule als auch über die Zuweisung über den Sozial- und Integrationsindex eingesetzt werden.

Es ist richtig, Stellen an den Schulen aufzubauen. Aber wie die Landesregierung die Stellen dann verteilt, sagt viel über ihre Prioritätensetzung aus. Die 210 Stellen für die verpflichtenden Deutschvorlaufkurse für Kinder im Vorschulalter ohne ausreichende Deutschkenntnisse sind ein Beispiel, wie viele Ressourcen bereitgestellt werden, wenn der politische Wille da ist. Die Lehrer-Kind-Relation liegt in diesen Vorlaufkursen bei 3,3. Davon traut man sich an Schulen ansonsten nicht einmal zu träumen.

Andererseits sollen für die Einführung einer weiteren Deutschstunde an den Grundschulen – es sind 1.200 Grundschulen – nur insgesamt 100 Stellen zur Verfügung gestellt werden. Die Grundschulen sind doch gerade jene Orte, an denen aufgrund des Lehrermangels bereits jetzt viel Unterricht ausfällt oder fachfremd gegeben wird.

Stellen alleine reichen hier nicht aus. Um diese besetzen zu können, braucht es auch die Grundschullehrkräfte. Angesichts dessen ist es vollkommen unverständlich, wieso in Hessen die Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen noch immer schlechter bezahlt werden als die an anderen Schulformen. Vielleicht liegt es daran, dass dort

vor allem Frauen arbeiten, wie das so oft ist. Ein Armutszeugnis, würde ich sagen, für eine Regierung unter grüner Beteiligung.

(Beifall DIE LINKE)

Bereits lange vor Corona haben wir gefordert, endlich eine Anhebung auf A 13 vorzunehmen. Aber nun, in Corona-Zeiten, in denen gerade die Grundschulen am wenigsten geeignet sind, Schülerinnen und Schüler selbstständig von zu Hause aus lernen zu lassen, in denen Grundschullehrkräfte wirklich in Präsenz gefordert sind, kann doch niemandem mehr erklärt werden, warum im Haushalt nicht 75 Millionen € für die längst überfällige Anhebung der Besoldung vorgesehen sind. A 13 auch für Grundschullehrkräfte jetzt, das wäre ein Zeichen des Respekts.

(Beifall DIE LINKE)

Auch der bauliche Zustand vieler Schulgebäude wird unter Corona zur echten Gefahr: Kaputte Fenster, marode Sanitäranlagen und zu kleine Räume erschweren den Schulbetrieb aktuell genauso stark wie zu große Lerngruppen und fehlende digitale Infrastruktur.

Dass der Sanierungsstau an unseren Schulen ein Fass ohne Boden ist, das hängt mit der jahrzehntelangen Verweigerungshaltung zusammen, wenigstens den Bedarf landesweit zu erheben, um dann die Kommunen so auszustatten, dass unsere Schulen saniert und ausgebaut werden können. Das Land muss endlich genug Geld dafür in die Hand nehmen. Bei einem Sondervermögen in Höhe von 12,5 Milliarden € muss es doch drin sein, Geld bereitzustellen, um unsere Schulen zu sanieren und auszubauen.

(Beifall DIE LINKE)

Immerhin haben Sie mittlerweile 65 Millionen € aus dem Sondervermögen in die Hand genommen, um die Schulträger bei der Umsetzung Ihrer eigenen Corona-Schutzmaßnahme zu unterstützen. Aber entgegen Ihrer Behauptung gibt es diese 65 Millionen € eben nicht nur für Schulen, damit soll auch die Ausstattung in Kindertageseinrichtungen finanziert werden. Das ist deutlich zu spät, und es ist vollkommen unklar, wie mit dieser Summe beispielsweise alle Klassenräume und alle Kitas mit den benötigten Luftfilteranlagen ausgestattet werden sollen.

Das Gleiche gilt auch für die digitale Ausstattung der Schulen, der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte. Mit einem ganz großen Tamtam wurde der Digitalpakt beworben, der sich als zu bürokratisch erwiesen hat, als dass er uns jetzt in der Krise wirklich bei der Digitalisierung helfen könnte. Schließlich wurde bisher kaum etwas davon verausgabt. Da helfen dann auch die 14 Millionen €, die im aktuellen Haushalt vorgesehen sind, nicht, wenn sie von den Schulträgern nicht unbürokratisch abgerufen werden können.

Gemessen am Gesamtbedarf an digitaler Ausstattung sind der Digitalpakt und das Sofortausstattungsprogramm sowieso nur eine Anschubfinanzierung. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat ausgerechnet, dass in jedem Jahr der fünfjährigen Laufzeit des Digitalpakts ein Bedarf von 315 Millionen € anfällt. In Hessen stehen für fünf Jahre gerade einmal 538 Millionen € zur Verfügung. Da gibt es also einen erheblichen Finanzierungsbedarf und eine Finanzierungslücke, mit der sich das Land auch befassen muss. Auch wenn Herr Lorz permanent etwas anderes behauptet, Schülertablets sind Lernmittel und fallen somit in die Zuständigkeit des Landes.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Auch die überfälligen Dienstgeräte für Lehrkräfte müssen von ihrem Dienstherrn, also ebenfalls vom Land, finanziert werden. Ohne die werden dann auch die von Ihnen ab dem Jahr 2021 zur Verfügung gestellten E-Mail-Adressen für Lehrkräfte gar nichts bringen.

Meine Damen und Herren, in dem Haushaltsplan lassen sich auch Stichworte finden, die wir ausdrücklich unterstützen und immer gefordert haben: etwa 70 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte oder mehr Förderpädagogen. Das Problem ist nur, Sie suggerieren, Sie würden hier und da kleine Schritte in die richtige Richtung gehen. Dabei braucht es aktuell wirklich eine Kraftanstrengung, damit von der Entlastung und dem politischen Willen auch spürbar etwas an den Schulen ankommt. Aber das ist Schwarz-Grün, es fallen die richtigen Stichworte, aber zu wirklicher Veränderung reicht es nicht aus.

Dabei haben wir uns bisher eigentlich nur über die grundlegenden Dinge unterhalten, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. Wir müssen uns aber auch darüber Gedanken machen, wie wir unser Schulsystem sozial und pädagogisch gerechter machen können. Wir müssen über die Ausfinanzierung von kleineren Klassengrößen, echte multiprofessionelle Teams an den Schulen und im Unterricht, moderne und digital gestützte Lernformen und die Umsetzung eines wirklich inklusiven Schulsystems sprechen. Reden müssen wir über die Sinnhaftigkeit und Aussagekraft von Ziffernoten, insbesondere im Grundschulbereich, und über den immer größer werdenden Zulauf an Privatschulen. Wir müssen über die mangelnde Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Schulsystems und über deren Überwindung sprechen.

Leider ist so etwas unter Schwarz-Grün nicht zu erwarten, vielmehr ein weiteres Durchmogeln. Das ist den Problemen unserer heutigen Zeit nicht angemessen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Rolf Kahnt.

(Rolf Kahnt (fraktionslos) begibt sich von der Tribüne in den Plenarsaal.)

- Mach langsam, sonst fällst du noch die Treppe runter.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Da kommt Herr Kahnt schon herbeigeeilt.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts meiner kurzen Redezeit muss ich mich auf vier Themen beschränken. Ich hätte gerne vieles zu all den anderen Themen gesagt.

Jeder Tag, an dem unsere Schülerinnen und Schüler in die Schule gehen, ist ein guter Tag.

Das sagte Kultusminister Prof. Dr. Lorz. Gerade während der Corona-Pandemie trifft dieser Satz besonders zu. Er ist richtig. Der Präsenzunterricht ist das Maß aller Dinge, und er bleibt es auch. Ein Wechselmodell, beispielsweise in Corona-Zeiten, kann nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn sich tatsächlich bestätigen sollte, dass die Inzidenz an den Schulen erheblich steigt.

Der Präsenzunterricht ist gerade für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule überhaupt nicht ersetzbar. Denn die Lehrkräfte begeben sich als soziale Bezugspersonen mit den Kindern auf bestimmte Lernfelder. Die Kinder brauchen eine Bezugsperson, die ihnen selbstverständlich Mut macht bzw. sie entsprechend motiviert. Selbstverständlich kann ein noch so schöner und gut gemeinter Ersatzunterricht über das Homeschooling, also beispielsweise über die Eltern, die da wirklich etwas Aufopferungsvolles tun, den Präsenzunterricht nicht ersetzen.

Mein zweites Thema ist die Forderung nach Luftfiltergeräten in den Klassenzimmern unserer Schulen. Forderungen sind legitim. Aber wer hat sich eigentlich Gedanken über die Verfügbarkeit und über die Kosten in Höhe von über 3.000 € pro Klassenzimmer gemacht? Das wären Kosten, die im Grunde genommen jedes Maß übersteigen würden, ganz abgesehen davon, dass es auch seriöse Kritiker gibt, die sagen, das Lüften sei tatsächlich allemal effizienter. Dann wird ins Feld geführt, dass die Staatskanzlei über solche Geräte verfüge, aber in den Unterrichtsräumen würden sie fehlen. Das ist für mich schlichtweg Populismus.

Ich komme zum dritten Thema. Das betrifft die Digitalisierung in der Bildung. Es gibt da bekanntlich enorme Fortschritte. Viele Schulen wurden inzwischen im Rahmen des Digitalpakts mehr als befriedigend ausgestattet. Aber IT-Geräte bleiben immer nur ein ergänzendes Mittel, den Unterricht zu gestalten.

Ich komme zum vierten Thema. Das ist das Dauerthema Personal. Es gibt so viele Neueinstellungen wie nie zuvor. Ja, es gibt an den Grundschulen Bedarfe. Das wissen wir. Ich glaube, seit 2018 wurden inzwischen 5.000 Stellen geschaffen. Es gibt insgesamt sogar 11.000 Lehrerinnen und Lehrer mehr als noch vor 20 Jahren.

Hier kann man bestimmt nicht von einem Mangel an Initiative reden. Wie der Kultusminister es einmal ausgedrückt hat, man kann sich selbstverständlich auch zur Weihnachtszeit die Lehrkräfte nicht backen.

Ich komme zu meinem Fazit. Ich wünsche mir mehr Augenmaß. Eigentlich wünsche ich mir mehr Augenmaß gerade von den Kritikern. Man muss sehen, was möglich ist und was eben nicht möglich ist. Schließlich muss das alles finanziert werden.

Ich würde mir auch etwas mehr Wertschätzung beispielsweise für den Kultusminister wünschen. Nach all den Vorwürfen könnte man eigentlich den Eindruck gewinnen, der Kultusminister säße nur untätig herum. Das ist beileibe nicht der Fall. Das gilt schon gar nicht bei einem Haushalt in Höhe von 6 Milliarden €.

Es wird enorm in die Bildung investiert. Für jeden ist auch klar, dass da jeder seine eigene Klientel bedient. Zu fragen ist allerdings: Wenn man selbst in der Regierungsverantwortung stehen würde, würde das dann eigentlich anders ausschauen?

Ich werde dem Einzelplan 04 zustimmen.

Frau Präsidentin, die Uhr schlägt uns alle. Hätte ich noch Zeit gehabt? Dann hätte ich mich gar nicht so eilen müssen

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Nein.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Vielen Dank.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Die Uhr hat genau zum Ende der Rede geschlagen. – Jetzt erteile ich dem Herrn Kultusminister für die Landesregierung das Wort.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Haushaltsplans, wie wir ihn hier beraten, ist zugleich außergewöhnlich und trotzdem ein Stück weit Normalität. Das haben schon die bisher stattgefundenen Debatten über die Entwürfe der Einzelpläne gezeigt. Das werden sicherlich auch die nachfolgenden Debatten zeigen.

Er ist außergewöhnlich, weil wir uns in einer außergewöhnlichen Situation befinden. Die Corona-Pandemie, die uns seit neun Monaten in Atem hält, hat alles, was an Finanzplanung vorher existierte, in vielfacher Hinsicht über den Haufen geworfen. Natürlich zwingt diese Pandemie auch im Kultusbereich zu zusätzlichen Ausgaben und Investitionen. Deswegen will ich damit beginnen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass diese Landesregierung seit Beginn der Pandemie bestrebt ist, den Schulbetrieb unter den Bedingungen der Pandemie aufrechtzuerhalten. Wenn möglich, soll dies mit Präsenzunterricht geschehen. Gleichzeitig soll das Infektionsrisiko für die Schülerinnen und Schüler und für die Lehrkräfte so gering wie möglich gehalten werden.

Ja, ich bekenne mich zu diesem Ziel. Ich habe das schon während der letzten Sitzung dieses Hohen Hauses getan. Ich tue das weiterhin. Wir werden morgen ausführlich Gelegenheit haben, darüber erneut zu diskutieren.

Heute reden wir aber über Geld. Denn es geht um den Entwurf des Haushalts. Wir sollten uns darauf konzentrieren, was im Entwurf des Haushalts steht. Es ist bezeichnend, wie oft die Redner der Opposition hier von den Zahlen weg wollten. Denn an den Zahlen gibt es wenig zu kritisieren. Also haben sie versucht, irgendwelche anderen Schauplätze aufzumachen. Dazu wird in anderen Debatten Gelegenheit sein.

Es geht um das Geld, das wir zur Verwirklichung dieser Ziele einsetzen wollen. Da kommt, wenn wir nur die Pandemiebekämpfung nehmen, einiges zusammen. Ich fange mit den Vertretungsmitteln für die VSS- und TV-H-Kräfte an. Sie braucht man zur Kompensation der Personalengpässe, die durch Quarantäne und die Befreiung der Risikogruppen vom Präsenzunterricht entstehen. 50 Millionen € hatten wir dafür schon in diesem Jahr. 2021 sollen noch einmal 100 Millionen € dazukommen. Da gibt es also

wirklich Spielraum, um die Nachteile der Pandemie auszugleichen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich nenne unser Sofortprogramm für hygienische Schutzmaßnahmen an den Schulen und in den Kindertagesstätten. Es wird in der Öffentlichkeit meistens etwas vereinfachend als Programm zur Anschaffung von Luftfiltern wahrgenommen. Dafür sind 75 Millionen € zuzüglich der Ganztagsmittel als reine Landesleistung zur Unterstützung der Kommunen vorgesehen. Soweit ich das sehe, ist das mehr, als jedes andere Land in Deutschland für diesen Zweck ausgibt.

Das Gleiche gilt für das Testprogramm für unsere Lehrkräfte. 10 Millionen € sind dafür vorgesehen, dass diese regelmäßigen Testungen bis Ostern 2021 fortgeführt werden können. Auch da müssen Sie lange suchen, bis Sie ein Programm vergleichbaren Ausmaßes finden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Digitalisierung unserer Schulen wird weiterhin massiv beschleunigt werden. Wir haben mit einem gewaltigen Kraftakt die Ausrollung des Schulportals Hessen auf alle hessischen Schulen bis zum Ende des Jahres ermöglicht. Das muss dann natürlich am Laufen gehalten werden. 2021 wird noch das landeseigene Videokonferenzsystem dazukommen. Die Zwischenzeit wird mit kommerziellen Systemen, die mit Landesmitteln finanziert werden, überbrückt.

10 Millionen € sind allein im Jahr 2021 für die Verbesserung dieser Ausstattung vorgesehen. Da ist von dem riesigen Komplex des Digitalpakts noch überhaupt nichts mitgerechnet. Aber darüber werden wir auch morgen in einer anderen Debatte noch einmal reden. Deswegen will ich das jetzt nicht weiter vertiefen.

Wir wollen auch im kommenden Jahr Ferienangebote für Schülerinnen und Schüler ermöglichen, die durch die Unregelmäßigkeiten im Präsenzunterricht während der Pandemie Nachteile erlitten haben. Gestern war in einer mündlichen Frage davon die Rede. Und natürlich werden wir auch im Jahr 2021 die berechtigt angefallenen Stornierungskosten für abgesagte Schulfahrten und Exkursionen erstatten. Bis jetzt ging es nur um die Sonderlasten der Pandemie.

Jetzt kommt das Entscheidende. Wir werden trotzdem auch weiterhin die bildungspolitische Normalität und die Entwicklung unseres Schulsystems in jeder Hinsicht ohne Abstriche gewährleisten, damit unsere Schulen nach der Pandemie nahtlos dort weitermachen können, wo wir sie auch ohne die Pandemie im Rahmen unserer bildungspolitischen Schwerpunktsetzung hingebracht hätten. Wir werden auf keines unserer zentralen bildungspolitischen Vorhaben, der Pandemie zum Trotz, verzichten. Deswegen werden unsere Schulen nach der Corona-Pandemie in vielerlei Hinsicht wesentlich weiter als vorher sein. Das will ich Ihnen mit ein paar Beispielen am Entwurf dieses Haushalts demonstrieren.

Der größte Brocken ist natürlich die Ganztagsbetreuung. Wir bleiben dabei, dass wir auch im Jahr 2021 den Gegenwert von 350 Lehrerstellen für den weiteren Ausbau unserer Ganztagsangebote zur Verfügung stellen werden. Das ist und bleibt das größte Investitionsprogramm, das es dazu je gegeben hat. Wir werden da keine Abstriche machen. Das wird ungeschmälert fortgesetzt werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Ressourcen für unsere neu eingeführten, verpflichtenden Vorlaufkurse zur Verfügung stellen. Von denen war hier schon mehrfach die Rede. Dabei geht es um 210 Lehrerstellen.

Frau Kollegin Kula, ich muss schon sagen, dass ich mich darüber wundere, dass Sie gerade diese Prioritätensetzung kritisiert haben. Das sind doch Mittel, die explizit den benachteiligten Kindern zugutekommen werden, damit sie ihre Schullaufbahn möglichst ohne Nachteile – zumindest in sprachlicher Hinsicht – und auf dem erforderlichen Niveau beginnen können. Das müsste doch eigentlich etwas sein, was die Mitglieder der Linkspartei von ganzem Herzen begrüßen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden weitere 100 Stellen in die Stärkung der Bildungssprache Deutsch investieren. Lieber Herr Kollege Degen, dabei geht es doch nicht um mehr oder weniger Schüler. Es geht um zusätzliche Stunden für die Schüler, die da sind. Das ist es doch, worauf es ankommt. Das muss ich Ihnen eigentlich auch gar nicht sagen. Aber da Sie es vorhin anders dargestellt haben, muss ich das jetzt von diesem Pult aus klarstellen.

(Zuruf Christoph Degen (SPD))

- Wir werden die Stunden für die Intensivkurse auf dem Niveau gewährleisten, das wir hatten. An den allgemeinbildenden Schulen werden wir Ressourcen für zusätzliche Stunden zur Verfügung stellen. Für die Schüler wird also überhaupt nichts gekürzt werden.

Wir werden die Zahl der Stellen für die sozialpädagogischen Fachkräfte, die sogenannten UBUS-Stellen, um weitere 70 aufstocken. 50 zusätzliche Stellen werden zur Stärkung der sonderpädagogischen Ressource in die inklusive Beschulung fließen. Auch den Sozial- und Integrationsindex werden wir um weitere 40 Stellen erhöhen.

Lieber Herr Kollege Promny, das waren auch schon früher Schwerpunkte unserer Bildungspolitik. Das werden sie auch weiterhin bleiben. Das werden Sie auch in zukünftigen Haushaltsreden von mir hören. Aber das wird jedes Jahr mehr. Deswegen darf ich in jeder Haushaltsrede darüber sprechen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu kommen weitere Maßnahmen wie der Ausbau der pädagogisch selbstständigen Schule, der Ausbau des Ethikunterrichts und die Stärkung der wohnortnahen beruflichen Bildung. Herr Kollege Schwarz hat es schon erwähnt: Wenn wir das alles zusammenrechnen, sieht man, dass wir für das Jahr 2021 wieder über 1.000 Stellen zusätzlich für unsere Schulen bereitstellen. Ich finde, da muss man einmal kurz innehalten.

Herr Kollege Degen vermisst den großen Wurf: So ein Kleinkram, 1.000 Stellen mehr oder weniger, was ist das schon?

Aber das ist alles noch nichts gegenüber dem Spagat, den die Mitglieder der AfD hier hinlegen. Gestern hat sich Herr Kollege Heidkamp hierhin gestellt und den kommenden Staatsbankrott beschworen. Heute kommt Kollege Scholz und fordert einfach mal so 500 Millionen €, die wir noch zusätzlich in die Schulen investieren sollen. Auch das ist

eine Form der Arbeitsteilung. Das nennt man Populismus in Reinkultur.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist kein Wunder, dass Sie Herrn Kahnt nicht mehr in Ihren Reihen dulden wollten.

In früheren Zeiten hätte ein solches Investitionsvolumen – 1.000 Stellen – für die Schlagzeilen in einer ganzen Legislaturperiode gereicht. Wir haben uns aber schon daran gewöhnt. Denn diese Landesregierung investiert schon seit vielen Jahren kontinuierlich in den permanenten Ausbau der Ausstattung unseres Schulsystems, weshalb uns dieser Aufwuchs fast schon natürlich erscheint. Deswegen möchte ich einmal feststellen: Dieses Ausbautempo auch unter den gegebenen Bedingungen aufrechtzuerhalten ist keine kleine Leistung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

11,7 Millionen € werden wir in die weitere Ausweitung der Studienplatzkapazitäten investieren. Mit 100 weiteren Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst werden wir dann außerdem auf die Rekordzahl von 5.250 Referendarplätzen kommen.

Das heißt, wir werden auch weiterhin massiv in die Nachwuchsgewinnung investieren. Weil wir ständig neue Stellen schaffen, wissen wir, dass wir natürlich immer mehr neues und zusätzliches Personal brauchen. Deswegen sind wir seit Jahren dabei, die Plätze für den Nachwuchs kontinuierlich aufzustocken. Auch dafür ist der Entwurf für den Haushalt des Jahres 2021 ein Beispiel. Ich schäme mich nicht dafür, dass das auch schon der Schwerpunkt im vorherigen Haushalt war. Das wird mit Sicherheit auch ein Schwerpunkt des dann folgenden Haushalts sein. Und das ist gut und richtig so.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Blick auf die Uhr will ich ein letztes Thema erwähnen. Das ist unter dem Eindruck der Corona-Pandemie wie so vieles fast völlig untergegangen. Für die Betroffenen ist das aber von immenser Wichtigkeit. 2021 wird das erste Jahr der Laufzeit des neuen Weiterbildungspakts, des zweiten Weiterbildungspakts, sein. Damit wird die Weiterbildung in Hessen einen weiteren großen Sprung nach vorne machen.

Wenn Sie mit den Weiterbildungsträgern reden, erfahren Sie, dass sie sehr froh und glücklich sind. Sie waren schon über den ersten Weiterbildungspakt glücklich. Sie sind glücklich, dass wir ihn fortführen und noch weiter aufstocken werden. Es wird eine Erhöhung der Stundensätze geben. Es wird wiederum Millionen Euro für die entsprechenden Projekte geben. Das ist nur ein Beispiel. Das wurde in der Öffentlichkeit kaum berücksichtigt. Aber es ist ein Beispiel dafür, an wie vielen Stellen wir in der Bildungspolitik für die Verbesserung unseres Bildungssystems weiterhin einstehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bewältigen nicht nur die Pandemie. Das alleine ist schon eine hinreichend große Aufgabe. Mit diesem Haushalt werden wir aber auch die Weichen für den weiteren Ausbau des Bildungslandes Hessen stellen – und damit für eine gute Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft, in der wir auch nach der Pandemie leben werden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Einzelplan 04 beraten.

Ich rufe

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz –

auf. Als Erster hat sich Gerald Kummer von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Gerald Kummer (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem ehrlichen und großen Dank an die Beschäftigten der hessischen Justiz beginnen, die trotz der widrigen und unzureichenden Rahmenbedingungen – ich betone, das wurde nicht durch die Corona-Pandemie verursacht, sondern durch eine ignorante Regierungspolitik – einen engagierten und tollen Job machen. Sie halten den Laden mit Verantwortungsbewusstsein am Laufen. Den Beschäftigten sage ich herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dieses Verantwortungsbewusstsein, das ich eben genannt habe, ist an der Spitze des Justizministeriums leider nicht vorhanden. Bei diesem vorgelegten Entwurf des Justizhaushalts fällt der Beweis auch nicht schwer.

Der von der Justizministerin vorgelegte Einzelplanentwurf ist das Zeugnis – das muss gesagt werden – ihrer Antriebsund Ideenlosigkeit. Hinsichtlich mutiger und kraftvoller Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen gibt es Fehlanzeige. Dabei sind diese Zukunftsfragen längst gegenwärtig. Es geht um die Digitalisierung der Justiz. Die anstehende Pensionierungswelle rollt auf das Justizministerium zu. Hinsichtlich einer Antwort gibt es Fehlanzeige. Die Zahl der Aufgaben und die Anforderungen steigen. Hinsichtlich der Antworten gibt es Fehlanzeige. Der Personalmangel in der Justiz wird nur stümperhaft oder gar nicht angegangen. Ja, das ist die Wahrheit. Frau Ministerin, ja, die Wahrheit tut manchmal auch weh.

(Beifall SPD)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitsbelastung der Bediensteten der Justiz hat in allen Bereichen drastisch zugenommen. Sie wird auch weiterhin zunehmen.

Fragen wir doch einmal die Expertinnen und Experten. Was sagen sie dazu? Was sagen die Vertreter des Deutschen Richterbundes dazu? Sie warnen vor einer regelrechten Flut zusätzlicher Verfahren. Beispielsweise geht es da um Insolvenzverfahren. Die ersten Anklagen wegen Subventionsbetrugs rund um die Corona-Hilfen laufen schon an den eh schon überlasteten Strafgerichten. Es gibt zusätzliche wichtige und zahlreiche Aufgaben im Justizvollzug. Damit haben wir uns vor Kurzem im Plenum befasst. Das betrifft etwa die Resozialisierung und die Eingliederung. Wir haben über die Justizvollzugsgesetze diskutiert.

Frau Ministerin Kühne-Hörmann, Ihre Antwort darauf ist "50". Kolleginnen und Kollegen, es wird tatsächlich 50 zusätzliche Stellen im gesamten Ressort des Justizministeri-

ums geben. Auch die werden wahrscheinlich noch vom Bund über den Pakt für den Rechtsstaat finanziert.

Setzen wir diese sage und schreibe – das ist ironisch gemeint – 50 zusätzlichen Stellen einmal in Relation zur gesamten Stellenzahl des Entwurfs für den Haushalt für das Jahr 2021 – das sind 15.300 –, dann werden Sie feststellen, dass es sich um 0,3 % mehr Stellen handelt. Es sind 0,3 % mehr Stellen. Wie der Ministerpräsident gestern von diesem Pult aus in seiner Haushaltsrede angesichts der 0,3 % mehr Stellen von einer Priorität sprechen konnte, die die Justiz bei dieser Landesregierung hat, ist und bleibt rätselhaft und erschließt sich nicht.

(Beifall SPD)

Frau Ministerin Kühne-Hörmann, 50 zusätzliche Stellen, das kann eigentlich nicht wahr sein. Das kann auch nicht Ihr Ernst sein. Ich glaube, das ist ein Beleg für den geringen Einfluss, den die Justizministerin im Kabinett hat. 340 zusätzliche Stellen gibt es für den Bereich des Inneren.

Kolleginnen und Kollegen, was nützt es, wenn unsere Polizei der Täterinnen und Täter habhaft wird? Man wird ihrer habhaft, und sie sind anschließend innerhalb kürzester Zeit wieder auf freiem Fuß, weil die Justiz seit Jahren unter Personalmangel leidet. Es soll 50 neue Stellen geben – trotz der gestiegenen Kriminalität insbesondere im Internet, hinsichtlich Hass, Hetze, Gewaltandrohung und Rechtsextremismus.

Kolleginnen und Kollegen, Rechtsextremismus bekämpft man nicht, indem man erklärt, Rechtsextremismus bekämpfen zu wollen. Dem müssen entschiedene Taten folgen, um den Rechtsextremismus wirklich bekämpfen zu können.

(Beifall SPD und Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Frau Ministerin, aber diese entschiedenen Taten folgen bei Ihnen leider nicht. Das beweist der Entwurf des Haushalts unschwer.

Man muss sich im Hessischen Landtag doch fragen: Warum konnte sich ausgerechnet in unserem Bundesland ein Zentrum des Rechtsextremismus etablieren? Wie lange ist die CDU in Hessen an der Regierung? Die Frage richtet sich an die Landesregierung bzw. in diesem Fall natürlich an die Justizministerin: Was haben Sie in diesen mehr als 21 Jahren dafür oder dagegen getan, dass sich der Rechtsextremismus ausgerechnet in unserem Bundesland etablieren konnte?

Ich weiß, was Sie tun. Ich weiß aber auch, was Sie nicht tun. Was tun Sie? – Sie errichten Leuchttürme. Leuchttürme werden in diesem Land hinsichtlich der Justiz gern errichtet. Beispielsweise gibt es die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Die Beschäftigten dort machen einen guten Job. Das ist zu betonen. Sie könnten einen noch viel besseren Job machen, wenn sie besser ausgestattet wären. Aber sie machen mit den Mitteln, die sie haben, einen guten Job.

(Beifall SPD)

Kolleginnen und Kollegen, angesichts all dieser Leuchttürme vergisst die Ministerin eines, nämlich die, die den Karren ziehen und Tag für Tag die eigentliche Kärrnerarbeit leisten. Was nützen einem Leuchttürme in der Wüste?

Was tun Sie nicht? Ich habe eben gesagt, was Sie tun. Sie errichten Leuchttürme. Frau Ministerin, was tun Sie nicht? Sie leiten Ihr Ministerium nicht.

Im Frühsommer dieses Jahres erschütterte die Korruptionsaffäre um einen Ihrer Chefankläger nicht nur die hessische Justiz, sondern auch die bundesdeutsche Bevölkerung. Jahrelang hat einer Ihrer Oberstaatsanwälte in die eigene Tasche gewirtschaftet. Er hat Verfahrensbeteiligte unter Druck gesetzt, und zwar massiv. Das hat das Vertrauen in unseren Rechtsstaat nachhaltig erschüttert. Das geschah vor Ihren Augen.

Was ist Ihre Antwort darauf? Sie zeigten einen weniger als halbherzigen Kooperationswillen im Rechtspolitischen Ausschuss. Aufklärungswille sieht anders aus.

(Beifall SPD)

Die Frage muss ich der Ministerin stellen: Ist das Ihre Vorstellung von der Verwirklichung des Rechtsstaats und der Schaffung der Rechtssicherheit? Das steht als Oberziel in Ihrem Haushalt. Das sind nichts als schöne Worte.

Lassen Sie mich deshalb den ehemaligen Oppositionsabgeordneten Tarek Al-Wazir zitieren. Er hat damals zu Recht gesagt:

Regieren muss man nicht nur wollen, sondern auch können.

In den Ausschusssitzungen versteht sich Frau Kühne-Hörmann mehr als Moderatorin denn als Ministerin.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Kummer, ich darf Sie darauf hinweisen, dass die von Ihrer Fraktion angemeldete Redezeit abgelaufen ist.

Gerald Kummer (SPD):

Ich lasse es auf mich zukommen, dass ich mich da noch werde erklären müssen. Frau Präsidentin, ich komme zum Ende meiner Rede. Vielen Dank.

Ich sage es noch einmal: Sie versteht sich als Moderatorin und weniger als Ministerin. Frau Ministerin, bei kaum einem Thema, sei es auch noch so brisant oder wichtig, sind Sie sprachfähig oder auskunftsfähig. Stattdessen beehren Sie uns mit Ihrer Anwesenheit, um dann Ihren Abteilungsleitern das Wort zu erteilen. Wichtige Informationen mit Sprengkraftpotenzial werden nach Ihren Angaben der Hausleitung vorenthalten. Teilweise wissen Sie nicht einmal von den hochbrisanten Vorgängen im unmittelbaren Umfeld Ihrer engsten Mitarbeiter.

Deshalb stelle ich die Frage: Wer leitet eigentlich das Justizministerium? Frau Kühne-Hörmann, das ist die Konsequenz, wenn man meint, Politik im Schlafwagen betreiben zu können. Wachen Sie endlich auf, und übernehmen Sie in Ihrem Ministerium das Steuer.

Kolleginnen und Kollegen, der Grundpfeiler eines funktionierenden und glaubwürdigen Rechtsstaats ist eine starke, unabhängige und gut funktionierende Justiz. Das ist es, was wir wollen. Das ist es, was die Mitglieder der SPD-Fraktion wollen. Damit will ich die an uns gerichtete Frage der Ministerin im Rechtspolitischen Ausschuss, nämlich die: "Was wollen Sie eigentlich?", noch einmal klar und deutlich beantworten. Wir wollen einen gut ausgestatteten

und gut funktionierenden Justizapparat in unserem Land Hessen. Das ist es, was die Mitglieder der SPD-Fraktion wollen. – Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Wissenbach das Wort.

Walter Wissenbach (AfD):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit haben ihren Preis. Das gilt im wahrsten Sinne des Wortes.

Nach zwei Jahren Oppositionsarbeit werden wir mit unseren Änderungsanträgen zum Haushaltsplan sichtbar machen, wie wichtig uns die Justiz und die Mitarbeiter der Justiz sind. Dies sind die Mitarbeiter, die tagtäglich hervorragende Arbeit leisten. Dabei haben sie insbesondere jetzt besondere Herausforderungen zu stemmen.

Seit mehreren Jahren bereiten dem Richterbund Hessen vor allem die Nachwuchsgewinnung und die personelle Ausstattung der hessischen Justiz Sorgen. Auch bei der Gewinnung des Gerichtsvollziehernachwuchses klemmt es.

Auf die Justiz rollt eine große Ruhestandswelle zu. Wir betrachten bei den Gerichten, den Staatsanwaltschaften, im Justizvollzug und bei den Gerichtsvollziehern die demografische Entwicklung mit Sorge. In den nächsten Jahren werden in allen Sparten viele ausscheiden. Sie gehen in den Ruhestand. Es beginnt der Ruhestandseintritt für die geburtenstarken Jahrgänge.

Beim Verwaltungsgericht Frankfurt liegt der Altersdurchschnitt bei über 57 Jahren. Bei den anderen Gerichten sieht es nicht anders aus. Bis zum Jahr 2030 werden etwa 40 % aller heute noch aktiven Staatsanwälte und Richter in Rente gehen. Um die Stellen nachzubesetzen, fordern wir als AfD im Hessischen Landtag 300 zusätzliche Anwärterstellen für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften sowie eine wesentliche Erhöhung der Bezüge für die Anwärter auf die Gerichtsvollzieherstellen auf A 9.

(Beifall AfD)

Nur mit einer ausreichenden Anzahl gut ausgebildeter, qualifizierter und adäquat bezahlter Mitarbeiter können die hohen Erwartungen, die an unsere hessische Justiz gestellt werden, auch in Zukunft erfolgreich erfüllt werden. Das muss in allen Bereichen der Justiz und im Justizvollzug gewährleistet werden.

Unsere Forderung nach 300 zusätzlichen Stellen im Haushaltsplan für Richter und Staatsanwälte sowie die Umstellung und Erhöhung der Bezüge für die Gerichtsvollzieherausbildung ist dringend notwendig. In der Zivilgerichtsbarkeit fehlt es an Richtern. Das zeigt die immer noch andauernde Klagewelle aus dem VW-Abgaskomplex. Insolvenzverfahren werden kommen. Subventionsbetrugsverfahren werden kommen.

In der Verwaltungsgerichtsbarkeit fehlt es an Richtern. Dort wird immer noch mit der Bearbeitung der Asylverfahren aus dem Jahr 2015 gekämpft. Auch in der Strafgerichtsbarkeit kommt es bei der Bearbeitung der Strafverfahren zu massiven Engpässen. Wichtige Fristen können

dort oft nur mit äußerster Anstrengung eingehalten werden, damit keine Untersuchungshäftlinge vorzeitig auf freien Fuß gesetzt werden müssen. Das derzeitig geltende Gerichtsvollzieherausbildungssystem ist unmodern und unattraktiv ausgestaltet, weswegen der potenzielle Nachwuchs lieber attraktivere und modernere Berufe wählt.

Mit unserer Forderung der Schaffung von 300 Stellen für die Justiz und einer Erhöhung der Bezüge für die Gerichtsvollzieheranwärter wollen wir die Effektivität der hessischen Gerichte und Staatsanwaltschaften und die Attraktivität der Ausbildung zum Gerichtsvollzieher steigern. Wir wollen ein personell sowohl qualitativ als auch quantitativ gut besetztes Gerichts- und Justizvollzugswesen, das auch mit Sachmitteln modern und gut ausgestattet ist.

Zuletzt will ich noch ein paar Worte zu unserem Antrag zur größeren Unterstützung der Rechtsreferendare sagen. Am 10. November 2020 debattierten Vertreter der Studierenden, der Anwaltschaft sowie Repräsentanten der Universitäten und der Prüfungsämter über den Reformbedarf und die Verbesserungsmöglichkeiten beim Jurastudium, beim Referendariat und im Prüfungswesen auf dem digitalen DAV-Forum "Update für die Jurist*innenausbildung". Der Deutsche Anwaltverein bot dem juristischen Nachwuchs Mittel und Wege, Kritik an der Ausbildung zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Forderung der jungen Juristen lautete: Bereitet uns auf die Berufswelt vor.

Hessen hinkt mit der digitalen Ausstattung seiner Rechtsreferendare anderen Bundesländern hinterher. Mangels Ausbildungsfortschritts wegen fehlendem Internetzugang oder wegen mangelnder Bereitstellung der Software müssen sogar Staatsexamensprüfungen verschoben werden oder fallen manchmal ganz aus. Dies geht mit den Ausfällen durch die aktuelle Corona-Krise einher.

Die Ausstattung der Rechtsreferendare mit einem Notebook und der dazugehörigen Bürosoftware auf Basis des Hessen PC 3.0 mit Zugang zu Hessen Connect inklusive einer Telefonflatrate ist unbestreitbar notwendig. Die Rechtsreferendare können nur so Zugang zu den Verfahrensakten und den Verfahrensinhalten wie die Mitarbeiter der Justiz selbst erhalten und können dann aktiv zusammen mit den Richtern und Staatsanwälten arbeiten. Nur so können sie von ihnen lernen.

Fazit: In allem können wir dem Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht zustimmen. – Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich nun Frau Förster-Heldmann das Wort. – Danke für die Desinfektion. So können wir einigermaßen sicher tagen. Vielen Dank dafür.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hessische Justiz verwirklicht das Rechtsstaatsprinzip und schafft Rechtssicherheit. Das ist die Prämisse, unter der der Haushalt aufgestellt worden ist. Ja, dafür stehen wir, und auch das Justizaufbauprogramm wird weitergeführt.

Kolleginnen und Kollegen, die Anforderungen an die Justiz während der Corona-Krise sind nicht gesunken. Danke an alle Richterinnen und Richter, an die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, dass sie ihren Aufgaben während dieser Krise immer vollumfänglich gerecht geworden sind und es auch in nächster Zukunft werden.

Ich will noch einmal an das Sondervermögen erinnern, weil sich auch daran ablesen lässt, wie wichtig es ist, weil es nämlich auch für die Reinigung – schauen Sie sich die Summe an, ich glaube, es ist über 1 Million €, nämlich 1,2 Millionen €, aber lesen können Sie selbst – und für die Anmietung von Räumlichkeiten, um Gerichte unter Corona-Bedingungen tagen lassen zu können, wichtig und notwendig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Handlungsfähigkeit zu unterstützen und auszubauen, ist auch weiterhin die Aufgabe dieses Haushalts. Da kann man über 50 Stellen lamentieren, aber dann schauen Sie sich die Stellen bitte auch einmal an. Dann werden Sie nämlich sehen, dass die Stellen nicht wahllos einfach irgendwie veranschlagt werden, sondern dass explizit bestimmte Bereiche eine Erweiterung erfahren.

Zu diesen 50 Stellen kommen auch noch befristete Stellen, die weitergeführt werden – mir fehlt gerade der Fachausdruck –, ich glaube, etwa 40, und Umstrukturierungen in den Tarifbereichen dazu. Das sollte nicht vergessen werden

Es sollte auch nicht vergessen werden, dass im Justizvollzug – –

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Förster-Heldmann, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN):

Ich habe doch nur so wenig Zeit, deswegen rede ich schon so schnell.

Herr Kummer, das müssen Sie sich schon anhören. Im Grunde genommen sind wir alle einer Meinung: Justiz bedarf einer ganz großen Anerkennung, und genau daran werden wir gemeinsam arbeiten. Die einen kritisieren, und die anderen sagen: Ja, weiter so. – Wir werden weiter unterstützen, das ist genau unsere Haltung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Auch die Juristenausbildung wird finanziell weiter unterstützt. Zu dem, was mein Vorredner dazu gesagt hat: Ich glaube, das Gespräch ist ein bisschen länger her gewesen, auf jeden Fall hat sich eine ganze Menge getan. Die Rechtsreferendare sind sehr wohl sehr zufrieden über die Verbeamtung, und bundesweit haben sie dadurch einen ganz anderen Stellenwert und eine andere Wertigkeit. Das sieht man im Übrigen auch an den Ergebnissen des Richterwahlausschusses, wo wir wirklich daran arbeiten, dass die schon beschriebene Verrentungswelle aktiv bekämpft wird. Auch an dieser Stelle gehört es dazu, finde ich, eine hohe Anerkennung auszusprechen. Für die IT-Ausbildung der Rechtsreferendare sind allein 1,6 Millionen € im Sondervermögen enthalten. Das können Sie alles nachlesen.

Die Digitalisierung haben wir eben schon angesprochen. Wenn ich daran erinnern darf: Im letzten Haushalt wurden 5 Millionen € dafür veranschlagt − nein, es war mehr −, und jetzt kommen fünf neue Stellen dazu. Also: Es werden nicht wahllos Stellen irgendwo hingesetzt, sondern es wird genau überlegt, was man macht.

Die besonderen Herausforderungen für die Justiz bestehen natürlich auch im Bereich der extremen Auswirkungen – ich will nicht "Extremisten" sagen, das ist mir irgendwie zu platt – unserer modernen Gesellschaft. Damit muss sich auch die Justiz befassen. Aber sie tut es, und sie tut es gerne. Ich finde, das verdient hohe Anerkennung. Es ist überhaupt nicht so, dass das alles nicht berücksichtigt würde, sondern, wenn Sie sich die Veränderung der Justiz in den letzten Jahren anschauen, werden Sie sehen, mit welch aktiver Rolle die Justiz diesen Anforderungen gerecht wird. Das sollte wirklich unsere Anerkennung finden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Dann haben wir die Möglichkeit, weiter aktiv für diesen Bereich – der von unserer Gesellschaft als so selbstverständlich, als so normal anerkannt wird, weil es vollkommen klar ist, dass Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte funktionieren wie kaum jemand anderes; das ist für uns alles selbstverständlich – daran zu arbeiten, dass die Justiz auch weiter stark ist.

Ich möchte noch ein paar Dinge sagen. Gerade eben habe ich ausgeführt, dass die Justiz durchaus auch für steigende Anforderungen die Antworten findet – ob es die Rechtsstaatsklassen sind, ob es das Haus des Jugendrechts ist, ob es die europäischen Staatsanwälte sind bzw. das jetzt einzurichtende Zentrum. Verschiedene Dinge sind deutlicher Beweis dafür, dass die Justiz praktisch an unserer Gesellschaft dran ist und sich gleichbedeutend damit weiterentwickelt.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Frau Förster-Heldmann, ich weise darauf hin, dass die von Ihrer Fraktion angemeldete Redezeit abgelaufen ist.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Okay. – Dann wollen wir noch einmal zur ZIT kommen, weil es so geschildert worden ist, als gäbe es dort einen Dornröschenschlaf. Das ist überhaupt nicht wahr. Schauen Sie doch einmal in den letzten Haushalt. Es nutzt auch nichts, wenn man nur einen Haushalt anschaut, Sie müssen auch ein bisschen schauen, was in der Vergangenheit passiert ist. Es ist überhaupt nicht so, dass es irgendeine Stelle ist, sondern es ist eine Stelle, die bundesweit angefragt wird.

Ganz wichtig ist mir noch einmal der Punkt mit Herrn Badle. Herr Kummer, Herr Badle hat nicht der Ministerin den Beweis erbracht, dass er besonders schlau ist, nein, er hat uns allen den Beweis erbracht. Er war nämlich so schlau, dass er vorher im Interview in einem Fachjournal klar aufgezeigt hat, wie man es machen würde, wenn man an dieser Stelle betrügen wollte.

(Zuruf Gerald Kummer (SPD))

Wir alle hatten also den Zugang zu dieser Information; das gehört doch zur Wahrheit dazu. Wenn man darauf abhebt, dann sollte man auch an die Aufarbeitung innerhalb des Ausschusses erinnern. Da habe ich eine vollkommen andere Wahrnehmung als Sie.

Eines will ich noch sagen: Ich finde es wirklich unter der Gürtellinie, einer Ministerin vorzuwerfen, dass ihr Mitarbeiter persönliche Probleme hat. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Wer hat das denn gesagt? – Zuruf Gerald Kummer (SPD))

Ich sage es Ihnen, Sie merken gerade, Justiz begeistert mich total.

Einen habe ich noch: Mit den Gerichtsvollziehern hatten wir auch einmal ein Gespräch, von wegen mangelnder Ausbildung, Qualität usw. – Wissen Sie, über was die sich bei uns beschwert haben? Es seien zu viele Frauen in der Ausbildung. Das nur dazu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Dafür mache ich Sie mal nicht verantwortlich, Frau Ministerin! – Weiterer Zuruf)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Ich darf nun für die CDU-Fraktion Herrn Heinz ans Rednerpult bitten.

Christian Heinz (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die sich Justiz in Hessen betrachtet, sticht eines zunächst heraus, was das abgelaufene Jahr angeht: In ganz vielen Bereichen haben wir erleben müssen, wie öffentliche Daseinsvorsorge zurückgefahren oder sogar ganz geschlossen wurde. Sie erinnern sich an das Frühjahr, als Sie wochenlang ganz banale Dinge nicht mehr tun konnten, wie etwa ein Auto zuzulassen oder auf dem Bürgerbüro rechtzeitig einen Ausweis zu beantragen – mit dem Sie zugegebenermaßen nirgends hinreisen konnten, aber man braucht ihn ja auch im Inland –; aber aus einem Bereich haben Sie in diesem Jahr wenige Klagen von Bürgerinnen und Bürgern gehört, und das war die hessische Justiz.

Die Justiz hat auch in diesem Corona-Jahr verlässlich gearbeitet. Sie hat mindestens genauso viel gearbeitet wie in den Vorjahren – das können wir an den Erledigungszahlen von Rechtsstreitigkeiten sehen, sowohl im Privatrecht als auch im Strafrecht. Die Fälle wurden weiterhin zuverlässig abgearbeitet von engagierten Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, den Rechtspflegern und dem weiteren Personal der Justiz. Das ist ein ganz großartiger Erfolg. Man hat weniger darüber gehört und gelesen; aber so ist es immer, wenn etwas funktioniert. Ich glaube aber, diese Aussprache zum Justizhaushalt ist eine gute Gelegenheit, zum einen darauf hinzuweisen und zum anderen allen Beteiligten, die daran mitgewirkt haben, ganz herzlich zu danken.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Da wäre eigentlich Applaus angesagt! – Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Dr. Wilken ist immer bestrebt, mir im Landtag weiterzuhelfen, vielen Dank. Zumindest bei meinen Redebei-

trägen war das der erste konstruktive Zwischenruf, das sei ausdrücklich hervorgehoben.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Justiz in Hessen, das sind vor allem die Menschen, die dort tätig sind. Die haben im vergangenen Jahr eine großartige Arbeit geleistet. Dafür gilt ihnen unser Dank.

Ich möchte nun auf einen Bereich kommen, in dem wie in keinem anderen die Grundrechte der dort Einsitzenden durch den Staat betroffen sind, zwar rechtsstaatlich, aber doch mit dem größten Maß an Einschränkungen, das man sich vorstellen kann, nämlich den Strafvollzug. Auch dort gab es im vergangenen Jahr über das Normale, was wir kennen, hinaus ganz besondere Anstrengungen. Es ist dort eine besonders belastende Situation, sowohl für die Gefangenen als auch für alle dort Tätigen.

Es ist bekannt, der Staat schränkt hier maximal die Grundrechte, die Bewegungsfreiheit ein. Es sind viele Menschen auf engem Raum. Dennoch gehen dort natürlich viele aus und ein, allein schon die Bediensteten zum Schichtwechsel. Wir wollen uns nicht vorstellen, was es geheißen hätte, wenn dort größere Corona-Ausbrüche in diesem Jahr erfolgt wären. Aber, toi, toi, toi, bisher ist es gelungen, die Situation dort sehr gut im Griff zu behalten, und dort ist auch im Vorfeld sehr viel von der Justizverwaltung geleistet worden: Mehr Hygiene, es gibt wieder mehr Stellen, es gibt mehr sächlichen Aufwand. Es ist auch mit den berechtigten Wünschen oder menschlichen Schicksalen der Gefangenen angemessen umgegangen worden. Sehr kurzfristig hat man, als der direkte Kontakt durch Besuche nicht wie gewohnt möglich war, organisiert, dass per Skype und auf anderem Wege die Gefangenen mehr Kontakt zur Außenwelt hatten, damit das Ziel der Resozialisierung und der Kontakt zu Angehörigen weiter gewährleistet werden kön-

Ich will auch sagen, dass das Justizministerium während der Corona-Pandemie auch an anderer Stelle Großes geleistet hat: Die vielen Verordnungen, über die wir schon gesprochen und zum Teil auch gestritten haben, sind, bis auf ganz wenige Einzelfälle, alle durch Gerichte bestätigt worden. Das heißt, es ist im Vorfeld juristisch sehr gut gearbeitet worden. Daran, dass diese Verordnungen rechtmäßig und rechtsstaatlich korrekt zustande gekommen sind, trägt auch das Justizministerium, wie alle Beteiligten wissen, einen sehr großen Anteil.

Wenn wir jetzt beim Justizministerium sind: Herr Kummer, ich habe Ihnen eben sehr aufmerksam zugehört. Sie haben immer gesagt, die Ministerin führe das Ministerium nicht. – Ich glaube, man sollte zwei Dinge nicht durcheinanderwerfen: Das Ministerium wird sehr wohl sehr gut von der Ministerin geführt. Was aber natürlich nicht gelenkt wird, ist die Justiz. Ich denke an manche Sondersitzung im vergangenen Jahr, in der es auch um die Rolle von Staatsanwaltschaften ging sowie um die Frage, ob es dort Weisungen im Einzelfall gebe. Da plädiere ich doch dafür, das ganz klar auseinanderzuhalten: Eine Justizministerin und ein Justizministerium können natürlich nicht in die originäre Tätigkeit der Justiz in Einzelfällen hineinwirken, in die der Richter nicht, und bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten geschieht das auch nicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Richter sind unabhängig, Staatsanwälte nicht!)

- Bei den Staatsanwälten gibt es allgemeine Anweisungen, aber ich glaube, jede Justizministerin ist klug, wenn sie nicht immer in den Einzelfall hinein Weisungen erteilt. Es ist eine hessische Tradition, die über Jahrzehnte hinwegreicht. Ich würde jedem dazu raten, an dieser Praxis festzuhalten

Es ist angesprochen worden: Die Situation der Rechtsreferendare in Hessen wurde sehr grundlegend verbessert, nicht nur beim Gehalt. Es gibt kaum ein Land, wo es so viel Netto gibt wie bei uns; deswegen sind wir auch so beliebt. Die Bewerberzahlen aus ganz Deutschland nehmen ganz erheblich zu. Wir haben einen Ansturm von überallher, und das wird uns kurz- und mittelfristig auch bei der Gewinnung des Richternachwuchses sehr zu Hilfe kommen; denn wir sehen im Richterwahlausschuss natürlich, dass es auch viele Bewerbungen am Ort des jeweiligen Wohnsitzes gibt. Wenn man gerade die guten und die besten Absolventen aus ganz Deutschland erst einmal dafür begeistert hat, ihre Anwärterzeit in Hessen zu verbringen, steigt auch die Chance, dass sie sich dann auch gezielt für die hessische Justiz bewerben. Gerade mit Mitte bis Ende 20 werden viele Lebensentscheidungen getroffen – der eine oder andere lernt Partner oder Partnerin hier kennen, oder gewinnt Frankfurt, Wiesbaden oder auch den ländlichen Raum in Hessen lieb in der Zeit, und entscheidet sich dann vielleicht auch, dauerhaft hierzubleiben.

Aber nicht nur das Gehalt stimmt bei den Rechtsreferendaren, sondern auch die sachliche Ausstattung. Da investieren wir im gleichen Maße auch in Laptops, in andere Arbeitsmittel, und verbessern die Situation bei den Arbeitsgemeinschaften, sodass Hessen auch hier an die Spitze der deutschen Länder kommt.

Die Justiz leistet noch mehr. Es ist zutreffenderweise schon von Frau Förster-Heldmann angesprochen worden: Die Justiz ist ein ganz wichtiger Pfeiler der Sicherheitsarchitektur und auch der Präventionsarbeit in diesem Land. Hervorzuheben ist sicherlich das Programm "Hessen gegen Hetze". Hierzu ist heute schon einiges gesagt worden, nicht nur in der Aussprache zum Bereich Justiz, sondern auch in der Aussprache zum Bereich Inneres.

Die Justiz leistet auch auf anderen Feldern Großes: Die Häuser des Jugendrechts - wir haben uns inzwischen schon an sie gewöhnt – werden weiter ausgeweitet. Was vor vielen Jahren einst als zarter Pilotversucht begonnen hat, ist inzwischen landesweit etabliert. Es hat sich gezeigt: Es bewährt sich, wenn man kurze Wege zwischen allen Beteiligten hat – zwischen Justiz, den Anklagebehörden, der Jugendgerichtshilfe, der Sozialarbeit. Denn gerade in Jugendverfahren und in Verfahren gegen Heranwachsende gilt: Die Reaktion des Rechtsstaats muss der Tat auf den Fuß folgen, und auch die Betreuung und die Hilfe für die Jugendlichen und Heranwachsenden müssen engmaschig sein. Das muss schnell erfolgen, wenn man das vorrangige Ziel in diesem Bereich erreichen will, nämlich eine Resozialisierung oder Maßnahmen zur Sicherung und Besserung, dass diese Personen - die Jugendlichen und Heranwachsenden - nicht dauerhaft eine kriminelle Karriere einschlagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man eine Bilanz aus dem vorangegangenen Jahr zieht und einen Ausblick auf das Haushaltsjahr 2021 gibt, kann man sagen: Die Grundlagen in diesem Haushaltsplan sind dafür gelegt, dass die Justiz im kommenden Jahr weiter erfolgreich arbeiten kann und dass wir auch in einem Jahr wieder sagen können: Die Justiz in Hessen funktioniert. Sie ist gut aufgestellt, sie ist besser ausgestattet als je zuvor. Es gibt ein Stellenplus, es gibt mehr Sachmittel, es werden die richtigen Instrumente an die Hand gegeben. Die Justiz ist in guten Händen bei dieser Ministerin, und sie ist auch in guten Händen bei der Mehrheit in diesem Landtag. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die FDP-Fraktion erteile ich nun Frau Schardt-Sauer das Wort.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist bei den Diskussionen immer wieder schön zu sehen, wie sich doch die Betrachtungen unterscheiden: alles tutti, alles opti, alles mopti – könnte man sagen. Die Justiz ist für die nächsten zehn Jahre super ausgerichtet – alles ist gut, weiter so.

Werte Kollegin Förster-Heldmann, wir sehen für den Bereich der Justiz aber deutlichen Verbesserungsbedarf. Ich möchte vorab auf den Bereich Personal eingehen, weil das ein zentrales Element ist. Diese Ministerin, dieses Ministerium hat sich über Jahre darauf konzentriert, Schwerpunkte aufzupäppeln. Aber in der Fläche – im Werra-Meißner-Kreis, im Odenwaldkreis, bei den Grundbüchern, da, wo der Rechtsstaat lebt, bei den Bürgerinnen und Bürgern – besteht erheblicher Handlungsbedarf. Sich allein auf Frankfurt und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu konzentrieren – na ja, das hat sich bei diesem Oberstaatsanwalt nicht wirklich gelohnt.

Hessische Justiz in der Fläche: Da muss deutlich mehr passieren, als immer nur etwas anzukündigen. Werter Herr Kollege Heinz, in den Ankündigungen ist die Ministerin sicher auch sehr gut. Nur, den Worten folgen leider so oft keine Taten. Es gibt viele Worthülsen. Ein solches Schlagwort, vor allen Dingen in der hessischen Justiz, ist die Digitalisierung. Ich wiederhole: Diese Justiz erstreckt sich vom Norden bis zum Süden, vom Westen bis zum Osten, bis zur kleinsten Stelle in einer Geschäftsstelle eines Amtsgerichts. Da bleibt Digitalisierung leider immer noch ein Schlagwort.

(Beifall Freie Demokraten)

Es ist schon ein bisschen putzig, wenn Sie fünf Stellen – gefühlt in der Fläche – als Beweis dafür anführen, dass es jetzt vorangeht, obgleich die Versäumnisse der Landesregierung der letzten Jahre gerade in der Krise offenbar wurden. Gerichte in Hessen sind eben nicht flächendeckend technisch ausgestattet, obwohl dies der Anspruch ist.

Herr Kollege Heinz, es war an vielen Gerichten Hessens in der Pandemie nicht möglich, Gerichtsverfahren, obwohl es prozessual möglich ist – was für uns Juristen die viel größere Hürde ist, weil wir dazu erst einmal den Bundesgesetzgeber brauchen –, per Ton- oder Videoübertragung durchzuführen. In der ZPO, in der VwGO ist das vorgesehen. Aber Sie müssen hier gar nicht so weit die Stadt verlassen, dann finden Sie moderne Justizzentren, wo die Frage: "Gibt es das?", mit Kopfschütteln verneint wird.

Wir haben hierzu – zum Schlagwort Digitalisierung – einen entsprechenden Antrag eingereicht, der die verschiedensten Aspekte aufzeigt. Wir sind gespannt darauf, wie darüber debattiert und abgestimmt wird. Unser Ziel ist – und das ist die Säule Rechtsstaat – eine moderne und zukunftsfähige Justiz in Hessen. Es muss jedes Gericht mindestens einen Videokonferenzraum haben, der hinreichend ausgestattet ist. So ist in jeder Lage die Funktionsfähigkeit der Justiz gewährleistet. Liebe Freunde der GRÜNEN, ich sage immer: Das wäre doch die beste CO₂-Minimierung; denn viele Fahrten werden eingespart.

Die mit einer solchen Digitalisierung einhergehende moderne Justiz wäre nach unserer Auffassung eine viel nachhaltigere Säule für die Gewinnung von Fachkräften. So gewinnen wir den Wettbewerb um die klügsten Köpfe in der Justiz in Hessen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Sie können die Bediensteten nicht mit Laptops ködern, die übrigens erst vor Kurzem ausgeliefert wurden. Die Landgerichte sind – in Anführungszeichen – total begeistert, dass sie jetzt einen technischen Support für die ganzen Laptops leisten müssen. So gut sind noch nicht einmal die Richter ausgestattet. Die meisten Referendare sagen sich: Ich habe doch selbst einen Laptop. Was soll ich eigentlich damit?

Ausrüstung von Richtern und Staatsanwälten: Wir werden im nächsten Jahr einmal nachfragen, wie die E-Akte vorankommt – sie ähnelt eher einem Tier wie der Schnecke; es bewegt sich kaum voran. Das ist eine ganz elementare Sache: Digitalisierung bedeutet nicht, dass ich einen Rechner habe. Digitalisierung heißt, ich kann von überall auf alles zugreifen. Der Nukleus ist die E-Akte, und da tut sich nichts bei dieser Ankündigungsministerin.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Die Schnecke lahmt!)

- Ja, die Schnecke lahmt.

Ein weiterer Punkt ist die Krisenfestigkeit der Justiz. Es werden mehr Wachtmeister an den Gerichten benötigt. Vielerorts im ganzen Land - wir haben es gesehen - wurden Zelte aufgestellt, um Prozesse auch in diesen Zeiten durchzuführen. Aber die Prozesse müssen geschützt werden. Es ist ja auch bequem – damit sind wir bei einem anderen Thema -: Vielerorts wurden Polizeibeamtinnen und -beamte eingesetzt, weil es nicht genug Wachtmeister gibt. Justiz dekliniert sich in vielen Bereichen von unten nach oben. Ja, man kann einmal aushelfen. Aber zum Dauerzustand, gerade bei großen Prozessen, darf das nicht werden. Hier ist Handeln gefordert. Für 2021 sieht Ihr Haushaltsentwurf fünf neue Stellen vor sowie drei Stellen aus kw-Vermerken. Für 2021 stehen acht zusätzliche Justizwachtmeisterstellen zur Verfügung. Eine auskömmliche Personalausstattung - wir sind ein großes Bundesland und ein bisschen größer als Bremen – für unsere Justizinfrastruktur sieht aus unserer Sicht anders aus.

Der Einzelplan Justiz – damit möchte ich schließen – ist auch in einem anderen Bereich fernab der Realität. Das ist so ein Markenzeichen von Ihnen: ankündigen, durchpeitschen, PR. In diesem Jahr hat die Landesregierung nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, um die Vollzugsgesetze in Hessen zu ändern. Man kann davon ausgehen, dass, wenn eine Regierung einen solchen Gesetzentwurf einbringt, dieser beschlossen wird. Er tritt ein, er wird dann Praxis. –

Was die Aufgaben, den Mehraufwand, die Investitionen, die Stellen im Justizvollzug angeht: Da gibt es gar nichts. Für die Stellen für die Betreuung der Besucherinnen und Besucher, für den Mehraufwand für Dolmetscher, für die Aufgabenfelder wie Drohnenabwehr, für den Einsatz von Bodycams gibt es weder Geld noch Personal. Da ist zwar die Rede von einem zweijährigen Pilotprojekt, aber das kann es ja wohl nicht sein.

Solide Haushaltspolitik sieht aus unserer Sicht anders aus. Hier zeigt sich: Ja, da wird etwas mit viel Getöse angekündigt. Aber was das für die gefühlte Arbeit bedeutet, für die tagtägliche Arbeit der Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten, die sich jetzt plötzlich mit völlig neuen, auch technischen Dingen auseinandersetzen sollen, ist – so würde es der Landwirt sagen – hinter dem Pflug. Da wurde geackert, das interessiert nicht mehr.

Wir würden uns mehr als eine Ankündigungsministerin wünschen. Die Justiz hätte auch deutlich mehr verdient. Dann würde vielleicht auch das eine oder andere in der hessischen Justiz etwas besser laufen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten und Erich Heidkamp (AfD))

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Bevor ich nun Herrn Dr. Wilken von den LINKEN das Wort erteile, habe ich noch einmal die Bitte an Sie alle, dass Sie den Mund-Nasen-Schutz bitte auch über der Nase tragen. – Vielen Dank dafür.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem normalen Haushaltsjahr hätte ich jetzt mit dem Satz begonnen: Das Beste, was man an dem Haushaltsentwurf feststellen kann, ist, dass er die Situation in der Justiz nicht verschlechtert.

Die Situation ist schwierig genug. Meine Vorrednerinnen haben bereits darauf hingewiesen; ich begnüge mich mit ein paar Schlagworten: überlange Verfahrensdauern, Personalüberlastung, Personalmangel und auch der eine oder andere Skandal, der schon erwähnt worden ist.

Wir sind aber nicht in einem normalen Haushaltsjahr. Deswegen muss ich den zweiten Satz sagen: Das, was auf die Gerichte – bei Arbeitsgerichten, bei Sozialgerichten, auch bei den Verwaltungsgerichten – an zusätzlichen Verfahren wegen Corona zukommt, ist in diesem Haushaltsentwurf nur ungenügend berücksichtigt. Auch das wurde schon erwähnt: Nur ungenügend ist berücksichtigt, dass wir z. B. zusätzliche Wachtmeisterdienststellen brauchen, wenn wir Verfahren außerhalb der Gerichtsgebäude durchführen.

(Beifall DIE LINKE und Gerald Kummer (SPD))

Ich füge einen dritten Satz an, weil mir das mit der Ankündigungsministerin eben so gut gefallen hat. Frau Justizministerin, in dem Zusammenhang stößt es mir schon sehr unangenehm auf, wenn Sie bundesweit damit antreten, jetzt eine Gebühr für sogenannte Vielkläger einführen zu wollen, um z. B. die Sozialgerichtsbarkeit zu entlasten. Das werden wir an anderer Stelle in diesem Hause noch einmal zu diskutieren haben. Aber ich will ganz deutlich sagen: Dass wir da so viele Klagen haben, liegt an den

schlechten Bescheiden, die insbesondere von deutschen Behörden ausgestellt werden. Zum Glück haben wir dann noch die Gerichtsbarkeit, die das korrigiert. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Justizministerin das Wort.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Justiz nimmt in der Pandemie eine herausgehobene Rolle ein. Nur eine gut aufgestellte dritte Gewalt, die unabhängig ist – Herr Kummer, darauf komme ich noch zurück –, kann in dem Spannungsfeld zwischen pandemiebedingten staatlichen Maßnahmen und Grundrechtseinschränkungen bei Bürgerinnen und Bürgern ausgleichen. Dafür sind wir gut gerüstet; denn das Justizaufbauprogramm geht auch in der Krise weiter. Im vorliegenden Haushalt gibt es 50 neue Stellen für die Justiz.

Keine Krise hat in den letzten Jahrzehnten zu so weitreichenden Grundrechtseinschränkungen geführt wie diese. Das spüren auch die Bürgerinnen und Bürger. In diesem Kontext spielt die Justiz eine herausgehobene Rolle; denn nur eine unabhängige dritte Gewalt kann in diesem Spannungsfeld einen Ausgleich der Interessen herbeiführen.

Jede Maßnahme des Staates zur Bekämpfung der Pandemie kann von Bürgerinnen und Bürgern beklagt werden – und fast jede wird es auch. Mehr als 150 Verfahren in diesem Kontext waren bisher an den hessischen Verwaltungsgerichten und dem Verwaltungsgerichtshof anhängig, und sie werden von den Gerichten unabhängig entschieden.

Das Justizaufbauprogramm beschränkt sich nicht nur auf den Personalaufbau, vielmehr gibt es 2,4 Millionen € zusätzliche Mittel zum Vollzug, die unter anderem in die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten investiert werden. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Bediensteten der Justizvollzugsanstalten ganz herzlich Danke sagen und allen meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eine schwierige Tätigkeit. In den Justizvollzugsanstalten wird 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche ein öffentlich kaum wahrnehmbarer, aber umso wichtigerer Dienst für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in unserem Land erbracht. Die Pandemie hat gerade im Vollzug zu erheblichen Veränderung der Rahmenbedingungen in Haftanstalten geführt. Inhaftierte mussten in Zugangsquarantäne, Besuchszeiten und Arbeitsmöglichkeiten mussten zur Minimierung von Ansteckungsrisiken gestrichen werden, und vieles mehr.

Deshalb ist es vor allem dem besonnenen und beherzten Einsatz unserer Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten zu verdanken, dass die Maßnahmen in Hessen so geräuschlos umgesetzt werden konnten und gegriffen haben und es nicht zu Szenen kam, wie sie am Anfang der Pandemie in anderen europäischen Ländern, wie z. B. in Italien, zu sehen waren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bediensteten haben aber nicht nur den schwierigen Rahmenbedingungen getrotzt, sondern sich für die gesamte Justiz engagiert. Da will ich nur daran erinnern, dass die Acrylglastrennscheiben für alle Gerichte und auch viele Exemplare vom Mund-Nasen-Schutz produziert worden sind.

Ich freue mich sehr, dass durch den Haushaltsentwurf Mittel für die Durchführung von psychischen Gefährdungsbeurteilungen der Inhaftierten vorgesehen sind.

Jetzt komme ich zur Digitalisierung. Was hier von Herrn Kummer und von Frau Schardt-Sauer vorgetragen worden ist, hat noch nicht einmal etwas mit den Zahlen zu tun, die im Haushalt stehen, geschweige denn, mit der Zusammenstellung. Das E-Justice-Projekt ist eines der größten Projekte. Über 22 Millionen € werden dort investiert – im Haushalt 2021 auch. Wir sind gut digital aufgestellt. Und noch einmal wird durch diesen Haushaltsplanentwurf die Digitalisierung in der Justiz verbessert.

Das Justizaufbauprogramm mit den Herausforderungen der Pandemie haben Frau Förster-Heldmann und Herr Heinz eben schon erwähnt. Ich will aber zum Stellenprogramm – Frau Förster-Heldmann hat das auch erwähnt – darauf hinweisen, die letzten Jahre zu betrachten. Bereits im Jahr 2020 wurde die Justiz mit 309 zusätzlichen Stellen ausgestattet. Das war der höchste Personalanstieg der vergangenen Jahre. Mit dem Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das kommende Jahr verzeichnet die Justiz seit 2017 – Herr Kummer, gut zuhören – einen Stellenzuwachs von 712 Stellen.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Die Sie vorher abgebaut hatten! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Deswegen will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass in diesen Bereichen – –

(Christian Heinz (CDU): Herr Kummer meldet sich!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

(Ministerin Eva Kühne-Hörmann: Nein!)

– Nein, auch gut.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Danke schön. – Dann will ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Pandemie bei der Justiz jedenfalls nicht dazu geführt hat, dass es einen Lockdown gegeben hat; der Kollege Heinz hat das eben schon gesagt. Alle wichtigen Dienstgeschäfte sind in den Justizvollzugsanstalten, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten weiterhin erledigt worden. Deshalb will ich mich nicht nur bei den Justizvollzugsbediensteten, sondern bei allen Bediensteten der hessischen Justiz bedanken. Das betrifft die Richter, die Staatsanwälte, die Rechtspfleger, die Serviceeinheiten, aber natürlich auch alle Wachtmeister, die unter den Bedingungen der Pandemie den Rechtsstaat repräsentiert und ihn aufrechterhalten haben.

Die Personalverstärkungen der letzten Jahre zeigen auch Wirkungen bei den Themen abseits der Pandemie wie der Bekämpfung von Hate Speech. In diesem Jahr haben wir das weiter intensiviert und insbesondere die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität in Frankfurt ausgebaut. Unsere Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft "Keine Macht dem Hass" hat in diesem Jahr einjähriges Jubiläum gefeiert und wurde durch neue Akteure wie Hit Radio FFH und die Universität Kassel erweitert.

Über 25.000 Meldungen von Hass und Hetze im Netz wurden von sämtlichen Kooperationspartnern im ersten Jahr an die ZIT übermittelt. Zudem werden wir noch in diesem Jahr zusätzliche digitale Wege eröffnen, auf denen Bürgerinnen und Bürger Hasspostings aus sozialen Netzwerken an die Kooperation melden können.

(Beifall Alexander Bauer (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wichtig ein durchdachter Haushalt ist, hat sich in diesem Jahr auch an weiteren Punkten gezeigt. Mit dem Haushalt 2020 wurde der Grundstein für das Amt des hessischen Opferbeauftragten der Landesregierung gelegt. Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt ahnen, wie wichtig diese Funktion in diesem Jahr werden würde. Die schrecklichen Anschläge in Hanau und Volkmarsen haben jedoch verdeutlicht, wie wichtig es ist, den Opfern schwerer Gewalttaten mit Prof. Fünfsinn einen kompetenten und feinfühligen Ansprechpartner an die Seite zu stellen.

Weiterhin ist durch den pandemiebedingten Lockdown ein weiteres Problemthema zutage getreten: Es mehrten sich die Berichte über häusliche Gewalt. Die Justiz hatte schon mit dem Haushalt für 2020 und ebenfalls zu einem Zeitpunkt, als das nicht absehbar war, die Angebote für Opfer, aber auch für Täter häuslicher Gewalt stark erweitert. Mit zusätzlichen Mitteln und Stellen wurde das Marburger Modell auf fast alle hessischen Landgerichtsbezirke ausgeweitet. Kern dieses Erfolgsmodells sind Optimierung und Beschleunigung der Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten in Fällen häuslicher Gewalt. Denn nur bis kurze Zeit nach der Tat haben diese Behörden die Möglichkeit, zielgerichtet einzugreifen, Aussagen einzuholen und Beratungsgespräche einzuleiten.

Schließlich hat der Lockdown auch gezeigt, wie wichtig es ist, den Menschen alternative Angebote zur Kommunikation mit Gerichten und Behörden zu ermöglichen. Deshalb will ich erwähnen, dass wir mit dem Digitalen Service Point in der hessischen Justiz seit 2018 eine Möglichkeit zur schnellen und unkomplizierten Kontaktaufnahme per Telefon und E-Mail haben. So werden z. B. allgemeinfachliche Auskünfte zu justizspezifischen Themen wie Betreuungs-, Nachbarschafts- und Vereinsrecht erteilt – ohne Ansteckungsrisiko.

(Beifall Christian Heinz (CDU) und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich noch Folgendes erwähnen: Herr Kummer, Sie haben immer wieder davon geredet, dass ich in Verfahren eingreifen und die Aufklärung persönlich vorantreiben möge. Deshalb will ich es noch einmal deutlich sagen: Wir befinden uns hier in einem Rechtsstaat

(Beifall CDU)

und nicht in einem Staat, in dem die Ministerin persönlich in Verfahren eingreift. Ich sage es Ihnen zum wiederholten Mal: In diesem Ausschuss können Sie alles fragen. Sie bekommen auch auf alle Fragen eine Antwort – aber dann von den unabhängigen und zuständigen Stellen und nicht von einer Ministerin, von der Sie verlangen, dass sie in

konkrete Verfahren eingreift. Das ist in totalitären Staaten so – nicht in einem Rechtsstaat wie Hessen. Deswegen weise ich das in aller Schärfe zurück.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Gerald Kummer (SPD))

Den zweiten Punkt, den ich anmerken will, hat Herr Wissenbach gesagt: Bei uns seien Prüfungen verschoben worden. – Nein, mitnichten. Bei uns ist keine einzige Prüfung verschoben worden. Wir sind das einzige Bundesland gewesen, das vom Beginn der Pandemie an bis heute alle Prüfungen im ersten und zweiten Staatsexamen durchgeführt hat. Das hat uns viel Lob und Anerkennung der zu Prüfenden eingebracht. Ich will erwähnen: Der Ausstieg war für den einen oder anderen leichter, wenn er sich nicht wohlfühlte oder nicht wusste, wie er in Pandemiezeiten zum Prüfungsort kommt. Verschoben haben wir keine einzige Prüfung.

Zum Dritten, Frau Schardt Sauer: Wir haben – das steht auch in den Haushaltsberatungen an – in der Fläche investiert. Alle Staatsanwaltschaften und viele Amtsgerichte haben zusätzliche Stellen bekommen.

(Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten) unterhält sich mit Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten).)

 Aber wenn Sie nicht zuhören, Frau Schardt-Sauer, brauchen wir den Justizhaushalt nicht zu besprechen;

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn dann sind Sie so ignorant, dass mit Ihnen jedenfalls keine Debatte möglich ist.

Noch etwas, Frau Schardt-Sauer – das können Sie dann im Protokoll nachlesen –: Die Zahl der Videokonferenzanlagen betrug zum 1. März 16. Wir haben in der Zeit, obwohl es Engpässe und Lieferschwierigkeiten gab

(Zuruf Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten))

hören Sie gut zu –, auf 35 Videokonferenzanlagen erhöht, in jedem Landgerichtsbezirk, sodass auch die Amtsgerichte damit ordentlich arbeiten können.

(Beifall CDU)

Ich will noch hinzufügen: Im Bereich der Digitalisierung auf der Ebene von Richtern und Staatsanwälten ist lobend hervorzuheben, dass neben den mündlichen Verhandlungen, die nicht in großem Umfang stattfinden konnten, die Erledigungsquote jedenfalls höher als vor der Pandemie war. Das zeigt, wie gut die Digitalisierung funktioniert hat und wie fleißig alle daran mitgearbeitet haben.

Ich komme zum Schluss. Mit dem Haushalt 2021 unterstreichen wir die Stärke der hessischen Justiz. Nur eine starke Justiz schafft Sicherheit. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Ministerin, herzlichen Dank. – Das war die Beratung des Einzelplans 05, Justiz.

Dann kommen wir zum

Einzelplan 06 - Hessisches Ministerium der Finanzen -

Er wird gemeinsam aufgerufen mit

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung –

und mit

Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen -

Es beginnt der Kollege Marius Weiß, SPD-Fraktion. Marius, bitte.

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Drei Einzelpläne in sechs Minuten zu besprechen, ist eine Herausforderung. Ich will mich daher auf ein paar Punkte beschränken.

Im Haushalt stehen auch gute Sachen. Ich gehe aber davon aus, dass sich die Rednerinnen und Redner von Schwarz und Grün sowie der Minister in der gewohnten Art und Weise, über die eigenen Sachen positiv zu sprechen, selbst loben werden.

> (Demonstrativer Beifall Michael Reul (CDU) und Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Heiterkeit Minister Michael Boddenberg)

Deswegen brauche ich auf die guten Sachen, die im Haushalt stehen, hier nicht einzugehen und kann mich auf anderes konzentrieren.

Fangen wir mit den Kommunen an. Die Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände zum Haushaltsentwurf hat klar gezeigt, wie es um die kommunalen Finanzen in Hessen steht. Hessens Kommunen liegen mit ihrem kameralen Finanzierungssaldo auf dem vorletzten Platz in Deutschland; die Kollegin Faeser hat es gestern bereits erwähnt. Das ergab eine Kleine Anfrage der GRÜNEN im Bund.

Der Städtetag hat in der Anhörung ausgeführt, er habe zwar gewusst, dass es Hessens Kommunen schlecht geht, aber dass sie so schlecht lägen, sei selbst für Jürgen Dieter eine negative Überraschung gewesen. Die Gründe sind, dass die Kommunen in Hessen im bundesweiten Vergleich die höchste Kommunalquote und die zweithöchste Sozialquote haben.

Bei den Krankenhausinvestitionen ist Hessen Vorletzter. Die hessischen Kommunen sollen nach den Planungen der Landesregierung auch zukünftig über 80 % der Krankenhausinvestitionen selbst tragen. Bei den kommunalen Schwimmbädern reichen 10 Millionen € Investitionszuschüsse des Landes nicht aus. Auch das haben wir in der Anhörung gehört. Der HSGB fordert nachvollziehbarerweise auch eine Beteiligung des Landes an den Betriebskosten, wie es etwa Schleswig-Holstein gesetzlich geregelt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Thema Betriebskosten bin ich bei der Kinderbetreuung – in vielen Kommunen das drängendste Haushaltsthema. Ohne die "Starke Heimat" würden die Landeszuweisungen zu den Betriebskosten der hessischen Kommunen sogar sinken. Da sind die gestiegenen Personalaufwendungen durch Corona und den Tarifabschluss noch gar nicht berücksichtigt.

Die Ahnungslosigkeit der Landesregierung im Kita-Bereich haben wir gestern hier dokumentiert bekommen, als Frau Staatssekretärin Janz eingestehen musste, dass sie den Investitionsbedarf in den hessischen Kinderbetreuungseinrichtungen gar nicht kennt. Das war schlicht ein Offenbarungseid.

(Beifall SPD)

Neben den Kommunen und deren finanzieller Ausstattung war ein weiteres Thema hier im Haushalt und im Einzelplan der Bereich Leo. Die Evaluierung steht jetzt drin; sie ist beschlossen. Im Haushalt 2021 sind dafür tatsächlich 2,2 Millionen € vorgesehen. Ich sage ganz ehrlich: Wir hätten diese Evaluierung nicht gebraucht. Wir waren schon immer gegen die Leo-Projekte 0, I und II.

Ich kann verstehen, dass die Aufgabe der Evaluierung schwierig ist. Der eigentliche Grund dafür ist der Konflikt zwischen CDU und GRÜNEN bei den Leo-Projekten, angefangen bei den PPP-Projekten der Polizei in Darmstadt und Mühlheim. Deswegen hat man sich dazu entschieden, nachdem die GRÜNEN umgefallen sind und gesagt haben, dass sie die beiden PPP-Projekte mitmachen, eine Evaluierung durchzuführen. Das ist sicherlich schwierig; denn dabei darf nicht herauskommen, dass die PPP-Projekte von Anfang an unwirtschaftlich gewesen seien. Dann verliert die CDU das Gesicht. Es darf dabei auch nicht herauskommen, dass die Leo-Projekte absolut super waren. Dann verlieren die GRÜNEN das Gesicht, die immer dagegengeredet haben.

Deswegen: Dass das schwierig ist, kann ich verstehen. Trotzdem kann es bei dieser Summe nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Steuerzahler für den Koalitionsfrieden von Schwarz und Grün über 2 Millionen € für diese Evaluierung zahlen müssen. Das geht nicht.

(Beifall SPD)

Ich könnte noch ein paar weitere Punkte nennen, die kritikwürdig sind, etwa die Umweltlotterie GENAU. Darüber haben wir auch bei der kursorischen Lesung geredet. Gerade noch 78.000 € werden in den Einzelplan 09 für Umweltprojekte weitergeleitet. Man kann durchaus sagen: Dieses grüne Werbeprojekt ist deutlich gescheitert.

(Beifall SPD)

Wir haben nach einem Punkt gefragt, der angesprochen wurde, nämlich für "Strategieberatung Kabinettausschuss" stehen 200.000 € im Haushalt. In der kursorischen Lesung konnte uns niemand sagen, wofür das Geld eigentlich ist und was damit gemacht werden soll.

(Zuruf SPD: Schnittchen!)

Offensichtlich braucht die Landesregierung erst einmal eine Beratung, um zu wissen, was sie mit den Beratungskosten machen soll. Das ist jedenfalls etwas, über das wir diskutieren werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hören jetzt schon am zweiten Tag von der Größe der Krise und davon, wie schwierig und herausfordernd alles ist. Deshalb zum Schluss ein paar Mut machende und optimistische Punkte: Die Steuerschätzung im November war für die Kommunen zwar schlechter im Vergleich zum Land, aber gleichzeitig für das Land deutlich besser als die Interimssteuerschätzung im September. Das ist ein Indikator.

Zweiter Punkt: Ein weiterer Indikator ist das gute dritte Quartal, das wir hatten. Vor allem hat sich der Export sehr dynamisch entwickelt, was für ein exportorientiertes Land wie Hessen gut ist und optimistisch stimmt.

Nächster Punkt – ebenfalls positiv – war die Nachricht über die Inanspruchnahme von Bürgschaften des Landes. Darüber haben wir auch während der kursorischen Lesung

gesprochen. Wir haben den Bürgschaftsrahmen – mit unseren Stimmen im Übrigen – im Frühjahr von 1,5 Milliarden € auf 5 Milliarden € erhöht. Wir haben von Staatssekretär Dr. Worms gehört, dass von diesen Bürgschaften erst 600 Millionen € in Anspruch genommen wurden. Das kann man als positives Zeichen sehen. Man kann es auch als Zeichen dafür sehen, dass der Kapitalmarkt offensichtlich noch funktioniert; aber auch das kann man, wenn man optimistisch denken will, als positives Zeichen sehen.

Ein weiterer Grund für Optimismus ist meines Erachtens, dass es im nächsten Jahr Nachholeffekte geben wird. Zum Beispiel haben viele Bürgerinnen und Bürger unfreiwillige Ersparnisse in diesem Jahr durch nicht durchgeführte Urlaubsreisen angesammelt, die sicherlich im nächsten Jahr konsumiert werden.

Als letzter Punkt, aber nicht zuletzt – darauf muss man auch Wert legen und es erwähnen –: Es wird mit Beginn des nächsten Jahres erhebliche einkommensteuerliche Entlastungen geben – gerade im unteren und mittleren Einkommensbereich –, die SPD und Union im Bund gemeinsam beschlossen haben. So fällt etwa der Soli für etwa 90 % der Bevölkerung zum 1. Januar weg, und der Grundfreibetrag wird angepasst.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es gibt in Hessen trotz Schwarz-Grün Gründe für Zuversicht, was das nächste Jahr angeht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, lieber Kollege Marius Weiß. – Jetzt kommt Kollegin Frau Miriam Dahlke von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich fange so an, wie es der Kollege Marius Weiß eben antizipiert hat. Die Einzelpläne des Hessischen Ministeriums der Finanzen, der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Staatlichen Hochbaumaßnahmen sind auch im Haushaltsjahr 2021 wieder voller Maßnahmen, die unser Land nachhaltiger, widerstandsfähiger und gerechter machen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Und das trotz der schwierigen Zeit, in der wir uns befinden, in der diese Pandemie die Gesellschaft, aber auch die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen so schwer belastet, wie wir es uns vor einem Jahr nicht hätten vorstellen können. Wir wollen und können trotzdem zuversichtlich in die Zukunft schauen. Die Nachrichten, dass zwei Impfstoffe auch in der EU kurz vor der Zulassung stehen und wir in Hessen schon super auf diese logistische Meisterleistung und Mammutaufgabe, die bevorsteht, vorbereitet sind, geben uns Hoffnung, dass wir zumindest die gesundheitliche Krise nächstes Jahr überwunden haben werden. Mit dem Haushaltsentwurf 2021 geben wir genau diese Signale für den Aufbruch nach dem schwierigen Jahr 2020.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es sind besondere Zeiten. Das bedeutet: Wir können uns nicht so verhalten, als wäre alles normal. Was wir in diesen Zeiten brauchen, ist eine Strategie, die die Menschen und die Unternehmen verlässlich und flexibel durch die Krise führt. Ein perfektes Beispiel dafür sind die Impfzentren. Wir konnten weder bei der Aufstellung des Haushalts 2020 noch beim Nachtragshaushalt wissen, welche Ausgaben auf uns zukommen würden und wann wir sie benötigen würden. Unsere Antwort ist das Sondervermögen. Das lässt uns nicht nur flexibel und zielgerichtet wirtschaftliche Folgen abmildern. Denn wer kann bei den aktuellen Entwicklungen schon genau sagen, wie lang die Einschränkungen, die ursprünglich nur im November gelten sollten, noch andauern werden und ob die Länder am Ende doch einen Teil der Kosten davon übernehmen werden? Das Sondervermögen gilt darüber hinaus auch für die Kommunen. Es gibt ihnen, den öffentlichen Haushalten vor Ort, genau die Planungssicherheit, die sie jetzt brauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das Land und die Kommunalen Spitzenverbände saßen noch am Verhandlungstisch, als der Haushaltsentwurf in den Druck gegangen ist. Der Haushaltsentwurf ist mit Blick auf den KFA nicht ganz aktuell. Diese Woche reden wir auch noch ausführlich über das Finanzausgleichsgesetz. Für die dritte Haushaltslesung wird die Regierungskoalition Änderungsanträge vorbereiten, um die Ergebnisse im Haushalt zu verankern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Daher sage ich an dieser Stelle nur so viel: In der Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände hat sich gezeigt, dass hier ein echtes Kunststück und Vorzeigeprojekt gelungen ist. Mit diesem 3-Milliarden-€-Paket können wirklich alle zufrieden sein. Die Leistungen des KFA steigen in den Jahren 2021 bis 2024 kontinuierlich an, obwohl sich die Steuereinnahmen genau gegenläufig entwickeln. Kennen Sie ein anderes Land, das seine Gemeinden, Städte und Landkreise auf dem gemeinsamen Weg durch die Pandemie in dieser Art unterstützt? Das Land trägt das Risiko, die kommunale Ebene hat stabile Planungssicherheit. Ich glaube, das ist ein richtig guter Deal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Einzelplan 06 unseres zentralen und ehrwürdigen Finanzministeriums finden wir auch dieses Jahr wieder 800 neue Anwärterstellen für die Steuerverwaltung. Die Kolleginnen und Kollegen dort haben dieses Jahr übrigens wirklich klasse Arbeit geleistet, indem sie neben ihrem Alltagsgeschäft die pandemiebedingten Entlastungen im Steuerbereich umgesetzt haben. Ich glaube, es waren über 225.000 Anträge auf Stundungen und Herabsetzungen der Vorauszahlungen. Das muss auch von jemandem bearbeitet werden – ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir können festhalten: Es ist gut und richtig, dass die hessische Finanz- und Steuerverwaltung im kommenden Jahr ihr Personal aufstocken und noch besser ausbilden können wird. Mich persönlich freuen besonders die 65 neuen Stellen für das duale Studium in der Steuerverwaltung, weil ich vor zehn Jahren selbst ein duales Studium abgeschlossen habe. Die Jugendlichen machen ihr Studium dann sozusagen bei uns und sind dann direkt da, ohne von der Uni

abgeworben werden zu müssen. Das ist also ein sehr guter Weg, um den Nachwuchs direkt zu sichern und um bei der bekannten Entwicklung der Demografie für die Zukunft gut aufgestellt zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zentral ist auch, dass wir in der Steuerpolitik weiter gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Alle müssen ihren gerechten Anteil tragen. Das wird in Jahren, in denen die öffentlichen Haushalte so stark belastet sind wie jetzt, besonders deutlich. Wir können nicht einfach zuschauen, wenn Kriminelle meinen, ihren Beitrag nicht leisten zu müssen, und Geld für ihr privates Vergnügen zur Seite schaffen. Jeder Euro, der für mehr Betriebsprüferinnen und -prüfer, Steuerfahnderinnen und -fahnder sowie Spezialistinnen und Spezialisten im Innendienst der Steuerverwaltung ausgegeben wird, ist gut investiertes Geld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Eine neue große Aufgabe für das Jahr 2021 wird es sein, die Grundsteuerreform umzusetzen. Wir stehen hierzu in den Startlöchern für die Umsetzung des hessischen Weges, bei dem hoffentlich noch ein paar andere Länder mitmachen werden. Für die Grundsteuerreform sind 100 neue Stellen notwendig. Sie garantieren uns, dass wir die über 1 Milliarde € Grundsteuereinnahmen auch im neuen Verfahren verlässlich erheben werden können.

An dieser Stelle noch ein grundsätzliches Wort zum Stellenzuwachs. Der Stellenzuwachs der letzten Jahre beruht zum größten Teil auf Zuwächsen im Schul- und Hochschulbereich – das wird er auch in Zukunft –, bei der Polizei und Justiz sowie natürlich auch bei der Steuerverwaltung. Jetzt frage ich: Sind unsere Lehrerinnen und Lehrer, Professorinnen und Professoren, Steuerfahnderinnen und -fahnder, Richterinnen und Richter, Polizistinnen und Polizisten in Hessen das Ausgabenproblem, das die Freien Demokraten in unserem Landeshaushalt sehen? – Als GRÜNE denken wir das nicht. Wir wollen eine gute Zukunft und halten den Stellenaufbau, so wie er vorgesehen ist, deswegen für notwendig und richtig – gerade auch in diesen Zeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jürgen Banzer (CDU))

So sicher wie, dass wir die Corona-Pandemie irgendwann überwunden haben werden, ist leider auch, dass die Klimakrise kommt, ja, dass sie sogar schon da ist. Mich schockiert besonders, dass die grüne Lunge Frankfurts, der Stadtwald meiner Heimatstadt, zu 98,9 % krank oder bereits abgestorben ist – fast 99 % nach nur drei Hitzesommern in Folge. Das ist ein Alarmsignal, dass wir in allen Bereichen, in den wir das beeinflussen können, unsere CO₂-Emissionen herunterfahren und unsere Anstrengungen, die Erderhitzung zu begrenzen, erhöhen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist also wichtig und gut, dass wir das Ziel der CO_2 -neutralen Landesverwaltung weiterverfolgen. Für mehr Fotovoltaik auf den Dienststellen des Landes gibt es nächstes Jahr 6 Millionen ε mehr, für die Ladesäulen für E-Autos und das 1.000-Fahrradständer-Programm gibt es 3,7 Millionen ε , also gibt es insgesamt knapp 10 Millionen ε für eine nachhaltigere Landesverwaltung. Das ist sehr wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Im Haushalt 2020 hatten wir Mittel für das Pilotprojekt Green Bonds eingestellt. Die Finanzverwaltung war verständlicherweise dieses Jahr mit anderen Dingen beschäftigt. Umso mehr freut es mich, dass diese Mittel auch nächstes Jahr wieder eingestellt sind, wir diese nachhaltige Anleihe ausgeben können und wir als Land Hessen Kapital für nachhaltige Investitionen mobilisieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jürgen Banzer (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird deutlich, mit dem Haushalt 2021 bleiben wir stabil; denn sparen würde alles nur noch schlimmer machen. Ja, es fehlen in den kommenden Jahren Milliardenbeträge. Die werden es erforderlich machen, mittelfristig zu konsolidieren, und das werden wir auch tun. Trotzdem wird es im Haushalt jetzt keine Einschnitte geben. Sie wären absolut kontraproduktiv und jetzt das falsche Signal. Unser Ziel ist es, dass es Hessen weiter gut geht. Daran werden wir auch im Jahr 2021 weiterarbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zum Schluss möchte ich mich im Namen des Landtages bei all denjenigen bedanken, die am Haushaltsentwurf beteiligt waren. Sie machen einen tollen Job. Bleiben Sie alle gesund. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dahlke. – Das Wort hat der Abg. Bernd Vohl, AfD-Fraktion.

Bernd-Erich Vohl (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Finanzministerium hat die Angewohnheit, uns mit Pressemitteilungen über vermeintliche Erfolge aller Art zu überschütten. Eine Erfolgsmeldung über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben lässt aber bis heute auf sich warten. Der Grund hierfür könnte sein, dass dank des Sondervermögens bei nahezu gleichbleibenden Einnahmen gegenüber dem ursprünglich vor Corona aufgesetzten Haushalt 2020 die Ausgaben um rund 550 Millionen € steigen. Wahrscheinlich ist ein negativer Finanzierungssaldo von 775 Millionen €, der noch nicht einmal die ganze Wahrheit abbildet, auch in den Augen des Ministeriums kein brauchbares Material für eine Erfolgsmeldung.

Wenn nun die Einnahmen kaum größer ausfallen, dann würde man sich doch erhoffen, dass auch die Ausgaben auf dem gleichen Niveau bleiben – das vor allem, wenn die Landesregierung den Schlüssel für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung erklärtermaßen nicht in Einsparungen sieht. Was wir beobachten, ist ein finanzpolitischer Richtungswechsel. Zuvor hatten wir uns, wenngleich viel zu langsam, zumindest mit kleinen Schritten auf eine Reduzierung der Schuldenberge hinbewegt.

Finanzministern wird gelegentlich unterstellt, dass sie ausufernden Ausgabenwünschen ihrer Kabinettskollegen klare Absagen erteilen. Unserem aktuellen Finanzminister kann man das ganz bestimmt nicht unterstellen. Die Meldung, dass der Finanzminister seine Kabinettskollegen aufgefordert habe, Zurückhaltung zu üben, können wir angesichts der vorliegenden Informationen wohl nicht mehr erwarten.

(Beifall AfD)

So war dem ersten Quartalsbericht zum Sondervermögen zu entnehmen, dass von den bis zum 30. September 2020 bewilligten 2,4 Milliarden € nur 835 Millionen € ausgezahlt wurden. Anscheinend geht es nicht so schnell wie vom Finanzministerium geplant. Hat man doch laut Wirtschaftsplan vorsorglich sogar 4 Milliarden € aufgenommen. Folglich stellt sich erneut die Frage, ob die Größe des Sondervermögens dem eigentlichen Bedarf angemessen ist. Auch die November-Steuerschätzung zeigt – wie von fast allen Seiten erwartet –, dass die zunächst prognostizierten Ausfälle viel zu hoch angesetzt wurden. So gesehen, sprechen alle vorliegenden Informationen dafür, dass man den Steuermindereinnahmen und dem tatsächlichen Mehrbedarf durchaus im Rahmen von normalen Nachtragshaushalten hätte begegnen können.

(Beifall AfD)

Nicht wirklich geklärt ist zudem, was mit den Mitteln des Sondervermögens geschieht, die nicht abfließen. Wandern diese in gewohnter Manier in eine Rücklage, um den Haushalt noch in dieser Legislaturperiode auf dem Papier ohne Neuverschuldung ausgleichen zu können? Dann dürften wir uns auf weitere Erfolgsmeldungen der Presseabteilung des Finanzministeriums freuen.

Bleiben wir zunächst beim Wirtschaftsplan des Sondervermögens. Bei einem Vergleich der Einnahmen und Ausgaben springt ins Auge, dass die Tilgungs- und Zinszahlungen aus dem Kernhaushalt als Einnahme verbucht werden, bei den Ausgaben die Position Tilgung jedoch fehlt. Hier wäre wirklich ein bisschen mehr Transparenz wünschenswert.

Der Hinweis, dass der Wirtschaftsplan ohnehin unverbindlich ist, rundet das Ganze ab. Verbindlich erscheint nur die Pflicht zur Tilgung aus dem Kernhaushalt. Der Wirtschaftsplan ist unverbindlich, die Tilgung unausweichlich. Getilgt werden müssen eines Tages beispielsweise die 541 Millionen €, die sich die Landesregierung zur Kompensation von Einnahmeausfällen als Zuweisung aus dem Sondervermögen genehmigt.

Angenehmer Nebeneffekt der Kreditaufnahme im Sondervermögen ist, dass die Landesregierung hierdurch im Kernhaushalt die Neuverschuldung unter die Grenze der zulässigen Nettokreditaufnahme von 848 Millionen € drücken kann. Um den formalen Haushaltsausgleich zu erzielen, reicht dies nicht aus. So bedient sich unser ausgabenfreudiger Finanzminister im Jahr 2021 einer globalen Minderausgabe von 250 Millionen €. Der Griff zu diesem Mittel zeigt, dass sich die schwarz-grüne Koalition einfach nicht darauf verständigen kann, welche Ausgaben sie denn priorisieren will.

(Beifall AfD)

Für uns wären da beispielsweise angesichts der demografischen Entwicklung Zuführungen zur Versorgungsrücklage des Landes Hessen prioritär. Diese wird von der Landesregierung nur durch Haushaltsverbesserungen im Vollzug gespeist.

(Zuruf Marius Weiß (SPD))

Da man auf keinen gemeinsamen Nenner kommt, hat man sich einfach dafür entschieden, alles zu finanzieren. Das ist ein Armutszeugnis für die Landesregierung. Das muss man ganz ehrlich und deutlich hier im Hause sagen.

(Beifall AfD)

Gerade in der jetzigen Situation muss es doch möglich sein, den einen oder anderen Ballast abzuwerfen. HOLM, FiZ und der Flughafen Kassel-Calden verschlingen jährlich Millionenbeträge. Allein im Jahr 2021 werden es insgesamt 7,5 Millionen € sein. Wie kann sich eine Landesregierung, die sich dem Schutz des Klimas verschrieben hat, einen defizitären Regionalflughafen eigentlich leisten? Das ist hier einmal eine Frage.

(Beifall AfD)

Wie es aber immer so ist: Wenn die AfD gegen etwas ist, bleibt den anderen nichts anderes übrig, als dafür zu sein. Wenn wir den Regionalflughafen weiterhin ablehnen, werden die GRÜNEN irgendwann wahrscheinlich regelmäßig von dort abfliegen. Das ist bestimmt so.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ehrlich gesagt, wären meiner Fraktion Krötentunnel und Fahrradwege lieber.

(Beifall AfD)

Letztere, die Fahrradwege, werden zwar auch nur zur Hälfte des Jahres genutzt, aber dafür fallen keine jährlichen Kosten an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Bernd Vohl. – Das Wort hat der Abg. Michael Reul, CDU-Fraktion.

Michael Reul (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn die Generaldebatte schon an anderer Stelle stattgefunden hat, so ist trotzdem zunächst allgemein festzuhalten: Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist eine ambitionierte Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit, dies ganz besonders unter den pandemischen Voraussetzungen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er schafft den schwierigen Spagat zwischen weiterhin kraftvollen Investitionen und Augenmaß mit Blick auf die Belastungen künftiger Generationen. Auch der DGB hat an der derzeitigen Haushaltspolitik keine größeren Kritikpunkte angebracht und die Koalitionsfraktionen für die Errichtung des Sondervermögens sogar ausdrücklich gelobt.

(Marius Weiß (SPD): Ist klar!)

Herr Kollege Weiß, vielleicht haben wir die Anhörung unterschiedlich wahrgenommen. Die Anhörung ist aus meiner Sicht positiv gewesen. Es gab eine große Freude über das Kommunalpaket, über die Stabilisierung des Kommunalen Finanzausgleichs. Für alles ist das Sondervermögen die Grundlage. Daher läuft Ihre Kritik ins Leere.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Vohl, man kann nicht alle Ihrer Äußerungen kommentieren, aber eine Äußerung muss man meines Erachtens kommentieren, weil Sie an dieser Stelle noch eine Wissenslücke haben. Das Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden € ist eine Kreditermächtigung. Das bedeutet, was nicht genutzt wird, entfällt. Das fällt nicht automatisch dem Haushalt zu, wie Sie es soeben in den Raum gestellt haben. Dies vielleicht noch einmal als Erklärung. Das Sondervermögen ist eine Kreditermächtigung. Was von der Kreditermächtigung nicht genutzt wird, bleibt dort und belastet nicht den gesamten Haushalt. Dies als Klarstellung.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Koalitionsfraktionen haben weiterhin ein ausgewogenes Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben im Blick. Dabei teilt sich die Opposition interessanterweise in zwei Lager. Manche würden gern noch viel mehr Geld ausgeben, sich dafür enorm verschulden und die Finanzierung über eine Vermögensteuer und den Inflationsausgleich vornehmen. Andere wollen einen Sparhaushalt und am liebsten keine notwendigen neuen Stellen schaffen oder auch Einsparungen vornehmen, erklären aber nicht, an welcher Stelle dies zu tun ist. Gleichzeitig werden allenthalben höhere Investitionen gefordert. Dass dies nicht funktionieren kann, ist für jeden Betrachter absolut offensichtlich. Daher sind wir sehr gespannt auf die Anträge, die zur dritten Lesung kommen werden.

Die Opposition rechnet dabei oft in Investitionsquoten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Personal gerade im Bereich der Lehre, der Polizei und der Universitäten ist aber auch eine Investition, nämlich in Köpfe, in den genannten Fällen auch in Sicherheit und in Bildung. Dies unterstützen wir vorbehaltslos.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt bleibt die Debatte um die Einsparungen und die Personalkosten sehr spannend. Frau Kollegin Schardt-Sauer, Sie werden nach mir das Wort ergreifen. Vielleicht hören wir heute ein paar Worte von Ihnen dazu, wie Sie die deutlichen Einsparungen, die Sie fordern, umsetzen wollen. Vielleicht hören wir heute noch, welche Ideen Sie haben. Vielleicht lassen Sie uns an Ihrem profunden Wissen teilhaben, sodass wir wissen, in welche Richtung Sie agieren wollen.

Im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf 2021 wurde in der ersten Lesung von verpassten Chancen des Finanzministeriums in Bezug auf die Personalpolitik gesprochen. Dabei handelt es sich bei den neuen Stellen im Finanzbereich zum größten Teil um Auszubildende, die dringend benötigt werden, um die Altersabgänge zu kompensieren. Das ist also ein wichtiger Bereich. Wir sind stolz darauf, dass wir dies in dieser Größenordnung im Haushalt darstellen können. Wir stehen vorbehaltslos dazu.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in diesem Jahr stellt das Land Hessen wieder 800 junge Menschen als Auszubildende bzw. Steueranwärter ein. Dafür sind 370 neue Stellen vorgesehen. Insgesamt kommen 65 weitere Stellen in den Bereichen Betriebswirtschaft und Personalmanagement hinzu. Dies sind in Summe 435 neue Stellen. Dies ist sinnvoll. Dies wird benötigt. Dies wollen wir umsetzen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist – als Erklärung und Unterstützung – aus zwei Gründen sehr wichtig. Zunächst einmal geht es um die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Steuerverwaltung und außerdem – meine Kollegin Dahlke hat es schon erwähnt – um die Nachwuchsgewinnung. Dies ist ein wichtiger Aspekt. Auch da muss man Vorsorge treffen.

Außerdem ist es in unseren Zeiten ein sehr wichtiges Zeichen, dass das Land Hessen weiter ausbildet und auch während der Pandemie in diesem Bereich nicht nachlässt. Wir haben das Studienzentrum in Rotenburg, das hervorragend ist. Dort erhalten die Auszubildenden und Studenten eine sehr gute Ausbildung. Sie haben dort außerdem die Möglichkeit, sich weiterzubilden, um so weiter im beruflichen Leben voranzukommen.

Es ist richtig, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium für Finanzen steigt. Allerdings sind auch – und dies ist unbestritten – die Arbeitsbelastung und der Aufgabenzuwachs in einer unglaublichen Art und Weise gestiegen, sodass gewährleistet wird, dass die Arbeitsbelastung nicht mehr weiter so exorbitant ansteigt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, für die CDU-Fraktion und sicherlich auch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann ich an dieser Stelle noch einmal den Dank ausdrücken, den wir gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im hessischen Finanzministerium empfinden, die neben ihren Kernaufgaben noch weitere Aufgaben in diesem Jahr auf unglaubliche Art und Weise und mit Geduld und mit hervorragender Kompetenz abgewickelt haben. Wir sind stolz darauf, dass wir so gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Ganz herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Stellen sind absolut notwendig für die Umsetzung der Grundsteuerreform. Mit dieser Reform wird sich der Hessische Landtag im nächsten Jahr sehr intensiv beschäftigen.

Ja, das Land investiert in Stellen, aber vor allem in den Bereichen Sicherheit, Bildung, Justiz und Finanzverwaltung. Dies alles sind Bereiche, die den Menschen in Hessen zugutekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Einzelplan 17 wird erfahrungsgemäß sehr viel Geld bewegt, auch sehr viel mehr als im Einzelplan 06. Die dortigen Zahlen sind allerdings – das wissen wir, weil sie noch auf der Mai-Steuerschätzung beruhen – mit Vorsicht zu genießen. Kollegin Dahlke hat es schon angekündigt: Wir werden zur dritten Lesung Änderungsanträge auf den Tisch legen, weil wir die Vereinbarungen, die zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Finanzministerium getroffen worden sind, dort auch abbilden wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein sehr wichtiger Punkt. Der Kommunale Finanzausgleich ist das Herzstück der Vereinbarung. Nach dem vorliegenden Entwurf würde der Kommunale Finanzausgleich im Jahr 2021 wieder sinken. Dies konnte in sehr interessanten und schwierigen Verhandlungen erreicht werden: Im Herzstück der Vereinbarung zur Finanzierung mit den Kommunen konnte vereinbart werden, den Kommunalen Finanzausgleich zu stabilisieren, den Kommunalen Finanzausgleich

zu verstetigen und den Kommunalen Finanzausgleich in dieser schwierigen Zeit sogar kontinuierlich von Jahr zu Jahr anwachsen zu lassen.

Dies ist ein großer Erfolg der Verhandlungen. Dies ist ein großes Entgegenkommen der beiden Partner, die dort am Tisch gesessen haben. Sie haben vereinbart, wie man diese Dinge in der Krise gemeinsam erfolgreich darstellen kann, damit die Sicherheit und die Planbarkeit für die Kommunen auch in der Zukunft gewährleistet sind. Deshalb können wir gemeinsam stolz auf das sein, was dort erreicht worden ist, nämlich die Stabilisierung und die Verstetigung des Kommunalen Finanzausgleichs. Das ist ein großer Erfolg für die Menschen in Hessen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahr 2022 – wir werden morgen bei der Einbringung des Gesetzentwurfs noch etwas detaillierter darüber reden können – hätten wir aufgrund der Spitzabrechnung einen massiven Einbruch. Insgesamt würde der Kommunale Finanzausgleich im Jahr 2022 auf 5,3 Milliarden € abrutschen. Mit dem Verzicht auf die Spitzabrechnung, mit dem teilweisen Ausgleich aus dem Haushalt mit 311 Millionen € und mit der anderen Hälfte aus dem Sondervermögen schaffen wir es, den Kommunalen Finanzausgleich zu stabilisieren und auf eine gute Basis zu stellen. Dies gelingt nur, weil wir das Sondervermögen haben. Dies schafft die Grundlage, über die Mehrjährigkeit diese Dinge in die Wege zu leiten.

Ich will die weiteren Zahlen, die Sie dem Haushaltsplan entnehmen können, nur noch stichwortartig anreißen. Wir tilgen im kommenden Jahr erstmalig 200 Millionen € für das Sondervermögen.

(Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten): Lang-weilig!)

Insgesamt ist die Neuverschuldung auf 840 Millionen € festgelegt. Das ist eine Halbierung der ursprünglich vorgesehenen Neuverschuldung zum zweiten Nachtragshaushalt. Insgesamt zeigen wir in der mittelfristigen Finanzplanung, dass es uns wichtig ist, dass wir wieder ausgeglichene Haushalte erreichen wollen. Dies ist unser Ziel. Dies ist auch unser Signal im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2021. Insofern werben wir um Ihr Vertrauen und um Ihre Zustimmung. Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie dem guten Haushaltsplan zu.

(Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Lassen Sie uns gemeinsam im Sinne des Personals und der Nachwuchsförderung, im Sinne der sicheren Finanzausstattung für die Städte und Gemeinden und Landkreise, auch mit der Klarheit, auch mit Blick auf einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2021 weiterhin in schwierigen Zeiten zusammenbleiben. Lassen Sie uns dieses Signal gemeinsam senden. Dieser Haushalt ist ein Zukunftsprogramm für unser Land und für die Menschen, die hier leben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Reul. – Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Schardt-Sauer, FDP-Fraktion.

Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten):

Werter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reul, man könnte fast sagen, dass sich die Landesregierung viele teure Kampagnen leisten kann. Bei der einen oder anderen berate ich gerne, wenn Dienstleistungen gefragt sind. Darüber können wir uns gerne bilateral unterhalten.

Ich will mich auf die Sicht der FDP-Fraktion auf diesen Haushaltsentwurf konzentrieren, auf das – sagen wir es einmal so –, was vom Haushalt übrig geblieben ist. Ich will heute einen weiteren Versuch unternehmen, Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, vorzutragen, dass der Haushaltsentwurf 2021 noch erhebliche Änderungen erfahren muss, damit wir in Hessen endlich wieder so etwas wie eine solide Haushaltspolitik haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Vorweg, damit Sie mich nicht falsch verstehen: Weder die CDU noch die GRÜNEN können etwas für die Corona-Pandemie. Die Pandemie hat im Frühjahr 2020 alle Fraktionen in diesem Hause zum Handeln gezwungen. Wir Freie Demokraten haben uns in allen Sitzungen der Herausforderung gestellt, und wir werden unserer Verantwortung weiterhin gerecht zu werden versuchen. Wir sind dabei der festen Überzeugung, dass es möglich, ja, sogar geboten ist, trotz der finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie im kommenden Haushaltsjahr nicht über das notwendige Maß hinaus neue Schulden aufzunehmen. Eines muss man Ihnen nämlich klar sagen: Das Programm "Corona" ist kein Freibrief für Schulden.

(Beifall Freie Demokraten)

Es ist enttäuschend – gerade aus der Sicht der jungen Generation –, dass CDU und GRÜNE auf die neue Situation nicht reagieren, die Verminderung der Einnahmen nicht zum Anlass für Änderungen nehmen. Herr Kollege Reul, es ist schon ein bisschen putzig, wenn Sie die FDP fragen, wie man seine Ausgaben überprüft. Jeder schwäbische und jeder hessische Haushalt ist in der Lage, seinen Ausgabenpolitik bei sinkenden Einnahmen auf den Prüfstand zu stellen und Anpassungen vorzunehmen. Aber das brauchen Sie gar nicht zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn Sie können sich auf Ihrer Flauschewolke Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden € an Kreditermächtigungen ausruhen. Das ist ja ein weiches Kissen. Warum sollte man sich da anstrengen? - Beim Haushaltsentwurf 2021 hören wir bei allen Einzelplänen: Weiter so, alles toll, machen wir weiter mit irgendwelchen Förderprogrammen für die grüne Welt.

Hessens Ausgangslage ist aber eigentlich gut. Das ist mit Blick auf ein solides Haushalten ein bisschen tragisch. Hessen hat nämlich kein Einnahmeproblem. Nach der November-Steuerschätzung kann das Land nicht nur mit einer weiteren Minderung der Ausfälle des Jahres 2020, sondern auch mit einer Erholung der Einnahmen rechnen. Der Finanzminister bleibt aber bei seinem Klagegesang. Er trauert den im Herbst 2019, vor Corona - es gab eine Zeit vor Corona; wir leben mitten in der Corona-Zeit und müssen schauen, wie es danach sein wird -, in Aussicht gestellten noch höheren Steuereinnahmen nach. Statt von den 180 Millionen €, die das Land 2020 im Vergleich zu 2019 mehr eingenommen hat, redet er lieber von 1,29 Milliarden € weniger. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein bisschen wie die Betrachtung des halb vollen Wasserglases: Man kann es so oder so sehen. Man könnte auch sagen: Nach Jahren großzügigen Geldausgebens ist die Landesregierung etwas verwöhnt. Schwarz-Grün kann keine solide Haushaltspolitik.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Ein Musterbeispiel dafür ist dokumentiert. Erinnern Sie sich an die Debatte im Februar 2020? Steigende Einnahmen wurden durch höhere Ausgaben aufgesaugt – das ist schon eine "Leistung" –, und zwar Jahr für Jahr, mithilfe von immer mehr Fantasie.

Die aktuellen Zahlen bestätigen das, was ich gesagt habe. Das Ist liegt bei den Steuereinnahmen inzwischen bei 22,57 Milliarden €. Nach der November-Steuerschätzung werden 2021 22,7 Milliarden € und 2022 sogar 23,7 Milliarden € eingenommen – über 1 Milliarde € mehr als im Ist 2019. Da muss man nichts erklären, man braucht es nur abzulesen: Hessen hat kein Einnahmeproblem. Hessen hat ein Ausgabenproblem; denn, wenn von den Einnahmen immer weniger übrig bleibt, dann gibt man zu viel aus.

Das zeigt die Haltung der Landesregierung in den Einzelplänen sehr deutlich. Wir reden zurzeit über den Einzelplan 06. Warum sollten die anderen Ressorts folgen, wenn schon der Finanzminister, der eigentlich eine Art Regisseur sein und zum Sparen auffordern sollte – auch in den Chefgesprächen –, die Ausgaben in seinem Ressort nicht senkt? Aber mit einer Mehrheit von einer Stimme zu viel Druck auszuüben, ist nicht gesund. Gleichwohl sollte es der Anspruch eines Finanzministers sein, als leuchtendes Beispiel voranzugehen.

Mehrfach wurden als Beispiel die Ausgaben für den Bereich Personal angesprochen. Versuchen Sie doch nicht immer wieder, es falsch darzustellen. Wir sprechen nicht von Polizisten, wir sprechen nicht von Lehrern, wir sprechen nicht von Menschen, die draußen wirklich Dienst tun, z. B. in der Finanzverwaltung oder in den Geschäftsstellen der Justiz, sondern wir sprechen über den Aufwuchs in den Ministerialkapiteln, in den Ministerbüros. In der Hinsicht sollten wir uns insbesondere die von GRÜNEN geführten Ministerien sehr genau anschauen. In Rheinland-Pfalz gab es ja einen interessanten Vorgang um die dortige grüne Umweltministerin.

Der Aufwuchs im Ministerialkapitel des Einzelplans 06 ist enorm: 15 Beamtenstellen im Jahr 2021 zusätzlich. Seit 2014 – wir wollen ja eine Kontinuität feststellen und Schwankungen aufgreifen – ist die Zahl der Stellen in diesem Bereich auf 69 angewachsen – von 329 Stellen insgesamt. Das Finanzministerium wächst munter, obwohl der IT-Bereich inzwischen herausgenommen wurde; das darf man nicht vergessen. Gleichwohl werden auch für das nächste Jahr – wir haben das in der kursorischen Lesung nachgefragt – für den Bereich "Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes" wieder neue Stellen im Finanzministerium geschaffen.

Damit wir uns richtig verstehen: mehr Personal vor Ort Ja, aber in den Ministerien Nein.

An der Stelle muss man sich auch einmal die Landesbetriebe ansehen. Sie kommen etwas zu kurz, aber sie wachsen gedeihlich. Die HZD gedeiht prächtig. Man könnte sich auch einmal den Bereich Digitalisierung anschauen: Im LBIH werden sechs zusätzliche Stellen für das Projekt E-Justice geschaffen. Die Stellen werden aber nicht befristet. Der klassische Fall: Die Projektmittel sind befristet, die Stellen sind unbefristet; die Menschen sind auch nach dem

Auslaufen des Projekts noch da; der Personalkörper wächst. Eine super Haushaltspolitik.

Die Personalausgaben in Hessen wachsen nach der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024 auf 12 Milliarden € an. Werte Kolleginnen und Kollegen, das sind 40 % der Gesamtausgaben, die wir im Personalbereich haben. Zugleich sinkt die Investitionsausgabenquote auf 7,6 %. Der Finanzminister hat eine seiner letzten Pressekonferenzen mit "Beherzt investieren" überschrieben – die Titel variieren ja ständig. Wenn die Investitionsquote immer weiter sinkt, fragt man sich aber: Worin investiert diese Landesregierung eigentlich?

(Beifall Freie Demokraten)

Es werden die falschen Prioritäten gesetzt. Herr Reul, ich möchte Ihnen dafür ein kleines Beispiel geben. Lieber Kollege, Sie haben ja gefragt, wo man denn sparen könne. Nehmen wir als kleines Beispiel, das für den Umgang mit diesen Dingen symptomatisch ist und zeigt, wie die Ausgaben über die Jahre anwachsen, die Evaluierung der Leo-Projekte. Darüber wird medial sehr gern diskutiert. Die interessante Frage lautet: Hat sich dieser Ansatz gelohnt? Es gab Fehlentwicklungen, und eine Evaluierung ist dringlichst angemahnt. Das Ganze ist schon Monate her. Unter Corona-Bedingungen läuft einiges unter dem Radar durch: Ich nenne das Beraterkonglomerat, mit dem die Vergaberegeln ausgehebelt werden, die "Staatsholding" PD. Nach Monaten der Sichtung müssen weitere 2 Millionen € für Unteraufträge in den Haushaltsplan eingestellt werden, weil die Erkenntnisse immer noch nicht reichen. Ich bin, ehrlich gesagt, gespannt, ob die Evaluierung noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden kann. Wie gesagt: 2 Millionen € im nächsten Jahr. So geht es immer weiter: Beraterverträge, Evaluierungsverträge, Glücklichmachverträge, Untersuchungs- und Monitoringverträge.

Ich garantiere Ihnen: Wenn Sie die Etats der Ressorts durchforsten, werden Sie einiges dieser Art finden; besonders utopisch geht es in den grün geführten Ministerien zu. Die nächste Evaluierung und die dafür erforderlichen Projektmittel und neuen Stellen sind übrigens schon angedacht: für eine Neuausrichtung des HCC. Das HCC soll ebenfalls ein Landesbetrieb werden. Da gibt es übrigens hübsche Direktorenstellen, viele davon sehr gut besoldet.

Wir müssen uns in dieser Krise aber fragen: Macht all das Hessen zukunftsfähig? Sind das die richtigen Prioritätensetzungen? Eine solide Haushaltspolitik zeigt sich auch darin, wie man in Krisenzeiten wirtschaftet, indem man z. B. die Ausgaben senkt.

Hessen hat Rücklagen. Bei einem kleinen Haushalt wäre das das Sparbuch. Hessen hat dank seiner Bürgerinnen und Bürger sowie der Firmen Rücklagen. Wir haben zum einen die Konjunkturrücklage. Die haben wir im Nachtragshaushalt aufgelöst und 1 Milliarde € in den Haushalt eingestellt. Für den Haushalt 2021 stünde die allgemeine Rücklage für Zeiten der Not zur Verfügung. Diese könnte zur Minimierung der Kreditaufnahme verwendet werden. Bevor sich Herr Kaufmann, der heute nicht da ist, wieder aufregt: Dass dies möglich ist, zeigt ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung.

(Zurufe)

Wir haben uns heute Morgen auf dem Parkplatz getroffen.
Was wollen Sie von Schwarz-Grün im Jahre 2024 den Wählern präsentieren? Schauen wir uns die mittelfris-

tige Finanzplanung einmal genau an; denn diese enthält eine Ansage bis zur nächsten Wahl. Sie von Schwarz-Grün wollen die allgemeine Rücklage in Höhe von 600 Millionen € auflösen – aber nicht jetzt; denn jetzt werden erst einmal im Kernhaushalt Kredite aufgenommen, was sich in Corona-Zeiten gut begründen lässt. Aber im Wahlkampf 2023 werden Sie sagen: "Seht her, liebe Leute, 2024 wird es keine Schulden mehr geben."

Das ist keine solide Haushaltspolitik, lieber Herr Kollege Reul: in den Jahren 2021, 2022 und 2023 völlig losgelöst und auf Pump auf der Wolke "Sondervermögen" leben und dann einen auf Sparkommissar machen. Wir Freie Demokraten haben ein anderes Verständnis von einer seriösen Haushaltspolitik. Sie könnten nämlich auf die Zuführung aus dem Sondervermögen sehr gut verzichten. Sie nehmen neben den zulässigen 840 Millionen € im Kernhaushalt weitere 460 Millionen € auf, die Sie wiederum dem Kernhaushalt zuführen. Durch Ausgabenverzicht könnten Sie abschmelzen. Das wollen Sie aber nicht tun; denn Kredite aufzunehmen ist bequemer, als darüber nachzudenken, was man sparen könnte.

Eine solide Haushaltspolitik wäre also möglich – ich komme auf den Kernsatz zurück. Das zeigt auch, dass der Ansatz von FDP und SPD richtig war. Es ist nämlich Zeit für einen Kassensturz. Was hätte das Modell "Nachtragshaushalt II" gebracht, und was bietet das Sondervermögen? An Bewilligungen – es ist ja schön, wenn man die Zahlen nach einem Kassensturz sieht; denn Zahlen sind wunderbar, sie liegen vor – haben Sie 2020 1,2 Milliarden € ausgebracht, im Nachtrag noch einmal 2,9 Milliarden €. Verausgabt waren Anfang Oktober aber nur 1,5 Milliarden €. Sie hätten sich also im Rahmen eines einstimmig gefassten Beschlusses des Landtags vom März bewegt, der Ihnen Ausgaben in Höhe von 2 Milliarden € zur Bekämpfung der Pandemie zugebilligt hat. In diesem Jahr wären daher alle Ausgaben abgedeckt gewesen. Es hätte kein schnelles, gewaltiges, massives Sondervermögen - so haben Sie es formuliert gebraucht. Es hätte vor allen Dingen keinen verfassungswidrigen Schattenhaushalt gebraucht. Werte Kollegen, die Zahlen sprechen eine klare Sprache.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

Zum Bereich der Kommunalfinanzen müssen Sie zunächst einmal darlegen, wie Sie die Vereinbarung der Landesregierung mit den Kommunalen Spitzenverbänden konkret umsetzen wollen. Auch darauf sei der Fokus gerichtet. Da fehlt es nämlich noch an einem konkreten Werk. Am Donnerstag steht das Finanzausgleichsgesetz zur Diskussion. Mal schauen, ob dann Anträge gestellt werden.

Aber, werte Kollegen von Schwarz-Grün, bei der Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände im Landtag wurde eines ganz klar: Sie können noch so tolle Vereinbarungen treffen, der Druck auf dem Kessel ist bei der Finanzierung der Kinderbetreuung sehr hoch. Das Land ist hier gefordert. Die Kommunen sind nicht an der Grenze, sondern sie sind schon jenseits ihrer Leistungsfähigkeit. Das sind Zukunftsaufgaben, und da müssen Sie Ihre Prioritäten setzen. Hier müssten Investitionen fließen, statt sich immer auf Pauschbeträge zurückzuziehen.

Lassen Sie mich schließen. Sie wollten noch einen kostenlosen Rat haben, wie Sie Geld sparen können. Das sollten Sie nicht für Landeskampagnen ausgeben, in denen es um das Maskentragen geht; die Leute, die Bus fahren, wissen nicht mehr, welche Kampagne es eigentlich ist, die ihnen jetzt etwas erklärt. Dafür brauchen Sie keine Millionenbeträge auszugeben. Investieren Sie in die Kinder, investieren Sie in Zukunftsaufgaben, und dann können wir mit Sicherheit solchen Haushaltsansätzen eher nahetreten. Aber so bleibt es unseriöse Handwerkstechnik. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und Robert Lambrou (AfD))

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Frau Schardt-Sauer. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Schalauske zu Wort gemeldet.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir heute über den Einzelplan des Hessischen Ministeriums der Finanzen, den Einzelplan der Allgemeinen Finanzverwaltung und auch den der Staatlichen Hochbaumaßnahmen debattieren, sollten wir zunächst – das haben einige Vorredner getan – auf die milliardenschwere Kreditaufnahme in Form des Sondervermögens zu sprechen kommen.

In der gestrigen Generaldebatte – darüber habe ich noch ein bisschen nachgedacht – hat Ministerpräsident Volker Bouffier gesagt, er hätte sich nie träumen lassen, einmal von der Linkspartei die Zustimmung für sein politisches Handeln zu bekommen. Ich möchte das einmal umdrehen: Ehrlich gesagt, auch ich hätte mir nie träumen lassen, dass ausgerechnet die zwei Parteien, die uns jahrelang gepredigt haben, Schulden zu machen sei des Teufels, die die knausrige schwäbische Hausfrau zum ideologischen Vorbild allen fiskalpolitischen Handelns verkehrt haben, ihre fiskalpolitischen Grundsätze in der Krise über Bord werfen würden. Das hätte ich mir nicht träumen lassen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt AfD)

Aber das Abenteuerliche ist die Behauptung von Ministerpräsident Volker Bouffier, dass es nur das solide Wirtschaften der letzten Jahre jetzt ermöglichen würde, eine solche Kreditaufnahme zu tätigen. Das ist doch wirklich abenteuerlich. Von einst 42 Milliarden € Landesschulden haben Sie in den letzten Jahren lediglich 800 Millionen € abgebaut. Wie diese Minimalleistung – die ich im Übrigen nie für besonders sinnvoll gehalten habe – nun ermöglichen soll, dass man Kredite in Höhe von 12 Milliarden € aufnehmen kann, geht auf eine Rechnung zurück, die sich mir nicht erschließt und die wahrscheinlich nur eine Funktion erfüllt: Ihr schwarz-grünes schlechtes Gewissen zu besänftigen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Jetzt weiß ich, dass es manch einem in der CDU besonders schwerfällt oder besonders wehtut. Aber das ist doch klar: Wenn CDU und GRÜNE in der Krise endlich einsehen, dass man – Zitat Ministerpräsident Bouffier – "ohne Neuverschuldung nichts machen kann", sind wir die Letzten, die sich diesem Erkenntnisgewinn verschließen oder ihn kritisieren, auch wenn wir die Sorge haben, dass er nicht von besonderer Dauer ist. Der Haushaltsentwurf zeigt doch eindeutig: Ohne die Kreditaufnahme über das Sondervermögen wird es gar nicht gehen.

Aber – das ist auch sehr wichtig in diesem Zusammenhang – es geht nicht allein um das Sondervermögen. Die Landesregierung plant darüber hinaus, weitere Kredite in Höhe

von 840 Millionen € aufzunehmen, und sie hat 250 Millionen € ungedeckte globale Minderausgaben eingeplant. Allein im laufenden Jahr rechnet die Landesregierung in der Finanzplanung mit einem negativen Finanzierungssaldo von 3 Milliarden €, und im nächsten Jahr sind es dann noch einmal 770 Millionen €.

Angesichts dieser groß angelegten Kreditaufnahme, die wir LINKE, wie übrigens viele andere Ökonomen auch, alles andere als verwerflich finden, betont Finanzminister Boddenberg doch allen Ernstes, dass die Schuldenbremse weiter gilt. Sie bestehen darauf, dass die Regeln der Schuldenbremse im Grunde, eigentlich, überhaupt, ganz grundsätzlich und generell weiter gelten würden. Wissen Sie, was? Ich glaube, die Zahlen erlauben eine andere Interpretation. Die Schuldenbremse, die Sie jahrelang propagiert haben, ist krachend gescheitert. Das zeigen die Entwicklungen in diesem Jahr.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist doch völlig klar: In der Krise ist mit einem Verbot der staatlichen Kreditaufnahme überhaupt kein Staat zu machen. Blicken wir noch einmal auf die mittelfristige Finanzplanung: Bis 2024 veranschlagen Sie 1,5 Milliarden € an Globalpositionen. Das sind ungedeckte Schecks. Im Jahr 2024 wollen Sie endlich wieder Ihre ach, so geliebte schwarze Null erreichen, allerdings auch nur durch eine globale Minderausgabe von 450 Millionen € und eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 400 Millionen €. Auch dabei wollen Sie uns erklären, die Schuldenbremse gelte weiter. Ich glaube, diese Zahlen zeigen, dass Ihre Interpretation eher dazu dient, Ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen, statt der Realität standzuhalten.

Für uns LINKE ist völlig klar: Wir haben aus vollster politischer Überzeugung der Aussetzung der Schuldenbremse und der Einrichtung eines Sondervermögens zugestimmt. Wir werden auch dafür kämpfen, dass das der Anfang vom Ende der Schuldenbremse sein wird.

(Beifall DIE LINKE)

Damit es da kein Missverständnis gibt: Falsch finden wir, dass Sie bereits 2021, also mitten in der Krise, von der wir alle nicht wissen, welche fiskalischen Auswirkungen sie in den kommenden Jahren noch haben wird, mit der Schuldentilgung beginnen wollen. Es steht zu befürchten, dass genau diese Mittel dann für andere wichtige Ausgaben fehlen werden. Wenn Sie jetzt schon davon sprechen, dass Sie mittelfristig wieder konsolidieren wollen, schwant uns Böses. Deswegen sagen wir, dass wir auch künftigen Kürzungsprogrammen massive Ablehnung und massiven Widerstand entgegensetzen werden.

(Beifall DIE LINKE)

Auf jeden Fall bleibt aber meine Freude darüber ungetrübt, dass sich Ministerpräsident Volker Bouffier jetzt, in der Krise, alte linke Erkenntnisse zu eigen gemacht hat, nämlich, dass es falsch sei, in der Krise zu sparen. Ich finde, das ist eine interessante Entwicklung. Ministerpräsident Bouffier, der alte Keynesianer, muss sich ausgerechnet in dieser Frage der Kritik der SPD erwehren, die den Märchen der Neoliberalen auf den Leim gegangen ist und jetzt gemeinsam mit der FDP gegen öffentliche Kredite wettert. Aber geschenkt.

(Zurufe SPD und Freie Demokraten)

Wir sind der Meinung, in der Krise darf sich ein Gemeinwesen nicht zu Tode sparen. Es muss aktive Konjunkturpolitik betreiben, und das muss auch das Land tun. Es muss die Konjunktur wieder anschieben. Nicht nur das: Wir sollten Hessen sozialer, gerechter und ökologischer machen.

(Beifall DIE LINKE)

Bei diesem Anspruch enden auch die Gemeinsamkeiten von CDU und GRÜNEN. Wäre Holger Bellino jetzt da, würde er tief durchatmen; denn CDU und GRÜNE schaffen es trotz eines Sondervermögens von 12 Milliarden € für die nächsten Jahre nicht, Hessen von einer eingefahrenen Straße auf ein neues Gleis zu setzen. Der Sinn und Zweck des Sondervermögens scheint vor allem CDU und GRÜNE über die Legislaturperiode zu retten. Das ist aber zu wenig für die hessischen Bürgerinnen und Bürger, die sich ein gut entwickeltes Gemeinwesen wünschen.

Wir, DIE LINKE, haben bereits im Frühjahr einen Plan für einen Neustart aus der Krise vorgelegt. Wir haben Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt und zum Sondervermögen eingebracht, und wir haben deutlich gemacht, dass es noch ganz anderer Hebel bedarf, um einen Neustart in Hessen hinzubekommen.

Auch dieser Haushaltsentwurf zeigt: Es fehlt nach wie vor an Investitionen in Schulen, in bezahlbare Wohnungen, in Krankenhäuser, in erneuerbare Energien und auch in die Verkehrsinfrastruktur, genauso wie wir jetzt zwar Hilfen für Großkonzerne und größere Unternehmen organisieren, aber noch immer nicht alle von der Pandemie Betroffenen die Hilfe bekommen, die sie benötigen.

Wir wollen auch nicht, dass, wie es die Bundesregierung macht – ich fürchte, mit Zustimmung der Landesregierung –, Luftfahrtkonzerne gerettet werden, die anschließend Zehntausende Beschäftigte auf die Straße setzen. Wir wollen, dass öffentliche Gelder, wenn es sie gibt, genutzt werden, um die Demokratie auch in der Wirtschaft auszubauen, die Mitbestimmung zu fördern und den so dringend benötigten sozial-ökologischen Umbau einzuleiten. Wir wollen einen Weg aus der Krise in eine Zukunft, in der wir soziale Ungleichheiten und Klimakrise überwinden. Die Zeit für einen Neustart ist reif. Ein Blick auf Ihre Haushaltsplanungen zeigt, dass Sie einen solchen Neustart leider nicht ermöglichen.

Interessant ist: Wenn man sich Ihre Haushaltsplanungen anschaut, stellt man fest, dass die schwarz-grüne Landesregierung endlich, nach vielen Jahren, eingesehen hat, dass Personalabbau im öffentlichen Dienst einem funktionierenden Gemeinwesen nicht sonderlich guttut, sondern ihm schadet. Von den Personalabbauprogrammen, die noch vor einigen Jahren bei Ihnen sehr gewünscht waren, findet sich in Ihren Haushaltsplanungen gegenwärtig nichts. Wir glauben aber – das werden wir mit unseren Änderungsanträgen zur dritten Lesung deutlich machen –, dass es an der einen oder anderen Stelle auch bei der Personalplanung noch einen erheblichen Mehrbedarf gibt.

Einen Neustart braucht nicht nur Hessen insgesamt, sondern den braucht auch die Finanzierung der Kommunen: der Kommunale Finanzausgleich. Wenige Jahre nach dem Alsfeld-Urteil des Staatsgerichtshofs muss die Landesregierung feststellen, dass der KFA den Kommunen in der Krise keine verfassungsgemäße Finanzierung mehr gewährleisten würde. Sonst müsste man nicht in diesem Maße nachjustieren. Herr Kollege Reul, insofern finde ich, dass die Übereinkunft mit den Kommunen nicht etwas ist,

worauf man aus Regierungssicht so besonders stolz sein sollte. Vielmehr ist das eine schlichte Notwendigkeit, um die Kommunen in dieser schweren Krise nicht im Regen stehen zu lassen.

Unabhängig von dieser Einigung, die auch wir im Grundsatz begrüßt haben, zeigt sich, dass bei der Finanzierung der Kommunen insbesondere für die nächsten Jahre noch einige Fragen offenbleiben und dass weiterhin die Sorge besteht, dass die Kommunen in den nächsten Jahren wieder zu einem praktischen Kürzen gezwungen sein werden. Zumindest bei mir sind die Erinnerungen an die durch die Landesregierung erzwungenen Kürzungen in den vergangenen zehn bis 15 Jahren noch zu frisch, als dass ich besonders optimistisch in die Zukunft schauen würde.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Schalauske, ich weise auf die Redezeit hin.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Ja. – Im Zusammenhang der Allgemeinen Finanzverwaltung sprechen wir auch über die Frage, wie man Haushalte besser und gerechter finanziert. Sie kennen die innovativen Vorschläge der LINKEN. In der Krise kann man sich eine alte Idee der CDU, nämlich die des Lastenausgleichs, zu eigen machen, oder man kann eine einmalige Vermögensabgabe vornehmen, um die Reichen und Superreichen angemessener an den Krisenkosten zu beteiligen.

Vielleicht wäre das ein Tipp an die hessische CDU: Richten Sie doch dem Vorsitzenden Ihrer Bundestagsfraktion, Herrn Brinkhaus, aus, dass die Länder auch gern einen Anteil von dieser Abgabe hätten; dann müsste man sich auch nicht an anderer Stelle streiten.

Wir sind also der Meinung, die Kosten der Krise sollen die Schultern derjenigen tragen, die besonders stark sind. Im Übrigen, da wir auch über den Einzelplan 18 reden: Das zeigt auch, auf PPP-Projekte können wir verzichten. Die Leo-Evaluierung wird aus unserer Sicht, wenn sie vernünftig angelegt ist, nur zeigen, dass diese Projekte dem Land Hessen geschadet haben. Wenn man etwas einsparen kann, dann sind es öffentlich-private Partnerschaften. Sie nutzen vor allem privaten Investoren und schaden der öffentlichen Hand. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Schalauske. – Für die Landesregierung bitte ich Herrn Staatsminister Boddenberg um das Wort.

Michael Boddenberg, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank zunächst einmal für die, wie ich finde, trotz aller Meinungsunterschiede sehr sachliche Debatte. Ich will einen Kollegen der Opposition herausgreifen. Herr Weiß, wir beide kennen uns seit vielen Jahren aus den unterschiedlichen Aufgabenfeldern im Parlament. In der neuen Rolle als Finanzminister – ich mache das jetzt seit acht Monaten – habe ich Sie und einige andere Haushaltspolitiker etwas näher kennenlernen dürfen. Ich glaube, Sie alle in diesem Haus kennen Herrn Weiß als jemanden, der sehr scharfzün-

gig und ironisch sein kann und manchmal gerade noch an der Grenze zum Zynismus stehen bleibt. Aber ich würde sagen, es ist eine sehr faire Auseinandersetzung.

Dafür möchte ich einmal Danke sagen. Das sage ich nicht, um die Stimmung in irgendeiner Form zu beeinflussen, sondern ich will damit ausdrücken: Das ist eine der Erfahrungen, die ich so nicht erwartet hätte, und das darf man zu Beginn einer solchen Debatte auch einmal sagen.

(Beifall CDU und SPD)

Herr Weiß, ich weiß nicht, ob Ihnen das jetzt in Ihrer Fraktion schadet. Mir schadet das Lob von Herrn Schalauske auch nicht, jedenfalls nicht so, dass ich es wahrnehme. Insofern glaube ich, unter Demokraten muss es auch einmal möglich sein, dass man außerhalb der Tagesordnung Dinge sagt.

Ich will noch etwas sagen – das ist eine Erfahrung, die ich erst recht gemacht habe –: In diesen Tagen, heute und auch schon gestern, ist über den Haushalt insgesamt, aber auch über die Einzelpläne in der Sache zu Recht gestritten worden. Das ist die Aufgabe eines Parlaments. Aber ich will aufgrund meiner neuen Sicht durch die Brille des Finanzministers und aus den Chefgesprächen sagen – das sind, wie Sie wissen, die Gespräche, die man zur Haushaltsaufstellung mit den Kolleginnen und Kollegen der Ressorts zu führen hat –: Eines ist mir nicht aufgefallen, nämlich, dass es einen Kollegen oder eine Kollegin gibt, der oder die zu mir gekommen ist und gesagt hat: Eigentlich habe ich etwas zu viel in den Budgets. Kannst du noch irgendwo etwas zurücknehmen?

Ich glaube, niemand von Ihnen wird erwarten und unterstellen, dass ein Wirtschaftsminister oder eine Umweltministerin – ich nenne diese, weil sie gerade hier sitzen – kommen und sagen wird: Wir haben da Ausgabenpositionen, die wir eigentlich nicht brauchen.

Jetzt einmal im Ernst: Frau Schardt-Sauer versucht regelmäßig, den Eindruck zu vermitteln nach dem Motto: "Man müsste einmal in der Verwaltung sparen" – Aufgabenkritik. Frau Schardt-Sauer, ich kann auch nach dieser Debatte nicht feststellen, dass Sie an irgendeinem Punkt wirklich konkret geworden sind, was in dem Haushalt des Landes Hessen spürbar zu einer Entlastung führen würde. Sie kommen dann mit "drei Mitarbeitern in irgendeinem M-Büro" oder ähnlichen Kalibern an, aber dieser Vorwurf ist sehr abstrakt.

Wenn Sie Herrn Al-Wazir in Chefgesprächen oder wo auch immer – ich gehe davon aus, auch in der kursorischen Lesung – fragen: "Brauchen Sie das, das oder das?", wird er und werden die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, glaube ich, in aller Regel gute Gründe vortragen, warum wir glauben, dass man ein Mehr an Personal braucht, warum man – ich nenne jetzt einmal – in der Straßenbauverwaltung, in der Digitalisierung oder in der Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitskonzepts der Landesregierung durchaus personell verstärken muss.

Ich darf für "meinen" Verantwortungsbereich – Einzelplan 06, Finanzministerium und nachgelagerte Behörden – sagen: Meine Fantasie ist jedenfalls auch in den ersten acht Monaten nicht deutlich gewachsen, wo es möglich ist, beispielsweise in der Steuerverwaltung, massiv Personal abzubauen und einzusparen. Ich sage im Gegenteil hin und wieder etwas salopp: Das ist der einzige Teil der Verwaltung, der für Umsätze sorgt. – Das sind nämlich diejenigen,

die dafür sorgen, dass Steuern, die wir in Gesetzen festgelegt haben, tatsächlich auch gezahlt werden. Da, wo sie nicht gezahlt werden und wo es Interpretationsspielräume gibt – beispielsweise im Streit mit Unternehmen und deren Beratern –, braucht man eine Steuerverwaltung, die a) quantitativ gut ausgestattet ist und b) vor allem qualitativ gut ausgestattet ist. Sie muss Anforderungen, die sich teilweise rasant entwickeln – auch in der steuerlichen Bewertung – und nicht weniger werden, sondern dramatisch gestiegen sind, in vielen Branchen gerecht werden. Insofern, glaube ich, ist eine Stellenhebung aus dem mittleren Dienst in den gehobenen Dienst in diesem Bereich für einige Hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur angebracht, sondern dringend erforderlich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe damit schon nicht mehr auf das eigene Haus ein. Ich will sagen: Sie können in der Beratung jedes Einzelplans jede Frage stellen und jeden Punkt kritisieren, aber eben nicht kritisieren, dass Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts nicht für "ihre" Verantwortlichkeiten mit dem Finanzminister gestritten hätten. Das ist ein Streit, der sein muss, weil am Ende des Tages die Gesamtverantwortung dafür, dass wir auch nach einer solchen Krise irgendwann und möglichst bald wieder in die Situation kommen, die wir vor der Krise hatten, natürlich bei der Landesregierung insgesamt, aber vor allem beim Finanzminister liegt.

Herr Schalauske – ich glaube, Sie haben es gesagt –, es ist falsch, dass wir gerade einmal 800 Millionen € getilgt hätten. Wir haben seit 2016 3 Milliarden € zur Seite gelegt bzw. in Tilgung gesteckt. Ja, da können Sie jetzt einmal schauen; vielleicht revidieren Sie dann auch das, was Sie hier vorgetragen haben. Immerhin sind es 3 Milliarden € in vier Jahren, von 2016 bis 2019, in Form von Rücklagenbildung – Konjunkturrücklage; ich glaube, wir hatten im Ausschuss darüber gesprochen, wo der Unterschied zwischen konjunkturellen Rücklagen und Rücklagen außerhalb der konjunkturellen Rücklagen ist –, Altersvorsorge und Tilgung.

Ich sage Ihnen eines sehr deutlich, und das ist eine klare Ansage an Sie: Daran wird sich in meiner Position kein Millimeter ändern. Das muss die Politik sein, zu der wir möglichst schnell zurückkehren müssen.

(Beifall CDU)

Da gibt es kein Vertun bei der CDU und bei dieser Koalition und, ich hoffe, übrigens auch bei denjenigen, die seinerzeit die sogenannte Schuldenbremse durch die Befragung der Hessinnen und Hessen zu der Verfassung mit implementiert haben. Ich sehe übrigens auch im Bund niemanden, der davon weg will, bis hin zum Bundesfinanzminister, der hier häufig von der SPD gelobt wird, dem ich auch hin und wieder – Herr Weiß – Danke sage, bei dem ich mit manchem aber auch nicht einverstanden bin. Das könnten wir jetzt an den Soloselbstständigen festmachen. Aber alle, die ich dort kenne, die in Verantwortung sind, sagen: Wir müssen sehr schnell wieder auf den Konsolidierungspfad zurückkommen.

Deswegen stellt sich für mich und für uns in dieser Krise ein Dreiklang dar, auch was die Vorgehensweise und die Verantwortlichkeiten der Politik anbelangt. Der erste Teil ist natürlich die Krisenbewältigung. Ja, da sind wir häufig noch Feuerwehr und nicht dabei, neue Brandschutzkonzepte zu entwickeln. Wir sind in vielen Dingen, die dort passieren, immer noch ungeübt, weil sie so schnell auf uns zu-

kommen und anders sind, als wir sie vor zwei Wochen noch erwartet hatten.

Das zweite Teil: Wir müssen den Menschen draußen Stabilität und möglichst viel Sicherheit vermitteln und ihnen vermitteln, dass wir einen Plan haben, auch wenn dieser Plan ständig nach- und neu justiert werden muss. Aber vom Grundsatz her können und dürfen wir den Menschen auch Sicherheit und Stabilität vermitteln. Wir sind nämlich in der Bundesrepublik Deutschland und allem voran in Hessen in der Lage – Herr Weiß, da bin ich in der Grundposition, nicht in den Formulierungen, mit dem Bundesfinanzminister einig –, das, was wir gerade machen, auch zu stemmen und damit zu verantworten.

Der dritte Teil ist, dass wir in die Zukunft schauen müssen. Es gibt hoffentlich möglichst bald eine Zeit nach der Krise. Schauen Sie bitte mit mir gemeinsam in den Haushalt 2021 und in die mittelfristige Finanzplanung, und Sie werden einige glasklare Schwerpunktsetzungen dieser Koalition entdecken. Zum einen werden Sie dort entdecken, dass wir den Koalitionsvertrag weiterhin, auch in der Krise, aufrechterhalten – mit wenigen Einschränkungen. Sicherlich kann man in der mittelfristigen Finanzplanung sehen und auch sagen: Da könnte es ein bisschen langsamer sein. – Aber im Grunde wollen wir bei dem bleiben, was wir in drei Wochen intensiver Verhandlungen vor zwei Jahren verabredet haben.

Was heißt "Schwerpunktbildung"? Ja, das heißt: Schwerpunkt Digitalisierung. Man kann es fast nicht mehr hören, aber ich bin damit einverstanden, wenn wir "mea culpa, mea culpa" rufen, Asche auf das eigene Haupt streuen und sagen: Deutschland insgesamt ist in der Digitalisierung sicherlich nicht dort, wo es sein könnte. - Aber hin und wieder erlaube ich mir eine Bemerkung. Andere sind weiter als wir, ja, das stimmt - Nordamerika in Teilen. Wir reden dann über Albanien und solche Exoten. Ja, das kann man im Vergleich auch machen, aber ich vergleiche uns mit anderen Volkswirtschaften. Ja, da gibt es Regionen, die sicherlich weiter sind. Aber ob ich in den Regionen, in denen die Digitalisierung prosperiert, in den USA, leben wollte, das lasse ich einmal dahingestellt. Da ist ein Digitalisierungswahn häufig fast in einer Art und Weise entstanden, dass ich glaube, dass es hin und wieder Sinn ergibt, einmal kurz innezuhalten und zu überlegen, ob das alles so richtig ist, wie das läuft - übrigens auch, was die Entwicklung der Wirtschaft anbelangt.

Trotzdem: Digitalisierung hat ganz viele Vorzüge – einverstanden –, über die wir hier schon häufig gesprochen haben und wo wir besser und schneller werden müssen. Das gilt auch für Hessen, aber mit allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland im Verbund.

Ich und wir haben die Klimakrise nicht vergessen, und sie kommt so sicher wie das Amen in der Kirche – das darf ich als Christ vielleicht sagen – auf uns zu. Das wird auch in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich, und das mit Recht. Ich bin heilfroh – das darf man auch einmal parteipolitisch sagen, auch aus der Provinz herausrufen –, dass in Nordamerika, in den Vereinigten Staaten, jetzt ein Präsident ins Amt eingeführt wird, der wieder einen deutlich anderen Schwerpunkt setzen wird als der Ignorant, der es im Amt bisher versäumt hat, die richtigen zentralen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ja, wir werden nach der Krise sicherlich wieder eine ganz rasante Entwicklung in allen Teilen der Mobilität haben. Das hat auch mit Klimaschutz zu tun. Aber es hat vor allem mit Versorgungslagen, insbesondere im ländlichen Raum, zu tun. Dort setzen wir mit dem Haushalt, wie ich finde, sehr klare und deutliche Schwerpunkte. Jetzt kann man über den Landesstraßenbau reden und über die 180 Millionen € – oder wie viele es in Summe sind –; man kann das kleinmachen. Man kann aber auch einmal darüber reden, dass über die Frage der Verkehrsträger – bei uns jedenfalls – nicht mehr schwarz-weiß, sondern immer im Verbund und trägerübergreifend diskutiert und implementiert wird. Ich finde, da sind wir an vielen Stellen auf einem guten Weg, insbesondere was die digitalen Hinterlegungen der Verkehrssteuerung anbelangt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will die Demografie und den ländlichen Raum nur noch einmal erwähnen, weil ich glaube, dass uns diese Themen in den nächsten Jahren wieder massiv begegnen werden, dass die Menschen nämlich, was die Lebenssituation in den städtischen Milieus und im ländlichen Raum anbelangt, weiterhin viele Forderungen an die Politik haben werden – völlig zu Recht.

Als Frankfurter wiederhole ich das, was ich häufig auch in Frankfurt sage: Wenn wir im ländlichen Raum einen guten Job machen, lösen wir damit mittelbar und eigentlich auch unmittelbar viele Probleme der größeren Städte, des Ballungsraums und der Stadt Frankfurt am Main.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will nur noch einmal daran erinnern – das wissen alle –, dass Hessen, als internationaler Standort in Deutschland seinesgleichen suchend, davon abhängig sein wird, wie sich Europa weiterentwickelt. Nach dem Brexit wird sich unter anderem die Finanzdienstleistungsindustrie, aber nicht nur die, mit dieser neuen Situation auseinandersetzen müssen.

Diese Landesregierung – ich eingeschlossen, aber auch der Wirtschaftsminister und die Europaministerin – ist dort regelmäßig in Gesprächen mit den Playern – wie man das neudeutsch sagt –, um über die Frage zu reden: Was passiert, wenn es keinen Vertrag zwischen Großbritannien und der Europäischen Union gibt? Im Zusammenhang mit der großen Finanzkrise, in der Zeit von 2009 bis 2011/2012, haben wir Regeln aufgestellt, die sich in dieser aktuellen Krise teilweise als zu starr darstellen.

Auch jetzt reden wir bereits regelmäßig in Brüssel mit den in der Kommission Verantwortlichen darüber, ob wir dort nicht neue Instrumente, neue Bewertungen und neue Risikobewertungsmaßstäbe entwickeln müssen, um in einer solchen Krise nicht die Kreditfähigkeit der Branche, die es am Ende stemmen und leisten muss, so einzuschränken, dass wir aus dem Konjunkturloch nicht herauskommen.

Ich deute hier nur an: Auch während dieser Krisenzeit gibt es ziemlich viele sehr umfängliche und sehr komplexe Jobs, die wir erledigen müssen, und das machen wir. Aber, um es wieder auf den Punkt zu bringen – wir sind in der Haushaltsdebatte –: Wir verlieren dabei nicht aus den Augen, dass über den Haushalt und darüber, was uns die Steuerzahler an Steuermitteln zur Verfügung stellen, damit wir ordentlich damit umgehen, auch in dieser Woche mit einer glasklaren Zielsetzung zu diskutieren ist.

Von unserer Seite gibt es eine klare Aussage: Wir müssen möglichst schnell wieder zu der – ich nenne sie weiterhin so, dann weiß jeder, was gemeint ist – schwarzen Null kommen. Wir planen das für das Jahr 2024, und ich sage Ihnen: Das wird ganz viel Kraft kosten, und es wird hier ganz viele Debatten über die richtigen Prioritäten kosten. Aber ich hätte es hin und wieder einfach gerne ein bisschen konkreter. Ich habe es eben an einigen Beispielen von Frau Schardt-Sauer dargelegt. Ich will gar nicht mehr in den Streit einsteigen, den Sie heute über das Sondervermögen – ja oder nein – geführt haben. Darüber streiten wir vor dem Staatsgerichtshof. Schauen wir einmal, was dabei herauskommt.

Ich gehe nicht so weit wie Frau Faeser, die gestern schon, bevor überhaupt eine erste Sitzung stattgefunden hat –

(Nancy Faeser (SPD): Ich sitze hier!)

- Ach, sie ist da; hallo. – Ich gehe nicht so weit und sage, dass ich schon vorher weiß, wie es ausgeht. Frau Faeser hat gestern, glaube ich, von "Verfassungsbruch" gesprochen, oder sie hat es ähnlich formuliert. Ich glaube, wir sollten gute Rechtsstaatler sein. Mal schauen, was der Staatsgerichtshof dazu sagt. Ich bin zuversichtlich. Mehr sage ich dazu nicht.

(Nancy Faeser (SPD): Es gibt uns sehr zu denken, dass der Finanzminister jetzt schon zuversichtlich ist!)

Aber ich sage Ihnen auch: Ich glaube, es lohnt sich, an anderer Stelle zu streiten – gerne auch vor dem Staatsgerichtshof. Aber die anderen Prioritäten, die wir setzen, sind Krisenbewältigung. Gleichzeitig schauen wir aber mit Zuversicht und Kraft nach vorne. – Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit haben wir die Einzelpläne 06, 17 und 18 abgearbeitet.

Ich rufe nun den

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen –

auf. Die Debatte eröffnet Herr Eckert für die SPD-Fraktion.

(Stephan Grüger (SPD): Guter Mann!)

Tobias Eckert (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsplan ist in Zahlen gegossene Politik und zeigt in wesentlichen Punkten auf, was im nächsten Jahr politisch im Land gestaltet werden soll. So weit zumindest die Theorie. Wegen des schuldenfinanzierten Schattenhaushalts gilt das in Hessen nicht.

Im Einzelplan 07 findet sich viel laufendes Geschäft. Neue Projekte: größtenteils Fehlanzeige. Transparenz, Offenheit und klare Gestaltung unseres Landes: bei Schwarz-Grün Fehlanzeige.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, Wohnen ist und bleibt ganz weit oben auf der politischen Agenda in Hessen: bezahlbares Wohnen für Jung und Alt in Stadt und Land, Ermöglichung der Barrierefreiheit im Bestand, Voranbringen sozialer Quartiere usw. Die Liste für den Wohnungsbauminister wäre mehr als lang. Wenn es in unserem Land vorangeht, dann ganz oft aufgrund von Initiativen, die von der Opposition und mit gesellschaftlichen Gruppen organisiert werden, z. B. bei der Nachwirkungsfrist bei vorzeitiger Ablösung von Darlehen. Das klingt super sperrig, aber es ist tatsächlich etwas, was in den Problembereichen der Wohnungsnot konkret hilft.

(Beifall SPD)

Stichwort: bezahlbares Wohnen, studentisches Wohnen in Hessen. Kollegin Dr. Sommer hat letztens mit Anfragen herausgefunden: Wenn Sie sich anschauen wollen, wo sich etwas verbessert hat und wo etwas hinterherhinkt, dann suchen Sie Hessen auf dieser Tabelle am besten ganz weit hinten; denn dort finden Sie es am schnellsten, weil sich gerade im Bereich des studentischen Wohnens zu wenig tut.

Sie sehen, die Palette ist breit gefächert; und da müsste ein Wohnungsbauminister richtig etwas leisten.

(Beifall SPD)

Dann würde es beim Verbot von spekulativem Leerstand in Hessen richtig vorangehen. Wann kommt in Hessen endlich das notwendige Zweckentfremdungsverbot? Meine Damen und Herren, Baustellen im Bereich des Wohnens gibt es, weiß Gott, genug. Wenn es eines nicht braucht, dann ist es Eigen-PR, Herr Minister, sei es mit dem Großen Frankfurter Bogen oder Ähnlichem. Am Ende geht es darum, dass echtes Handeln gefragt wäre.

(Beifall SPD)

Wenn Sie als Minister im Bereich des Wohnens bisher als Minderleister performen, sieht es bei Ihnen als grünem Minister im Bereich der Energiewende vielleicht besser aus. Aber auch dort sind die Herausforderungen mit Händen zu greifen. Bei der Erzeugung, in vielen infrastrukturellen Fragen – in all diesen Bereichen müsste sich gemäß Ihrem Slogan "Grün wirkt" etwas tun. Immerhin reden Sie von der Energiewende. Wie sieht es aber in Hessen aus? Herr Minister, der Energiemonitoringbericht 2020 ist ein Ausweis Ihres Scheiterns beim Thema Windkraft.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass 2019 in Hessen lediglich vier – ich betone: vier – neue Windenergieanlagen in Betrieb genommen wurden. Im Jahr davor waren es 76 Anlagen. Ein FDP-Minister hätte das nicht besser hinbekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Auch wenn der hessische Wirtschaftsminister in diesem Bereich so gern mit dem Finger auf andere zeigt, ist dieses Problem in Hessen hausgemacht, Herr Al-Wazir. Im Haushalt stehen Mittel für die LEA und für mehr Personalstellen, aber auf Fragen zur Leistungsfähigkeit und Effektivität können Sie wenige bis keine Antworten geben. Einrichtungen wie das House of Energy finanzieren Sie nur mit europäischen Mitteln; eigene Mittel werden nicht eingesetzt – trotz der großen Bedeutung Nordhessens als Standort erneuerbarer Energien. Dies zeigt, wie unausgegoren und wenig stringent Sie das Thema Energiewende in Hes-

sen betreiben. Da könnte Hessen deutlich mehr leisten, als es bisher unter Ihrer Führung schafft.

(Beifall SPD)

Dem Verkehrsminister steht im neuen Jahr natürlich Großes ins Haus, da die Straßenbauverwaltung durch die Gründung der Bundesautobahngesellschaft vor großen Herausforderungen steht. Wichtig ist – Herr Minister, darauf werden wir sehr achten –, dass die freien Stellen bei Hessen Mobil nicht dem Streichkonzert des Finanzministers geopfert werden, sondern dass wir diese als Land in den kommenden Jahren nutzen, um unsere Mobilitätsverwaltung endlich personell zu stärken. Unsere Anträge hierzu haben Sie, Schwarz-Grün, in der Vergangenheit leider immer abgelehnt. Das war falsch.

(Beifall SPD)

Wir brauchen mehr Ingenieurinnen und Ingenieure. Wir brauchen viele Fachleute auf allen Ebenen, um zügiger zu planen und besseren Service anbieten zu können, auch in Bezug auf Fragen rund um die Förderung von Mobilität insgesamt im Land. Der Haushalt zeigt insgesamt aber eine Ambitionslosigkeit für das kommende Jahr.

(Beifall SPD)

Ihre Zahlen für den Radwegebau 2021 sind mehr als müde. Dass Sie das ernsthaft feiern wollen, zeigt, wie weit weg Sie von den tatsächlichen Herausforderungen im Land sind.

(Beifall SPD)

Sie bleiben auch weit hinter den Erfordernissen zurück, welche Investitionen es in den Landesstraßenbau bräuchte, um wenigstens den Wert des Infrastrukturvermögens zu erhalten. Herr Al-Wazir, Sie verweigern dem Parlament – wir haben das ganz oft nachgefragt – beharrlich die Aussage, wie viel Prozent des Landesstraßennetzes zu Beginn Ihrer Amtszeit in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand war und wie sich dies im Laufe Ihrer Amtszeit entwickelt hat. Dieser Unwille ist für mich nur damit erklärbar, dass die Zahlen so desaströs sind, dass Sie sie auf keinen Fall kommunizieren wollen. Aber da werden wir nicht lockerlassen – das kann ich Ihnen schon heute versprechen – und immer wieder nachbohren.

(Beifall SPD)

Zum Thema Infrastrukturvermögen. Hierüber diskutieren wir häufiger. Schauen Sie einfach einmal in den Geschäftsbericht der Landesregierung. Dort sehen Sie schwarz auf weiß geschrieben, was Sie jedes Jahr in Abgang bringen und wie groß die Lücke aufgrund Ihres Versagens im Bereich des Landesstraßenbaus wird, gerade in Bezug auf die vielfältigen Herausforderungen, die es dort gibt. Daher meine herzliche Einladung: Kommen Sie einmal in den ländlichen Raum; dort bemerkt man, was Sie in den letzten Jahren alles versäumt haben.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Auch bei dem Lärmschutz müsste man meinen, dass dies wirklich ein Thema sein könnte, bei dem es in Ihrem Haushalt vorangeht und man etwas gestaltet. Aber wer dies erwartet, ist beim Haushalt 2021 enttäuscht. Herr Minister, wenn wir insgesamt über Infrastruktur reden – das wäre in all Ihren Bereichen wichtig –, merkt man immer Ihren Unwillen. Dieser springt einem richtig ins Gesicht. Immer wieder sind alle anderen schuld. Alles und jeder wird her-

angezogen als Begründung dafür, warum das Ergebnis, das man angekündigt hatte, nicht hinzubekommen war.

Ich will daran erinnern, dass ich Ihnen dies auch in der Debatte zur A 49 gesagt habe. Wer die Leute beim Flughafen hinter die Fichte geführt hat – Sie erinnern sich alle an die Aussage: "Mit mir wird es kein Terminal 3 geben" –, hat dies bei der A 49 erneut getan. Denn in den Urteilen zur A 49 wurde herausgearbeitet: Das Land Hessen hatte einen Ermessensspielraum. Sie, Herr Al-Wazir, hatten also einen Gestaltungsspielraum. Sie haben diesen genutzt; und wir sagen: Es ist auch gut so, dass das Land den Weiterbau der A 49 nicht verhindert hat.

(Beifall SPD)

Sich hier aber immer mit einem weinerlichen Mimimi hinzustellen, Herr Al-Wazir, nach dem Motto: "Ich kann ja nichts dafür; und alle anderen sind daran schuld", wird der Bedeutung, den Aufgaben und dem Gestaltungsanspruch einer Landesregierung nicht gerecht. Das ist Ihre Verantwortung; an diese müssen wir Sie in dieser Haushaltsdebatte wieder erinnern. Sie haben die Verantwortung für die Gestaltung dieses Bereichs, und dieser kommen Sie nicht nach.

(Beifall SPD)

Für die Landesplanung ist das Ministerium auch zuständig. Beim Thema Mobilität sehen wir, wie gerade einiges schiefläuft. Beim Landesentwicklungsplan kommen Sie noch immer nicht zu Potte, weil Sie es am Ende einfach nicht hinbekommen. In der ersten Runde der Stellungnahmen zur Offenlage der Fortschreibung wurde zu Recht kritisiert – neben vielem anderen –, dass Sie bei der Festlegung der Mittelbereiche den motorisierten Individualverkehr als einziges Abgrenzungskriterium herangezogen haben

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

So viel zum Thema "integrierte Verkehrskonzepte voranbringen", Herr Minister. Deswegen ist es gut, dass wir uns als Hessischer Landtag ab dem nächsten Jahr im Rahmen der Enquetekommission "Mobiles Hessen 2030" mit diesen und anderen wichtigen Themen sowie mit der Mobilitätspolitik der Zukunft beschäftigen. Beim Thema Landesentwicklungsplan zeigt sich schwarz auf weiß, wie wenig dies bei Ihnen vorankommt.

(Beifall SPD)

Völlig aus dem Blick geraten ist beim Wirtschaftsminister die hessische Wirtschaft mit ihren Herausforderungen durch Corona und weit über Corona hinaus. Durch die Krise ist eines deutlich geworden: Der hessische Wirtschaftsminister interessiert sich offensichtlich nicht für die hessische Wirtschaft.

(Beifall Freie Demokraten)

Bei allen Debatten über einzelne Standorte, die Zukunft ganzer Industriecluster in unserem Bundesland, die Notwendigkeiten der Veränderung unserer Wirtschaftsförderinstrumente im Hinblick auf eine nachhaltige Wirtschaft und über Kriterien, wie wir in unserem Land Tarifbindung und -löhne fördern und unterstützen wollen, bekomme ich überall im Land die große Frage gestellt: Wo ist eigentlich Al-Wazir?

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, beim Thema Standortschließungen ist der Brief Ihres Staatssekretärs in Ihren Augen Ihre schärfste Waffe. Sie hingegen halten sich heraus, Sie haben keine Meinung, Sie interessieren sich nicht dafür. Dies zeigt die ganze Dramatik Ihres Handelns oder, besser gesagt, Ihres Unterlassens, Herr Al-Wazir.

(Beifall SPD)

Wir diskutieren im Rahmen der Wirtschaftspolitik viel darüber, wie wir in Zukunft den starken Wirtschaftsstandort Hessen hinbekommen. In diesem Zusammenhang bin ich noch immer gespannt, wann von Ihnen Vorschläge kommen, wie wir unsere Wirtschaftsförderinstrumente an den Nachhaltigkeitszielen der UN und an den Vorgaben der EU ausrichten können, um wirklich eine in die Zukunft gerichtete Wirtschaftspolitik zu realisieren. Damit würden wir, die Politik, Wirtschaft gestalten und die Wirtschaft von morgen aktiv unterstützen und fördern. Wir würden klare Anreize setzen, Ziele vorgeben, Tarifbindung und tarifliche Entlohnung fördern sowie Ausbildung unterstützen, überbetriebliche wie außerbetriebliche. Wir würden Gleichstellung forcieren. Dies ist im Übrigen nicht nur in der Wirtschaft ein wichtiges Thema, sondern auch in Ihrem Ministerium; denn die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in Führungsfunktionen ist dort mehr als unterentwickelt.

(Beifall SPD)

Hier bleiben Sie weit hinter den Erforderlichkeiten zurück: nachhaltige Lieferketten und Beschaffungswege zu unterstützen, Transformationsprozesse wie beispielsweise in der Automobilindustrie aktiv zu gestalten, statt sie passieren zu lassen, Hessen mit dem Frankfurter Flughafen als größte zusammenhängende Betriebsstätte Deutschlands zu positionieren und sich in Bezug auf die Herausforderungen aufgrund von Corona aktiv in die Luftverkehrswirtschaft einzuschalten, industrielle Fertigungsprozesse in eine Zukunft ohne Energie aus fossilen Energieträgern voranzubringen und zu fördern, regionale Wertschöpfungsketten in den Fokus der Wirtschaftsförderung zu nehmen, den innerstädtischen Handel aktiv zu unterstützen durch Hilfen beim Aufbau regionaler und örtlicher digitaler Marktplätze für Firmen vor Ort, die digitale Transformation der Wirtschaft zu begleiten bei disruptiven Veränderungen, bei grundlegenden Veränderungen von Wertschöpfungsketten sowie beim Entstehen neuer Geschäftsmodelle, beim Brexit, und vieles andere mehr.

Dies ließe sich weiter ausführen; denn in vielen Bereichen bleiben Sie weit hinter den Erforderlichkeiten zurück. Selbst dort, wo Sie sagen: "Das gestalten wir; das treiben wir voran" – ich nenne das Stichwort "Kreativwirtschaft" –, ist Hessen eines der letzten Bundesländer, das eine ordentliche Games-Förderung aufgelegt hat. Auch bei der Entwicklungszusammenarbeit gibt es nach vier Jahren –

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Kollege, ich weise auf die Redezeit hin.

Tobias Eckert (SPD):

Herr Präsident, herzlichen Dank. – Auch dort gibt es noch viel Luft nach oben; auch dort wollen wir gern weiter in die Diskussion kommen, wie wir Entwicklungszusammen-

arbeit aus dem Bundesland Hessen politisch wirklich gestalten können. Alles in allem bleibt es dabei, Herr Minister: Minister muss man nicht nur wollen, man muss es auch können. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Eckert. – Bevor ich Frau Löber das Wort gebe, weise ich darauf hin, dass ich als Übernächstem jemandem von der CDU-Fraktion das Wort erteilen würde, wenn ich denn den Hinweis bekäme, wer dies wünscht. – Herr Kasseckert, als Übernächster? – Gut.

Als Nächste redet Frau Löber für die SPD-Fraktion.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade zur Digitalisierung und Entwicklung lässt sich noch das eine oder andere ergänzen. Normalerweise kritisiert die Opposition in Haushaltsdebatten, dass für irgendetwas das Geld fehle; aber dem Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung mangelt es gerade nicht an Geld, sondern an einem politischen Plan. Nicht umsonst heißt es "Haushaltsplan". Es braucht einen Plan, um die Digitalisierung voranzubringen, die Chancen neuer Technologien zu nutzen und die Menschen vor Fehlentwicklungen zu schützen.

Drei wesentliche Positionen sind im Haushalt enthalten: Distr@l, Breitbandausbau und Mobilfunk. Jetzt sollen 2,4 Millionen € zusätzlich aus dem schuldenfinanzierten Schattenhaushalt für Distr@l bereitgestellt werden. Das klingt zwar schön, aber das Problem liegt woanders: Die Mittel fließen nicht ab. Das Land müsste mehr Personal bereitstellen, um Unternehmen besser bei der Beantragung zu beraten; denn in diesem Gemischtwarenladen mit sieben verschiedenen Förderrichtlinien, mit Modulen unterschiedlicher Laufzeiten, verschiedenen Fördervolumen und diversen Förderquoten ist es schwer, den Durchblick zu behalten. Aus diesem Grund fordert die SPD-Fraktion – übrigens schon länger – Förderlotsen.

Kommen wir zum Breitbandausbau. Die Bilanz der Ministerin ist beim Breitbandausbau verheerend. Seit es Ihr Ministerium gibt, tut sich im Vergleich zu den anderen Ländern nichts. Ende 2018 war Hessen bei 1.000 MBit/s auf einem mittelmäßigen 9. Platz. Ende 2019 wurden wir sogar noch von Mecklenburg-Vorpommern überholt und lagen auf Platz 12. Mitte 2020 liegen wir wieder auf Platz 9. Heißt das Motto der Landesregierung jetzt: "zum Glück wieder den Anschluss an das Mittelmaß gefunden"? Grund für die Rückkehr auf Platz 9 ist allerdings kein Meter verlegter Glasfaser, sondern die marktgetriebene Ertüchtigung von Kabelnetzen – vorrangig im Ballungsraum. Einem flächendeckenden Glasfasernetz und der Versorgung des ländlichen Raums bringt uns dies kein Stück näher.

(Beifall SPD)

Nur bei der Rücklage geht es steil bergauf. 39 Millionen € für den Breitbandausbau konnten bisher nicht ausgegeben werden. Diese finden sich im neuen Haushalt. Damit hätte der kommunale Eigenanteil für den Anschluss der Schulen finanziert werden können, aber das lehnen Sie ja ab. Auch beim Breitbandausbau gilt: Ziele werden nicht allein mit Haushaltsmitteln erreicht. Es braucht einen Plan.

Kommen wir zum Mobilfunk. Die Ankündigung des Mobilfunkförderprogramms liegt nun über zwei Jahre zurück. Eine Förderung ist jetzt beihilfekonform nur möglich, wenn lediglich mit einem Mobilfunkanbieter telefoniert werden kann. Die 12,8 Millionen € Landesmittel ersetzen auch hier wieder keinen Plan. Statt von einem Plan spricht die Digitalministerin davon, dass in Hessen pro Tag fünf Mobilfunkmasten modernisiert oder neu gebaut würden. Das liegt jedoch einzig und allein an den von den Mobilfunknetzbetreibern zu erfüllenden Versorgungsauflagen des Bundes. Auch das ist somit keine Folge von Anstrengungen der Landesregierung.

(Beifall SPD)

Die Landesregierung geht – wie im Haushalt ausgewiesen – tatsächlich von einer Förderung von drei Mobilfunkmasten noch in diesem Jahr aus. Ich bin sehr gespannt, ob diese Masten der Weihnachtsmann mitbringen wird. Nächstes Jahr sollen es dann ganze zehn sein. Da hat sich das Warten ja gelohnt. Die Ministerin schafft dann pro Jahr, was der Markt laut ihrer eigenen Aussage in zwei Tagen schafft.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Ich weise auf die Redezeit hin, Frau Löber.

Angelika Löber (SPD):

Wir haben bereits in der Haushaltsdebatte im letzten Jahr eine Kommunikationsoffensive zu Mobilfunk und 5G gefordert. Stattdessen haben wir eine PR-Kampagne zur Digitalkompetenz bekommen. Ich sage nur: DSL ist kein Paketdienst. – Mehr als ein müdes Lächeln kann das wohl kaum jemandem abgewinnen, und so ganz richtig ist es auch nicht. So wird wohl auch die Überarbeitung der Digitalstrategie leider nur ein Ziel haben: PR. Wie mit digitalen Dorflinden und den Lochis im Rat für Digitalethik bleibt am Ende die Bilanz der Ministerin: bunte Farben und viel Bling-Bling, kein Plan, keine Ergebnisse.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Frau Löber. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kasseckert zu Wort gemeldet.

Heiko Kasseckert (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Löber, ich muss ehrlicherweise sagen, ich bin überrascht, dass Sie jetzt zu dem Thema Digitales gesprochen haben. Das steht eigentlich nicht auf der Tagesordnung. Das war gestern schon im Einzelplan der Staatskanzlei dran.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Bei aller Wertschätzung für das Thema Digitalisierung ist es manchmal gut, einen ganz analogen Blick in die Unterlagen der Tagesordnung zu werfen. Dann hätten Sie merken können, dass Sie leider einen Tag zu spät sind. Wir nehmen es trotzdem zur Kenntnis.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einzelplan 07, Thema Wirtschaft.

(Zuruf SPD: Sie können auch etwas zu Digitalisierung sagen!)

Auch hier hat sich wieder die alte Erkenntnis bewahrheitet, lieber Tobias Eckert, dass Politik die unterschiedliche Wahrnehmung von Wahrheiten ist. Das, was Sie besprochen haben, ist ein Bundesland irgendwo im Nirwana, am Ende der 16 Bundesländer. Ein Blick in die Unterlagen und ein Blick in die Statistiken zeigen, dass Hessen eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Bundesrepublik Deutschland ist, eines der Zahlerländer. Also können wir so vieles nicht falsch gemacht haben, wie Ihre 15-Minuten-Aufzählung versucht hat uns darzustellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltsberatungen in diesem Jahr stehen ganz unter dem Corona-Eindruck. Wir haben vor wenigen Monaten ein Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden € beschlossen. Darin enthalten sind umfangreiche Maßnahmen für die hessische Wirtschaftskraft, für die Belebung der Konjunktur, für die Förderung und für ein nachhaltiges Wachstum für die Zeit nach Corona.

Es sind immerhin fast 2 Milliarden €, die direkt in den Bereich der Wirtschaft fließen, Mikroliquidität, die wir in den zurückliegenden Monaten im großen Umfang zur Verfügung gestellt haben: Hessenfonds, wirtschaftliche Soforthilfen, alles Dinge, die den hessischen Unternehmen unmittelbar jetzt in der Zeit der Krise geholfen haben. Deshalb ist dieser Haushalt, den wir heute zu besprechen haben, neben dem Sondervermögen mehr oder weniger der Blick in die Zeit nach Corona.

Es wird möglichst bald – das hoffen wir alle – eine Zeit nach Corona geben, wenn uns auch Corona noch länger beschäftigen wird. In dieser Zeit wird es darum gehen, dass wir Dinge wirtschaftlich wiederaufbauen müssen, dort, wo Strukturen verloren gegangen sind, dort, wo Unternehmen gefährdet wurden, und dort, wo vielleicht Arbeitsplätze verloren gegangen sind oder noch verloren gehen werden. Auch das ist ein Teil der Wahrheit im Zusammenhang mit der Corona-Krise, dass wir es sicher bei aller Anstrengung nicht schaffen werden, jeden einzelnen Arbeitsplatz und jedes Unternehmen schadlos durch diese Krise zu führen.

Das ist am anderen Ende die Chance oder die Möglichkeit, beim Wiederaufbau mit den Förderprogrammen Schwerpunkte zu setzen, die in Richtung Digitalisierung gehen. Da will ich dann doch an Frau Löber anknüpfen. Wir erhöhen in unserem Haushalt die Mittel der Digi-Zuschüsse von 3 Millionen € auf 7 Millionen €.

(Torsten Warnecke (SPD): Das Thema war gestern!)

 Das Thema ist in diesem Haushalt veranschlagt. Auch da lohnt sich der Blick in den Haushalt, um zu sehen, was wo eingepreist ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Digi-Zuschüsse sind in unserem Haushalt, sie sind auf 7,5 Millionen € aufgestockt worden, um insbesondere dem Handwerk, aber auch allen anderen die Umstellung auf digitale Geschäftsprozesse zu ermöglichen.

Straßenbau ist ein wichtiger Punkt, den Herr Eckert ebenfalls angesprochen hat. Dieser Etat umfasst im Jahr 2021 fast so viele Mittel für den Landesstraßenbau wie in den letzten 15 Jahren nicht mehr. Ich kann mich erinnern, als

ich 2014 im Hessischen Landtag begonnen habe, hatten wir 100 Millionen € minus 10 %, also 90 Millionen €, in denen noch 30 Millionen € Ingenieurleistungen enthalten waren, sodass netto 60 Millionen € für den Landesstraßenbau zur Verfügung standen. Das ist noch nicht so sehr lange her, das war 2014, also sechs, maximal sieben Jahre.

Heute stehen für das Jahr 2021 124 Millionen € zur Verfügung. Wir liegen auf dem Pfad, den wir uns innerhalb der Koalition gesetzt haben, bis zum Ende der Legislaturperiode auf die Abschreibungssumme von etwa 175 bis 180 Millionen € zu kommen. Das geht nicht über Nacht, aber es geht schrittweise. Ich glaube, wir können stolz darauf sein, auch in diesen schweren Zeiten den Landesstraßenbau in den Vordergrund zu stellen,

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Mittel auf 124 Millionen € aufzustocken, zusätzlich 8 Millionen € für den Radwegebau und gesondert 28 Millionen € für die Planungsleistungen zur Verfügung zu stellen. Das ist ein Etat für den Landesstraßenbau, den es sehr lange nicht mehr gab, zumindest nicht in der Zeit, in der wir beide über Haushaltspolitik des Landes Hessen reden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiterhin wird uns die Umstellung bzw. der Übergang auf die Auftragsverwaltung des Bundes beschäftigen, also der Übergang von Teilen von Hessen Mobil in die neue Autobahngesellschaft des Bundes ab 1. Januar 2021. Wir befürchten, dass der Übergang nicht so smooth running vonstattengehen wird, wie wir es vielleicht gehofft hatten.

Richtig ist aber, dass weiterhin Mitarbeiter in der Verantwortung für Hessens Straßen bleiben und dass sich durch den Übergang mittelfristig für uns zusätzliche Chancen ergeben. Hessen Mobil kann nach dem Abgang von Stellen zur Bundesautobahngesellschaft 340 Stellen wiederbesetzen. Von den abgehenden Stellen bleiben 64 bei uns, und die Mitarbeiter werden ihren Dienst für den Bund verrichten. 275 Stellen werden Hessen künftig im Haushalt zur Verfügung stehen. Wir werden schrittweise Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans und weitere Mobilitätsbedürfnisse, die wir in Hessen haben, mit diesem Personaletat umsetzen können. Ingenieurleistungen – das haben wir lange Zeit diskutiert - werden möglich sein, sodass ich sicher bin, dass die Mittel, die wir zahlreich und stärker als in der Vergangenheit zur Verfügung stellen, eben auch abfließen können, weil Planungen und Projekte besser zum Abschluss gebracht werden und danach zur Umsetzung gelangen werden.

Der Landesstraßenbau ist nur ein Teil von Mobilität. Mit der Unterstützung des ÖPNV, mit dem Ausbau des Schienennetzes können wir zufrieden sein, auch wenn wir im Bereich der Planung, der Planungsbeschleunigung, der Planungsgeschwindigkeit noch einiges vor uns haben.

Herr Eckert, Sie haben in dem Zusammenhang das Thema Landesentwicklungsplan angesprochen. Da ich nur die Hälfte der Zeit habe, will ich es nicht vertiefen. Zum einen haben Sie das Thema Individualverkehr für die Mittelbereiche angesprochen. Wir werden beim Landesentwicklungsplan noch darüber zu reden haben. Ich glaube, dass das ein Teil der Lebenswirklichkeit ist. Ich glaube, dass es auch richtig war – das zeigt auch, dass die Landesregierung Offenlagen ernst nimmt –, dass wir uns Anregungen und Bedenken anschauen, ernst nehmen, hinschauen, die Rahmenbedingungen anpassen und, wenn nötig, auch kor-

rigieren. Deswegen bin ich sicher, dass diese Offenlage, die in wenigen Tagen beginnt, genau dem entspricht, was wir in Abstimmung mit den Kommunen, den Städten und den Gemeinden als vernünftige Landesentwicklung für die nächsten zehn Jahre beschreiben können.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wie gesagt, wir werden es an anderer Stelle noch diskutieren. Nur die Verkürzung auf den Individualverkehr wäre hier zu wenig.

Im Stakkato die restlichen Punkte, die nicht weniger wichtig sind, aber aufgrund der Zeit trotzdem genannt werden sollten.

Wir haben das Thema berufliche Bildung. Dieses Thema ist ebenfalls nicht nur nach der Corona-Zeit, sondern auch im Moment relevant. Wir haben sehr viele Ausbildungsplätze, die noch nicht besetzt sind. Auch da muss man für die Zeit nach Corona Vorsorge treffen. Wir haben 2,1 Millionen € zusätzlich für die berufliche Bildung zur Verfügung gestellt.

Wir wollen im Bereich der Start-up-Förderung tätig werden und haben auch dafür zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Wir werden den Messestandort Frankfurt unterstützen, der von Corona massiv geplagt und betroffen ist. Mit der Fashion Week, die Frankfurt von Berlin geholt hat, gibt es eine Grundlage. Auch hier soll das Land für die nächsten drei Jahre jeweils mit 1 Million € zum Aufbau dieses neuen Messekonzepts beitragen.

Im Bereich Tourismus werden wir die von Corona geplagten Kommunen und Regionen massiv unterstützen. Wir wollen von 5 Millionen € auf 7,8 Millionen € aufstocken für die digitale Präsentation

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Kasseckert, ich weise auf die Redezeit hin.

Heiko Kasseckert (CDU):

– jawohl, ich komme zum Ende –, damit auch hier in Zukunft die hessischen Regionen wieder richtig zur Geltung kommen.

Unter dem Strich glaube ich, dass wir mit diesem Haushalt nach Corona neben dem Sondervermögen die richtigen Weichen stellen. Es wird eine Zeit nach Corona geben. Dieser Haushalt hat die Grundlage dafür geschaffen, dass auch das für die hessischen Unternehmen eine erfolgreiche Zeit wird. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Vielen Dank, Herr Kasseckert. – Für die AfD-Fraktion hat sich Herr Lichert zu Wort gemeldet.

Andreas Lichert (AfD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Kollegen! Natürlich finden diese Haushaltsberatungen im Schatten von Corona statt. Ebenso natürlich ist es, dass der Staat in solchen Krisenzeiten besonders gefordert wird. Keiner will hier den Brüning machen und den untauglichen Versuch

unternehmen, sich aus so einer dramatischen Krise herauszusparen.

Es ist aber überhaupt nicht natürlich, dass ganz nebenbei die Grundsätze des Haushaltens scheinbar bei vielen über Bord gehen oder zu gehen drohen. Wenn ich mir ansehe, was auf der Ebene des Bundes passiert, so habe ich doch sehr das Gefühl, dass das Superwahljahr 2021 seine Schatten vorauswirft.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wir sind es unseren Kindern und Enkeln schuldig, gewissenhaft mit dem Geld heutiger und zukünftiger Steuerzahler umzugehen. Alles andere ist grob fahrlässig und somit schuldhaft.

Wir bilden uns viel auf unsere soziale Marktwirtschaft ein. "Marktwirtschaft" ist das Substantiv, "sozial" das Adjektiv. In diesem grammatikalischen Zusammenhang steckt viel Wahrheit. Wenn die Marktwirtschaft nicht funktioniert, dann können Sie noch so viele Adjektive daran anflanschen und daraufkleben: Es bleibt dabei, es funktioniert nicht.

(Beifall AfD)

Da wir hier den Einzelplan des Wirtschaftsministers zu debattieren haben, lassen Sie uns einen Blick auf die Arbeitsteilung in der sozialen Marktwirtschaft werfen. Sozialpolitik ist der Reparaturbetrieb, und Wirtschaftspolitik soll dafür sorgen, dass möglichst wenige überhaupt von dieser Möglichkeit Gebrauch machen müssen.

(Beifall AfD)

Das soziale Rettungsnetz für die Gestrauchelten und diejenigen, die durch Krankheit, Unfall oder Behinderung nicht angemessen für sich selbst sorgen können, stellt niemand infrage. Aber ich stelle infrage, ob Hessens Wirtschaftspolitik denn tatsächlich dafür sorgt, dass möglichst wenige Bürger auf die Hilfe des Staats angewiesen sind.

Meine Damen und Herren, erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist immer und überall Ordnungspolitik. Das Ziel dieses Ordnungsrahmens muss die Steigerung der Produktivität sein. Denn sie ist die Quelle und die einzige Quelle unseres Wohlstands. Im Übrigen ist Wohlstand durch Produktivität auch haargenau die Antwort, wenn heutzutage Naturschutz, Ressourcenschonung und ein gerechterer sozialer Ausgleich gefordert werden.

(Beifall AfD – Zuruf)

Lassen Sie uns konkret werden. Bürger und Unternehmen sind heutzutage von politischen Wendemanövern umzingelt. Die Energiewende kennen wir leider nur zu genau. Die Verkehrswende soll nach Kräften herbeisubventioniert werden. Jetzt soll auch noch die Wärmewende den Gebäudebestand Deutschlands begrünen.

Schauen wir aber auf die Effektivität dieser Maßnahmen. Corona ist vieles, aber vor allen Dingen auch ein Weckruf, dass die fetten Jahre endgültig vorbei sind.

(Beifall AfD)

Ausgabenkritik ist immer Aufgabenkritik. Das Stichwort ist schon genannt worden. Also lassen Sie uns doch einmal exemplarisch überprüfen, ob es wirklich sinnvolle Aufgaben des Landes sind, die diversen Wendehälse und Sackgassenbewohner zu subventionieren.

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD))

Sackgasse Nr. 1: die Energiewende. Die Energiewende ist gescheitert, es hat bloß noch nicht jeder gemerkt. Wir haben die höchsten Strompreise auf der Welt, und je mehr kostenloser Strom im Netz ist, umso teurer wird es.

(Zuruf Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Spätestens wenn Kernkraft- und Kohlekraftwerke vom Netz gehen, werden nicht nur die volkswirtschaftlichen Schäden, sondern auch noch tatsächliche Schäden durch Stromausfälle hinzukommen. Der Blackout im Netz wird den Blackout in der Politik sichtbar machen, und dann, aber leider erst dann, wird der Energiewende der Stecker gezogen.

(Beifall AfD)

Kein Land der Welt folgt Deutschland auf diesem Holzweg. Niemand steigt gleichzeitig aus Kohle und Kernkraft aus. Im Gegenteil, die Kernkraft steht vor einer Renaissance.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir Deutsche sind irgendwie immer viel schlauer als der Rest der Welt.

(Beifall AfD)

Für den sogenannten Klimaschutz fordern wir seit Anbeginn eine Erfolgs- und Wirksamkeitskontrolle, damit nur noch die Projekte mit den niedrigsten CO₂-Vermeidungskosten überhaupt gefördert werden. Solange es diese Erfolgskontrolle nicht gibt, und in Anbetracht der gewaltigen Belastungen für den Haushalt ist es nicht mehr zu verantworten, Klimaschutz ins Blaue hinein zu betreiben. Dementsprechend werden wir die Axt an den sogenannten integrierten Klimaschutzplan anlegen. Wir werden zumindest entsprechende Änderungsanträge formulieren.

(Beifall AfD)

Für die Landesenergieagentur haben wir auch eine gute Idee. Sie soll weniger PR- und Promotion-Agentur für die Energiewende werden, sondern eine Agentur für Erfolgskontrolle. Denn es geht eben nicht um mehr Klimaschutz für jeden Preis, sondern um die Erhöhung der Energieeffizienz. Energieeffizienz kann sich lohnen, und das muss sie auch; denn alles andere ist ein Anschlag auf den uns noch verbliebenen Wohlstand.

Sackgasse Nr. 2: Wärmewende und Wohnbaupolitik. Bevor ich konkret zur hessischen Wohnbaupolitik komme, muss ich Sie über ein Desaster auf Bundesebene informieren: die energetische Sanierung von Gebäuden. Eigentlich sollte das ein ganz vernünftiges Anliegen sein. Durch bauliche Maßnahmen wird der Energieverbrauch reduziert, und durch die niedrigeren Energiekosten werden diese Investitionen amortisiert. Es gibt nur ein kleines Problem: Das funktioniert nicht.

(Beifall AfD)

Am 17. September dieses Jahres – schönen Gruß an die FDP-Fraktion in Berlin – wurde dort eine entsprechende Anfrage beantwortet. Ihr ist zu entnehmen, dass zwischen 2010 und 2018 497 Milliarden € in Deutschland in energetische Gebäudesanierung geflossen sind, 342 Milliarden € davon in Wohngebäude, 155 Milliarden € in Nicht-Wohngebäude.

Auf den ersten Blick sieht das sogar gut aus; denn es hat zu Energieeinsparungen und damit auch CO₂-Emissionsreduktionen von ca. 20 % geführt. Das klingt gut, oder? Aber wenn Sie die CO₂-Emissionen um Temperaturunterschiede bereinigen, dann bleiben sage und schreibe klägliche 3 % weniger Energieverbrauch übrig.

Meine Damen und Herren, 500 Milliarden € für 3 % Energieeinsparung – das ist niederschmetternde Wohlstandsvernichtung.

(Beifall AfD)

Das Einzige, was noch trauriger ist als dies, ist, dass viele Bürger diese sinnlosen Maßnahmen langfristig bezahlen müssen, sei es, dass sie als Eigentümer diese Investitionen abtragen müssen, sei es, dass sie als Mieter über die Modernisierungsumlage dauerhaft mit Mieterhöhungen konfrontiert sind. Wäre es anders, warum haben wir dann gerade die Modernisierungsumlage gesenkt?

Es gibt viele weitere Maßnahmen der Politik, die die Wohnkosten ständig nach oben treiben. Genau deswegen muss der Staat immer mehr für die Unterstützung sozial schwacher Mieter aufwenden. Wir halten das für eine eklatante Fehlentwicklung. Wir fordern die konsequente Umkehr, weg von der Objekt-, hin zur Subjektförderung. In diesem Sinne werden wir unsere Änderungsvorschläge formulieren.

(Beifall AfD)

Kommen wir zur dritten Sackgasse, der Verkehrswende. Ich möchte jetzt gar nicht über Lastenfahrräder und Fahrradwege diskutieren; denn diese Diskussion geht Lichtjahre weit an den Bedürfnissen der Bürger vorbei. Es ist hoffentlich die viel besungene normative Kraft des Faktischen, die dieser zeitgeistinduzierten Verirrung den Stecker ziehen wird. Aber ein weiteres großes Thema ist natürlich die Elektromobilität. Dazu müssen wir sehr wohl Stellung nehmen.

Um es klar zu sagen: Elektromobilität ist nicht per se eine solche zeitgeistige Verirrung. Es gibt absolut plausible Einsatzszenarien für E-Mobilität. Das stellt niemand infrage.

(Zuruf Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

Aber wir stellen infrage, warum bei immensen Kosten ausgerechnet der Steuerzahler Kaufprämien, Zuschüsse und Ladepunkte für E-Mobile subventionieren muss. Das ist nur politisch gewollt, das muss überhaupt nicht sein.

Die Nutznießer des Ganzen sind ausgerechnet die Besserverdienenden; denn nur bei ihnen stellt sich überhaupt die Frage, ob sie einen neuen, effizienten und vor allem sauberen Verbrenner haben wollen oder ein Elektromobil. Die Normal- und Geringverdiener haben von diesen Kaufprämien überhaupt nichts.

(Beifall AfD)

Das bedeutet auch, dass der Beitrag zur Flottenerneuerung praktisch null ist. Im Gegenteil, neue und mittelbar auch Gebrauchtfahrzeuge werden durch diese übermäßige Grenzwertsetzung massiv verteuert. Diese politisch erzwungene Verteuerung der individuellen Mobilität ist nicht nur umweltpolitisch kontraproduktiv

(Ein Mobiltelefon macht Geräusche.)

- störe ich, Herr Banzer? -, sondern sie ist auch unsozial.

(Beifall AfD)

Das Thema Wasserstoff hatten wir schon. Nein, lieber Herr Minister Al-Wazir, beim Thema Power-to-X-Anlage sehen wir nicht, dass das Landesaufgabe ist. Wenn sie sinnvoll ist, dann bewerben Sie sich bitte um den Megatopf von 9 Milliarden € beim Bund. Aber originäre Landesmittel haben aus unserer Sicht in einem solchen Projekt nichts verloren.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Ich weise auf die Redezeit hin, Herr Lichert.

Andreas Lichert (AfD):

Danke sehr, Herr Präsident. Ich komme zum Schluss. – Wir kürzen aber nicht mit dem Rasenmäher. Im Gegenteil, wir werden Vorschläge unterbreiten, mit denen wir konsequent die Mittelausgabe erhöhen wollen, wo es den Bürgern dient, wo es die Infrastruktur verbessert und damit die Produktivität hebt.

Aber um einen kleinen Ausblick zu geben – uns wurde vorhin Populismus vorgeworfen, wir wollten sparen und trotzdem mehr Geld ausgeben, das ginge nicht –: Wir haben deutlich über 50 Millionen € Einsparvolumen im Einzelplan 07 festgestellt. Die brauchen wir auch, um die notwendigen Mehrkosten zu tragen, und vor allem für die Schuldentilgung, um das Ganze hier wieder aufzubauen. – Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Lichert. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Müller zu Wort gemeldet.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal kurz die letzte Rede wegatmen.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, vereinzelt CDU, SPD und DIE LINKE)

Dann gehe ich ganz kurz auf den geschätzten Kollegen Eckert ein. Mein Kollege Heiko Kasseckert hat sich gewundert, dass die subjektive Wahrnehmung von Herrn Eckert so von der Realität abweicht. Mich hat es nicht gewundert, weil wir die Platte hier jedes Mal hören. Sie fordern immer mehr von allem, von dem, was wir schon tun. Allen wohl und niemand wehe, das ist die Politik der SPD. Das passt immer noch und immer wieder.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD) – Günter Rudolph (SPD) begibt sich zum Präsidium.)

Was hier originell ist, das kannst du dir sparen, Günter.
 Jetzt rede ich.

(Günter Rudolph (SPD): Ich sage es trotzdem!)

Sie reden von integrierter Verkehrspolitik, aber wenn es konkret wird und ein Parkplatz abgebaut werden soll, dann geht für Sie das Abendland unter. (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß nicht, worum es geht, aber gut.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darum, dass der PGF herumturnt! – Zuruf: Bei mir hat er sich gestern beschwert! – Gegenruf: So etwas aber auch! – Günter Rudolph (SPD): Die Regierungsbank kann auch schweigen! – Minister Tarek Al-Wazir: Wenn ich das machen würde, Günter, dann wäre etwas los!)

- Ich kann gut abschalten.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Einen Augenblick, Frau Müller. – Jetzt haben wir die Situation bereinigt, jetzt beruhigen wir uns auch alle wieder.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Genau, aber ich fange nicht noch einmal an. – Ich setze auf die Enquetekommission, dass der Erkenntnisgewinn bei der SPD dort dann so hoch ist, dass sie mit uns zusammen eine Umsetzung der Ideen, die sie dort vielleicht auch zur Kenntnis nimmt, vorantreibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Für uns zeigt der Einzelplan 07 auch im Jahr 2021 wieder, dass gute Ideen, gute Politik und gute Finanzierung durch die Regierungsfraktionen in den Bereichen Energie, Wirtschaft, Wohnen und Verkehr nicht nur gedacht, sondern auch umgesetzt werden und Grundlage für einen sozialökologischen Aufbruch ins nächste Jahrzehnt sind, und das trotz oder vielleicht gerade wegen Corona. Wir müssen gerade jetzt in die Zukunft investieren. Die Klimakrise ist nicht vorbei, wenn Corona vorbei ist, was hoffentlich bald der Fall sein wird. Da müssen wir investieren, und das tun wir.

Wir machen mit diesem Haushaltsplanentwurf deutlich, dass wir die Energie- und Verkehrswende schrittweise umsetzen und für ein gutes Zuhause für alle Hessinnen und Hessen sorgen. Wir investieren in ein starkes Hessen für die Menschen in diesem Land. Wir sorgen dafür, dass die Wirtschaft zukunftssicher und innovativ ist. Dafür sind auch in diesem Jahr wieder im Haushalt, auch im originären Haushalt, Gelder eingestellt.

Als Beispiel nenne ich den Bereich Ausbildung: 6,5 Millionen € für überbetriebliche Auszubildendenunterweisung. Im Haushaltsplan steht komischerweise noch "Lehrlingsunterweisung". Als ich 1979 meine Ausbildung gemacht habe, war der Begriff Lehrling schon vorbei, aber gut. 1,5 Millionen € sind für die Berufsorientierung vorgesehen, 3,6 Millionen € für die Ausbildungsplatzförderung und 3,4 Millionen € für das Hauptschülerprogramm. Das sind alles Maßnahmen für die Zukunft unserer Jugend und damit für unsere Zukunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auch die von der Pandemie stark gebeutelte Messe wird gefördert. Gestern hat man sich darüber lustig gemacht, dass die Fashion Week hierherkommt. Aber das ist eine große Messe, die mit einem Begleitprogramm gefördert wird, wo wir sukzessive wieder ein Messeleben in Frankfurt aufbauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die IAA ist bedauerlicherweise gegangen.

(Zuruf Freie Demokraten)

Sie hätte sich zur Mobilitätsmesse entwickeln können. Aber die Eurobike, die immer in Friedrichshafen stattfindet, veranstaltet nächstes Jahr zusammen mit Unternehmern hier eine EUROBICO, drei Tage lang im Juli. Dann können alle, die es bis jetzt noch nicht wahrgenommen haben, sehen, wie stark die Fahrradbranche boomt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Dann komme ich zum Thema Wohnen.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) – Gegenruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich warte ein bisschen, bis sich die Lage wieder beruhigt hat. - Ich komme zum Bereich Wohnen, in den wir unheimlich viel investieren. Wir investieren nicht nur, sondern mit guten Ideen entspannen wir den Wohnungsmarkt und reduzieren den Flächenverbrauch, bzw. wir weiten ihn nicht ins Unermessliche aus. "Bauen, bauen" ist vielleicht eine Seite der Medaille, aber nur ein kleiner Teil davon; denn es ist sehr wohl eine Lösung, wenn man vom Frankfurter Bogen redet und dort in die Infrastruktur investiert, dort dafür sorgt, dass genügend Kindertagesstättenplätze vorhanden sind, usw. usf. Das wird kontinuierlich gemacht. Dort werden auch Supermärkte gebaut, und es ist auch wichtig, das Wohnen in den Innenstädten weiter zu verstärken. Alle Potenziale zu nutzen, die es gibt, das ist die Arbeit der Landesregierung. Trotz der guten Pressearbeit, die hier immer wieder gelobt wird, kommt bei Ihnen nicht alles an,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

wie wir bei der kursorischen Lesung und eben bei der Rede von Herrn Eckert wieder feststellen konnten.

Wir werden bis 2024 in den sozialen Wohnungsbau 2,2 Milliarden € investieren. Das sind 22.000 Wohnungen für ungefähr 66.000 Menschen.

(Zuruf: Mal schauen, wie viele davon gebaut werden!)

 Das Land baut nicht alleine. Sie wissen genau, wie das funktioniert. Davon gehe ich einmal aus. – Wir haben ein Wohnrauminvestitionsprogramm, das wir verdoppelt haben – –

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) – Weitere Zurufe)

– Ich will meine Ruhe haben. Deshalb muss ich warten, bis das herum ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben den Eigenkapitalanteil bei der NH erhöht. Die SPD hat nicht dafür, sondern dagegen gestimmt. Der Erwerb von Belegungsrechten ist ausgeweitet worden, wobei sie leider teurer geworden sind, sodass es mit viel mehr Geld, also 14 Millionen €, nicht so viel mehr gibt, wie man hochrechnen könnte. Der Vollständigkeit halber nenne ich noch die Erhöhung der Zahl der Anspruchsberechtigten für das Wohngeld. Hier zahlen das Land und der Bund je die Hälfte. Es gibt auch die Bauland-Offensive in den Kom-

munen oder das Thema Barrierefreiheit. Dafür stehen 3 Millionen € im Haushalt. Man muss es nur wahrnehmen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn ich Sie nicht überzeugt habe, dann wird es meine Kollegin Förster-Heldmann in dieser Woche noch mehrfach tun; denn wir haben das Thema Wohnen noch öfter auf der Tagesordnung.

(Elke Barth (SPD): Ich sage auch ein bisschen dazu!)

– Ja, aber überzeugen wirst du uns wahrscheinlich nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Elke Barth (SPD))

Nicht nur ein Dach über dem Kopf ist wichtig, sondern auch Eindrücke, die uns gerade in Zeiten von Corona unser schönes Hessenland bietet. Deswegen wird eine Datenbank unterstützt, in der alle touristischen Angebote in Hessen zu finden sind und eine bessere Verknüpfung mit den lokalen Tourismusfördergesellschaften gewährleistet wird. Das war bisher immer ein Problem, dass vieles nebeneinanderher lief. Das wird jetzt gebündelt. Aber auch Freizeitangebote werden investiv unterstützt. Ich nenne nur Willingen usw. 10 Millionen € werden dieses Jahr dort investiert.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da freuen wir uns!)

- War das ein Klatschen, oder nicht?

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN und CDU)

Die Energiewende geht natürlich mit starken Schritten voran. Dass es keinen Ausbau der Windkraftnutzung gibt, liegt an den Klagen. Ich habe das schon einmal erklärt. Gut, das muss ich jetzt nicht noch einmal machen. Die Landesenergieagentur tut viel. Auch das nehmen Sie anscheinend nicht wahr. Sie könnten einmal auf die Seite der Landesenergieagentur schauen. Sie hat das Motto: "Aktivieren. Koordinieren. Umsetzen." Sie ist Partner der Kommunen, so wie diese Landesregierung auch. Sie bringt nämlich vor Ort, also da, wo die Energiewende stattfindet, viel voran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Thema Verkehrswende. Ich sehe, ich muss mich beeilen. Dabei denke ich an meine Kollegin Nina, die auch noch reden will.

Bei der Verkehrswende geht es voran. Es ist so, dass ein Trend, nämlich das Radfahren, durch die Corona-Krise gestärkt wurde. Diese Landesregierung arbeitet schon lange an diesem Trend, der sich jetzt bemerkbar macht und sich kontinuierlich verstärkt. Wir haben in der Anlage II, Straßenbau, zum Haushaltsplan gelesen, dass es dieses Jahr zwei Radwege waren. Nächstes Jahr soll der Bau von drei Radwegen fortgesetzt werden.

(Zurufe: Wow!)

14 Maßnahmen sollen begonnen werden. Ich finde, wenn wir das auf die Jahre hochrechnen, ergibt sich ein Tempo, das ausbaufähig ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben bei Hessen Mobil die Stellen verstärkt. Ein neuer Schwerpunkt ist die Taskforce Radverkehr. Die Verkehrsminister der FDP haben die Stellen bei Hessen Mobil jahrelang abgebaut. Das muss jetzt mühsam wieder aufgebaut werden. Wir wollen da die Chance nutzen, dass die Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen gegründet wird. Vielleicht wollen die Leute lieber im Rhein-Main-Gebiet bleiben. Dann würden sie bei Hessen Mobil bleiben und die gute Arbeit weiter voranbringen.

Eines ist mir auch wichtig. In den letzten Jahren wurden Qualitätsstandards und Musterlösungen für die Kommunen hinsichtlich der Radwege erarbeitet. Machbarkeitsstudien wurden finanziert. Der Bund hat jetzt das Programm "Stadt und Land" aufgelegt. Da können die Bundesländer Gelder für die Kommunen einwerben.

Man kann da einmal nachfragen. Das wird von kaum einem Bundesland wahrgenommen. In Hessen stehen aber in diesem Haushaltsplanentwurf 50 Millionen € an Bundesmitteln zur Verfügung, die die Kommunen für den Radwegebau abrufen können. Ich finde, das ist großartig. Denn dadurch wird die gute Vorarbeit vom Bund belohnt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Frau Müller, ich weise auf die Redezeit hin.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja. – Die Chancen, die wir haben, werden wir nutzen. Wir sind gut aufgestellt. Der Haushalt für das Jahr 2021 wird ein Gestaltungs- und kein Verwaltungshaushalt sein. Deswegen hätte er eine breite Zustimmung von allen hier im Haus verdient.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Frau Müller, danke. – Jürgen, ich mache das hier so, wie ihr es angemeldet habt.

Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Dr. Naas zu Wort gemeldet.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Einzelplan 07 steht die Wirtschaftspolitik des Landes heute zur Aussprache an. Das Jahr 2020 war für die hessische Wirtschaft sicherlich ein besonderes Jahr. Es gab den größten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg, Kurzarbeit, drohende Insolvenzen und Umsatzeinbrüche. In 42 % der Betriebe zittert man um die Zukunft. Einschränkungen gab es in jedem Betrieb.

Ich möchte einmal die Gelegenheit nutzen. Heute wurde so vielen gedankt, auch der Steuerverwaltung. Ich möchte einmal der hessischen Wirtschaft danken, die in diesen Zeiten die Produktion in Hessen am Laufen hält. Ich möchte Frau Kollegin Wissler an dieser Stelle widersprechen. Sie hat gesagt, die Wirtschaft müsse angesichts des Lock-

downs noch mehr beitragen. Nicht erforderliche Produktionen könnten doch abgestellt werden. Ich bin auf die hessische Wirtschaft und ihre Produkte stolz.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Damit meine ich nicht nur die Produktion von Medizin und Impfstoffen, sondern auch die Produktion der Güter des täglichen Bedarfs. Beim ersten Lockdown Mitte März 2020 bestand die Angst, die Nudeln und das Toilettenpapier könnten knapp werden. Die Wirtschaft hat aber sehr schnell reagiert. Die Läden haben sich sehr schnell wieder mit Waren gefüllt.

Ich glaube, die hessische Verwaltung könnte sich hinsichtlich der Hygienekonzepte und der Digitalisierung eine Scheibe abschneiden. So schnell, wie die hessische Wirtschaft reagiert hat, hat die hessische Verwaltung nicht reagiert.

(Beifall Freie Demokraten)

Das hat etwas mit der Marktwirtschaft und ihren Freiheiten in unserem Land zu tun. Wir haben alle Obstsorten vorrätig. Es gibt 40 verschiedene Joghurts im Angebot.

Bei Frau Kollegin Wissler würde es wahrscheinlich nur eine Sorte Joghurt geben, nachdem die nicht notwendige Produktion eingestellt wurde. Sie würde uns wahrscheinlich auch noch erklären können, warum dieser eine Joghurt ausverkauft ist.

Ich möchte der Neiddiskussion hinsichtlich der Plexiglashersteller ein wenig entgegentreten. Das hat sich gestern auch schon angedeutet. Es ist doch gut, dass es in der Krise auch Gewinner gibt. Denn das sind die, die im Moment die Steuereinnahmen erwirtschaften. Mit den Einnahmen von ihnen finanzieren und bezahlen wir die ganzen Programme, die die Landesregierung auflegt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist mir klar, dass es da Widerstand von den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE gibt. Aber ich bin froh, dass ich in einem marktwirtschaftlichen System lebe. Manchmal habe ich die Sorge, dass wir immer mehr in eine staatswirtschaftliche Richtung gehen. Deswegen gehört das an die erste Stelle bei der Aussprache zum Einzelplan 07.

(Beifall Freie Demokraten und AfD)

In der schwersten Krise unseres Landes müssen wir den Wirtschaftsmotor am Laufen halten. Denn es geht um den Erhalt vieler Tausender Arbeitsplätze.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Bitte ein bisschen mehr Ruhe für den Redner.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Der Staat hat weitreichende Einschränkungen bei der Wirtschaft beschlossen. Ich sage: Wer so in die Berufs- und Gewerbefreiheit eingreift, der hat eine besondere Verantwortung, und zwar die Verantwortung, Entschädigung zu leisten. Er hat die besondere Verantwortung, die Struktur zu erhalten und Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten.

Es ist kein Zufall, dass die eigentliche Wirtschaftspolitik im Moment im Finanzministerium und nicht im Wirtschaftsministerium stattfindet. Es war Finanzminister Thomas Schäfer, der zunächst einmal die Bundesprogramme zur Soforthilfe aufgestockt hat. Wir haben das nicht nur unterstützt, sondern ein eigenes Corona-Hilfegesetz vorgelegt. Wir haben eigene Vorschläge gemacht. Die wurden zunächst belächelt.

Mit der Novemberhilfe des Bundes hat sich dann gezeigt, die ausgefallenen Umsätze zu entschädigen ist vielleicht keine so schlechte Idee gewesen. Das ist genau die Systematik, die der Bund aufgegriffen hat. Teilweise geschah dies wortwörtlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, vielleicht sollten Sie Ihre Einstellung zum Corona-Hilfegesetz einmal überdenken. Sie haben die Soforthilfe großzügig von 9.000 € auf 10.000 € aufgestockt. Sie haben die Kreditprogramme der WIBank, die es schon gab, ausgeweitet. Sie haben einen Beteiligungsfonds geschaffen. So etwas gab es auch schon vorher. Für den Rest haben Sie noch eine Notfallkasse mit 50 Millionen €. Fertig ist die Laube.

Minister Boddenberg hat immerhin reagiert. Herr Minister Al-Wazir, Sie haben immer nur auf den Bund verwiesen: Schade, dass die Novemberhilfe nicht kommt. Aber das ist wieder einmal der Bund. – Das ist eine einfache Position.

Man hat auch bei Unterlassen Verantwortung zu tragen. Wenn man für die hessischen Soloselbstständigen und die Betriebe, die wirklich notleidend sind und die durch jedes Raster gefallen sind, nichts unternimmt, dann trägt man auch eine Mitverantwortung für die verspätete Auszahlung der November- und Dezemberhilfe.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Minister, Sie sind ein Meister im Erläutern fremder Programme. Da haben Sie jede Verästelung parat. Ich bin da immer wieder sehr überrascht. Aber vielleicht hätten Sie sich unseren Gesetzentwurf einmal durchlesen sollen. Dann hätten Sie auch bei der "Alarmstufe Rot"-Demonstration Antwort geben können. Das war Ihnen aber alles egal. Sie haben während der Ausschusssitzung geschwiegen, sogar auf Nachfrage. Diese Form der Wirtschaftspolitik ist für die Ich-AG Tarek Al-Wazir nicht interessant.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie haben die Zustimmung der GRÜNEN zum Sondervermögen teuer eingekauft. Sie haben damit alle grünen Wohlfühlprojekte möglich gemacht. Deswegen frage ich Sie, ob das wirklich Ihre Politik ist. Was die GRÜNEN früher nicht finanziert bekommen haben, ist jetzt möglich. Die grüne Pressemitteilung hat auch schnell schöne Titel gefunden: nachhaltig aus der Krise, der Neue Hessenplan, der Krise nicht hinterhersparen.

Aber so nachhaltig, wie es Herr Kollege Wagner behauptet hat, ist die Politik der GRÜNEN in Hessen gerade nicht. Sie haben nichts für die Soloselbstständigen und für die Automobilbranche getan. Sie haben nichts für den Flughafen getan. Ich frage einmal: Wo bleibt denn der Infrastrukturbeitrag des Bundes? Sie haben nichts für einen echten Klimaschutz getan. Ein marktwirtschaftliches System der CO₂-Bepreisung hätte geholfen. Aber seit dem Eintritt der GRÜNEN in die Regierung steigt der CO₂-Ausstoß.

Der Ausbau der Radwege kommt nicht voran. Letztes Jahr haben Sie 3,6 km entlang einer Landesstraße gebaut. Sie haben viel angekündigt. Herr Kollege Frömmrich, Sie sind jetzt sieben Jahre lang mit an der Regierung. Ich weiß nicht, wie oft ich mir das noch anhören muss – wahrscheinlich noch in 20 Jahren. Ich weiß nicht, ob Sie noch Minister des Vormärz ausgraben wollen, die Liberale waren, um irgendetwas zum Thema Radwegeausbau sagen zu können.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich komme zu zwei weiteren wichtigen Themen, die wir immer wieder ansprechen. Eines ist das Thema synthetische Kraftstoffe am Flughafen. Wir haben seit der kursorischen Lesung bis heute keine Zahlen, wie viel in der Anlage, die projektiert ist, produziert werden soll. Bei der Wasserstoffstrategie in Hessen besteht Fehlanzeige. Sie würden sagen: Das ist alles in Bearbeitung.

Der Ministerpräsident hat gestern davon gesprochen, man werde die Mittel für den Straßenbau in Hessen erhöhen. Ich weiß nicht, welchen Hessenplan Sie ihm hingelegt haben. Vielleicht war das der Hessenplan von Georg August Zinn. Da wurden noch Landesstraßen gebaut.

(Beifall Freie Demokraten)

Nächstes Jahr werden die Gesamtinvestitionen in den Straßenbau von 211 Millionen € auf 160 Millionen € zurückgehen. Das ist ein Tiefststand. Diesen Tiefststand sehen Sie auch bei der Investitionsquote insgesamt in Hessen. Herr Kollege Eckert hat es angesprochen. Vielen Dank.

Statt vieler großer Projekte gibt es viele kleine, teuer erkaufte PR-Gags, die nicht nachhaltig sind. Minister Al-Wazir lebt in einem grünen Paralleluniversum. Die Mitglieder der CDU-Fraktion schauen zu. Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich frage Sie noch einmal: Wollen Sie das wirklich? Es soll Landstromanschlüsse für die Binnenschifffahrt für 2,5 Millionen € geben. Was kommt denn dann als Nächstes? Ist das die Oberleitung über den Main? Soll es ELISA für die Binnenschiffe geben?

(Beifall Freie Demokraten)

Ist das jetzt in der Krise notwendig? Es soll 1 Million € für digitale Vogelerfassungssysteme für Windräder geben. Ist das jetzt in der Krise notwendig? Die IAA ist weg. Aber es soll 500.000 € für eine Party nach der Fashion Week geben. Sie nennen das "kreative Maßnahmen". Der eigentliche Umzug kostet 1 Million €. Ist das jetzt in der Krise notwendig?

Es soll eine Extraförderung für Lastenfahrräder trotz des totalen Booms des Fahrradmarkts geben. Das ist für die eigene Klientel bestens. Aber ist das jetzt in der Krise notwendig?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen Sie das wirklich? Ist das Ihre Politik? Ich komme auf die Landesenergieagentur zu sprechen. Es soll vier neue Stellen geben. Sie hat mittlerweile insgesamt 38 Mitarbeiter. Es entstehen dort 13 Millionen € fast nur an Personalkosten. Auf Nachfrage während der kursorischen Lesung hat sich ergeben, dass die Beratungsleistung nicht bezifferbar ist.

Wir haben dann nachgefragt. Da hieß es, es seien keine investiven Informationen, die da geleistet würden. Das habe ich erwartet. Man sagte, es sei eine Impulsberatung. Ist eine Impulsberatung in dieser Krise notwendig?

Jetzt komme ich auf das grüne Ministerium zu sprechen. Ihr ständig wachsendes Ministerium ist mittlerweile so teuer wie das gesamte investive Landesstraßenbauprogramm in Hessen. Es sind knapp 124 Millionen €.

(Beifall Freie Demokraten)

16 Stellen werden Sie von Hessen Mobil direkt ins Ministerium abziehen. Natürlich ist das mit einer Beförderung nach A 15 verbunden. Ihre Stellenanzahl im Ministerium befindet sich auf einem Allzeithoch. Ihre Sachverständigenausgaben des Ministeriums befinden sich auf einem Allzeithoch. Ihre Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium befinden sich auf einem Allzeithoch. In zwei Jahren haben Sie das vervierfacht.

Sie dürfen sich nicht wundern. Da kommen Broschüren heraus, bei denen wir wirklich staunen. Das schönste Stück habe ich einmal mitgebracht. Es geht um "Grünes Glück vor der Tür". Es geht da um die Welt grüner Vorgärten. Das ist eine amtliche Broschüre des Ministeriums. Sie stammt natürlich vom Minister. Es gibt Pflanztipps mit dem Hinweis, was die Pflanzen kosten. Aber die Krönung ist für mich das Kochrezept. Da ist Ihr Bild drinnen. Ich kann Ihnen das gern zeigen.

(Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Das nächste Mal zeigen Sie es bitte zuerst einmal der Präsidentin.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Es geht um die Frankfurter Grüne Soße, ein Kochrezept für Hessen. Ich sage Ihnen: Eine Frankfurter Grüne Soße zu kochen ist keine Staatsaufgabe. Die Rezepte dazu sind es auch nicht. Das kann meine Oma besser.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Es gibt noch mehr dieser Broschüren. Ich habe noch mehr auf Lager.

Das Geld, das hierfür ausgegeben wird, wird uns in Zukunft an anderer Stelle fehlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wann machen Sie diesen Projekten ein Ende? Wann kehren Sie wieder zu einer wirklichen Wirtschaftspolitik im Wirtschaftsministerium zurück? Hessen hätte das verdient. Die Mitglieder der CDU-Fraktion sollten sich fragen, wie lange sie das noch mitmachen wollen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Naas. – Als Nächste hat sich die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Frau Abg. Wissler, zu Wort gemeldet.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Joghurt statt Sozialismus! – Weitere Zurufe)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stecken inmitten einer globalen Pandemiekrise. Das beeinträchtigt natürlich gerade auch das Wirtschaftsressort, den Einzelplan 07, ganz immens.

Gestern haben wir anlässlich der Regierungserklärung schon ausführlich über die Corona-Situation in Hessen diskutiert. Dennoch möchte ich heute noch einmal das Augenmerk speziell auf die ökonomische Situation der Menschen in diesem Land richten, weil die in vielen Teilen dramatisch ist.

Deswegen zu Beginn kurz zu Ihnen, Herr Dr. Naas, weil Sie sich in Ihrer Rede sehr lange mit mir auseinandergesetzt haben, obwohl ich gar nicht Wirtschaftsministerin von Hessen bin, zumindest noch nicht – und wenn ich es wäre, kann ich Ihnen zusichern, dass ich Ihnen das reichhaltige Angebot an Joghurt nicht verwehren will; aber ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass Sie nur noch linksdrehenden Joghurt bekommen, wenn ich das Wirtschaftsministerium führe.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD – Zurufe)

Vorneweg will ich noch etwas sagen. Sie hatten es auch kritisiert, als ich gestern gesagt habe, wir dürften bei den Corona-Einschränkungen nicht nur über die Privatsphäre, sondern auch über das Arbeitsleben sprechen, was Sie als wirtschaftsfeindlich dargestellt haben. Wenn man den Schutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz fordert, wenn man sagt, wir müssten unnötige Wege reduzieren und die Menschen davor schützen, viel Zeit im ÖPNV zu verbringen, wenn man sagt, wir brauchen nicht nur eine freundliche Bitte, dass Homeoffice dort eingesetzt wird, wo es möglich ist, sondern wir brauchen eine Verpflichtung dafür, und angesichts der dramatischen Situation, die wir gerade haben, mit einer Todeszahl von 590 innerhalb der letzten 24 Stunden, muss man natürlich die Frage stellen, wie wir auch im Arbeitsleben und in den Betrieben die Menschen schützen können: Das ist nicht wirtschaftsfeindlich, sondern ein Schutz der Beschäftigten.

Gerade das, was die FDP die ganze Zeit fordert – hier nur ein bisschen schließen und dort wieder lockern –, sorgt doch dafür, dass es einen immensen wirtschaftlichen Schaden gibt, weil sich die Krise immer weiter hinzieht und die Zahlen immer weiter steigen. Deswegen setzen wir uns für eine Regulierung am Arbeitsplatz und für den Schutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ein. Dazu gehört die Reduzierung von unnötigen Kontakten, meine Damen und Herren.

Aber jetzt zum Einzelplan selbst. Immer noch sind Hunderttausende Beschäftigte in Hessen in Kurzarbeit, davon viele durchgehend seit dem Frühjahr, manche nun erneut. Laut einer Studie des WSI hatte mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2.000 € mit Einbußen von über 25 % zu kämpfen. Bei ca. jedem Zehnten brachen mehr als 50 % des Einkommens weg. Ich will noch einmal sagen, dass Frauen ganz besonders häufig davon betroffen sind, weil Frauen überdurchschnittlich oft zu Niedriglöhnen arbeiten. Es waren auch die Frauen, die an vielen Stellen die wegfallende Kinderbetreuung kompensieren mussten.

Deswegen will ich noch einmal sagen: Es würde dem Corona-Kabinett gut anstehen, wenn eine einzige Frau darin vertreten wäre; und es würde dem hessischen Wirtschaftsministerium gut anstehen – ich finde, es ist im 21. Jahrhundert auch nicht zu viel verlangt –, wenn es mal eine Abteilungsleiterin oder eine weibliche Staatssekretärin in diesem Ministerium gäbe. Herr Al-Wazir, Sie hatten ja erst sieben Jahre Zeit, das durchzusetzen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Viele Wirtschaftsbereiche unterliegen einem dramatischen Nachfrageeinbruch, etwa Reisebüros, Busunternehmen, Schausteller, Cateringfirmen und natürlich der gesamte Kultur- und Veranstaltungsbereich. Es sind in diesen Branchen ganz besonders die Soloselbstständigen, die durch die Raster fallen. Die haben häufig von den Soforthilfen nicht profitieren können und haben auch keine großen Rücklagen. Diese unternehmerisch Tätigen ohne nennenswerte Fixkosten, denen vielleicht ihre Tätigkeit nicht untersagt wurde, die aber de facto keine Aufträge mehr haben, fallen in Scharen in die Grundsicherung, oft bei gleichbleibenden Lebenshaltungskosten.

Bei den Schaustellern z. B. ist die Lage verheerend, gerade bei denen, die sich auf Weihnachtsmärkte spezialisiert haben: Hier droht nicht einfach das Geschäft eines Monats wegzufallen, sondern wirklich das ganze Jahresgeschäft. Das Land muss hier hilfsweise eintreten – das haben wir schon im Frühjahr gesagt –, um Förderlücken zu schließen und den Leuten zu helfen, die durch diese Förderlücken fallen und auch durch die November- und Dezemberhilfen überhaupt nicht berücksichtigt sind.

Natürlich ist zu befürchten, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer das Handtuch werfen, sobald die Anzeigepflicht für Insolvenzen wieder in Kraft tritt. Dann stehen viele Arbeitsplätze, die in diesem Jahr zu Recht mit viel Geld, dem Kurzarbeitergeld, gerettet wurden, auf der Kippe.

Wenn man jetzt sieht, dass die Novemberhilfe, die der Bund zugesagt hat und die eigentlich Novemberhilfe heißt, in den meisten Fällen vermutlich erst im Januar ausgezahlt wird und es immense Probleme gibt – es sollte zwar Abschlagszahlungen geben, aber die sind z. B. bei vielen Gastronomiebetrieben auch noch nicht angekommen –, ist das natürlich eine Katastrophe für die Leute. Die haben sowieso schon schlechte Monate hinter sich, und jetzt bleiben die zugesagten Hilfsmaßnahmen aus, und nicht einmal die Abschlagszahlungen kommen.

Ich kritisiere ja immer viel, aber da muss ich sagen, Herr Minister: Das hat das Land im Frühjahr deutlich besser organisiert. Die Auszahlung dieser Gelder lief deutlich besser, als im Frühjahr das Land dafür verantwortlich war und als die Beschäftigten in den Regierungspräsidien die Osterfeiertage durchgearbeitet haben. Deshalb auch noch einmal herzlichen Dank für diesen großartigen Einsatz im Frühjahr an die Beschäftigten in den Regierungspräsidien, die dort Anträge bearbeitet haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle hätte ich eine Frage, Herr Minister. Ich weiß, dass es nur halb Ihr Zuständigkeitsbereich ist, und ich hätte es auch gestern gefragt, aber da lagen uns die Eskalationsstufen von dem, was der Ministerpräsident verkündet hat, noch nicht vor. Weil bei den Inzidenzen von 200 und den Ausgangsbeschränkungen ganz viele Ausnahmefälle angeführt sind, aber das Einkaufen nicht erwähnt wird: Mich würde interessieren – das ist vielleicht auch für viele Beschäftigte von Relevanz –, wenn es ab 21 Uhr eine Ausgangsperre gibt und Einkaufen nicht als Ausnahme in der Verordnung steht, ob es dann bedeutet, dass z. B. die Supermärkte um 21 Uhr schließen müssen. Das ist eine relevante Information auch für die Beschäftigten dort. Diese Frage hätte ich gerne beantwortet.

Ich will noch etwas zur Ausbildung sagen; denn im Oktober haben knapp 6.000 junge Menschen in Hessen einen Ausbildungsplatz gesucht. Der zweite Lockdown droht natürlich auch hier die Lage zu verschärfen. Die Landesregierung muss ihre Bemühungen verstärken, um hier eine verlorene Generation zu verhindern und um die Auszubildenden aufzufangen, deren Unternehmen jetzt in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken.

(Beifall DIE LINKE)

Natürlich – das habe ich schon gestern gesagt – gibt es in dieser Krise auch profitable Unternehmen, die Massenent-lassungen und Werksschließungen planen. Das ist eine Unverschämtheit. Wir wünschen den Beschäftigten bei Hitachi, bei ABB, bei Continental, bei der Lufthansa, die jetzt um ihre Arbeitsplätze kämpfen, viel Erfolg und einen langen Atem. Wir würden uns wünschen, dass die Landesregierung sich ganz deutlich an die Seite dieser Beschäftigten stellt und deutlich macht, dass sie sich für den Erhalt dieser Arbeitsplätze einsetzt.

(Beifall DIE LINKE)

Die Klimakrise hängt sehr stark mit dem Verkehrsbereich zusammen. Nun haben wir die Situation, dass der ÖPNV im Ballungsraum weiterhin überlastet ist; auf dem Land ist er zu dünn, das Angebot zu unattraktiv, die Preise sind zu hoch. Deshalb schlagen wir als Teil unseres Neustartprogramms und als Teil unserer Änderungsanträge ein 300-Millionen-€-Programm für die ÖPNV-Infrastruktur vor. Wir brauchen einen Angebotsausbau, wir brauchen Preissenkungen. Bürgerbusse und Mitnahmebänke sind kein verlässliches Mobilitätsangebot. Anstatt Autobahnen und Flughäfen auszubauen, brauchen wir einen Ausbau des ÖPNV, und wir brauchen dringend die Verkehrswende.

Bereits angesprochen wurde, dass es durch die privatrechtliche Umgestaltung der Autobahnen zum Jahreswechsel einen umfangreichen Personalumbau bei Hessen Mobil gibt. Ich will noch einmal sagen: Wir als LINKE haben damals deutlich gemacht, diese Autobahngesellschaft für einen Fehler zu halten. Wir halten sie für falsch, weil sie privatrechtlich organisiert ist. Wir waren auch schon dagegen, als noch nicht klar war, dass keine der Niederlassungen nach Hessen kommt, sondern Hessen auf drei Bundesländer aufgeteilt wird. Dass es hier nicht so gut läuft, wie Herr Kasseckert auch deutlich gemacht hat, zeigt, dass es kein sinnvolles Projekt war und dass es sinnvoller gewesen wäre, wenn die Landesregierung im Bundesrat dem nicht zugestimmt hätte.

(Beifall DIE LINKE)

Ich möchte noch auf ein Thema eingehen, und das ist das Thema Wohnen und Mieten, weil es gerade in Krisenzeiten existenziell ist. Hier überschlägt sich der zuständige Minister vor Eigenlob. Allein in der letzten Woche hat Ihr Ministerium vier Presseerklärungen herausgegeben, um der Welt zu verkünden, wie großartig Sie Ihre Arbeit machen würden. Ja, Immobilienkonzernen gefällt das – aber für die meisten anderen Menschen gibt es ein entscheidendes Problem bei Ihrer Selbstinszenierung, nämlich, dass ihre Realität eine andere ist: Die Mieten steigen, steigen und steigen, und man findet in den Städten – aber nicht nur in den Städten – als Normal- oder Geringverdiener, als Studierender oder als Rentner keine bezahlbare Wohnung.

Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt von Jahr zu Jahr ab. Dass Menschen auf der Straße oder in überbelegten Wohnungen leben müssen, während gleichzeitig ganze Häuser leer stehen, immer neue Luxuswohnungen entstehen und Immobilieninvestoren riesige Profite erwirtschaften, das zeigt auch die soziale Spaltung, und das ist die Realität am Wohnungsmarkt in Hessen.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Wenn Sie sich an die Redezeit halten wollen, wäre es jetzt Zeit für den letzten Satz.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Wir haben ein bisschen Puffer!)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Das ist eine schöne Frage, ob man sich an die Redezeit halten möchte. Ja, ich führe noch ein paar Minuten aus. Vielen Dank, dass Sie mir Bescheid gesagt haben – am Ende trifft es sowieso wieder mich, was die Redezeit angeht.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Durch die Pandemie hat sich die Situation für viele Mieterinnen und Mieter natürlich verschärft; denn wer seine Miete vorher kaum zahlen konnte, der kann sie mit Kurzarbeitergeld erst recht nicht bezahlen. Deswegen häufen sich die Mietschulden, und im schlimmsten Fall drohen Zwangsräumungen und Wohnungsverlust. Da stellt sich die Frage: Was tut denn die Landesregierung in dieser Situation? Sie tut nichts, was darauf hindeuten würde, dass sie den Ernst der Lage erkannt hätte.

Weder kümmern Sie sich um das Problem der Mietschulden durch Corona – da wäre die Frage, ob man einen landesweiten Mietschuldenfonds macht, um zu verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren –, noch nehmen Sie eine grundlegende Veränderung in der Wohnungspolitik in Angriff.

Beim Mieterschutz wird der Geltungsbereich der Mietpreisbremse und anderer Regelungen ausgeweitet, aber Städte wie Hanau, Gießen, Kassel oder Oberursel sind weiterhin oder nicht mehr bei der Mietpreisebremse dabei. Das verstehen nicht einmal Ihre Parteikolleginnen und -kollegen vor Ort.

An wirklich schärfere wirksame Maßnahmen, ein echtes Wohnraumzweckentfremdungsverbot, einen sofortigen Mietenstopp, die Einführung eines echten Mietendeckels nach Berliner Vorbild – an all diese Maßnahmen gehen Sie nicht ran. Auch zu dem Thema von eben, dem Mietschuldenfonds, habe ich zumindest keinen Vorschlag von Ihnen gehört, Herr Minister.

Dasselbe gilt beim Thema soziale Wohnraumförderung: Es ist noch immer nicht gelungen, den massiven Abbau von Sozialwohnungen zu stoppen, geschweige denn, ihn wirklich umzukehren. Mittlerweile haben wir nicht einmal mehr 80.000 Sozialwohnungen in Hessen. Bis 2024 werden noch einmal 9.000 aus der Bindung fallen. Die Landesregierung aber freut sich, wenn die Zahl der Sozialwohnungen am Ende des Jahres gerade einmal um ein paar Hundert, und nicht um ein paar Tausend, fällt.

Letztes Jahr wurden in Hessen gerade einmal 618 sozial geförderte Wohnungen fertiggestellt – 618 in einem Jahr. Das ist doch wirklich ein Armutszeugnis. Da passiert viel zu wenig in diesem Bereich, so werden Sie die Wohnungs-

krise nicht lösen, Herr Minister. Hier wäre dringend ein Politikwechsel erforderlich.

(Beifall DIE LINKE)

Beim Thema Energiewende geht nichts voran. Die viel zitierten vier Windräder, die im letzten Jahr in Betrieb gegangen sind, sind viel zu wenig. Ich gebe zu, da sind die Bundespolitik und die Änderung am EEG nicht hilfreich. Aber es gibt eine ganze Menge Dinge, die Sie auch in Landesverantwortung ändern können. Beispielsweise könnten Sie, um nur eines zu nennen, die Mindestwindgeschwindigkeiten, die die FDP einmal in den Entwicklungsplan geschrieben hat, seit Langem geändert haben. Das ist eine bürokratische Hürde. Das erschwert den Ausbau der Windenergie. Das könnte man z. B. korrigieren. Wenn man die Abstandsregelungen und noch die Windgeschwindigkeiten hat, hat man eben Probleme, auf 2 % der Landesfläche zu kommen, was eigentlich einmal das Ziel war.

Zusammengefasst: Es ist notwendig, die sozialen Folgen der Krise abzufedern, bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei den Azubis, bei den Mieterinnen und Mietern. Es ist notwendig, um diese Krise für einen sozialökologischen Umbau zu nutzen, also nicht veraltete Technologien zu zementieren und nicht an verfehlten und veralteten Verkehrskonzepten festzuhalten, sondern die Verkehrs- und die Energiewende zu gestalten. Davon ist in diesem Haushalt viel zu wenig zu spüren. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Wissler. – Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Al-Wazir das Wort.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein wenig überrascht über die Wortbeiträge der Oppositionsfraktionen in diesem Hause; das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Manchmal habe ich mich gefragt, in welchem Land Sie eigentlich leben – Hessen kann es nicht sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin daran gewöhnt, dass die SPD manchmal zu spät dran ist. Aber dass Frau Löber hier unter dem Einzelplan 07 die Rede zum Digitalministerium hält, hat selbst mich überrascht. Ich darf einmal darauf hinweisen – ich bin nicht im Ältestenrat, ich habe die Tagesordnung nicht festgelegt –: Dass eine Generaldebatte um 19:30 Uhr beginnt, war nicht meine Entscheidung. Aber gestern wäre der richtige Zeitpunkt dafür gewesen. Deswegen kann ich Ihnen an dieser Stelle nur sagen: Ich verstehe manchmal nicht, was Sie hier für ein Bild zeichnen; denn ich glaube, dass es der Lage, in der wir uns befinden, wirklich nicht gerecht wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich schon dabei bin: Lieber Herr Kollege Eckert, Sie haben gesagt, meine schärfste Waffe wäre Staatssekretär Philipp Nimmermann. Also, ich will Ihnen einmal sagen: Die SPD wäre froh, wenn sie so eine scharfe Waffe hätte.

Ein halber Nimmermann wäre immer noch ein doppelter Günter Rudolph; da bin ich mir ganz sicher.

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Marius Weiß (SPD))

Ich frage mich bei manchen Debatten wirklich, an was Sie sich festhalten und mit welchen Punkten Sie sich beschäftigen, wie z. B. mit Rezepten für Grüne Soße, Herr Dr. Naas.

(Zuruf Abg. Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Sie wird übrigens nicht gekocht, sondern höchstens die Kartoffeln dazu. Offensichtlich haben Sie das Rezept dringend nötig.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) hält einen Ausdruck hoch.)

Ich bin wirklich überrascht. – Frau Kollegin Wissler, Stichwort: Frauen im Wirtschaftsministerium. Ich denke, wir müssen da die Öffentlichkeitsarbeit noch weiter verstärken.

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

Schauen Sie einfach einmal auf das Organigramm, und richten Sie Ihren Blick länger darauf; dann werden Sie schlauer.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl wir hier über den Einzelplan 07 und das Jahr 2021 reden, will ich doch noch einmal, weil es der Lage angemessen ist, auf das Jahr 2020 zurückschauen. Es ist das Jahr der Corona-Pandemie mit wirklich schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen. Wir haben uns in den letzten acht Monaten Tag und Nacht damit beschäftigt, diese Folgen in irgendeiner Form zu managen und – soweit es irgendwie möglich und gesundheitlich verantwortbar ist – auch zu minimieren.

Wir haben im März die Soforthilfen innerhalb von 17 Tagen auf den Weg gebracht – von der Ankündigung der Bundesregierung am 13. März bis zur ersten Auszahlung am 30. März. Das will ich an dieser Stelle einmal betonen. Wenn man das mit den Novemberhilfen vergleicht, die der Bund organisiert – dazu ist schon etwas gesagt worden –, dann stellt man fest, dass die Landesverwaltung in Hessen wirklich gezeigt hat, was sie kann.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war ein großer Kraftakt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Regierungspräsidium Kassel, jetzt bei den Überbrückungshilfen war es ein Kraftakt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Regierungspräsidium Gießen, und auch der mithelfenden jeweils anderen Regierungspräsidien, der Finanzverwaltung, der beteiligten Ressorts Finanzen, Inneres, Wirtschaft, die immer dabei helfen. Ich will das an dieser Stelle auch einmal sagen: Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir so engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die seit Mitte März teilweise Tag und Nacht und an den Wochenenden arbeiten. Ich hoffe, dass viele von ihnen diese Debatte hier nicht gesehen haben, weil sie ihrer Arbeit und auch der Krise nicht gerecht wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das Sondervermögen auf den Weg gebracht und im Bereich des Wirtschaftsministeriums den Neuen Hessenplan für Hessens Wirtschaft. Ich will auch das einmal sagen: Der Hessenfonds, die Notfallkasse, die Mikroliquidität von der WIBank haben und werden 1.000-fach dafür sorgen, dass Arbeitsplätze gesichert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeden Tag arbeiten Menschen auch bei der Förderbank daran, Firmen dabei zu unterstützen, Arbeitsplätze in dieser Krise zu erhalten und zu sichern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den öffentlichen Personennahverkehr mit Millionenbeträgen unterstützt, damit trotz wegbrechender Fahrgeldeinnahmen das Angebot weiter aufrechterhalten werden kann. Auch das ist übrigens eine große Unterstützungsleistung des Landes für die Kommunen; denn sie sind Aufgabenträger in Hessen. Aber wir machen das gerne, weil wir sicher sind, dass das gut angelegtes und dringend benötigtes Geld ist, und weil ich sicher bin, dass der ÖPNV, wenn die Krise vorbei ist, an diesen Aufwärtstrend, den er in den letzten Jahren genommen hat, wieder anschließen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Haushalt 2021 die Neuaufstellung von Hessen Mobil. Am 1. Januar 2021 wird es eine Zäsur geben, nämlich den Übergang der Auftragsverwaltung für die Autobahnen auf die Autobahn GmbH des Bundes. Die Auftragsverwaltung erfolgte seit den Fünfzigerjahren durch das Land Hessen. Natürlich wird es dann eine Neuaufstellung von Hessen Mobil geben. Wir wollen das mit einer verbesserten Personalausstattung verbinden: 105 Stellen beginnend im nächsten Haushalt, damit die Sanierungsoffensive im Landesstraßenbau fortgesetzt werden kann, damit das Radwegeprogramm fortgesetzt werden kann. – Herr Dr. Naas, von 14 Neubeginnen bei Radwegen hätten Sie in Ihrer Zeit, als Sie im Ministerium waren, sicher geträumt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden an dieser Stelle auch neue Aufgaben bekommen. Sie werden sehen – da bin ich mir sicher –, dass nach diesem Jahr des Übergangs Hessen Mobil für die verbleibenden Aufgaben noch stärker aufgestellt sein wird.

Wir sind bei der Digitalisierung, und zwar im Bereich des Einzelplans 07, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt mehr Geld für die kleinen und mittleren Unternehmen in der Abfolge Digi-Check, Digi-Beratung, Digi-Zuschuss − fast 5 Millionen € mehr für kleine und mittlere Unternehmen, um sie bei der Digitalisierung zu unterstützen.

Wir werden den Tourismusbereich mit Millionen Euro digitalisieren; wir werden dort die digitale Präsentation der Destinationen stärken. Wir werden dort nicht nur Marketinganalysen finanzieren, sondern auch das Marketing insgesamt verbessern und digitalisieren. Das ist ein Bereich, der gerade schwer zu kämpfen hat, weil alle sagen: Minimiert eure Kontakte, verreist nicht. – Aber ich bin mir auch sicher, dass es einen großen Wunsch der Menschen geben wird, zu verreisen, wenn die Corona-Pandemie vorbei ist. Dann wollen wir bereitstehen, um am Ende die Strukturen zu stärken und zu unterstützen. Ich bin mir sicher, dass das Geld dafür im nächsten Jahr sehr gut angelegt ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß überhaupt nicht, warum Sie sich so über die Fashion Week lustig machen – ich weiß es wirklich nicht.

(Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich auch nicht!)

Sie wollen sicher nicht wissen, wie meine Kollegin aus Berlin mich an dem Tag angerufen hat und freundlich beschimpft hat, um zu sagen, was uns da gelungen ist. Wir haben es geschafft, etwas nach Frankfurt zu bringen, was über Jahre mit Berlin verbunden war und – Entschuldigung – globale, nicht nur deutschland- oder europaweite Aufmerksamkeit hat. Wenn wir das gut machen und die Fashion Week nicht nur in der Messe hinbekommen, sondern wenn es uns auch gelingt, die Kreativwirtschaft in der Region einzubinden, dann kann das eine Chance sein, die lange nachwirken wird – wenn wir sie gut nutzen. Wir können froh sein, wenn uns das im Jahr 2021 gelingen wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fördern Start-ups; wir verdoppeln die Start-up-Förderung. – Ich will das an dieser Stelle einmal sagen, weil es hier auch angesprochen wurde: Wir reden hier über einen Einzelplan; offensichtlich hat da kaum einer hineingeschaut.

Wir werden die Ausbildungsplatzförderung, die jetzt schon auf einem sehr hohen Niveau ist – Stichwort: Hauptschülerprogramm und Ähnliches, wo wir auch in diesem Jahr immer noch einmal nachgelegt haben; Stichwort: Wirtschaft integriert, mit allem, was dazugehört –, noch einmal im Kernhaushalt verstärken. Zusätzlich werden wir noch etwas obendrauf legen aus dem Hessenplan, aus dem Sondervermögen für die Förderung der Verbundausbildung, weil keine Generation Corona entstehen darf. Bitte schauen Sie doch einmal in die Einzelpläne, wenn wir schon eine Einzelplanberatung machen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

– Die Kollegin Wissler meine ich nicht, andere schon. – Wir wollen den Bereich ausdrücklich stärken, weil wir sicher sind, dass im nächsten Jahr die Wirtschaftsleistung hoffentlich wieder anziehen wird, aber manche Probleme – Stichwort: Insolvenzen und Ähnliches – erst kommen werden. Dass eine Firma, die sozusagen ein schweres Jahr hinter sich hatte, erst einmal anfängt, zu warten, ob sie noch einmal einen neuen Ausbildungsplatz schafft, ist doch völlig klar. Genau an dieser Stelle wollen wir im Jahr 2021 unterstützen, damit möglichst viele Ausbildungsplätze angeboten werden und möglichst viele junge Leute eine Ausbildung beginnen können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zum Stichwort Energiewende nur einen Punkt nennen. Jahrelang habe ich mir in der letzten Legislaturperiode anhören müssen, dass unser Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Strom unerreichbar sei. Ich habe schon gesagt: Wir haben das Ziel letztes Jahr erreicht. Wir haben es geschafft, den Anteil des in Hessen aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms von 12,5 % des Bruttostromverbrauchs auf 25 % – genauer gesagt: 24,9 % – zu bringen. Jetzt können Sie sagen, es fehlen 0,1 %. – Wenn der SPD nur 0,1 % fehlen würde, dann wäre sie froh, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben also unser Ziel erreicht, und wir gehen das nächste Verdoppelungsziel an, nämlich die Verdoppelungsquote bei der Sanierung von Wohngebäuden, weil das ein Bereich ist, in dem ein Drittel der Energie in Hessen verbraucht wird. Davon entfallen 80 % auf Heizen und Warmwasser in den Privathaushalten. An dieser Stelle gibt es noch viel zu tun. Da wollen wir die Bürgerinnen und Bürger mit unserem Wärmeeffizienzprogramm bei der Wärmewende unterstützen, die jetzt angesagt ist.

(Unruhe SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Ich wollte nur kurz darauf hinweisen, dass die durchschnittliche Redezeit der anderen jetzt vorbei ist.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Frau Präsidentin, ich bin gleich durch. – Das hilft übrigens nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch der Wirtschaft und dem regionalen Handwerk.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das ist eine Antwort auf die Corona-Pandemie, indem wir Klimaschutz und Wirtschaftsprogramme verbinden – und genau das ist jetzt angesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf Marius Weiß (SPD))

Zum Thema Wohnen werden wir hier noch zweimal große Debatten zu zwei Gesetzentwürfen haben. Ich will nur so viel sagen: Wir haben in diesem Jahr so viele Anmeldungen im sozialen Wohnungsbau wie seit 2009 nicht mehr. Wir drehen diesen Tanker gerade.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Ja, liebe Kollegin Wissler, im letzten Jahr gab es in Hessen unterm Strich, glaube ich, 550 Sozialwohnungen weniger.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

Ja. – Ich will, dass das endet und dass wir das drehen.
 Aber in Berlin, wo die Linkspartei die Senatorin stellt, gab es im Jahr 2019 nicht nur 500 Wohnungen, sondern 20.000 Sozialwohnungen weniger.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD und Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie kritisieren und reden sozusagen in Ihrer eigenen Welt, und wir arbeiten schlicht an dem, was wir uns vorgenommen haben, und an der Lösung der Probleme.

Letzter Satz, Frau Präsidentin. – Wir haben heute Morgen eine Umfrage bekommen. Seit der letzten Landtagswahl: CDU plus 7, GRÜNE plus 2, SPD minus 1, FDP minus 0,5, LINKE minus 1, AfD minus 5. – Halten Sie weiter solche Reden, das hat bisher super funktioniert. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Was soll das denn? Was ist denn hier los? Das ist unverschämt! War das Wahlkampf, oder was? – Allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Mir liegt noch eine Wortmeldung zum Einzelplan 07 von der SPD-Fraktion von Frau Löber vor. Bitte schön.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrter Herr Staatsminister, gestern bei der Generaldebatte ist das Thema Digitalisierung nicht explizit aufgenommen worden, auch nicht von Ihrem Ministerpräsidenten. Ich war bei der Debatte bis zum Ende anwesend, und ich finde deswegen Ihre Bemerkungen etwas unpassend.

(Beifall SPD)

Uns war es wichtig, das Thema Digitalisierung hier im Zusammenhang mit Wirtschaft aufzunehmen. Mobilfunkausbau, Breitband – auch Sie haben eben kleine und mittlere Unternehmen angesprochen, für die das essenziell wichtig ist. Ich denke, dieser Zusammenhang ist hier gegeben. Vielleicht sollten Sie jeder Fraktion selbst überlassen, was sie hier zu welcher Thematik beiträgt. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Löber. – Zur Geschäftsordnung hat sich Abg. Rudolph gemeldet.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, wir bitten um einen Protokollauszug der Rede des Herrn Ministers – der in der bekannten, ihm eigenen Arroganz meint, Abgeordnete beleidigen zu müssen –, sodass wir das in der nächsten Sitzung des Ältestenrats besprechen können.

(Zurufe: Jawohl!)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Das ist mir nicht bekannt, aber einen Protokollauszug können wir natürlich gerne anfertigen. – Damit sind wir am Ende des Einzelplans 07.

Wir kommen zum

Einzelplan 08 – Hessisches Ministerium für Soziales und Integration –

Als Erste hat die Abg. Gnadl, SPD-Fraktion, das Wort. Bitte schön.

Lisa Gnadl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Corona-Pandemie wirkt im sozialpolitischen Bereich wie ein Brennglas. Strukturen, die zuvor schon defizitär waren oder hart an ihrer Belastungsgrenze gearbeitet haben, sind in der Krise so unter Druck geraten, dass die Defizite noch deutlicher hervortreten und nicht mehr zu leugnen sind.

(Beifall SPD)

Die Folgen der Corona-Pandemie sind spürbar, doch sie betreffen nicht alle in gleichem Maße: prekäre Beschäftigung, kein bezahlbarer Wohnraum, Flüchtlingsunterbringung ohne landesweite Standards, ein unterfinanzierter öffentlicher Gesundheitsdienst mit zu wenig Personal.

(Unruhe)

– Ich weiß gar nicht, was in diesem Raum los ist. Könnte mir vielleicht auch irgendeiner von den grünen Herren einmal zuhören, die sonst immer so empfindlich sind?

(Beifall SPD – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Bitte schenken Sie der Rednerin die entsprechende Aufmerksamkeit, die sich gebührt.

(Günter Rudolph (SPD): Gehen Sie raus, wenn Sie reden wollen! – Gegenruf: Herr Rudolph! – Weitere Zurufe)

Lisa Gnadl (SPD):

Ich weiß nicht, was hier los ist.

(Holger Bellino (CDU): Reden Sie doch mal weiter! – Weitere Zurufe)

 Ich würde gern weiterreden, Herr Bellino, aber ich finde diese Unruhe unglaublich. Man kommt kaum noch zu Wort, wenn man hier vorne am Pult steht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und Robert Lambrou (AfD))

Prekäre Beschäftigung, kein bezahlbarer Wohnraum, eine Flüchtlingsunterbringung ohne landesweite Standards, ein unterfinanzierter öffentlicher Gesundheitsdienst mit zu wenig Personal, zu wenige Kapazitäten in Frauenhäusern, der Schuldnerberatung, der Obdachlosen- und Wohnungslosenhilfe, Personalnotstand in den Krankenhäusern, in der Altenpflege, in den Kitas – egal, wohin wir schauen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge wurden jahrelang unterfinanziert. Die Krise hat die Versäumnisse dieser schwarzgrünen Landesregierung schonungslos offengelegt.

(Beifall SPD)

Sie nehmen jetzt über den Schattenhaushalt zwar gigantische Summen in die Hand, jedoch fehlen die strukturellen Veränderungen. Die vermissen wir im Einzelplan 08, im Sozialhaushalt.

(Beifall SPD)

Bei der Kinderbetreuung müssen wir endlich die richtigen Weichen stellen; denn Kinder haben ein Recht auf frühkindliche Bildung und auf Teilhabe. Eltern haben ein Recht auf Betreuung, und die Erzieherinnen und Erzieher haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen.

In dieser Krise wurde besonders deutlich: Es gibt keinen Personalpuffer in den Kitas. Gleichzeitig fallen mehr Erzieherinnen und Erzieher krankheitsbedingt oder aufgrund der Quarantänemaßnahmen aus. Damit wird klar: Die sowieso schon strapazierte dünne Personaldecke dünnt sich noch mehr aus. Das führt dazu, dass vielerorts in den Städten und Gemeinden die Betreuungszeiten eingeschränkt werden. Die berufstätigen Eltern müssen jetzt sehen, wie sie damit zurechtkommen.

(Minister Michael Boddenberg unterhält sich mit Minister Tarek Al-Wazir.)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Bitte auf der Regierungsbank keine Zwiegespräche.

(Ulrike Alex (SPD): Das ist unglaublich!)

Lisa Gnadl (SPD):

Die schlechten Rahmenbedingungen fallen uns einfach auf die Füße. Eine Kita-Leiterin hat geschildert: Das war schon vor Corona hart, aber jetzt ist es richtig schlimm.

Also, meine Damen und Herren, investieren Sie in gute Arbeits- und in gute Ausbildungsbedingungen für die Kinderbetreuung, und schaffen Sie endlich das unsägliche Schulgeld ab.

(Beifall SPD und Christiane Böhm (DIE LINKE))

Leiten Sie strukturelle Veränderungen in der Kinderbetreuungsfinanzierung ein. Erhöhen Sie die Betriebskostenzuschüsse für die Städte und Gemeinden deutlich.

Lassen Sie Ihre schwarz-grünen Taschenspielertricks, mit denen Sie das Geld von den Kommunen nehmen, um Dinge im Kita-Bereich zu finanzieren. So kommen wir nicht weiter. Wir brauchen die strukturellen Veränderungen. Wir brauchen eine ordentliche Betriebskostenfinanzierung seitens des Landes aus originären Landesmitteln.

(Beifall SPD)

Das Gleiche gilt auch für den Investitionsstau für den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir haben gestern schon darüber gesprochen. Nancy Faeser hat es deutlich gemacht: 1 Milliarde € Defizit bei den Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung. Was machen Sie? Sie lösen den Investitionsstau nicht auf. Das ist ein Offenbarungseid. Marius Weiß hat es heute schon von dieser Stelle aus gesagt. Sie interessieren sich noch nicht einmal für die genauen Zahlen, wie viele Investitionen in den Ausbau der Kinderbetreuung überhaupt notwendig sind.

(Beifall SPD)

Bei der Gebührenbefreiung schreiten Sie auch nicht weiter voran. Es bleibt bei dem Stückwerk der sechs Stunden ab dem dritten Lebensjahr. Darüber kommen Sie nicht hinaus. Monatelang war unklar – auch in den vergangenen Monaten –, ob die Eltern und die Träger das Geld für die Zeiten, die im Lockdown ausgefallen sind, bezahlt bekommen. Das alles hätten wir uns sparen können, wenn wir im Bereich der Gebührenbefreiung schon in den vergangenen Jahren so investiert hätten, dass wir tatsächlich Bildung auch in Hessen gebührenfrei anbieten, genauso wie in anderen Bundesländern, und zwar auch in der frühkindlichen Bildung.

(Beifall SPD und Christiane Böhm (DIE LINKE))

Ich möchte zu dem zweiten großen Themenkomplex kommen, bei dem in dieser Corona-Krise deutlich offengelegt wird, wo die Versäumnisse der Vergangenheit dieser schwarz-grünen Landesregierung sind. Da bleiben Sie sich in Ihrer unseligen 20-jährigen Tradition treu: Sie investieren nicht mehr in die Krankenhäuser,

(Max Schad (CDU): Stimmt doch gar nicht!)

obwohl Sie gesetzlich nach der Krankenhausplanung dazu verpflichtet sind.

(Max Schad (CDU): Spitzenplatz! Mehr als alle anderen!)

Es bleibt dabei, dass nur 18,4 % durch das Land getragen werden. Sie erhöhen diese Krankenhausinvestitionen nicht. Damit sparen Sie weiter in einem so eklatant wichtigen Bereich. Wir haben in der Corona-Pandemie gesehen, wie wichtig dieser Bereich ist. Aber das scheint Sie nicht zu interessieren. Sie nehmen Ihre Verantwortung für unser Gesundheitssystem nicht ausreichend wahr.

(Beifall SPD)

Sie investieren nicht bedarfsgerecht in eine optimale medizinische Versorgung für die Menschen in unserem Land. Schaffen Sie endlich die Rahmenbedingungen in der Pflege, damit das Personal auch lange und gern im Beruf verbleibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der kursorischen Lesung hat sich gezeigt, dass gerade in dem so wichtigen Einzelplan auch unfassbar viele Mittel als Platzhalter eingestellt sind, ohne dass Sie die konkreten Inhalte liefern. Was Sie hier machen, ist schlicht und ergreifend unverantwortlich. Selbst wenn Projekte benannt werden, legen Sie keine Konzepte für die Umsetzung vor.

Ich will zwei Beispiele nennen. Bei der Teilhabekarte ist seit Jahren nichts passiert. Dieses Mal ist wieder nichts passiert. Bei der Geburtshilfe sind Sie nicht weitergekommen. In den Entwurf zum Landeshaushalt schreiben Sie reine Plangrößen hinein, die substanzlos bleiben, weil Sie keine Konzepte vorlegen.

(Beifall SPD und Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Bestes Beispiel dafür ist das Thema Landarztquote. Ich bin sehr gespannt, ob Sie unserem Gesetzentwurf morgen zustimmen werden. Als SPD-Fraktion haben wir einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Landarztquote eingebracht.

(Tobias Eckert (SPD): Das ist ein guter!)

Denn uns als SPD-Fraktion sind gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land wichtig. Wir wollen, dass die Menschen in Hessen überall einen guten Zugang zu hausärztlicher Versorgung haben.

(Beifall SPD)

Aber die Versorgung mit Hausärzten ist im Bundesvergleich in Hessen mit am schlechtesten. Deswegen brauchen wir die Einführung der Landarztquote. Wir brauchen nicht nur einen Haushaltsposten, sondern wir brauchen einen Gesetzentwurf im Landtag, dem der Hessische Landtag zustimmt, damit wir bei diesem Thema endlich vorankommen. Morgen haben Sie Gelegenheit, dem zuzustimmen

Auch beim Thema Gehörlosengeld kann man sich nur verwundert die Augen reiben. Jahrelang haben wir von der SPD-Fraktion das gefordert. Wir haben Anträge eingebracht. Wir haben auch Gesetzentwürfe eingebracht, z. B. mit Blick auf das Taubblindengeld. Das haben Sie jahrelang abgelehnt. Beim Taubblindengeld hieß es von Ihrer Seite: Das geht nicht so schnell, dazu müssen wir erst mal in die Ausbildung der Taubblindenassistentinnen und -assistenten investieren.

Umso verwunderlicher ist Folgendes: Als ich jetzt bei der kursorischen Lesung nachfragte, ob beim Gehörlosengeld die Ausbildung der Taubblindenassistenz mitgedacht war, wurde das mit einem klaren Nein beantwortet.

(Zuruf SPD: Ach!)

Das ist nicht darin enthalten. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir hoffen sehr für die Betroffenen, dass es endlich auch in Hessen ein Gehörlosengeld geben wird. Das ist aus unserer Sicht längst überfällig. Belassen Sie es nicht bei einem Platzhalter im Landeshaushalt.

(Beifall SPD)

Ich will ein Beispiel aus der Frauenpolitik herausgreifen. Im Bereich des Gewaltschutzes von Frauen orientiert sich Schwarz-Grün bei den Mehrausgaben im Rahmen der baulichen Investitionen für die Frauenhäuser am Bundesprogramm. Das wird kofinanziert. Gut, dass es dieses Bundesprogramm gibt, damit sich auch beim Ausbau der Frauenhäuser in Hessen etwas bewegt. Aber das Land müsste hierbei dringend mit einem eigenen Programm vor allem in die Stärkung des Personals und in die Prävention investieren, um Gewalt an Frauen und Kindern wirkungsvoll zu verhindern und um vor allem die Istanbul-Konvention, zu der sich Deutschland bekannt hat, in Hessen endlich umzusetzen.

(Beifall SPD)

Um die Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erfüllen, braucht Hessen rund 300 zusätzliche Familienzimmer in Frauenhäusern. Wir brauchen auch mehr Personal, wenn wir mehr Plätze in diesem Bereich schaffen müssen.

Die Situation war schon vor Corona in diesem Bereich alarmierend. Im Jahr 2018 haben die Frauenhäuser 2.798 Frauen und deren Kinder wegen Platzmangels abweisen müssen. Das ist unerträglich. Das darf nicht weiter sein. Deswegen erwarten wir hierzu auch mehr als das, was Sie uns mit diesem Entwurf des Landeshaushalts vorgelegt haben.

(Beifall SPD)

Im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte setzen Sie auf das Thema "Jahr der Kinderrechte". Wir erwarten, dass Sie das Thema nicht nur PR-mäßig besetzen, sondern dass Sie das auch mit Inhalten füllen. Das Amt der Kinder- und Jugendrechtsbeauftragten wurde lange nicht besetzt, bis Sie jetzt endlich eingesehen haben, dass man eine solche Stelle nicht nur ehrenamtlich ausfüllen kann.

Nicht nachvollziehbar ist uns Ihre Haltung zur Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte. Dazu findet sich nichts im Haushaltsplan, obwohl der Bundesgesetzgeber das Thema in die SGB-VIII-Reform aufgenommen hat. Warum finanzieren Sie nicht endlich die unabhängige Stelle, deren Finanzierung durch die Aktion Mensch im nächsten Jahr ausläuft und die in den letzten Jahren hervorragende ombudschaftliche Arbeit für Kinder und Jugendliche geleistet hat?

(Beifall SPD)

Zum Bereich der Ausbildung hat mein Kollege Tobias Eckert schon im Rahmen der wirtschaftspolitischen Debatte heute einiges gesagt. Deswegen möchte ich das an dieser Stelle nicht wiederholen.

Mit Blick auf die Flüchtlinge haben wir zusammen mit der Fraktion DIE LINKE einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Standards bei der Flüchtlingsaufnahme vorsieht. Sie sind aus unserer Sicht längst überfällig. Auch das vermissen wir in diesem Landeshaushalt.

Abschließend kann ich für meine Fraktion nur sagen: Erkennen Sie die Zeichen dieser Zeit. Schauen Sie sich die Problemlagen genau an; die Corona-Pandemie führt uns deutlich vor Augen, was in den vergangenen Jahren durch Ihre schwarz-grüne Regierung versäumt wurde. Stellen Sie vor allem die Weichen für strukturelle Veränderungen, damit Hessen gestärkt aus dieser Krise kommt.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Ravensburg das Wort.

Claudia Ravensburg (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Sozialhaushalt 2021 ist, wie viele Kollegen von ihren Einzelplänen auch schon berichtet haben, kein gewöhnlicher Einzelplan, sondern er ist eingebettet in die finanziellen Notwendigkeiten der Pandemie.

Auch wenn die finanziellen Hilfen klugerweise im Sondervermögen veranschlagt sind, so ist von der Pandemie das gesamte Sozialwesen betroffen – der Gesundheitssektor genauso wie die Altenpflege, die Kitas, die Frauenhäuser und die Beratungsstellen, um nur einige Beispiele zu nennen

Natürlich hat das auch gravierende Auswirkungen auf die Arbeit im Sozialministerium: Jeden Tag gibt es neue Aufgaben. Geplantes musste verschoben werden, z. B. das Jahr der Kinderrechte 2020. Aber die Kinder- und Jugendrechte – damit fange ich an – sind uns sehr wichtig. Deshalb verstärken wir den Aufgabenbereich der hessischen Kinderund Jugendrechtsbeauftragten mit einer Vollzeitstelle im Stellenplan 2021.

(Beifall CDU)

Mit ihr haben wir jetzt eine sehr kompetente Beauftragte für diese wichtige Position gewonnen. Mit einem wirklich spannenden Programm wird das jetzt gestartete Jahr der Kinderrechte zu einem wichtigen Schwerpunkt der hessischen Kinder- und Jugendpolitik 2021 werden.

Ganz besonders freuen wir Christdemokraten uns, dass wir jetzt die finanziellen Grundlagen für zwei ganz wichtige Projekte schaffen.

Zum einen werden wir die Landarztquote nicht nur in den Einzelplänen für Wissenschaft und Kunst und Soziales und Integration verankern, sondern wir werden auch zeitnah einen Gesetzentwurf einbringen. Wir betten die Landarztquote in unsere Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung im hessischen Gesundheitspakt 3.0 ein. 3,4 Millionen € sind zusätzlich zur Fortsetzung von Projekten wie "Gemeindeschwester", der Gesundheitszentren und für die geförderten Famulaturen oder die Qualifizierung der medizinischen Fachangestellten vorgesehen. Diese wichtigen Maßnahmen erweitern wir, und wir ergänzen sie um die Landarztquote im Medizinstudium. Wir sorgen ebenso dafür, dass wir mehr Ärzte für das öffentliche Gesundheitswesen gewinnen werden.

Jungen Menschen, die Interesse am Landarztberuf haben, wollen wir eine Chance geben, auch ohne herausragende Noten, aber dafür mit hoher Motivation und Empathie, mit der sie sich um die Menschen im ländlichen Raum kümmern wollen, Medizin zu studieren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite neue Schwerpunkt, den ich für sehr wichtig halte, ist die Einführung des Gehörlosengeldes und des Taubblindengeldes – wir haben es gerade gehört. Die bereits für das kommende Jahr verankerten 6 Millionen € sind von immenser Bedeutung für die Betroffenen, nicht nur weil sie damit beispielsweise technische Unterstützung einkaufen können, sondern auch weil wir damit ein Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung für die Betroffenen setzen wollen.

Meine Damen und Herren, die Pandemie hat uns die große Bedeutung des Gesundheitswesens und der sozialen Infrastruktur vor Augen geführt. Das ist nicht nur, aber gerade bei der Kinderbetreuung zu bemerken. Das Wort "systemrelevant" hat das Frühjahr geprägt, und unser Sozialhaushalt 2021 trägt dem Rechnung.

Beispielhaft möchte ich die Förderung der Investitionen in die Kindertagesstätten nennen. Neue Kindertagesplätze sind nicht nur deshalb wichtig, weil die Kommunen den Rechtsanspruch der Eltern erfüllen müssen und berufstätige Eltern eine Betreuungssicherheit brauchen. Nein, die Kinderbetreuung sichert auch die Entwicklungschancen unserer Kinder ab – auch für die, deren Eltern die Unterstützung alleine nicht erbringen können. Unsere Erzieherinnen und Erzieher leisten jeden Tag sehr viel: das soziale Lernen, das qualitativ hochwertige Bildungsangebot, und sie machen die Kinder stark für mehr Kinderschutz. Wir danken ihnen sehr dafür.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Sozialhaushalt sind 2021 50 Millionen € für den Kita-Ausbau veranschlagt. Zusammen mit den bereits im Jahr 2020 verankerten 92 Millionen € und den weiterhin angekündigten 27 Millionen € aus dem Sondervermögen fördert Hessen den Kita-Ausbau mit zusätzlichen 169 Millionen €. Dazu kommen auch die Bundesmittel. Diese Fördermittel werden wesentlich dazu beitragen, die Kommunen und die Träger der Kindertagesstätten zu unterstützen, damit flächendeckend ein gewaltiges Kindertagesstättenbau- und sanierungsprogramm gestartet werden kann.

Was erzählen Sie denn eigentlich, Frau Gnadl? Unsere Bürgermeister, mit denen wir gesprochen haben, sind sehr froh, dass diese Mittel jetzt kommen. Sie müssen jetzt starten, sie müssen Aufträge vergeben können. Sie brauchen auch Unternehmen, die das ausführen. Neue Kita-Gruppen zu schaffen, ohne dass es Personal gibt – das wissen wir auch –, das geht nicht. Deshalb werden wir auch im Jahr 2021 600 praxisintegrierte vergütete Ausbildungsplätze in den Kitas finanzieren, um neue Fachkräfte zu gewinnen, und das zusätzlich zu den Ausbildungsstellen, die wir an den Schulen haben.

Es geht uns auch um die Gesundheitsfachberufe: die Physiotherapeuten, die Logopäden oder auch die Ergotherapeuten. Seit dem 1. August dieses Jahres konnten wir die Ungerechtigkeit beseitigen, dass die Auszubildenden Schulgeld für ihren Schulbesuch zahlen mussten. Im Jahr 2021 sind die Schulgelder erstmals ganzjährig im Landeshaushalt enthalten.

Besonders wichtig ist uns auch die Gewinnung und Ausbildung der Pflegekräfte. Wir finanzieren die Ausbildung an den Altenpflegeschulen mit über den Fonds. Wir finden, dass die neue generalistische Ausbildung unseren zukünftigen Pflegefachkräften ermöglicht, Erfahrungen in den verschiedenen Bereichen der Pflege zu sammeln. Das ist wichtig; denn die Aufgaben der Altenpflege und der Krankenpflege werden künftig immer weiter miteinander verschmelzen. Das wertet dann auch die Altenpflege auf. Das ist notwendig, und das ist richtig. Das zeigt uns die Pandemie tagtäglich. Wir erleben, mit welchem unglaublichen Einsatz die Pflegekräfte sich auch unter Inkaufnahme persönlicher Risiken um die Bewohnerinnen und Bewohner in den Pflegeeinrichtungen und in der ambulanten Pflege kümmern. Auch die Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern pflegen sie und lassen sie nicht im Stich. Danke an alle Kräfte im Pflege- und Gesundheitswesen im stationären und im ambulanten Bereich; denn sie verdienen fürwahr unsere Unterstützung – und zwar auch eine finanzielle.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Aufstockung des Pflegebonus aus dem Sondervermögen setzen wir ein deutliches Zeichen der Wertschätzung und der Dankbarkeit. Wir haben uns auch vorgenommen, die Situation der hessischen Hebammen zu verbessern. 1,7 Millionen € sind im Sozialhaushalt für die Verbesserung der Situation der Hebammen vorgesehen. Welche Maßnahmen wir damit umsetzen, machen wir von den Ergebnissen des runden Tisches "Hebammen" abhängig. Dort sitzen alle Expertinnen und Experten zusammen. Wir finden es völlig richtig, dass nicht wir bestimmen, was wir machen, sondern dass wir gemeinsam mit ihnen die besten Wege und Einsatzmöglichkeiten finden, damit das Geld, welches wir einsetzen wollen, auch dort ankommt, wo es hingehört und die Hebammen damit unterstützt werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Sozialhaushalt 2021 ist geprägt von der Pandemie. So habe ich meine Ausführungen begonnen, und so schließe ich auch. Das Sozialbudget steht auch in dieser schwierigen Zeit für eine verlässliche Sozialpolitik. So ist es ein gutes Signal, dass wir das Sozialbudget um weitere 3 Millionen € aufstocken.

Ich halte deshalb fest: Wir halten das, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben. Wir setzen im Haushalt 2021 konsequent unsere Ziele um, doch wir schaffen gleichzeitig auch alle Voraussetzungen, um die wichtigen Aufgaben, die die Pandemie mit sich bringt, zusätzlich zu erfüllen. Deshalb gilt mein Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, in den Regierungspräsidien und an vielen Stellen überall in Hessen, die sich mit großem Engagement einsetzen, um die Krise zu bewältigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die AfD erteile ich nun Herrn Richter das Wort.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr hatten wir zu Einzelplan 08 eine Vielzahl an Anträgen gestellt, die in erheblicher Form Kosten im sozialen Bereich eingespart hätten. Genau an diesem Punkt setzen wir auch im Jahr 2021 an, allerdings mit Umschichtungen der finanziellen Zuwendungen, sodass förderfähige Maßnahmen mit höheren Summen bedacht werden können.

Insgesamt sparen wir als Alternative für Deutschland in diesem Einzelplan – man höre und staune – 253 Millionen €. Dem gegenüber steht ein Aufstockungsbetrag von dann 10,5 Millionen € – also round about eine Ersparnis von 240 Millionen insgesamt. Wir bieten so eine Möglichkeit, den Landeshaushalt ein Stück weit zu konsolidieren, und handeln umfassend im Sinne der hessischen Bürger.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch einmal, wo Sie kürzen wollen!)

- Herr Bocklet, bleiben Sie doch ruhig, ich habe gerade erst angefangen.

In einigen Förderprodukten unseres Teilhaushaltes sind in nicht unerheblichem Maße Gelder veranschlagt, die Personen zugutekommen, die bei uns in Deutschland kein dauerhaftes Bleiberecht haben. In großem Maße betrifft dies insbesondere die Leistungen nach dem Landesaufnahmegesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz, bei denen wir 130 Millionen € einsparen möchten.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie denn?)

Es muss klar werden, dass für die Zukunft das Bleiberecht entscheidend sein muss und wir entsprechend konsequent handeln; denn nur so kann über die Hälfte der Kosten eingespart werden. Wie das funktioniert, hat heute Morgen der Kollege Herrmann gesagt. Einen Teil der eingesparten Gelder haben wir in die Anhebung der Entschädigungsleistung für Verfolgte des SED-Regimes gepackt. Wir müssen uns vor Augen halten, dass die Opfer des SED-Regimes weiterhin nicht unerhebliche Probleme haben, überhaupt finanzielle Mittel zu erhalten,

(Christiane Böhm (DIE LINKE): So ein Bullshit! – Zuruf Saadet Sönmez (DIE LINKE))

während leider Gottes viele Täter genau diese Probleme nicht haben. Das halten wir, die Alternative für Deutschland, für eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.

(Beifall AfD)

Wir möchten diesen Bereich um 3,2 Millionen € auf 7,8 Millionen € aufstocken. Mir ist klar, dass Linksaußen dabei ein wenig aufschreit, aber bitte denken Sie daran: Die Opfer des SED-Regimes bekommen teilweise keine Renten, währenddessen die Täter teilweise in der Politik angestellt sind.

(Beifall AfD)

Selbstverständlich ist es gerade in der heutigen Zeit wichtig, die Menschen in unserem Land zu sensibilisieren, dass die DDR-Diktatur Menschen erhebliches Leid angetan hat und es immer noch Politiker in unserem Land gibt, die sich nicht dazu aufraffen können, die DDR zumindest als Unrechtsstaat zu bezeichnen.

(Beifall AfD)

Wir würden hier durchaus auch einem Antrag anderer Parteien befürworten, die die 3,2 Millionen €, die wir mehr veranschlagt haben, als zu geringfügig ansehen.

Wie im vergangenen Jahr auch sehen wir wiederum die Kosten für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche als um ein Vielfaches zu hoch an. Wir senken diese von 171 Millionen € um 85,5 Millionen € und reduzieren die Summe somit um rund die Hälfte. Die hohe Summe von rund 100.000 € im Jahr pro unbegleitetem ausländischen Kind oder Jugendlichen ist dem Steuerzahler so schlicht nicht zu vermitteln und liegt auch weit über den Ausgaben anderer Bundesländer in diesem Bereich.

Bei Leistungen zur Bekämpfung geschlechterspezifischer Gewalt unterdessen möchten wir eine erhebliche Aufstockung der Gelder. Das ist folgerichtig zu unserem Antrag, den wir zuletzt gestellt hatten. Wir wundern uns schon sehr, dass man seitens der Landesregierung nur 1,26 Millionen € zur Verfügung gestellt hatte. Da es insbesondere um den Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt geht, möchten wir um 1,2 Millionen € auf runde 2,5 Millionen € aufstocken. Auch hier wären wir bei einem Antrag, der höhere Gelder bewilligt, durchaus nicht abgeneigt, zuzustimmen

Ebenso verfahren wir bei den Leistungen zur Konsolidierung kommunaler Haushalte und beim Aufbau von Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen. Wir möchten eine Aufstockung um 2,4 Millionen € auf insgesamt 25,8 Millionen €, um insbesondere von Gewalt betroffenen Frauen und Männern mehr zu helfen und damit auch Frauenhäuser finanziell stärker zu unterstützen.

Die nächste Aufstockung betrifft die Leistungen zugunsten von Behindertenverbänden. Wir möchten diese Leistungen um 122.000 € auf dann 474.000 € erhöhen; denn wir wollen zum einen Finanzierungsengpässe vermeiden und zum anderen dem Bedeutungszuwachs der Behindertenverbände in ihrer Tätigkeit während der Pandemie Rechnung tragen.

Auch bei den Leistungen zugunsten der assistierten Reproduktion erkennen wir die nicht unerheblichen Probleme in diesem Bereich an und wünschen explizit eine Stärkung der Familiengründungen. Wir erhöhen somit den Betrag von 6,8 Millionen € um 1,2 Millionen € auf glatte 8 Millionen €. Diese Aufstockung soll zu einer möglichst vollständigen Kostenübernahme verwendet werden.

Weitere Aufstockungen finden sich bei Leistungen für Gewaltopfer. Angesichts der Intensität und Zunahme von Gewalt in unserer Gesellschaft ist das ein sehr wichtiger Punkt. Wir möchten hier die veranschlagten 375.000 € auf 750.000 € verdoppeln.

Der nächste große Posten, bei dem wir wiederum Potenzial für Einsparungen sehen, sind die Leistungen zur Förderung von Integrationsmaßnahmen für in Hessen lebende Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere neu Zugewanderte. Hier senken wir die bestehenden 27,187 Millionen € um 16,3 Millionen € auf 10,8 Millionen € ab. Wie auch bei den anderen Positionen in diesem Bereich konzentrieren wir uns auf die Personen, die ein Bleiberecht in Deutschland haben.

(Zuruf Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

 Es geht nicht um Stolz, sondern darum, was man dem Steuerzahler zumuten muss. Andere Leute müssen für das Geld hart arbeiten. Herr Bocklet, vielleicht sollten Sie darüber nachdenken.

(Beifall AfD)

Wenn der Bürger nun ein wenig auf die Kostenverteilungen der einzelnen Positionen geachtet hat, die ich hier verlesen habe, dann ist auffällig, dass für wichtige soziale Projekte, die den Schwächsten unserer Gesellschaft zugutekommen, eher nur kleinere Summen zur Verfügung stehen, und das muss auch dieser Landesregierung wirklich zu denken geben.

(Beifall AfD)

Dies sei nur am Rande angemerkt: Wir streichen die Leistungen für den sogenannten Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt. Während man im hessischen Landeshaushalt bei Leistungen für Gewaltopfer nur 375.000 € veranschlagt hat – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –, ist dieselbe Landesregierung immerhin bereit, 920.000 € für eben diesen Aktionsplan zur Verfügung zu stellen. Ein jeder Bürger mag sich vor Augen halten, wo hier die tatsächlichen Prioritäten der Politik in unserem Land liegen – jedenfalls definitiv nicht bei den Gewaltopfern. Opfer haben in Hessen scheinbar nur eine untergeordnete Lobby.

(Beifall AfD)

Genau hier kommen wir nun zur Förderung von Maßnahmen zur Flüchtlingsbetreuung und Integration. Diese sind immerhin mit 7 Millionen € veranschlagt worden. Wir möchten diese um 4,2 Millionen € kürzen.

Es ist wirklich nicht mehr vermittelbar, mit welchen Summen eine klar ideologisch geprägte Politik in unserem Land von der Hessischen Landesregierung unterstützt wird. Das setzt sich bei dem Angebot für junge Flüchtlinge mit multiplen Problemlagen, sozialer Benachteiligung, individueller Beeinträchtigung, fehlender Berufsorientierung bzw. Berufsreife, bislang noch nicht ausgeschöpften Potenzialen und hohem sozialpädagogischem Förderbedarf fort.

Hierfür wurden 52 Millionen € seitens der Landesregierung veranschlagt. Wir senken diese um 10 Millionen € und stellen klar, dass wir hier noch sehr verhalten agieren, da wir die Realität in unserem Land nur zu gut kennen. Wäre wirklich alles so in Butter, wie es uns die Politik seit Jahren glauben machen möchte, dürften diese 52 Millionen € im Landeshaushalt gar nicht erst auftauchen. Allein dieses Produkt zeigt deutlich auf, in welcher Form in unserem Land die drängendsten Probleme gelöst werden, nämlich mit Geld, anstatt die Wurzel, also die Ursache, zu benennen und damit auch das Problem zu lösen.

(Beifall AfD)

Nun schwenke ich um auf einen Antrag, den wir bereits im vergangenen Jahr geschrieben hatten und der sich nun erneut stellt, nämlich die Streichung der Mittel für die Gewährung von Hygieneartikeln und Verhütungsmitteln. Dass man auch den Regelsatz und oder den Mehrbedarf von erwerbsfähigen behinderten Menschen erhöhen könnte, scheint bis heute noch nicht im Sozialministerium angekommen zu sein. So streichen wir diese 130.000 € wie im vergangenen Jahr schlicht und einfach.

Gleiches gilt für die Mittel unter der Bezeichnung "Antidiskriminierung" in Höhe von 1,2 Millionen €, die im Prinzip bereits durch eine Vielzahl anderer Förderprodukte abgedeckt sind.

(Beifall AfD)

Abschließend merken wir an, dass bei konsequenter Politik gerade im Bereich der Migration erhebliche Kosten in unserem Landeshaushalt vermieden werden können und wir dadurch für andere Projekte Gelder freisetzen, die auch über unseren Teilhaushalt hinaus, z. B. im Bereich des Inneren und im Bildungsbereich, sinnvoller eingesetzt werden können.

Wir als Alternative für Deutschland kommen somit unserer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nach, durch eine ideologiefreie Politik den hessischen Bürger zu entlasten.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Eine rassistische Politik!)

 Das ist ideologiefrei. Wir stellen für die Menschen, die ein Bleiberecht haben, genügend Geld zur Verfügung. Für die Menschen, die kein Bleiberecht haben, sieht es halt ein bisschen anders aus.

(Beifall AfD – Saadet Sönmez (DIE LINKE): Asylbewerber haben ein Bleiberecht!)

Kollege Klaus Herrmann hat heute Morgen genug dazu gesagt. Auch wenn Sie das nicht mögen, sind das legitime politische Forderungen. Der Bürger kann sich dann entscheiden, welche politischen Forderungen er wählt.

(Zuruf Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

Das ist völlig ideologiefrei.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Sinnfrei!)

Sie betreiben Ideologie, indem Sie Ihre Politik als die einzig wahre Politik darstellen. Das tue ich nicht. Bei uns hat der Bürger eine Wahl.

(Beifall AfD)

Ich sage hier offen und ehrlich, wo im Haushalt die Alternative für Deutschland einsparen will. Sie können das kritisieren. Das steht Ihnen frei. Sie können auch wieder bei unseren Veranstaltungen demonstrieren. Das können Sie alles machen. Wir sind aber ehrlich und sagen, wie es ist.

Wenn andere das nicht mehr wählen möchten, dann werden wir halt nicht gewählt. Wenn Sie es genauso ehrlich machen, dann hat der Bürger die Wahl. Das nennt sich bei uns im Land zufälligerweise Demokratie, aber nicht Ideologie.

(Beifall AfD)

Wir lehnen diesen Teilhaushalt somit ab. – Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächstem erteile ich Herrn Bocklet von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Zuvor muss aber noch das Rednerpult desinfiziert werden.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Da ist bestimmt ganz schön viel Gift auf dem Rednerpult!)

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der letzte Redebeitrag war "völlig ideologiefrei", in der Sache aber derart radikal, dass es eine direkte Attacke auf das Zusammenleben in dieser Gesellschaft war. Wer Integrationsleistungen einschränken bzw. kürzen will, wer den

Rechtsanspruch der Menschen, die hier leben, die zu uns geflohen sind, einfach auf null kürzen will –

(Zurufe AfD)

- Sie haben einen Kürzungsvorschlag von 160 Millionen € gemacht. - Sie können die Ausgaben für Leistungen, die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehen sind, nicht einfach auf null heruntersetzen. Wir leben hier in einem Rechtsstaat. Es gibt einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen. Wer Integrationsmaßnahmen auf null herunterfahren will, wer Programme kürzen will, die auf das friedliche Zusammenleben mit Menschen anderer Kulturen aus sind, macht eine Attacke auf das soziale Zusammenleben in diesem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Die AfD sollte man aber auch nicht wichtiger machen, als sie ist. Gott sei Dank ist sie in der politischen Stimmungslage auf dem Sinkflug. Sie tut auch alles dafür, dass sie keinen weiteren Zuspruch erhält. Halten Sie weiter solche Reden. Öffnen Sie den Menschen draußen die Augen, wohin Sie mit Ihrer "ideologiefreien" Politik wollen.

Schauen Sie sich einmal in den Ländern um, in denen Integrationsmaßnahmen eingeschränkt worden sind. Schauen Sie sich einmal die Situation in Frankreich an. In den Vororten brennen die Autos, weil Politiker wie Sie gesagt haben, dass sie keine Integrationspolitik wollen. Das ist das Ergebnis, auf das wir zusteuern, wenn wir die ignorante und radikale Politik durchführen, die Sie wollen.

Wir wollen das nicht. Wir wollen ein soziales Zusammenleben. Herr Lambrou, auch Sie aus dem Vordertaunus sollten daran interessiert sein, dass Ihr Auto nicht in Brand gesteckt wird. Wir sollten für ein friedliches Zusammenleben sorgen, damit die Menschen an dieser Gesellschaft teilhaben. Wir wollen nicht, dass sie dorthin getrieben werden, wo sie nicht mehr wissen, was sie machen sollen, weil Sie alles unterlassen haben, um diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt DIE LINKE)

Sie sind aber gar nicht so wichtig, als dass Sie mehr als eineinhalb Minuten meiner Redezeit aufbrauchen sollten. Sie sind doch eine Oppositionspartei, die wirklich nur zuspitzen und radikalisieren will. Sie wollen nur provozieren. Sie sind weit davon entfernt, regierungsfähig zu sein. Sie arbeiten hart an Ihrem Ruf. Machen Sie weiter so. Uns kann es nur recht sein. Bald sind Sie unter der 5-%-Marke und eine vergessene Partei. Das tut diesem Land vor allem gut.

Wir sind beim Einzelplan 08. Wir beschäftigen uns also mit der Frage, wie die Sozialpolitik in diesem Land aufgestellt ist. Unsere Leitlinien sind davon geprägt, dass wir einen sozialen Zusammenhalt in diesem Bundesland wollen. Wir wollen eine Daseinsvorsorge für alle Menschen bieten. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns Teilhabe für alle. Wir wollen eine Chancengleichheit zur Teilhabe an dieser Gesellschaft garantieren.

Ich mache schon relativ lange Politik. Ich gehe in das vierte Jahrzehnt meiner politischen Arbeit. Ich kann Ihnen sagen, es ist keine Selbstverständlichkeit, dass der Einzelplan, die Sozialpolitik betreffend, keine Kürzungen vorsieht. Das möchte ich einfach einmal erwähnen. Für mich

als Sozialpolitiker ist es wohltuend, dass wir hier nicht stehen müssen, um Kürzungen zu verteidigen, weil es nicht mehr genug Einnahmen gibt.

Vielmehr können wir froh sein, dass wir in einem Bundesland leben, das über gute Einnahmen verfügt. Deshalb kann die soziale Infrastruktur auf diesem hohen Niveau garantiert werden. Allein das ist eine Erinnerung wert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir halten nicht nur das Niveau, sondern wir gehen auch weitere Schwerpunkte an. Zwei Punkte möchte ich ins Auge fassen.

Wir haben unfassbar viele Mehrausgaben. Wer sich das alles noch einmal zu Gemüte führen möchte, bekommt gern eine Übersicht über die Ausgaben, die das Hessische Ministerium für Soziales und Integration zur Verfügung gestellt hat. Wer diese Papiere zur Kenntnis nimmt, kann nicht allen Ernstes eine solche Rede halten, wie Frau Gnadl dies getan hat.

Nehmen wir die Kinderbetreuung. Noch nie zuvor wurde so viel Geld für Kinderbetreuung in diesem Land ausgegeben. Wir kratzen an der 1-Milliarde-€-Grenze. Es geht um Ausbau. Es geht um Plätze. Es geht um mehr Qualität mit dem Gute-Kita-Gesetz. Außerdem geht es um die Beitragsfreiheit. All das finanziert das Land mit, obwohl dies eine kommunale Aufgabe ist.

Es kann doch niemand ernsthaft bestreiten, dass es eine Rekordsumme ist, die den Kommunen zur Verfügung steht, damit wir unseren Anteil leisten. Das kann doch niemand ernsthaft bestreiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Mich bedrückt, dass die Bundesregierung anfangs gut gestartet ist mit Frau Kollegin Giffey und das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg gebracht hat. Gestern musste ich aber lesen, dass sie die zugesagte Finanzierung über die kommenden drei Jahre aufgegeben hat.

(Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja ganz was Neues!)

Um das einmal beim Namen zu nennen: Ich finde, das ist ein knallharter Wortbruch. Sie ist in Hessen herumgetourt und hat sich für das Gute-Kita-Gesetz feiern lassen. Wir machen die Komplementärfinanzierung. Nun werden wir das in den kommenden drei Jahren allein kompensieren müssen. Das finde ich schändlich. Das ist knallharter Wortbruch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Also immer vorsichtig mit den wilden Pferden.

In der Pandemie ist deutlich geworden, wir brauchen eine gute Gesundheitsstruktur, eine gute Gesundheitspolitik, eine auskömmliche Krankenhausstruktur. Deshalb erhöhen wir die Mittel für die Krankenhäuser auf 290 Millionen €. So viele Investitionsmittel gab es noch nie zuvor in diesem Bundesland. Wir waren schon vorher im ersten Drittel aller Bundesländer. Wir verbessern uns nun noch einmal. Ich finde, das ist ein gutes Signal.

Auf Seite 13 der Auflistung des Budgetbüros können Sie erkennen, was alles geleistet wird: Leistungen nach § 25 und § 26 des Hessischen Krankenhausgesetzes, Förderung durch pauschale Mittelzuweisung, Einzelbewilligungen im Rahmen von Krankenhausprogrammen, Sonderprogramm

für die Darlehensfinanzierung, Krankenhausförderung usw. Am Ende kommen für das Jahr 2021 für die hessischen Krankenhäuser 389 Millionen € heraus. Ich finde, das ist eine großartige Zahl. Das entlarvt Ihre Behauptung, wir würden die Krankenhäuser in irgendeiner Form alleine lassen. Die hessischen Krankenhäuser sind gut aufgestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Christiane Böhm (DIE LINKE): Und wie viel ist von den Kommunen?)

Erwähnt wurden viele gute Initiativen, die wir gemacht haben. Die Würde des Menschen ist unantastbar – das ist unser Auftrag. Auch die Würde des arbeitslosen Menschen ist unantastbar. Wir sind stolz auf dieses Programm für den sozialen Arbeitsmarkt. Das war ein Einstieg in den sozialen Arbeitsmarkt. Wir hätten uns mehr Unterstützung von der Bundesregierung gewünscht. Die kam aber leider nicht. Wir helfen langzeitarbeitslosen Menschen, den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gilt ebenso für Jugendliche, die keinen Abschluss haben. Deswegen haben wir eine Ausbildungsförderungsgarantie ausgesprochen. Wir werden auch den Betrieben helfen, die in dieser wirtschaftlichen Krise große Probleme haben, weil wir wollen, dass jeder Jugendliche einen Abschluss macht.

Für die Schulgeldfreiheit – die Kollegin Ravensburg hat es ebenfalls erwähnt – stellen wir 24 Millionen € zur Verfügung. Für Menschen mit Sinnesbehinderungen haben wir 6 Millionen € eingestellt. Damit geben wir 4.000 Menschen die Möglichkeit, ihre Situation angemessen zu verbessern. Das sind keine sehr großen Beiträge, aber kleine Hilfen. Das haben die Verbände auch gesagt. So können Taubblinde und Gehörlose kleine technische Assistenzen kaufen. Ich finde es richtig, wenn das Land auch Geld für Menschen mit Sinnesbehinderungen in die Hand nimmt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Für Maßnahmen für den ländlichen Raum stehen zusätzlich 3,4 Millionen € zur Verfügung. Im Etat für das kommende Jahr haben wir bereits berücksichtigt, dass wir eine Landarztquote wollen. Diese werden wir natürlich regelund gesetzeskonform auf den Weg bringen. Deswegen wird es entscheidend darauf ankommen, wie hoch diese Quote sein wird und wie wir sie flankieren, damit sie auch tatsächlich erfolgreich wird.

Der runde Tisch hat uns Maßnahmen für die Hebammenversorgung vorgeschlagen. Hierfür haben wir Mittel eingestellt, damit ein Hebammenförderprogramm auch in Kraft gesetzt werden kann. Wir haben jedes Jahr 60.000 Geburten. Betroffen sind also 60.000 Frauen und deren Partner, insgesamt 120.000 Menschen. Wenn wir noch die besorgten Großeltern mit einbeziehen, reden wir über eine Viertelmillion Menschen, die sich jedes Jahr Sorgen darüber machen, dass das Kind gesund zur Welt kommt und dass die Mütter vorher und nachher gut betreut werden. Deshalb wollen wir ein gutes Hebammenförderprogramm. Im nächsten Jahr gehen wir den ersten Schritt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das Sozialbudget ist auch schon angesprochen worden. Das Sozialbudget ist eine Zusammenfassung von 55 Förderprodukten, von 55 Maßnahmen und Programmen, die allesamt der sozialen Infrastruktur Hessens dienen. Damit werden die Ausgaben und die Strukturen planungssicher.

Die Vereine, Institutionen und Verbände wissen somit, was sie in den nächsten Jahren ausgeben können und dass sie von Kürzungen ausgenommen sind. Dies haben wir steigern können von 70 Millionen € auf mittlerweile 120 Millionen €. Dieses Budget ist bundesweit einmalig. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Ich finde, es ist vorbildlich, wie Hessen den sozialen Zusammenhalt und die soziale Infrastruktur zukünftig gewährleisten will.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Auflistung könnte ich um ein Vielfaches erweitern.

Ich will noch erwähnen, dass ich besonders stolz darauf bin, dass wir die Gemeinwesenarbeit, also das, was man früher "Arbeit in sozialen Brennpunkten" nannte, weiter aufstocken. Es gibt viele Stadtteile, die soziale Problemlagen haben. Wir wollen alles dafür tun, dass in diesen Stadtteilen ein friedliches Zusammenleben möglich ist. Wir wollen alles in unserer Kraft Stehende tun, dafür zu sorgen, dass die Menschen dort miteinander reden, dass ihnen in ihren sozialen Notlagen geholfen wird. Dieses Programm ist vorbildlich. Wir werden die Mittel für dieses Programm weiter aufstocken, das Programm weiter verstärken. All das hilft dem sozialen Zusammenhalt in unserem Bundesland.

Ich möchte zusammenfassend sagen: Wir machen unfassbar viel, wir geben unfassbar viel Geld aus. Der Sozialetat wurde um einen dreistelligen Millionenbetrag aufgestockt. Viele Vorschläge der Opposition sind unbestritten gut. Alles, was die Opposition will, ist aber, dass es von dem, was wir machen, noch ein bisschen mehr gibt.

(Zurufe AfD)

Ich pflege dann immer zu sagen: Wenn das alles ist, dann ist es gut.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

 Sie von der AfD wollen alles zusammenstreichen, weil Ihnen die Sozialpolitik wurscht ist. Das ist eine andere Frage. Aber mit Ihnen will ich mich gar nicht beschäftigen.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Wenn die demokratische Opposition nur vorschlägt, das zu tun, was wir sowieso schon tun, wenn die Regierungsfraktionen von der Opposition aufgefordert werden, von dem, was sie tun, noch mehr zu tun, dann kann die Regierungspolitik nicht ganz falsch sein. Ich bin stolz auf unsere Sozial- und Gesundheitspolitik.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

 Sie sind keine demokratische Opposition. – Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Für die Freien Demokraten hat nun Herr Pürsün das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist ein krisensicherer Haushalt einer, der keinen Bereich vernachlässigt, der durch Investitionen Potenziale entfesselt und Chancen schafft.

Es wird grundsätzlich empfohlen, etwas Positives zu sagen, bevor man kritisiert. Deshalb möchte ich die Landesregierung loben, wenn sie gezwungenermaßen einmal etwas richtig macht. In diesem Fall geht es um die Investitionskosten für Krankenhäuser. Wir haben stets eine Erhöhung dieser Investitionen gefordert, und diese kam dann auch. Gemeinsam haben wir das klasse gemacht.

Nun zur Kritik; die Liste ist selbstverständlich deutlich länger. Ein Hebammengeld steht schon länger im Raum. In den letzten Haushalt waren dafür aber keine Mittel eingestellt. Der Grund dafür war, dass man zunächst das Ergebnis der Arbeit des runden Tisches und das Gutachten abwarten wollte – etwas, worüber wir schon seit Jahren diskutieren, worauf wir schon seit Jahren warten. In der Zwischenzeit liegt beides vor. Trotzdem findet sich im Haushaltsplanentwurf kein Titel für das Hebammengeld. Was nun in Sachen Geburtshilfe im kommenden Jahr genau unternommen wird, bleibt fraglich.

Ein weiteres Sorgenkind ist der öffentliche Gesundheitsdienst. Spätestens seit dem Ausbruch der Pandemie weiß das jeder.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir haben schon im Juli 2019 den Blick auf die Gesundheitsämter gelenkt; dem Gesundheitsminister ist das trotzdem entgangen. Es ist schade, dass es immer noch nicht gelungen ist, eine einheitliche Software für die Gesundheitsämter auszurollen.

(Beifall Freie Demokraten)

Eine solche Software wurde 2019 für das Jahr 2020 versprochen. Nun werden wir auf 2021 vertröstet – pandemiebedingt, wie es heißt. Aber ist es nicht gerade die Pandemie, die erfordert, dass die Gesundheitsämter funktionieren? Wie kann es sein, dass zwar alle 26 Landkreise mit einer einheitlichen Software arbeiten, um die Impfungen zu koordinieren, dass die Gesundheitsämter aber immer noch verschiedene Softwareprogramme nutzen? Wieso sind die Gesundheitsämter immer noch nicht mit einer ordentlichen IT ausgestattet, obwohl wir das unentwegt fordern? Warum hat die Landesregierung die Gesundheitsämter nicht schon lange in die Lage versetzt, digital und damit effizienter und weniger fehleranfällig zu arbeiten?

Die Folgen, die wir alle jetzt zu spüren bekommen, sind weitaus gravierender, als jegliche Bedenken es jemals sein könnten.

(Beifall Freie Demokraten)

Mit "Folgen" meine ich einen Lockdown mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Ein Lockdown ist eine Folge dessen, dass das Containment nicht funktioniert. Auf jede Anfrage, auf alle Fragen in Berichtsanträgen wird geantwortet, dass die Nachverfolgung der Infektionen der Schlüssel zur Eindämmung der Pandemie sei. Die Nachverfolgung funktioniert aber schon lange nicht mehr. Warum wurde verpasst, sich vorzubereiten? Warum wurde der Sommer hierfür nicht genutzt? Konkrete Projekte und eine mutige Förderung der Digitalisierung sucht der Leser in dem Haushaltsplanentwurf vergebens.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Pandemie hat außerplanmäßige Ausgaben nötig gemacht. Allerdings scheint es, als sei durch die Pandemie völlig in den Hintergrund gerückt, dass es Bereiche gibt, die wir nicht vernachlässigen dürfen, beispielsweise die Kinder- und Jugendarbeit, die psychische Gesundheit der Menschen, die Einsamkeit und die damit verbundenen Herausforderungen für Senioren, die HIV-Prävention und -Beratung sowie die Auswirkungen von Gewalt in der Familie. Die in diesen Bereichen gestiegenen Bedarfe bildet der Haushaltsentwurf leider nicht ab.

Es bleibt auch offen, wie die Landesregierung dauerhaft auf den Personalmangel in der Pflege reagieren möchte. Es hilft bedauerlicherweise nämlich nicht, Geld für Beatmungsgeräte auszugeben, die dann mangels Pflegern doch nicht genutzt werden können. Apropos Beatmungsgeräte: Die Zahlen der Corona-Patienten auf den Intensivstationen und die Zahl der freien Betten beunruhigen, aber Sie nehmen es politisch hin, dass die Betten knapp werden. Sonst wären die Freihaltepauschalen erstens früher und zweitens an alle Krankenhäuser gezahlt worden. Es ist nicht falsch, nur das Nötige vorzuhalten. Tun wir dann aber bitte nicht so, als gebe es keine andere Wahl.

Hessen hat auch ohne Berlin die Möglichkeit, hier mehr zu leisten. Zugleich stockt die Entlassung aus den Krankenhäusern mangels Angeboten. Das verstehe, wer will.

Werte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, bitte erklären Sie, wie es sein kann, dass nach wie vor so viele Menschen sterben. Warum wurden erst jetzt FFP2-Masken für vulnerable Gruppen ausgegeben? In Tübingen sind diese Masken schon vor einem Monat an Risikopatienten verteilt worden, während die Masken hier in Hessen seit Langem in den Lagern liegen. Wir fordern seit Monaten, Alte und Kranke zu schützen. Ich möchte gerne aus einem Kommentar von Michael Watzke zitieren:

Alle vier Minuten stirbt in Deutschland derzeit ein Mensch an oder mit Corona. ... Er oder sie wird nicht mehr genug Luft bekommen und in einem Krankenhaus, einem Altenheim oder zu Hause dem COVID-Virus erliegen. In vielen Fällen werden keine Verwandten am Krankenbett stehen und Abschied nehmen können – die meisten Infizierten sterben allein. ... Niemand lebt ewig. Menschen sind sterblich. Aber es müssten nicht fast 500 Menschen in Deutschland pro Tag an oder mit Corona sterben. Wir reden von Menschen. Sie mögen in vielen Fällen alt und gebrechlich sein, aber ohne Corona könnten sie noch viele Jahre Eltern, Großeltern, Partner und Mitmenschen sein. Wir brauchen sie, wir dürfen sie nicht einfach opfern.

(Beifall Freie Demokraten)

Werte Kolleginnen und Kollegen, bitte erklären Sie mir, wie es sein kann, dass anlasslose Schnelltestungen im politischen Betrieb wie ein Cappuccino an der Theke verfügbar sind, aber in Alten- und Pflegeheimen nicht flächendeckend möglich sind.

(Beifall Freie Demokraten)

Warum wird nicht jeder, der eine solche Einrichtung betritt, vorher getestet? Wie kann es sein, dass wir richtigerweise zwar für Schulen Konzepte vorgelegt bekommen, dass Luftfilter angeschafft werden sollen, dass digitales Lernen ermöglicht werden soll, dass Lehrer in Zukunft auf Corona testen sollen, dass aber der gleiche Ansatz und die gleichen Anstrengungen für Alten- und Pflegeheime nicht aufzubringen sind? Bitte erklären Sie uns, wie diese Passivität zu rechtfertigen ist. Am Geld wird es nicht liegen, an der Verfügbarkeit der Tests auch nicht. Woran dann?

Anfang Oktober konnte ich in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage lesen, dass bei einem erneuten Anstieg der Infektionszahlen in den Alten- und Pflegeheimen eine andere Ausgangslage als im März vorliege; daher seien erneute Beschränkungen nicht notwendig. Das haben Sie, Herr Staatsminister Klose, offenbar grundlegend falsch eingeschätzt. Mehr noch, es war zu lesen, dass im Hinblick auf die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen weder eine Notwendigkeit noch die erforderlichen Kapazitäten für anlasslose Testungen gesehen werden. Dass wir aber mit mehr Testungen mehr Infektionen und damit auch mehr schwere oder gar tödliche Verläufe hätten verhindern können, muss doch auch Ihnen einleuchten.

Warum gibt es keine Kampagne, die die Bürger anhält, einen Arzt aufzusuchen, wenn sie krank sind, eine Kampagne, die klarmacht, dass es sicher ist, zur Apotheke zu gehen oder den Arzt aufzusuchen? Viele Menschen verzichten auf dringend notwendige Behandlungen, weil sie Angst haben, sich anzustecken. Viele Vorsorgeuntersuchungen bleiben aus, die Schlimmeres verhindern könnten. Gerade kürzlich war zu lesen, dass sich weitaus weniger Menschen als früher auf HIV testen lassen. Diese Menschen können andere unwissend anstecken. "Hessen handelt besonnen", so ist gelegentlich zu vernehmen. Seien Sie aber auch vorausschauend. Statt zu sagen, dass das Testen nichts bringe: Machen Sie es doch einfach einmal.

Der Lockdown zwingt immer mehr Menschen, ins Private auszuweichen. Für einige bedeutet das eine besondere Enge. Die Bewegungsmöglichkeiten werden eingeschränkt, die Einsamkeit nimmt zu. Ich habe nicht den Eindruck, dass allen hier Anwesenden klar ist, was das für Folgen haben kann, was das bezüglich der Suizidraten macht, was da an Traumata entsteht, die Generationen ein Leben lang begleiten werden. Kolleginnen und Kollegen von der Landesregierung, Sie sehen, Ihre Politik wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten gibt oder Lösungen schafft. Das, was jetzt falsch läuft, und die dadurch entstehenden Ängste werden Folgen haben, die uns noch viele Jahre begleiten werden. Das hat die Landesregierung anscheinend völlig übersehen.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Politik dieser Landesregierung ist so enttäuschend wie der vorliegende Haushaltsentwurf.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächster erteile ich Frau Böhm von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Christiane Böhm (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als Sozialpädagogin weiß ich, dass es immer gut ist, mit einem Lob zu beginnen, wenn man erreichen will, dass das Gegenüber einem zuhört. Nehmen Sie es sozusagen als ein Coaching von links: Ich habe wirklich drei Dinge in Ihrem Sozialhaushalt gefunden, die zu erwähnen und zu loben sind und zu denen ich etwas sagen möchte: Erstens. Sie führen endlich ein Sinnesbehindertengeld ein, welches auch gehörlose und taubblinde Menschen unterstützt. Zweitens. Sie stellen mehr Geld für die Kitas zur Verfügung. Drittens. Sie beginnen mit einer besseren Um-

setzung der Unterstützung der hessischen Hebammen. – Das sind doch drei erfreuliche Botschaften.

(Demonstrativer Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen aber nicht verhehlen: Jede dieser Botschaft enthält auch einen dicken Wermutstropfen. Das Sinnesbehindertengeld steht seit Jahren auf der Tagesordnung. Sie sind also ziemlich spät dran, auch im Vergleich der Bundesländer. Zudem soll dieses Geld nicht einmal ab Januar nächsten Jahres gezahlt werden, sondern erst ab April. Ich weiß wirklich nicht, warum Sie jetzt noch so lange zögern. Sie könnten das Gesetz rückwirkend in Kraft treten lassen. Danach steht Ihnen aber offensichtlich nicht der Sinn.

Bei den höheren Zuwendungen für die Kitas bin ich einmal gespannt, wie viel mehr an Landesmitteln tatsächlich ankommen wird. Wir wissen doch, dass die schwarz-grüne Landesregierung sehr gerne auf das Geld setzt, das von den Kommunen kommt – wie z. B. bei den Krankenhäusern. Gerade für die Kitas wird wesentlich mehr Geld von den Kommunen als vom Land ausgegeben. Selbstverständlich nimmt das Land auch gern die Bundesmittel mit, um seine eigenen Mittel schönzurechnen.

Auch wenn wir sagen, es gibt mehr Geld in der pädagogischen Arbeit – was dringend erforderlich ist –, fehlt trotzdem immer noch eine Menge. Der Fachkräftemangel wird mit den vorgesehenen 600 praxisintegrierten vergüteten Ausbildungsplätzen noch nicht behoben sein. Auch die mittelbare pädagogische Arbeit fehlt in Ihrem Haushaltsentwurf immer noch – es gibt noch nicht einmal eine gesetzliche Regelung dafür –, und auch dem Ziel der Kostenfreiheit der frühkindlichen Bildung kommen wir mit dem Haushaltsentwurf keinen einzigen Schritt näher.

Sie stellen zwar 1,7 Millionen € in den Haushaltsplan ein, um das Zukunftsprogramm Geburtshilfe voranzutreiben, allerdings ohne konkrete Projekte vorzusehen. Meine Vorrednerinnen haben dazu schon etwas gesagt. Wenn Sie das tatsächlich damit begründen, dass im November der runde Tisch wegen Corona abgesagt werden musste, dann lässt mich das wirklich mit einem Kopfschütteln zurück. Meinen Sie nicht, dass eine Videokonferenz allen Beteiligten lieber gewesen wäre, als diese Hängepartie weiterzuführen? Es scheint so zu sein, dass der digitale Notstand im Sozialministerium sehr groß ist – außer wenn die regelmäßig stattfindenden Video-Pressekonferenzen von Minister Klose ausgestrahlt werden. Dann funktioniert es nämlich.

Das Gutachten, auf das Sie sich beziehen, liegt seit einem Jahr vor. Das haben die in der Geburtshilfe Tätigen und die Schwangeren in diesem Land wirklich nicht verdient. Tun Sie endlich etwas, schieben Sie nicht weiterhin alles auf die lange Bank.

(Beifall DIE LINKE)

Lassen Sie uns mit der größten Lücke im Haushalt beginnen. Auch wenn Sie von einigen dafür gelobt werden, dass Sie mehr Geld für Investitionen in die hessischen Krankenhäuser zur Verfügung stellen − mir fehlen noch immer jährlich fast 200 Millionen € an Investitionsmitteln. Das wäre der Betrag, den die Krankenhäuser tatsächlich brauchen. Wenn ich Sie da an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern kann: Sie haben versprochen, dass Sie sie bis 2023 vollständig gewährleisten wollen. Wenn Sie allerdings mit diesen Trippelschrittchen weitermachen, muss 2023 noch in ganz ferner Zukunft liegen. Jetzt fangen Sie doch end-

lich einmal an, diese Lücke tatsächlich und entschieden zu verkleinern.

Nein, Sie verharren weiter in Halbheiten. Das ist wie in anderen Bereichen auch: Corona-Tests für Kita-Erzieherinnen, aber nicht für die Erzieherinnen und Erzieher in der offenen Jugendarbeit oder in der Kinderarbeit; Tests für Pflegeeinrichtungen viel zu spät, aber auch nicht für alle; Freihaltepauschalen für die großen Kliniken, aber nicht für die kommunalen; und selbst die neue Allgemeinverfügung, die die kleinen Häuser schützen soll, haben Sie immer noch nicht veröffentlicht. Ich hoffe, dass sie noch auf den Weg kommt.

Es gibt Pflästerchen für Jugendherbergen und Tafeln, aber keine Perspektiven. Sie sind wirklich nicht in der Lage, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen und tatsächliche Verbesserungen zu ermöglichen. Sie doktern lieber an den Symptomen herum, statt an die Ursachen zu gehen. So kann man weder eine Pandemie besiegen noch einen vernünftigen Landeshaushalt aufstellen.

(Beifall DIE LINKE)

Das zeigt sich auch in der Psychiatrie. Der Maßregelvollzug bekommt wieder einmal eine Aufstockung in zweistelliger Millionenhöhe; die ambulante Versorgung in der Psychiatrie ist Ihnen lächerliche 400.000 € wert. Sie reagieren also erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und wenn man wirklich heftige Maßnahmen ergreifen muss, statt präventive Mittel deutlich auszubauen. Das ist doch der Irrweg.

Ich höre noch Herrn Klose, wie er kurz nach dem Erscheinen des Wallraff-Reports über den Skandal in Frankfurt-Höchst mit vielen schönen Worten für eine bessere Psychiatrie geworben hat. Ganz still ist es um die Fragen inzwischen geworden. Nichts passiert. Das Ministerium weiß, dass es in der stationären Psychiatrie in Hessen Grundrechtsverletzungen gibt. Aber handelt es als Fachaufsicht? Nein.

Herr Dr. Kirschenbauer, der von Ihnen eingesetzte Experte, hat wesentliche Änderungen in der Psychiatrie verlangt. Was haben Sie denn davon umgesetzt? Kaum mehr als ein paar Eimer Farbe für die Flure der Station D 42 im Klinikum Frankfurt-Höchst. 400.000 € – damit können Sie nicht einmal die Voraussetzungen für die dringend notwendigen, von allen erwarteten und schon im letzten Haushalt stehenden Krisendienste schaffen.

Wir werden mit unseren Haushaltsanträgen deutlich machen, was in Hessen wirklich passieren muss, und es wird Zeit, dass Sie Ihren Ankündigungen einen Maßnahmenplan für eine moderne, gewaltfreie Psychiatrie mit guten Arbeitsbedingungen folgen lassen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, es gibt unzählige Beispiele, in denen nichts passiert, aber ich will nur auf einen Bereich eingehen, nämlich auf den Gewaltschutz. Auch in Hessen gilt die Istanbul-Konvention. Ich weiß, Sie haben das schon einmal von mir gehört. Es haben auch alle Fraktionen ein Schreiben von den Frauenberatungs- und Interventionsstellen sowie von den Frauenhäusern bekommen.

Es ist klar: Hunderte Frauenhausplätze fehlen. Es fehlt die vorgeschriebene Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, und es fehlen die präventiven Maßnahmen, der Gewaltschutz und die Täterarbeit. Das alles ist völlig unterfinanziert. Was ist Ihre Antwort im Haushaltsplanentwurf? Lächerliche 500.000 € Investitionsmittel, damit ein paar Räume barrierefrei umgestaltet werden können.

Schämen Sie sich nicht, nur auf Bundes- und kommunale Mittel zu verweisen? Mich ärgert diese Ignoranz. Sie lassen damit die Menschen im Stich, die Opfer häuslicher Gewalt werden, und Sie lassen die Haupt- und Ehrenamtlichen im Regen stehen. Das gilt für viele Bereiche dieses Einzelplans. Wir brauchen entschiedene Schritte, um ein soziales Hessen zu erreichen. Mit diesem Haushaltsplan werden Sie keinen Schritt weiterkommen. – Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Frau Kollegin Sönmez hat das Wort.

Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da wir nur so wenig Redezeit haben, werde ich jetzt auf das Loben verzichten. Es gibt von meiner Seite aus auch nicht so viel zu loben

Ich muss sagen, bei den Ausgaben für die Integration der Flüchtlinge setzt sich eigentlich das fort, was meine Kollegin Frau Böhm schon vorgetragen hat. Zwischen dem Gewährten und dem Benötigten existiert immer noch eine sehr große Lücke.

Wir haben in diesem Jahr intensiv über die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert. Eine Rolle spielten dabei die Ausländerbeiräte, deren Vertreter in der Anhörung eindrücklich schilderten, mit welchen geringen Mitteln sie versuchen, ihre Arbeit zu machen. Bei einigen Ausländerbeiräten reicht das Geld noch nicht einmal für Kopierpapier, ganz zu schweigen von einem Kopiergerät oder dergleichen.

Auch die agah sieht sich derzeit vor sehr große Herausforderungen gestellt. Sie muss schließlich Informations- und Wahlveranstaltungen für die kommenden Ausländerbeiratswahlen initiieren, und das unter Corona-Einschränkungen. Trotz umfänglicher Aufgaben stagniert die finanzielle Unterstützung der agah seit Jahren auf niedrigstem Niveau. Ein kaputtgespartes Gremium kann aber nicht angemessen arbeiten.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir zahlen bundesweit das meiste! – Weitere Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glockenzeichen)

 Bitte? – Ich kann es Ihnen gerne noch einmal sagen: Ein kaputtgespartes Gremium kann nicht vernünftig arbeiten. Meine Damen und Herren, dessen müssen Sie sich bewusst sein.

Sie planen außerdem, weniger Geld für die Unterbringung von Flüchtlingen auszugeben. Das ist für uns absolut nicht nachvollziehbar. Zum einen waren weltweit noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Zum anderen wissen wir doch, wie unzumutbar und unmenschlich die Unterbringung geflüchteter Menschen in Hessen ist.

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, spätestens jetzt wird es doch Zeit, hier mehr Geld in die Hand zu nehmen und diese Menschen wie Menschen zu behandeln.

Das wurde heute schon zur Genüge gesagt: Wir brauchen hierfür eine Wohnraumoffensive. Am wichtigsten ist natürlich eine Kehrtwende hin zur dezentralen Unterbringung, aber kurzfristig brauchen wir auch Mittel, um in Corona-Zeiten die Belegungsdichte in den Unterkünften zu verringern. Da sehen wir leider keinerlei Initiative der Landesregierung, obwohl in diesem Bereich Angebote z. B. von den Landesjugendherbergen gemacht wurden. Es geht eigentlich nur darum, dass Sie Liegenschaften anmieten müssen, um die Belegungsdichte zu verringern. Sie wehren sich aber seit Monaten vehement dagegen. Wir verstehen nicht, warum

Zwar haben Sie recht: Dass in diesem Jahr weniger Menschen in Hessen angekommen sind, trifft zu. Die Zahlen der Unterzubringenden sind dementsprechend auch gesunken. Aber das liegt doch nicht daran, dass nicht mehr Menschen fliehen, sondern nur daran, dass an den europäischen Außengrenzen tagtäglich die Menschenrechte verletzt werden. Wenn Sie darauf bauen, dass weiter Flüchtlinge illegal davon abgehalten werden, hier ihren Asylantrag zu stellen, können Sie natürlich weniger Mittel einstellen. Dann haben Sie recht. Wenn Sie aber nicht darauf vertrauen wollen, dass die Deals mit Diktatoren halten und die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen weitergehen, wäre es meines Erachtens sinnvoll, die Gelder nicht zurückzufahren.

(Beifall DIE LINKE)

Eines noch: Nicht nur im Hinblick auf Corona, sondern generell im Hinblick auf den gesundheitlichen Versorgungszustand von Menschen mit Migrationshintergrund ist in Hessen noch viel zu tun. Noch immer gibt es z. B. kein medizinisch geschultes Personal, also keine Fachdolmetscherinnen und Fachdolmetscher; noch immer ist die psychosoziale Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund allgemein unzureichend, insbesondere aber die der geflüchteten Menschen, und noch immer gibt es viele unversicherte Menschen, darunter auch viele mit Migrationshintergrund, die nicht wissen, wohin sie sich im Krankheitsfall wenden sollen. Sie wollen zwar den von uns ausgearbeiteten und eingereichten Gesetzentwurf nicht annehmen, machen aber auch keine eigenen Vorschläge, wie diese Menschen gesundheitlich versorgt werden können. Aber auch in diesem Bereich werden wir weiter Mittel für Clearingstellen und für unseren Gesetzentwurf beantragen. -Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Sönmez. – Das Wort hat der Sozialminister, Staatsminister Klose.

Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat sich im Grunde durch alle Reden zu allen Einzelpläne gezogen: Das zu Ende gehende Jahr war in jeder Hinsicht ein besonderes, und das gilt in besonderem Maße natürlich auch für das Hessische Ministerium für Soziales und Integration als oberste Gesundheitsbehörde. Diese Corona-Pandemie hat

vieles überschattet, und auch das nächste Jahr wird, wenn auch unter anderen Vorzeichen – ich glaube, dafür gibt es wirklich Hoffnung –, wieder stark von Corona geprägt sein. Deshalb will ich eingangs den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Ministeriums von hier aus ausdrücklich Danke sagen. Neben vielen anderen tragen sie seit elf Monaten zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben und weit über jedes Normalmaß hinaus zur Pandemiebekämpfung bei

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, es ist schon oft geschrieben und gesagt worden – ich glaube, Frau Gnadl war es, die das Bild vorhin aufgegriffen hat –: Diese Pandemie wirkt wie ein Brennglas. Ich stimme dieser Diagnose völlig zu. Insbesondere soziale Probleme zeigen sich umso deutlicher. Dieser Effekt wird voraussichtlich auch im nächsten Jahr eintreten. Wir werden mit dem Haushalt 2021 deshalb vor allem diese Bereiche weiter stärken, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Das sind die gesundheitliche Versorgung, die Unterstützung von Kindern und Familien, die Teilhabe benachteiligter Gruppen und der gesellschaftliche Zusammenhalt als solcher.

Ich will auf einzelne Felder besonders eingehen. Die gesundheitliche Versorgung der Hessinnen und Hessen ist völlig unzweifelhaft das Megathema in diesem Jahr. Im Mittelpunkt all unserer Anstrengungen stand von Beginn an immer, alle Patientinnen und Patienten bestmöglich zu versorgen, insbesondere wenn sie schwer und schwersterkrankt sind. Dafür braucht man genügend Betten, gesundes Personal, intensivmedizinische Ausstattungen und leistungsfähige Krankenhäuser.

Bereits in diesem Jahr haben wir die Krankenhäuser in Hessen massiv unterstützt: durch das 10-Millionen-€-Programm für die Beschaffung von Beatmungsgeräten, durch die 120-Millionen-€-Liquiditätsspritze aus den Investitionsmitteln als unterjährige Vorauszahlung des Landes. Im nächsten Jahr werden wir die Pauschalförderung für die hessischen Krankenhäuser um weitere 120 Millionen € erhöhen. So ermöglichen wir den Kliniken dann auch die notwendige Flexibilität, um die organisatorischen und finanziellen Herausforderungen der Pandemie zu bewältigen. Weitere 40 Millionen € werden über die nächsten Jahre zur Beteiligung Hessens am Krankenhauszukunftsfonds bereitgestellt, um die Mittel des Bundes für die hessischen Krankenhäuser kozufinanzieren.

Ich sage es gern noch einmal – man kann es offensichtlich nicht oft genug sagen, wie ich feststelle, wenn ich an die Vorredner denke, insbesondere an Frau Gnadl –: Hessen liegt im Ländervergleich laut Bestandsaufnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft von 2018 nicht nur bei den Fördermitteln pro Bett, pro Fall und insgesamt im oberen Drittel, sondern bei der Krankenhausinvestitionsquote für die Plan- und sonstigen Krankenhäuser auf dem ersten Platz.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann wirklich nur sagen: Bitte nehmen Sie die Realität zur Kenntnis.

(Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Frau Böhm spricht wieder die Freihaltepauschalen an. Wissen Sie, was? Jeder weiß, dass das eine Leistung des Bundes war. Fragen Sie einmal Herrn Spahn, welches Bundes-

land ihn am meisten damit genervt hat, dass die Freihaltepauschalen wieder eingeführt werden sollen. Das war das Land Hessen. Das war in jeder Gesundheitsministerkonferenz so und auch im Bundesrat, wo der Ministerpräsident in dieser Frage selbst noch einmal ausdrücklich in die Bütt gestiegen ist. Daher: Mit dieser Forderung an die Landesregierung rennen Sie offene Türen ein. Sie wissen auch ganz genau, wie wir uns da engagiert haben. Es war übrigens Anfang der Woche auch in einem Kommentar der "FAZ" zu lesen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben diesen enormen Summen für den stationären Bereich stärken wir zusätzlich den ambulanten Sektor und die sektorenübergreifende Versorgung im nächsten Jahr. Wir erwarten vom Bund knapp 15 Millionen €, um den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken – für Personal, für Digitalisierung und für moderne Strukturen der Gesundheitsämter

Ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach gesagt: Wenn diese Pandemie etwas Gutes hat, dann, dass der öffentliche Gesundheitsdienst wieder stärker in den Fokus gerät. Genau das passiert hier mit dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir beraten bereits mit den Kommunalen Spitzenverbänden intensiv über die entsprechende Rahmenvereinbarung für Hessen.

Auch die weitere Sicherung der ambulanten Versorgung im ländlichen Raum findet im nächsten Jahr besonderes Augenmerk. Wir werden im Jahr 2021 zusätzliche 3,4 Millionen $\mathfrak E$, und damit insgesamt fast 17 Millionen $\mathfrak E$, in diesen Bereich hineingeben, beispielsweise indem wir den ärztlichen Fachkräftenachwuchs fördern, innovative Versorgungsformen initiieren, die Telemedizin weiter ausbauen, weitere medizinische Versorgungs- und Gesundheitszentren einrichten und die Gemeindepflegerinnen und -pfleger weiter fördern. Das gesunde Hessen bleibt ein zentraler Schwerpunkt unserer Arbeit – gerade jetzt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf einen weiteren Bereich blicken, der besonders von der Pandemie betroffen ist: Kinder und Familie. Wir haben erlebt, wie stark Kinder von den bundesweiten Einschränkungen im Frühjahr 2020 betroffen waren, wie sehr das Familien herausgefordert hat. Auch aufgrund dieser Erfahrung haben wir uns bundesweit verständigt, dass Kitas und Schulen nach Möglichkeit geöffnet bleiben sollen. Auch das ist uns viel Geld wert. Wir werden alleine 40 Millionen € an die Kommunen zahlen, um für die Einnahmeausfälle aufgrund ausgefallener Elternbeiträge aufzukommen.

Mit weiteren 65 Millionen € finanzieren wir zusätzliche Schutz- und Hygienemaßnahmen in den Bildungseinrichtungen, damit die Kinder in Hessen sicher spielen und lernen können. Wir haben auch bei den Investitionskostenzuschüssen nochmals eine Schippe draufgelegt; denn gerade jetzt werden mehr Platz und mehr Räume benötigt.

2020 haben wir bereits die Rekordsumme von 92 Millionen € für Investitionen gewährt. Im bevorstehenden Jahr kommen weitere 77 Millionen € dazu. Damit legt Hessen zu jedem Euro des Bundes einen Euro dazu. Zeigen Sie mir ein Land, in dem es auch so läuft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Lisa Gnadl (SPD))

Wir geben aber auch den Fachkräften der Kitas Sicherheit. Sie können sich bereits seit August regelmäßig anlasslos auf eine Infektion mit dem Virus testen lassen, damit Infektionen frühzeitig erkannt werden. Auch das setzen wir fort, genauso, wie es Kollege Lorz vorhin für die Schulen gesagt hat. Hierfür wendet das Land in diesem Jahr 5 Millionen € und im nächsten Jahr weitere 6 Millionen € auf.

Meine Damen und Herren, eines der wichtigsten Ziele der Hessischen Landesregierung ist, Frauen und Kinder, die Opfer jeglicher Form von Gewalt geworden sind und traumatisierende Erfahrungen machen mussten, zu unterstützen und zu schützen. Wir statten deshalb den Kinder- und Frauenschutz finanziell besser aus. Wir wappnen diesen Bereich so auch für die besonderen Anforderungen der Pandemie. Für den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen stellt das Land deshalb ab dem kommenden Jahr bis 2023 jährlich 500.000 € bereit. Im Fokus steht dabei vor allem der barrierefreie Ausbau, um Frauen mit Behinderungen einen leichteren Zugang zu den Einrichtungen des Schutzsystems zu ermöglichen. Zusammen mit dem Bundesförderprogramm und den zusätzlichen Mitteln aus dem Sondervermögen stehen im kommenden Jahr in Hessen damit 5,8 Millionen € bereit, um Schutz vor Gewalt zu bieten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um Kinder und Familien, gleich welcher Familienkonstellation, zu stärken, bauen wir weitere Bereiche aus. Mit dem Jahr der Kinderrechte setzen wir uns 2021 ganz besonders dafür ein, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen mehr Gehör finden. Dafür stehen zusätzliche 100.000 € bereit. Auch Familien profitieren von unserem Haushaltsplan; denn wir bauen die Familienzentren in Hessen aus und erhöhen die Förderung je Familienzentrum ab dem nächsten Jahr auf 18.000 € jährlich. Damit stehen 2021 3,4 Millionen € für die Familienzentren und die entsprechende Landesförderstelle zur Verfügung. Wir lösen so unseren Anspruch ein, starke Kinder und starke Familien in Hessen zu fördern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerade Menschen in prekären Lebenssituationen und Menschen mit langfristigen Beeinträchtigungen sind durch die Corona-Pandemie vor besondere Herausforderungen gestellt. Am Arbeitsmarkt waren am ehesten diejenigen von drohendem Jobverlust betroffen, die ohnehin gering bezahlt oder nur kurzfristig beschäftigt sind. Menschen mit Behinderungen waren beispielsweise durch die Schließung von Werkstätten finanziell besonders betroffen, zusätzlich zu einem erhöhten Risiko eines schweren Verlaufs im Fall einer Infektion mit SARS-CoV-2.

Daher werden wir im kommenden Haushaltsjahr unsere Arbeit auch in diesen Bereichen weiter ausbauen. Mit 7,2 Millionen € führen wir das erfolgreiche Programm "Sozialwirtschaft integriert" fort, um jungen Geflüchteten den Einstieg in einen sozialen Beruf zu erleichtern. Weitere 14 Millionen € stehen bereit, um arbeitssuchende Frauen und junge Ausbildungssuchende beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Für Menschen mit Sinnesbehinderungen legen wir in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vor, der in Hessen erstmals ein Taubblinden- und Gehörlosengeld vorsieht. Auch dafür sind 6 Millionen € in diesem Haushalt veranschlagt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr in besonderem Maße erlebt, was gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeutet und wie wichtig es ist, füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen. Diese Landesregierung macht sich seit Jahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt stark und setzt das auch fort – gerade angesichts der Spalter, die überall, und leider auch hier, unterwegs sind.

Daher werden wir im kommenden Jahr mit einer 200.000 € starken Kampagne unserer Antidiskriminierungsstelle für Akzeptanz, Vielfalt und Zusammenhalt werben. Ich glaube, das ist genau die richtige Antwort auf das, was Kollege Richter gerade vorgetragen hat.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stärken Integrationsarbeit vor Ort weiter, indem wir landesweit Vielfaltszentren einrichten. Hierfür und für weitere wichtige integrationspolitische Maßnahmen stellt dieser Haushalt zusätzliche 500.000 € bereit.

Meine Damen und Herren, ich will diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen einen weiteren wichtigen Baustein unserer Pandemiebekämpfung vorzustellen. Er betrifft die Altenund Pflegeheime, die Orte, an denen besonders vulnerable Menschen leben, die wir gleichzeitig nicht sozial isolieren wollen. Hier sind wir in Hessen schon besonders aktiv. Wir sprechen seit März wöchentlich mit den Einrichtungsträgern und mit den Pflegekassen. Wir entwickeln gemeinsam mit ihnen Handlungsempfehlungen und Schutzkonzepte. Alles, was Herr Pürsün an dieser Stelle gesagt hat, ist schlicht und einfach unwahr.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Jeder Schritt wurde mit den Heimbetreibern gemeinsam gegangen. Ich persönlich habe gerade am vergangenen Freitag nochmals mit der Liga und mit dem bpa gesprochen.

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Erfolglos! – Zurufe – Glockenzeichen)

Das Gleiche gilt übrigens auch für das, was Sie in Richtung des öffentlichen Gesundheitsdienstes gesagt haben, den wir angeblich alleine lassen.

(Yanki Pürsün (Freie Demokraten): Tun Sie doch!)

– Ach, Herr Pürsün, wissen Sie – – Hören Sie Radio? Wahrscheinlich. hr-iNFO ist hier im Hause bestimmt ein beliebter Sender. Vor wenigen Tagen konnten Sie dort den Leiter des Offenbacher Gesundheitsamts hören. Es ist ja nun wirklich ein Gesundheitsamt, das besonders im Fokus steht. Er wurde auch kritisch gefragt, ob er sich vom Land eigentlich hinreichend unterstützt fühlte. Herr Dr. Bornhofen antwortete wörtlich:

Die Landesregierung unterstützt die Gesundheitsämter wirklich hervorragend.

Herr Pürsün: keine Einschränkungen. Genau das war der Satz von Herrn Dr. Bornhofen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

– Ja, Sie können hier alle Behauptungen aufstellen. Ich konfrontiere Sie schlicht mit Fakten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Yanki Pürsün (Freie Demokraten) – Glockenzeichen)

Ich komme zurück zu den Heimen. Seit dem 1. Oktober können sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heime regelmäßig anlasslos und auf Kosten des Landes testen lassen.

(Yanki Pürsün (Freie Demokraten): Und die Bewohner?)

Nennen Sie mir bitte ein anderes Land, das den Dialog so engmaschig führt und ein so großzügiges Testangebot gemacht hat.

Jetzt hat der Bund seine Testverordnung so geändert, dass Krankenhäuser, aber auch Alten- und Pflegeheime Antigentests selbst beziehen können. Das ist grundsätzlich ein guter Schritt. Es hat sich aber herausgestellt, dass der Markt für diese Tests doch deutlich enger ist, als der Bund es angenommen hat. Das hat insbesondere kleinen Abnehmern im stationären und ambulanten Pflegebereich, die einen überschaubaren Mengenbedarf haben, die Beschaffung dieser Tests schwer gemacht – übrigens: in der ganzen Republik. Wir reden beinahe in jeder Gesundheitsministerschalte darüber.

Was uns aber von Ihnen unterscheidet, ist: Wir bleiben nicht dabei stehen, die Misere lautstark zu beklagen, sondern wir kümmern uns. Wir sorgen für eine echte Lösung. Deshalb kooperieren wir mit einem Dienstleister, der in Kürze jede Woche 500.000 Antigentests zur Verfügung stellen wird. Die ambulanten und stationären Einrichtungen der Pflege und für Menschen mit Behinderungen, aber auch die ambulanten Hospizdienste können dort bestellen – auf Wunsch sogar inklusive Schulung – und werden zeitnah beliefert.

Dieses Verfahren entlastet die Einrichtungen davon, den Markt der Testangebote zu durchforsten, Preise zu vergleichen und sich um die Logistik zu kümmern. Sie können sich auf ihre wichtige Arbeit konzentrieren. Und: Der Preis wird nie höher sein als das, was die Testverordnung erstattet. Dieser Service des HMSI entlastet damit gerade die vielen kleineren Einrichtungen mit geringeren Bedarfen, und es ist einmal mehr eine typisch hessische Lösung. Meine Damen und Herren, wir packen die Dinge an.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

So, wie bei der Steuerung unserer stationären Kapazitäten: hier beschimpft, bundesweit zum Vorbild erklärt.

(Zuruf Yanki Pürsün (Freie Demokraten) – Glockenzeichen)

So, wie bei den Selbsttests im Rahmen der Safe-School-Studie – viele Bedenkenträger, bundesweit Blaupause –, so ist es auch hier. Wir sorgen für Schutz durch Masken. Übrigens: Der Lieferung am Wochenende gingen schon mehr als 10 Millionen Masken in den letzten Monaten voraus. Das möchte ich nur einmal sagen, weil Sie so getan haben, als belieferten wir die Heime letztes Wochenende das erste Mal. Wir sorgen zudem für Schutz durch Testdiagnostik.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Ich sage Ihnen voraus: Auch dieser hessische Weg, in einem überhitzten Markt für die Einrichtungen Tests zu sichern, wird bundesweit Beachtung finden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Entwurf des Einzelplans 08, mit den Mitteln aus dem Sondervermögen zur Bewältigung der Corona-Pandemie, die ich Ihnen ausschnittweise vorstellen konnte, schaffen wir wichtige Voraussetzungen, um das Virus im kommenden Jahr weiter zurückzudrängen, besonders betroffene Bereiche zu unterstützen und auch jenseits des Themas Corona wichtige sozial- und integrationspolitische Schwerpunkte zu setzen, zentrale Vorhaben unseres Regierungsprogramms umzusetzen und unser Leben als Gemeinschaft zu verbessern. Deshalb freue ich mich auf Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Meine Damen und Herren, ich will auf die Buchführung hinweisen: Die Redezeit der Landesregierung liegt eigentlich bei null. Ich will es nur sagen, weil noch zwei weitere Kollegen kommen. Die Landesregierung kann natürlich immer sprechen. Aber das wird bedeuten, dass die zusätzliche Redezeit den Oppositionsfraktionen anteilig zugeordnet wird – nur, dass jeder Bescheid weiß. Ich kann die Zahlen bekannt geben.

Hier steht, laut unserer Uhr: Die CDU hat noch 19:55 Minuten, die SPD 9:06 Minuten, die GRÜNEN 19:35 Minuten, DIE LINKE 18:31 Minuten, die Freien Demokraten 13:25 Minuten, die AfD 21:58 Minuten; und Herr Kollege Kahnt hätte, wenn er noch will, 6 Sekunden.

(Heiterkeit)

Aber in dieser Zeit kommt er nicht herunter. Ich nehme an, dies schafft er nicht. Wir haben jetzt noch zwei Einzelpläne. Wie gesagt, dann dauert es ein bisschen länger, aber wir sind ja gerade so schön zusammen.

Gut, damit hätten wir den Einzelplan 08 behandelt.

Ich rufe

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz –

auf. Es beginnt Herr Kollege Gernot Grumbach. Herr Kollege Grumbach hat das Wort.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, alle Punkte darzustellen, ist in fünf Minuten ein bisschen schwierig. Ich habe daher einen Moment lang überlegt. Bei Ihrer dritten Amtseinführung

(Ministerin Priska Hinz: Welche?)

– eine war unter Rot-Grün – habe ich gesagt: "Ich werde immer sagen, es ist zu wenig, weil dies auch von der Opposition erwartet wird." In der Tat geht es nicht darum, Dinge, die Sie machen, aufzustocken, sondern es geht darum, Dinge ein bisschen anders zu akzentuieren. Ich will dies an drei Beispielen deutlich machen.

Wir haben in ganz Hessen das Problem, dass die Dörfer im ländlichen Raum durch Bevölkerungsschwund und Ähnliches mehr Siedlungsprobleme haben. Ich finde, dass man in dieser Situation bei Themen wie der Dorferneuerung daher nicht mit reduziertem Bewilligungsvolumen fahren sollte, sondern mit erhöhtem. Wer dies ausgleichen will, muss dies machen.

(Beifall SPD)

Mein zweiter Punkt hat sich bei der kursorischen Lesung schon ein bisschen abgezeichnet. Wir haben im Zuge der Corona-Krise einen deutlichen Anstieg in Bezug auf die Beratungsleistungen der Verbraucherberatungen; und ich finde, dass man nicht so weitermachen kann wie bisher. Auch dort muss es eine andere Akzentsetzung geben. Auch bei den Fuhrparken bin ich noch nicht ganz sicher, ob sich Ihre Unterstützungen nicht noch ein bisschen steigern lassen

Dann habe ich mich gefragt, da ich die Rolle des umweltpolitischen Sprechers, und zwar in unterschiedlichen Konstellationen, zum zweiten Mal innehabe: Was hat sich denn geändert? Gegenüber dem früheren CDU-Minister hat sich geändert: Die Ministerin redet andere Texte, und zwar welche, die in der Sache deutlich fortschrittlicher sind. Ich erinnere mich an eine "nette" Debatte mit dem früheren Minister, der mir damals erklärte, dass Biowaren in Lebensmittelgeschäften ein Nischenprodukt seien und es wenig Sinn mache, die hessische Landwirtschaft hierauf zu orientieren. Das würde Ihnen nicht passieren. Das halte ich für einen Fortschritt; und, ich finde, diesen muss man würdigen.

Ich finde es auch spannend, dass es Ihnen in dieser Konstellation gelingt, insgesamt deutlich mehr Geld für das Ressort herauszuholen. Auch finde ich es ganz witzig, wie Sie es schaffen – hierüber reden wir in der Sache noch einmal vor dem Staatsgerichtshof –, für Dinge, die gut sind, Geld herauszuholen. Ich nenne beispielsweise einmal die energetische Ertüchtigung von Forsthäusern. Dies halte ich für eine ziemlich gute Idee. Dies hätte man sowieso machen müssen. Was dies aber mit Corona zu tun hat, habe ich nicht ganz verstanden; aber es ist halt ein netter Versuch.

(Beifall SPD)

Gestern hat mich Mathias Wagner darauf gebracht, dass man noch eine andere Betrachtung vornehmen kann, wie es nämlich in der realen Welt aussieht. Dann wird es wirklich spannend; denn die Botschaft in der realen Welt lautet: Dieses Ressort – dieses verwalten Sie in den letzten beiden Phasen immerhin schon seit sechs Jahren – hat deutlich mehr Geld zur Verfügung, der Effekt ist aber ziemlich begrenzt. In der realen Welt geben wir Geld für Biodiversität aus, doch verbessert sich diese in Hessen nicht, sondern es ist nach sechs Jahren eher schlechter geworden. Wir geben Geld für Wassermaßnahmen aus – in diesem Zusammenhang warten wir gespannt auf die Zahlen in den Wirtschaftsplänen -, doch spricht vieles dafür, dass wir an dieser Stelle viele Probleme haben. Für diese können Sie nicht immer etwas, weil die Reduzierung der Grundwasserbestände viel mit dem Klima zu tun hat; aber es ist ein Punkt, wo Maßnahmen zwar mit Geld hinterlegt sind, es aber keine Verbesserungen gibt.

Ein weiterer Punkt ist für uns – dies wird Sie nicht schrecklich wundern; das hatten wir schon in der letzten Runde –: Wir haben hier mehrfache lange Debatten über die Frage gehabt, wie wir mit der Lebensmittelüberwachung umgehen. Ja, Sie haben im Ministerium Stellen geschaffen; und, ja, die Beschäftigten in den Landkreisen ha-

ben jetzt jemanden im Kreuz, der sagt: Ihr müsst etwas machen. – Aber die Lebensmittelüberwachung selbst ist nicht intensiver geworden, weil die Landkreise und die Oberbürgermeister diese nicht ernsthaft aus ihren Etats finanzieren können. Diesen Punkt haben Sie schlicht ignoriert. Wer die Lebensmittelüberwachung ernsthaft verbessern will, muss dafür sorgen, dass dafür bei den Kommunen Geld vorhanden ist, selbst dann, wenn die finanzielle Lage angespannt ist.

(Beifall SPD)

Ich glaube schon, dass wir an dieser Stelle einen Punkt haben – ich meine dies durchaus als Debattenbeitrag –, wo wir vielleicht insgesamt einmal über das Thema der Regierungsstrategie reden sollten. Ich erlebe in allen Ressorts ein Stück weit das Problem, dass die Landesregierung wenige Probleme damit hat, Geld zu fokussieren, wenn sie allein darüber entscheiden kann. Wenn es aber um Kooperationen mit Kommunen geht, wird es offensichtlich schwieriger.

Das sollten wir in einem anderen Kontext noch einmal diskutieren, weil ich finde, dass dies ein wichtiger Punkt ist; denn viele der Ausführungen, von der Lebensmittelüberwachung bis hin zu den Naturparken, könnten deutlich stärker sein, aber dort gibt es Probleme. Beispielsweise sind Naturparke Kooperationsprojekte, die im Wesentlichen von den Kommunen getragen werden. Dennoch haben sie eine Schlüsselstellung in Bezug auf die Frage: Wie entwickeln sich Natur und Landschaft in Hessen?

Insgesamt finde ich – ich fasse mich kurz, damit meine Kollegin von der Wissenschaft nachher noch ein bisschen mehr Zeit hat –, dass wir zwei Dinge machen müssen. Das eine ist, und das werden wir in Anträgen belegen, dass wir ein paar andere Akzente setzen werden. Dazu gehört die Ausstattung mit Veterinären. Der zweite Punkt ist: Wir sollten zusammen einmal schauen, ob wir das Geld so ausgeben, dass herauskommt, was herauskommen soll, oder ob die Summen nicht immer nur größer werden, die Effekte aber immer kleiner. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Das Wort hat Abg. Michael Ruhl, CDU-Fraktion.

Michael Ruhl (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der aktuellen medialen Aufmerksamkeit haben, neben den Herausforderungen, die uns die Corona-Pandemie stellt, vor allen Dingen Themenfelder aus dem Umweltbereich eine hohe Bedeutung. Eines hat Herr Grumbach gerade angesprochen, er kam aus meiner Sicht aber zu einem falschen Schluss; denn dass dieser Einzelplan insgesamt eher zu den kleineren gehört, hat vor allen Dingen damit zu tun, dass dieses Politikfeld auf allen staatlichen Ebenen stark eingebunden ist. Somit werden von der Europäischen Union, neben Bundesmitteln, im Rahmen der Gemeinschaftsaufwendungen erhebliche Finanzmittel aufgewendet.

Entsprechend werden viele der regulatorischen Entscheidungen auch auf diesen Ebenen getroffen; und dem Land fällt dann die organisatorische Arbeit, die Umsetzung, zu. Diese kann aber nur gelingen, die gemeinsam formulierten Ziele können nur erreicht werden, wenn alle in diesem Be-

reich tätigen Akteure – die Kommunen, die Land- und Forstwirte, die Jägerschaft und viele weitere – eingebunden werden und die Umsetzung partnerschaftlich organisiert wird. Dafür muss das Land mit eigenen Schwerpunkten Anreize setzen. Das wird auch durch die Förderung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen deutlich.

Ein ganz wesentlicher Teil ist für die Koalition die Förderung des ländlichen Raums. Dieser umfasst rund 80 % unserer Landesfläche. Trotz der Bedeutung der Metropolregionen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ist die Bedeutung der ländlichen Regionen nicht zu unterschätzen. Hier sind viele Mittelständler und Hidden Champions zu Hause. Hier werden hochwertige und regionale Lebensmittel erzeugt. Von hier werden Energie und Wasser geliefert. Der ländliche Raum ist Naherholungsgebiet und Heimat für jeden zweiten Hessen. Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der ländliche Raum durchaus seine Vorteile als Wohnort und Heimat hat.

Die Landesoffensive "Land hat Zukunft - Heimat Hessen" intensiviert die Anstrengungen, unsere ländlichen Regionen fit für die Zukunft zu machen. Dies ist, koordiniert vom Umweltministerium, eine Querschnittsaufgabe, zu der jedes einzelne Ministerium, jeder Bereich seinen Beitrag leistet. Im Zusammenhang mit dem Einzelplan 09 sind in Bezug auf die Förderung des ländlichen Raums besonders die Mittel für die Dorferneuerung und das LEADER-Programm hervorzuheben. Unsere Dörfer sind ein Hort des Engagements. Viele Menschen packen mit an und kümmern sich um ihren Wohnort, um ihren Lebensmittelpunkt. Sie engagieren sich und entwickeln Zukunftskonzepte. Jede Förderung, ob klein oder groß, von der Sanierung der Dorfgemeinschaftshäuser über die Instandsetzung von Backhäusern und den Aufbau von Grillplätzen bis hin zur Einrichtung von Coworking Spaces, ist ein Gewinn und ein Antrieb für Menschen, sich zu engagieren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erwähnt werden sollte hier auch das Förderprogramm zum Erhalt von Gaststätten und Hotels im ländlichen Raum. Gerade die Corona-Pandemie zeigt deutlich, dass wir noch einmal stark unterstützend tätig werden müssen. Wir haben für die Metropolregionen ein ähnliches Programm aufgelegt. Für die Dorfentwicklung sind in diesem Einzelplan rund 15 Millionen €, für das LEADER-Programm sind rund 26 Millionen € vorgesehen. Weitere Herausforderungen erwarten uns in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft. Die durchaus dramatische Lage in unseren Wäldern nach Trockensommern und Schädlingsbefall haben wir hier schon öfter angesprochen. Wir haben eine riesige Aufgabe zu bewältigen. Die Schäden müssen aufgearbeitet werden; allein hierfür werden zusätzlich 14 Million € bereitgestellt. Gleichzeitig müssen die Kalamitätsflächen wieder aufgeforstet werden, trotz der Unsicherheit in Bezug auf die richtigen Baumarten vor dem Hintergrund des sich verändernden Klimas.

Nicht nur durch Corona ist der Holzmarkt quasi zusammengebrochen. Durch schadhafte Bäume erhöht sich zudem der Aufwand für Verkehrssicherungsmaßnahmen, dem wir ebenfalls mit einem Förderprogramm entgegenwirken. Um all diesen Aufgaben zu begegnen, investieren wir wieder stärker ins Personal. Wir werden den Personalbestand bei Hessen-Forst erhalten; und wir werden wieder verbeamten. Trotz unserer besonderen Verantwortung für den Staatsbetrieb Hessen-Forst unterstützen wir auch die

Privatwaldbesitzer beim Waldanbau, z. B. durch die Absenkung der Beförsterungskosten. Insgesamt stellen wir bis 2023 rund 230 Millionen € zusätzlich zur Verfügung, um unsere Wälder nachhaltig zu stärken, damit sie ihre Aufgaben als Rohstofflieferanten, Lebensräume, Wasserspeicher, Erholungsgebiete und Klimaregulatoren weiterhin erfüllen können.

Die Struktur unserer Landwirtschaft ist vielfältig. Vollerwerbslandwirte, ob ökologisch oder konventionell ausgerichtet, verdienen ebenso unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung wie Nebenerwerbslandwirte sowie mitunter diejenigen, die sich in ihrer Freizeit für den Erhalt von seltenen Tierrassen oder die Pflege der Kulturlandschaft einsetzen. Ein neuer Bestandteil unserer landwirtschaftlichen Förderpolitik ist die Weidetierprämie, die wir in diesem Jahr im Rahmen des Hessischen Programms für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen eingeführt haben. Im nächsten Jahr stehen hierfür 2 Millionen € zur Verfügung. Dies ist ein erster Schritt, aber es wird, angesichts der Probleme, welche die Rückkehr des Wolfes auslöst, sicherlich nicht der letzte Schritt gewesen sein.

Die grundlegende Funktion unserer Landwirtschaft ist die Erzeugung von Nahrungsmitteln. Unsere hessischen Landwirte produzieren hochwertige Lebensmittel - direkt bei uns vor der Haustür. Eine flächendeckende, mitunter kleinteilige, bäuerlich-familiäre bis mittelständisch geprägte Landwirtschaft genießt in unserer Gesellschaft sowie der Politik einen hohen Zuspruch, doch die Landwirte und ihre Familien können weder von Traditionen noch von Nostalgie leben. Eine Betriebsführung muss wirtschaftlich profitabel sein. Kleine Flächen und hohe Auflagen für Umweltschutz und Tierwohl sind hierbei durchaus Hindernisse. Aber dies sind Hindernisse, die wir weder beseitigen noch aufweichen wollen; denn ebenso wie die Landwirte wollen wir unsere Umwelt nachhaltig und langfristig nutzen. Wir wollen ihren Schutz nicht auf das Umweltschutzniveau anderer Länder absenken. Der erhöhte Aufwand muss aber aufgefangen werden. Der Einsatz von Fördermitteln hilft, der gleichzeitigen Erreichung dieser verschiedenen, manchmal gegensätzlich erscheinenden Ziele ein Stück näher zu kommen. Sie helfen unseren Landwirten, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen sowie eine traditionelle, althergebrachte Branche in die Zukunft zu begleiten.

Entsprechend werden wir die 20-prozentige Kofinanzierung für die EU-Fördermittel vollständig übernehmen, damit die größtmögliche Fördersumme abgerufen und genutzt werden kann. So erhöht sich die einzelbetriebliche Förderung auf rund 10 Millionen €. Den Absatz regionaler Lebensmittel unterstützen wir mit rund 10 Millionen €. Im Rahmen des HALM steigen die Ausgaben auf rund 65 Millionen €. Das Bewilligungsvolumen vervierfacht sich auf fast 180 Millionen €. Weitere 2 Millionen € stellen wir für die Förderung der Digitalisierung in der Landwirtschaft zur Verfügung.

Wir haben also große Herausforderungen vor der Brust. Der vorliegende Einzelplan zeigt, dass die Koalition diese entschlossen angeht. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Ruhl. – Jetzt kommt die AfD. Die Kollegen Gagel und Schenk teilen sich dies. Herr Kollege Gagel beginnt.

Klaus Gagel (AfD):

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur Herr Grumbach findet im Einzelplan 09 Dinge, die schon seit Jahren erfolglos sind, sondern auch ich finde dort etwas, was nicht nur seit sechs Jahren erfolglos ist, sondern seit 30 Jahren. Ich habe es hier schon öfter gesagt: Klimaschutz ist nicht Umweltschutz. Einen Schutz des Klimas gibt es nicht. Klima kann man nicht konstant halten.

(Beifall AfD)

Beim Klima gibt es kein "richtiges" Klima oder gar einen schützenswerten Referenzwert. Sie werden sich daher nicht wundern, weshalb die AfD-Fraktion Maßnahmen zur Umsetzung von sogenannten Klimaschutzzielen sowohl im Einzelplan 09 als auch in anderen Einzelplänen grundsätzlich ablehnt.

(Beifall AfD)

Da das Klima immer variabel ist, genau wie die Witterung oder das Wetter selbst, ist das Wort Klimaschutz schon ein Widerspruch in sich selbst. Selbst wenn man annehmen würde, dass der ganze Zinnober um CO₂-Einsparungen mit dem Ziel der Klimaneutralität in Hessen auch nur irgendeinen Reduktionseffekt bei den Emissionen hätte, so wird doch bei der Betrachtung als globales Problem schnell klar, dass man hier gegen Windmühlen kämpft.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, der CO₂-Gehalt wird so oder so unabhängig von all unseren Maßnahmen weiter ansteigen.

(Zuruf: Warum machen Sie dann überhaupt noch Politik?)

Davon geht die Landesregierung sogar selbst aus.

Im Umweltausschuss wurde nämlich kürzlich klar, dass die Landesregierung von der Erfolglosigkeit ihrer eigenen Maßnahmen überzeugt ist.

Dies manifestiert sich in einem aus Szenarien gemittelten unbeirrten Anstieg der CO₂-Konzentration global auf 487 ppm bis zum Jahr 2050. Das muss man sich einmal vorstellen, das sagt die Landesregierung selbst. Derzeit liegt der Wert bei 415 ppm. Wie laut sollen denn die Alarmglocken im Jahr 2050 erst klingen, wenn der Wert bei 487 liegt, wenn man heute schon bei 415 als Totschlagargument für alles, an jeder politischen Ecke, bei allen Produkten, bei allen Begründungen immer wieder "Klimaschutz", "Klimakrise", "Klimanotstand" angedreht bekommt?

Der Herr Ministerpräsident hat gestern im Plenum davon gesprochen, dass Klimaschutz für die Landesregierung eine zentrale Aufgabe sei. Der Beitrag Hessens, sagte er, der global nötig sei, müsse aufgebracht werden. Aber schon heute ist klar, dass, gemessen am globalen CO₂-Gehalt der Atmosphäre von derzeit etwa 415 ppm, dieses Vorhaben scheitert, dass der gesamte Klimaschutz scheitert und dass

die Klimapolitik insgesamt scheitert, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Sämtliche Versuche, Wetter und Klima zu beeinflussen, sind zum Scheitern verurteilt. Der Mensch kann weder das eine noch das andere beeinflussen, weder mit zusätzlichen noch mit reduzierten Emissionen. Meine Damen und Herren, damit können wir uns auf etliche weitere Jahre auf grünen Klimaalarmismus einstellen.

(Beifall AfD)

Warum? Weil dieser Alarmismus nötig ist, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten, damit das politische Glaubensbekenntnis der CO₂-Klimasensitivität aufrechterhalten werden kann.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist kein Umweltschutz, sondern Klimaschutz ist eine globale Geldumverteilungsmaschine.

(Beifall AfD – Zurufe Torsten Felstehausen (DIE LINKE) und Ulrike Alex (SPD))

Wir werden also so lange wir leben für etwas zahlen, was am Ende wirklich keinen Effekt bringt, weil wir es sowieso nicht ändern können.

Was bedeutet das für den hessischen Haushalt? In erster Linie gehen Klimaschutzmaßnahmen in die jahrelange Versorgung der grünen Alarmismusklientel mit andauernden Klimaförderungen für etliche weitere Jahrzehnte. Bis es irgendwann einmal zum Politikwechsel kommt, weil man merkt, dass dies nichts bringt oder nutzlos ist, oder sich das Klima doch von selbst überraschend abkühlt, obwohl sich beim ${\rm CO_2}$ nichts ändert, wird es noch lange dauern. So ist es nicht verwunderlich, meine Damen und Herren – ich hatte es am Anfang schon gesagt –, dass wir im Einzelplan 09, besonders im Kapitel 21, aber auch im Einzelplan 17 alle Mittel für Klimaschutz oder Bildung in Klimaschutz streichen wollen.

(Beifall AfD)

Einzig die Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen erhalten wir aufrecht im Produkt; denn Anpassungen an Veränderungen von Klima, die wir nicht bestimmen können, in welche Richtung es auch immer geht, halten wir für sinnvoll. Dieser Erfolg von Klimaanpassungsmaßnahmen zeigt sich auch innerhalb kürzester Zeit und kann immer flexibel angepasst werden, selbst wenn es einmal in eine andere Richtung geht. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Gagel. – Jetzt kommt der Kollege Schenk, AfD-Fraktion.

Gerhard Schenk (AfD):

Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, werte Kollegen! Kapitel 09 23 Buchungskreis 2895 – dort sehen wir bei einzelnen Produkten ein Sparpotenzial und setzen auch andere Schwerpunkte.

Verehrte Damen und Herren, unsere deutsche Landwirtschaft befindet sich schon seit Langem in einer schweren Strukturkrise. Viele Höfe haben aufgeben müssen, und den übrig gebliebenen geht es auch nicht gut. Die andauernden Proteste der Bauern unterstreichen das. Die Ausrichtung auf globale Märkte und Marktpreise, die Freihandelsabkommen für Agrarprodukte führen zwangsläufig in das GAP-System der Ausgleichszahlungen. Das hat die Bauern in die totale Abhängigkeit der Brüsseler, der Berliner und auch der Wiesbadener Agrarpolitiken gebracht. Überbordende Auflagen werden zu Recht als unerträgliche Belastungen wahrgenommen. Unsere hessische Landwirtschaft ist zudem noch Spielball grüner Experimente und Markteingriffe geworden.

(Beifall AfD)

Verehrte Damen und Herren, über das kostspielige, an der Lebenswirklichkeit vorbei betriebene Wolfsmanagement empören sich sogar schon die CDU-Abgeordneten im EU-Landwirtschaftsausschuss in einer Pressemitteilung vom 2. Dezember.

Auch ist niemand gegen regionale Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen. Soweit Ökobetriebe für ihre Produkte mit intelligenter Vermarktung kaufkräftige Kunden finden, ist dies vorbehaltlos zu begrüßen. Dies hat aber im marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit traditionell arbeitenden Betrieben zu erfolgen. Die vielfach zu beobachtende Diskriminierung dieser Landwirtschaftsbetriebe verurteilen wir aufs Schärfste.

(Beifall AfD)

Deshalb fordern wir die Absetzung derartiger marktverzerrender Haushaltsansätze. Verehrte Damen und Herren, vorausschauende Politik, also Politik, die Risiken antizipiert und dann adäquat handelt, ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist leider immer wieder festzustellen, beispielhaft aufgezeigt an dem Produkt Nr. 30. Dort schlagen wir zur Tierseuchenbekämpfung im Hinblick auf die in Deutschland ausgebrochene Afrikanische Schweinepest eine Verdoppelung des Haushaltsansatzes vor, d. h. zusätzliche 500.000 €.

(Beifall AfD)

Der Ausbruch der ASP wäre bei vorausschauender Politik höchstwahrscheinlich zu verhindern gewesen. Dänemark macht es vor. Dort wurde schon vor über einem Jahr ein stabiler Wildschutzzaun entlang der Grenze zu Deutschland errichtet und Schwarzwild konsequent bejagt.

Einen solchen Schutz hätten sich auch die deutschen Bauern gewünscht. Die Entscheidungsträger in der Politik aus CDU/CSU, SPD, LINKEN und GRÜNEN haben leider auf allen Ebenen kläglich versagt. Der angedachte Wildschutzzaun an der Oder und Neiße zur Abwehr der in Polen grassierenden ASP wurde nie fertig gebaut. Als Notmaßnahme im Zuge der Nachsorge hatten wir von der AfD unmittelbar nach Ausbruch der ASP hier im Landtag die verstärkte Bejagung des Schwarzwildes als Überträger der Seuche gefordert und dazu beantragt, Nachtzieltechnik, insbesondere die Bejagung mit Infrarotaufhellern, zu genehmigen.

(Unruhe)

Dies ist nun in der Novellierung des Bundesjagdgesetzes vernünftigerweise vorgesehen.

Darüber hinaus hatten wir eine Abschussprämie von 100 € gefordert. Einige Bundesländer haben eine solche inzwischen eingeführt. Wir sind gespannt, wann Hessen nachzieht.

(Beifall AfD)

Verehrte Damen und Herren, in aller Bescheidenheit möchten wir hier einmal zu Protokoll geben, dass die vernunftgeleitete Politik der AfD offensichtlich wirkt.

(Beifall AfD – Lachen – Zurufe Christiane Böhm und Jan Schalauske (DIE LINKE))

– Ja, lachen Sie nur, da kommt noch mehr.

(Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Die Auswirkungen dieses Politikversagens bei der ASP spüren die deutschen Bauern, Ferkelzüchter und Schweinemastbetriebe unmittelbar. Der Exportmarkt ist zusammengebrochen, die Ferkelpreise sind im freien Fall. Bei aktuell 25 € pro Tier liegt der Preis 30 € unter den tatsächlichen Erzeugerkosten. Die Schweinepreise mit knapp 1,21 € pro Kilo sind nicht kostendeckend.

(Beifall AfD)

Es handelt sich um einen Milliardenverlust für die gebeutelte deutsche Landwirtschaft. Viele Betriebe werden diese Krise nicht überstehen. Man gewinnt den Eindruck, Erfolg in Ihrem Sinne ist erreicht, wenn maximaler Schaden angerichtet ist.

(Beifall AfD)

Verehrte Damen und Herren, schauen wir uns die Politikbereiche an, in denen Sie Ihr Unwesen treiben: Migration, Eurorettung, Energiewende, Industrie- und Landwirtschaftspolitik. Ihr Meisterstück in Sachen Existenzvernichtung, besonders des Mittelstands, Vernichtung der Arbeitsplätze und Einschränkung aller bürgerlichen Freiheitsrechte liefern Sie gerade mit der Corona-Krise ab.

(Beifall AfD)

Es ist ein Dauergeneralstreik von oben, verordnet von Frau Merkel und ihren Ministerpräsidenten. Macron hat dem Virus den Krieg erklärt, Söder scheint ihn zum Vorbild zu nehmen. Man fragt sich: Was läuft hier gerade ab?

(Wolfgang Decker (SPD): Das fragen wir uns auch!)

Ist das vielleicht eine Kulturrevolution oder doch nur die neue Normalität? – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD – Wolfgang Decker (SPD): Das ist auch besser so!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schenk. – Das Wort hat der Abg. Frank Diefenbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank Diefenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie meine Kollegin vorhin schon sagte, die beiden letzten Reden atmen wir einfach weg.

Alles, was der EP 09 für die Umwelt tut, alles, was das Ministerium für die Umwelt macht, hat seine sachlichen

Gründe. Es ist aber auch wegen der Corona-Krise bedeutsam; denn die geschwächte Gesellschaft und die geschwächte Wirtschaft müssen natürlich durch eine möglichst ökologische und nachhaltige Politik gestärkt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wegen der Krise antizyklisch Hilfe zu leisten in allen Bereichen der Gesellschaft und gleichzeitig die Umweltpolitik voranzubringen, das ist unsere Aufgabe. Wir leisten im Jahr 2021 ein Gesamtvolumen von 763 Millionen € für die Umweltpolitik in Hessen und im gesamten Landeshaushalt bis 2023 1,8 Milliarden €.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was machen wir mit diesem Geld? Eine ganze Handvoll.

Erstens. Wir wollen eine möglichst große Artenvielfalt.

Zweitens. Wir brauchen sichere Verhältnisse für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Drittens. Wir brauchen für die Kommunen die Möglichkeit, das Klima zu schützen.

Viertens. Wir brauchen eine gesunde Ernährung mit einer gesunden Landwirtschaft.

Fünftens brauchen wir einen gesunden, klimarobusten Wald.

Viele Expertinnen und Experten sagen, die Natur könne sich seit Corona immer mehr erholen. Ob das stimmt – weniger Flüge hier, auf der anderen Seite mehr Verpackungsmaterialien –, weiß ich nicht genau.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Es ist am Ende unsere Aufgabe, alle umweltpositiven Effekte der Corona-Krise aufzunehmen und neu zu durchdenken und in die Zukunft mitzunehmen. Dies gilt für die natürlichen Umstände insgesamt, und es gilt für den Feldhamster genauso wie für den Wolf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Petra Müller-Klepper (CDU))

Durch die Erweiterung des Nationalparks Kellerwald-Edersee haben wir einen Meilenstein in der Entwicklung des Naturwaldes, in dem sich die Artenvielfalt unbedingt entwickeln kann. Hier stehen die Mittel bereit, z. B. für Wildmonitoring und die Entwicklung von Biotopen. Wir brauchen die unberührte Natur für die Entwicklung der Artenvielfalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir schützen auch die Ansiedlung des Wolfes; denn er gehört auch zu den schützenswerten Arten. Für den Umgang und die Wiederansiedlung des Wolfes stellen wir für neue Bewilligungen 2 Millionen € für das Wolfsmanagement nach unseren HALM-Maßnahmen zur Verfügung. Aber auch gerade deshalb haben wir ein neues Landesprogramm zum erhöhten Schutz der Herden im Hinblick auf die residente Ansiedlung von Wölfen.

Das Land bietet neben der seit 2018 laufenden Basisförderung weitere Unterstützung an. Hierfür stehen im Finanzplanungszeitraum 4 Millionen € zur Verfügung. Wir haben außerdem in Hessen die Weidetierprämie. Die Frage ist: Wieso haben wir die? Hat man die uns vom Bund geschenkt? – Die Antwort lautet: Nein, die ist nicht ge-

schenkt worden, sondern die Weidetierprämie bei uns hat die Hessische Landesregierung auf den Weg gebracht, weil der Bund nichts macht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verbraucherzentrale hat ihre Telefonberatung massiv ausgeweitet. Für allgemeine Hinweise ist die Telefonberatung kostenfrei. Bei näherem Beratungsbedarf wird dann ein kostenpflichtiger Vor-Ort-Termin ausgemacht. Ab 2021 gibt es auch eine Videoberatung, die eingeführt wird. Wir unterstützen dafür die Verbraucherzentralen und auch das DHB − Netzwerk Haushalt. Wir haben für den Verbraucherschutz besondere Zeiten. Bereits von 2019 auf 2020 gab es einen massiven Zuwachs von 665.000 €.

Für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen werden für neue Bewilligungen insgesamt 33,4 Millionen € zur Verfügung gestellt. Im Bereich Klimaschutz sind bereits fast alle der 140 Maßnahmen des integrierten Klimaschutzplans umgesetzt oder in der Umsetzung. Die Kommunen bekommen mehr Fördermittel und eine höhere Förderquote für den Klimaschutz, damit sie in der schwierigen Lage mit Corona das Thema Klimaschutz weiterhin beherzt anpacken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Für uns ist entscheidend, dass Klimaschutz und Corona-Krise keine Gegensätze sind, dass wir sie gemeinsam angehen müssen; denn wir haben beim Klimaschutz keine zeitliche Wahl. Wir müssen das alles jetzt machen. Klimaschutz ist ein Bereich, in dem jeder einen Beitrag leisten kann, auch ganze Gemeinden und Städte. Das kann man nicht laut genug sagen, gerade jetzt vor den Kommunalwahlen.

Man kann Schulhöfe verschatten. Man kann Energie einsparen. Man kann neue Formen von Mobilität einführen. Klimakommunen können für ihre Projekte 100 % Förderquote erhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir denken Klimaschutz in allen Bereichen, auch bei der Dorfentwicklung, bei der Gaststättenförderung. Unsere Moorstrategie ist eine Strategie für Klimaschutz, ebenso wie der Erhalt und der Aufbau klimastabiler Wälder in Hessen und der Ökolandbau, wo wir vorbildlich sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Die Förderung im Bereich Landwirtschaft und Verbraucherschutz steigt im Bewilligungsvolumen insgesamt von 173 Millionen € auf 294 Millionen €, davon wiederum 10,1 Millionen € insgesamt für neue Bewilligungen im Rahmen des Ökoaktionsplans, alles eigene Landesmittel. Damit sollen Maßnahmen unterstützt werden, die helfen, die Rahmenbedingungen für den Ökolandbau in Hessen zu verbessern. Aber auch besonders nachhaltige Betriebe und Betriebe, die in der Regionalvermarktung tätig sind, werden davon profitieren.

Besonderes Flashlight des Ökoaktionsplans ist: Ganz Hessen ist jetzt eine gemeinsame Ökomodellregion.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Damit bringen wir die Hersteller von gesunden Lebensmitteln und die Verbraucher immer enger zusammen. Die Produktion von Lebensmitteln wird ökologisiert. Die Transportwege werden durch regionale Vermarktung reduziert. Dadurch wird der Lebensmittelmarkt für alle noch attraktiver.

Sinn der Ökomodellregion ist, gesunde Lebensmittel für die Menschen zu erzeugen, die regionale und ökologische Lebensmittel wollen. Der Ökolandbau und die Ökomodellregion sind klimafreundlich. Sie binden mehr CO₂, und man benötigt weniger fossile Brennstoffe.

Über den ländlichen Raum hat der Kollege Ruhl vorhin schon gesprochen. Die Menschen haben es in der Corona-Krise im ländlichen Raum in mancher Hinsicht leichter gehabt als die Menschen in Städten. Aber das kann man nicht für alle so behaupten. Die Gastronomie hat es hart erwischt. Das gilt allerdings auch für die Städte. Wir haben in den Jahren 2021 bis 2024 im Rahmen eines Sonderprogramms zur Erhaltung und zur Stärkung von Hotellerie und Gastronomie im ländlichen Raum zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 9,5 Millionen € zur Verfügung gestellt. Damit wird den Gaststätten im ländlichen Raum die Möglichkeit gegeben, sich zu modernisieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Besondere Bedeutung haben auch unsere Wälder. Unsere Wälder wieder fit zu machen gegen den Klimawandel, ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Die letzten Jahre waren hart für den Wald, und wir werden jetzt alles daransetzen, den Wald zu retten, indem wir ihn stabilisieren und auch umbauen.

Das Bewilligungsvolumen für die Förderung im Bereich Forsten und Naturschutz steigt um rund 13,4 Millionen € auf 83 Millionen €. Für neue Maßnahmen im Rahmen der Unterstützung privater und kommunaler Waldbesitzer bei der Schadensbewältigung und zum Aufbau klimaangepasster Wälder werden 2021 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, GAK, rund 6 Millionen € zur Kofinanzierung der Drittmittel bereitgestellt. Insgesamt stehen für Neubewilligungen mehr als 41 Millionen € zur Verfügung.

Die Corona-Pandemie hat auch für die von Hessen-Forst betreuten Forstbetriebe des Körperschafts- und Privatwaldes massive Auswirkungen. Wir werden die Beförsterungskostenbeiträge im Körperschafts- und Privatwald für die Jahre 2020 bis 2023 erneut absenken. Die dadurch entstehenden Mindereinnahmen des Landesbetriebs in Höhe von 12 Millionen € werden aus dem Sondervermögen ausgeglichen. Auf das Jahr 2021 entfallen rund 2,9 Millionen €.

Um einer ökologischen Waldwende gerecht zu werden, brauchen wir auch eine Wende bei den Stellen von Hessen-Forst. Wir schaffen bis zum Jahr 2025 insgesamt 220 Stellen mehr als ursprünglich vorgesehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Mit dieser Regierung und den sie tragenden Landtagsfraktionen wird es wieder Försterinnen und Förster geben, die sich mit ihrer ganzen Energie dem Umweltschutz im Wald widmen können.

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit läuft derzeit ab.

Frank Diefenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir kümmern uns. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Diefenbach. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der Freien Demokraten die Kollegin Wiebke Knell. Die Freien Demokraten haben fünf Minuten angemeldet. Jetzt haben Sie erst einmal fünf Minuten. Erst beim letzten Einzelplan kommen dann die Anrechnungen zustande. Bitte, Frau Kollegin.

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Hinz, Sie haben zu Beginn der kursorischen Einzelplanlesung gesagt, dieses Jahr sei nicht viel Raum im Haushalt. Nicht viel Raum – das ist wohl die grüne Art, zu sagen, dass man die Ausgaben im kommenden Jahr nicht allzu massiv steigern will. Das mag auch auf den ersten Blick so sein. Das liegt aber auch daran, dass Sie schon 50 Millionen € aus dem Nachtragshaushalt II und den Sonderschulden erhalten haben: 5 Millionen € für das Förderprogramm "Nachhaltige landwirtschaftliche Betriebe", 2,5 Millionen € für die energetische Sanierung von Forsthäusern, die wir heute schon mehrfach angesprochen haben.

Nirgendwo anders wird es so deutlich, welche Ziele die Landesregierung mit dem sogenannten Sondervermögen verfolgt. Es ist ein Schattenhaushalt, und es bleibt ein Schattenhaushalt.

(Beifall Freie Demokraten)

Dagegen, dass die Liegenschaften von Hessen-Forst energetisch saniert werden oder auch bei der nachhaltigen Landwirtschaft Geld hinzukommt, haben wir als Freie Demokraten inhaltlich nichts. Aber das hat alles nichts mit Corona zu tun. Deswegen hätte es in den normalen Haushalt gehört. Deswegen hätten wir heute darüber diskutieren müssen. Aber dann hätten Sie an anderen Ecken sparen müssen, und das wollten Sie nicht.

Einige Themen, die wir in der Lesung des Haushalts 2020 diskutiert haben, sind heute noch so aktuell wie damals, z. B. das Thema Verbraucherschutz, über das wir hier noch gar nicht so sehr gesprochen haben. Der Wilke-Skandal ist mittlerweile über ein Jahr her. Aber dass sich in Hessen an der Situation der Lebensmittelkontrolle irgendetwas verbessert hätte, das kann man diesem Haushaltsplan nicht entnehmen.

Vor Ort fehlt nach wie vor das Personal, und dieses Problem können Sie auch nicht mit einer Stelle eines Sichters, der jetzt die E-Mails liest, verbessern. Dass die Landesregierung dann auch noch im Bundesrat der Schwächung der Regelkontrollen zugestimmt hat, hat die Situation auch nicht verbessert.

Im Landwirtschaftsbereich ist der Haushalt wie schon in den vergangenen Jahren in einer Schieflage, da bis 2025 25 % der Flächen auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt werden mit über 10 Millionen € Gesamtkosten für den Ökoaktionsplan im kommenden Jahr – ganz unabhängig davon, ob es überhaupt einen Markt in dieser Größenordnung für ökologische Nahrungsmittel gibt. Ich bezweifele das; denn dann würde der Umstieg auf ökologische Bewirtschaftung marktgetrieben und ohne so hohe Subventionen funktionieren. Das tut er aber nicht.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie legen eine planwirtschaftliche Zahl fest. Ob die Ziele bislang erreicht worden sind, konnten Sie uns in der kursorischen Lesung nicht sagen.

Ein Thema, bei dem die Landesregierung den Ernst der Lage noch nicht erkannt hat – es wurde eben schon angesprochen –, ist die Afrikanische Schweinepest. 500.000 € sind alles, was hier eingeplant wird. Ich nehme durchaus zur Kenntnis, dass Sie Maßnahmen ergriffen haben, Zäune anschaffen. Für die Tupferproben gibt es etwas mehr Geld. Ich sage Ihnen aber: Das wird nicht reichen, wenn die ASP wirklich ausbrechen sollte.

Es fallen jetzt schon so viele Gesellschaftsjagden aus. Die Strecke beim Schwarzwild wird sicher kleiner werden. Wir brauchen dringend eine intensive Bejagung des Schwarzwilds, solange eine Ausbreitung der ASP droht. In Bayern wurde die Abschussprämie noch einmal erhöht. Auch wir haben viele Vorschläge dazu gemacht, wie man die Jägerschaft und die Hundeführer unterstützen kann. Aber Sie waren leider nicht kompromissbereit.

Wenigstens bei der Vermarktung des Wildbrets hätte es schnelle Hilfe gebraucht. Sie haben schon vor Monaten angekündigt, dass ein Programm kommen soll. Aber passiert ist bisher auch noch nichts. Das würde wirklich unterstützen, weil das Wildbret aktuell auch nicht an die Gastronomie abgegeben werden kann.

Ich hätte mir auch einen Schwerpunkt beim Thema ländlicher Raum gewünscht, auch wenn die Kollegen der Regierungsfraktionen es angesprochen haben. Meiner Meinung nach ignorieren Sie völlig die Interessen der Menschen auf dem Land. Das zieht sich vom Thema Wolfsmanagement in Ihrem Verantwortungsbereich durch den ganzen Haushaltsplan. Das ist auch ein generelles Problem dieser Landesregierung. Dass die Landesstraßen weiterhin verfallen, sieht man z. B. beim Einzelplan 07. Aber was tut das Umweltministerium für den ländlichen Raum? Herr Kollege Ruhl hat es eben sehr poetisch und schön beschrieben, aber leider sind das nicht die Erfahrungen, die man hat, wenn man mit den Menschen spricht.

(Beifall Freie Demokraten und Torsten Warnecke (SPD))

Das wissen Sie besser als ich. Wenn man mit den Leuten im Vogelsberg spricht, dann findet man keine große Begeisterung für diese Landesregierung, und das zu Recht.

Herr Diefenbach hat die Gaststätten angesprochen. Natürlich ist das ein schönes Programm. Aber welche Gaststätte hat in der aktuellen Zeit überhaupt das Geld, große Investitionen zu machen? Die stehen doch alle kurz vor dem Aus.

Sie haben die Förster angesprochen. Schön, dass Sie jetzt den Stellenabbau gestoppt haben. Das ist letztes Jahr beschlossen worden. Aber vorher haben Sie die Stellen erst einmal abgeschafft. Das muss man dazusagen, es gehört zur Wahrheit hinzu.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und DIE LINKE)

Ich möchte zum Wolfsmanagement zurückkommen. 2 Millionen € planen Sie zusätzlich ein für HALM-Maßnahmen im Rahmen des Wolfsmanagements. Aber Ihr Wolfsmanagement funktioniert nicht. Es gibt immer mehr Risse. Die Tierhalter und viele Leute vor Ort haben Angst. Bei der Rissbegutachtung gelingt nur äußerst selten ein Nachweis. Manchmal kommen die Leute auch nicht. Selbst bei offensichtlichen Wolfsrissen gibt es dann keinen richtigen Nachweis, und das hat natürlich Konsequenzen für die Entschädigung.

Es geht weiter mit der Frage, warum bis heute nur Schäden bei Schaf- und Ziegenhaltern erstattet werden.

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin, Sie müssten zum Ende kommen.

Wiebke Knell (Freie Demokraten):

Ja. Ich brauche noch ein bisschen; wir haben uns abgesprochen. – Was ist mit den Rindern, mit den Pferden, mit den Alpakas?

Der Stellenabbau bei Hessen-Forst wurde bereits im vergangenen Jahr gestoppt; das begrüßen wir ausdrücklich. Wir sehen in diesem Haushaltsplan die wegfallenden Vermerke. Das ist gut. Aber was ist mit den privaten und den kommunalen Waldbesitzern? Wenn Sie einen Spaziergang im Wald machen, sehen Sie, dass dort immer noch massenhaft kranke Fichten stehen. Sie müssten doch auf die Idee kommen, dass bei den Förderkulissen irgendetwas nicht richtig gut läuft. Es lohnt sich einfach nicht, die befallenen Bäume zu fällen, weil man sie nicht mehr vermarkten kann.

(Zuruf Frank Diefenbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN))

Daran ändert auch nicht, dass die Beförsterungskosten für kommunale Waldbesitzer in den nächsten Jahren nicht steigen

Sie setzen beim Einzelplan 09 insgesamt die falschen Prioritäten. Sie hatten keinen Druck, irgendetwas zu ändern oder gar etwas sparsamer zu werden, weil Sie sich mit den Sonderschulden schon einen grünen Wunschzettel erfüllen konnten. Im regulären Haushalt setzen Sie weiter auf grüne Wohlfühlthemen, statt den Verbraucherschutz, den Privatund Kommunalwald und die gesamte Landwirtschaft in Hessen zu stärken. Wir lehnen deswegen den Einzelplan

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Knell. – Der nächste Redner ist der Kollege Felstehausen für die Fraktion DIE LINKE, der sich seine Redezeit mit Frau Kollegin Scheuch-Paschkewitz aufgeteilt hat. Nach den derzeitigen Berechnungen – die Hochrechnungen kommen noch – haben Sie acht Minuten, und Frau Scheuch-Paschkewitz hat drei Minuten Redezeit. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin Hinz! Vielleicht darf ich einmal ganz kurz auf das eingehen, was Herr Grumbholz gesagt hat. Da waren einige Sachen dabei, die Sie wirklich zum Nachdenken bringen müssten. Das möchte ich noch einmal vertiefen.

Er hat den Verbraucherschutz angesprochen. Er hat darauf hingewiesen, dass es zwar einen Stellenaufbau geben soll – –

(Zuruf)

- Grumbholz. Was habe ich gesagt? Habe ich mich versprochen?

Präsident Boris Rhein:

Es war Herr Kollege Grumbach.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Sie wissen, wen ich gemeint habe. Ich habe mich versprochen.

> (Vereinzelte Heiterkeit – Jan Schalauske (DIE LIN-KE): Das passt zum Thema Umwelt, ob Bach oder Holz!)

Angesprochen war der Verbraucherschutz. Da soll es, was die Stellen angeht, einen Zuwachs im Ministerium geben. Dabei wird aber verschwiegen – das ist gesagt worden –, dass es keinen Zuwachs vor Ort geben wird, also dort, wo wirklich kontrolliert wird.

Was noch viel gravierender ist: In Ihre Verantwortung fällt die Absenkung der Standards der Kontrollen im letzten Jahr. Das ist der eigentliche Skandal. Die Menge der Kontrollen, die vor Ort stattfinden, wurde reduziert. Die reguläre Dichte der Prüfungen hat abgenommen. So kann ich auch zu dem Ergebnis kommen, dass genug da war. Im Endeffekt leiden darunter die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Ich komme jetzt zu dem Thema, das uns hinsichtlich des Einzelplans 09 beschäftigt. Da geht es um den Umweltschutz. Da geht es um den Klimaschutz. Wir müssen konstatieren, dass es bisher weltweit nicht gelungen ist, den Klimawandel auch nur abzubremsen. Es ist völlig richtig, dass wir deshalb etwas hinsichtlich unserer Infrastruktur machen müssen. Wir müssen die Infrastruktur dem Klimawandel anpassen.

Was das bedeutet und welche Auswirkungen das hat, wurde uns in den letzten Sommern immer klarer. Es gab Asphaltblasen auf den Autobahnen, Bahngleise, die sich verziehen, und Innenstädte, in denen man sich im Sommer kaum noch aufhalten kann, weil es so unerträglich heiß ist. Der Wald wurde bereits angesprochen. So erleben wir den Klimawandel. Diese Phänomene sind völlig unbestritten.

Wenn wir dem etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir das lokal, auf Landesebene und auf Bundesebene tun. Das muss aber auch global geschehen. Denn ansonsten wird es teuer. Deswegen müssen wir heute in unsere Zukunft investieren. Wenn es uns nicht gelingt, den Klimawandel zu begrenzen, wird es unbezahlbar. Es wird dann Leben kosten, im Süden genauso wie hier.

Deshalb müssen wir anfangen, den Umbau in allen Sektoren zu gestalten. Das darf nicht nur in Trippelschritten geschehen. Wir müssen grundlegende Änderungen herbeiführen. Wir werden dabei in Kauf nehmen müssen, dass es uns alle in allen Lebensbereichen betrifft. Deswegen sagen wir: System Change, not Climate Change.

(Beifall DIE LINKE)

Die Aufgabe der Umweltministerin wäre es, den notwendigen Umbau jetzt einzuleiten. Ich zeige einmal beispielhaft an drei Punkten, was erforderlich wäre.

Die Wasserver- und -entsorgung ist eine grundsätzliche und grundlegende Aufgabe der öffentlichen Hand. Da hat die Hessische Landesregierung in den letzten Jahren entscheidend zu wenig investiert. Die meisten Klärwerke verbrauchen viel zu viel Energie. Sie verfügen über keine vierte Reinigungsstufe. Sie verteilen multiresistente Keime in unseren Flüssen. Sie leisten vor allen Dingen auch keinen Beitrag zur Rohstoffrückgewinnung.

Anstatt die Kommunen flächendeckend bei der Modernisierung zu unterstützen, fördert die Hessische Landesregierung nur ausgewählte einzelne Projekte. Es ist richtig: Für die Klärwerke sind die Kommunen zuständig. Frau Ministerin Hinz, das könnten Sie jetzt entgegnen. Aber angesichts der kommunalen Budgets, die derzeit vorhanden sind, werden wir, die wir gemeinsam in diesem Raum sitzen, es wahrscheinlich nicht mehr erleben, dass die Modernisierung der Klärwerke tatsächlich umgesetzt wird.

Für den Gewässerschutz, den Gesundheitsschutz und für unser Trinkwasser ist diese Aufgabe von existenzieller Bedeutung. Deswegen fordern wir ein Landesprogramm zur Modernisierung der Klärwerke und zum Aufbau der Brauchwassernetze.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Charakteristikum der Umweltpolitik der schwarz-grünen Landesregierung ist die Umwidmung gesetzlich festgelegter Aufgaben in freiwillige Mitmachprojekte. "100 Kommunen für den Klimaschutz" heißt das eine. Es soll Blühstreifen geben, gefolgt von Mitmachprojekten "Unser Wald". Nicht zu vergessen, der Klassiker ist "100 Wilde Bäche".

Es ist schön, dass die Umweltministerin die Menschen und die Kommunen für die anstehenden Aufgaben tatsächlich begeistern will. Die Wasserrahmenrichtlinie ist aber kein Wunschkonzert, sondern ein Gesetz. Wie wir es in der Begründung des Urteils zur letzten Klage des BUND gegen den Weiterbau der A 49 nachlesen können, ist die Wasserrahmenrichtlinie und sind die dort formulierten Pflichten nicht nur – Zitat – "bloße Ziele der Bewirtschaftungsplanung", sondern haben "verbindlichen Charakter" ist eben mehr als ein Mitmachprogramm oder eine freiwillige Aktion.

(Beifall DIE LINKE)

Die generös erscheinende Auswahl von 100 Bächen zur Renaturierung verschleiert, dass sich in Hessen über 300 Bäche in einem mittelmäßigen bis schlechten ökologischen Zustand befinden. Nach 20 Jahren Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie haben nur 15 % der Gewässer in Hessen einen guten oder sehr guten ökologischen Zustand. 2015 hätte dieser Zustand für alle Gewässer zutreffen sollen. Für eine Regierung mit acht Jahren unter grüner Beteiligung ist das ein Armutszeugnis.

Ich komme zu meinem zweiten Beispiel. Es betrifft den Bodenschutz. Die Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag in besonderem Maß dem Bodenschutz verpflichtet. Man muss sich aber einmal genau anschauen, was das bisherige Ergebnis ist: Das hessische Nachhaltigkeitsziel, bis zum Jahr 2020 nicht mehr als 2,5 ha pro Tag zu versiegeln, wurde, erstens, krachend verfehlt und ist, zweitens, auch gar nicht nachhaltig. Anstelle dass die Hessische Landesregierung gute Ackerböden besonders schützt, verkauft sie die Flächen an ihre Landgesellschaft für die Schaffung von Gewerbegebieten z. B. für Logistikunternehmen. In Neu-Eichendorf konnten wir das erleben.

(Zuruf: Eichenberg!)

– Eichenberg, richtig. Hier steht Eichendorf. Aber es ist natürlich völlig richtig, Eichenberg heißt der Ort.

Im Zeichen des Artensterbens, des Klimawandels und des drohenden Wassernotstands können wir uns das nicht mehr leisten. Die Antwort muss zukünftig heißen: Der Acker bleibt.

(Beifall DIE LINKE)

Gute Ackerböden in Hessen müssen besser geschützt werden. Im Zeitraum von 1992 bis 2015 sind die landwirtschaftlich genutzten Flächen in Hessen um 40.700 ha geschrumpft. Es gibt 40.700 ha landwirtschaftliche Flächen weniger.

Weder der Ökoaktionsplan noch die Ökomodellregion der Landesregierung hat in den letzten Jahren auch nur einen einzigen Hektar dieses Ackerbodens vor der Versiegelung geschützt. In einem ersten Schritt muss die Hessische Landesregierung aufhören, gute Ackerböden als Land für Gewerbeflächen und Logistikzentren zu verkaufen oder sie für Autobahnen zu versiegeln. Was im letzten Jahrhundert noch eine gute Serviceleistung für die Kommunen gewesen sein mag, muss in Zeiten des Klimawandels sofort gestoppt werden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich komme zu meinem dritten und letzten Beispiel.

Präsident Boris Rhein:

Das müssen Sie schnell sagen; denn die acht Minuten Redezeit sind um.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Gut. Wir haben noch ein bisschen auf der Uhr stehen.

Wir wollen nicht nur kritisieren. Zustimmung findet der Umbau bei Hessen-Forst. Das Primat der schnellen Holzerträge ist in Zeiten des Klimawandels nicht mehr haltbar. Das war es noch nie. Wir finden, diese Maßnahmen sind richtig. Da muss noch etwas draufgelegt werden, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Försterinnen und Förster angemessen bezahlt werden. Darüber hinaus müssen die Fahrzeuge und die Werkzeuge von Hessen-Forst zukünftig übernommen werden.

(Beifall DIE LINKE)

Damit komme ich zum Ende meiner Rede. Es wäre jetzt notwendig, die Aufgaben des Klimawandels zu bündeln. Wir brauchen ein Ministerium mit Richtlinienkompetenz zur Bekämpfung des Klimawandels. Alle Sektoren, der Verkehr, das Wohnen, eine nachhaltige Landwirtschaft und die Energiewirtschaft, müssen zusammen gedacht werden. Die Klimaanpassungsmaßnahmen müssen koordiniert werden

Es kann doch nicht sein, dass die Umweltministerin den Tag des Waldes feiert, während der Ministerkollege aus der gleichen Partei diesen Wald gegenwärtig für den Bau einer Autobahn roden lässt. Das ist ein Unding. Da muss es eine gemeinsame Politik geben. Da kann es nicht die eine so und der andere so machen.

(Beifall DIE LINKE)

Dafür fehlen Ihnen der politische Durchsetzungswille und das Durchsetzungsvermögen. Dafür fehlt Ihnen leider auch der Mut. Deshalb wird es bei diesem Haushalt bei Leuchttürmen, Pilotprojekten und Blühstreifen bleiben. Das reicht nicht mehr aus. Damit halten wir den Klimawandel nicht auf

Deshalb werden wir diesen Einzelplan ablehnen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Gestatten Sie noch eine Abschlussfrage des Kollegen --

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Nein!)

 Nein, danke schön. – Herzlichen Dank, Herr Kollege Felstehausen.

Ich rufe dann die nächste Rednerin auf. Das ist Frau Kollegin Scheuch-Paschkewitz. Nach der ursprünglichen Planung waren es jedenfalls einmal drei Minuten Redezeit. Das verändert sich jetzt alles ein bisschen. Bitte schön.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Wir haben doch einen Puffer eingebaut!)

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):

Die Letzte beißen die Hunde. – Herr Präsident, meine Damen, meine Herren, Frau Ministerin Hinz! Dieser Haushalt wird große Defizite bei der Förderung und dem Voranbringen des Tierschutzes haben.

(Beifall Jan Schalauske (DIE LINKE))

Der Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Das bedeutet auch, dass der Staat den Tierschutz mit einer tiergerechten Förderpolitik durchsetzen muss. Zum Beispiel müssen die unsäglichen Tierqualen beendet werden. Die industrielle Tierhaltung und Tierzucht muss so schnell wie möglich der Vergangenheit angehören.

Hierfür bedarf es finanzieller Anreize und Instrumente. Es muss auch nicht mehr gewartet werden. Der Umbau zu tiergerechteren bis tiergerechten Haltungsbedingungen kann bereits heute finanziert werden. Immerhin erhält die deutsche Landwirtschaft jedes Jahr mehr als 6 Milliarden € an Subventionen. Diese werden immer noch nach der Größe der Betriebsflächen ausgezahlt. Wir wollen, dass das Geld in tiergerechte Haltung und nachhaltigen Ackerbau fließt, und zwar ohne faule Kompromisse.

(Beifall DIE LINKE)

Auch die Tierheime müssen endlich durch das Land kostendeckend finanziert werden. Der Tierschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Die fortgesetzten Kostensteigerungen in allen Versorgungsbereichen bei den tiermedizinischen Leistungen sowie bei den Investitionen für die Tiere mit aufwendigen Haltungsanforderungen stellen die Tierheime und die Tierschutzvereine vor existenzielle Probleme. Es wird Zeit, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird.

Ich möchte ein drittes Beispiel nennen. Wir brauchen eine Weidetierprämie von 30 € pro Tier und die volle Übernahme der Kosten für die Anpassung der Zäune, damit die Schafe wirkungsvoller vor dem Wolf geschützt werden können, ohne dass die Schäferinnen und Schäfer an die Grenzen ihrer Existenz gelangen. Das gilt insbesondere für den Landkreis Marburg-Biedenkopf, den schafreichsten Landkreis Hessens.

Der Tierschutz ist wichtig, und, ja, er kostet Geld. Die Tiere und ihre Halterinnen und Halter haben aber einen Anspruch darauf. Liebe GRÜNE, setzt endlich mehr nachhaltige tierschutzpolitische und ökologische Inhalte in der Regierungskoalition nach eurem Motto "Grün wirkt" durch. Die Tiere und die Menschen in diesem Land hätten es mehr als verdient.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Frau Kollegin Scheuch-Paschkewitz, vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Hinz.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da ich keine Redezeit mehr habe, kann ich auch nichts einsparen. Ich versuche, auf ein paar wenige Themen einzugehen. Ich will einiges deutlich machen, was meinen Ressorthaushalt angeht. Das wird die Politik zumindest der nächsten zwölf Monate bestimmen.

Klar ist, dass die Corona-Pandemie im Moment für uns alle eine große Herausforderung darstellt. Gleichzeitig schreitet aber der Klimawandel voran. Die Artenvielfalt nimmt ab. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Klimakrise im Auge behalten und ihr auch während dieser Zeit entgegenwirken. Vor allen Dingen müssen wir hinterher auch gutes Handwerkszeug haben, um den Klimaschutz voranzutreiben.

Dass es die Klimakrise entgegen mancher Äußerungen hier gibt, sehen wir seit spätestens drei Jahren im Wald, auch im hessischen Wald. Die Fichten sterben in großem Maßstab ab. Sie vertrocknen, sie werden von Borkenkäfern befallen, und selbst die landestypische Buche ist in einem schlechten Zustand.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Vor allem der Dannenröder Forst!)

Das heißt, unser Land ist Opfer des Klimawandels.

Gleichzeitig ist der Wald aber auch Klimaretter, weil er große Mengen an Kohlenstoff speichern kann. Er sorgt auch für gutes Wasser und ist Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch die Biodiversität im Wald im Auge behalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Jan Schalauske (DIE LINKE): Auch im Dannenröder Forst?)

Deswegen unternehmen wir mit dem neuen Haushalt weiter besonders große Anstrengungen, den Wald umzubauen

(Lachen DIE LINKE)

und fit für die Zukunft zu machen. Im Anschluss an den Zwölfpunkteplan, den wir bereits umgesetzt haben, haben wir jetzt ein neues Maßnahmenprogramm aufgelegt, für den Schutz des Waldes, für Neuanpflanzungen und für die Naturverjüngung des Waldes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Mit dem Forstamt Burgwald haben wir außerdem einen Modellbetrieb für Klimaschutz eingerichtet. Dort erproben wir in der Praxis, welche Maßnahmen positive Effekte für Klimaschutz haben. Wir untersuchen z. B. die Kohlenstoffspeicherung in Waldböden in diesem Bereich. Den privaten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern – und auch den kommunalen – werden wir neue Klimarisikokarten zur Verfügung stellen, damit sie die Neuanpflanzung für klimaresiliente Mischwälder gut meistern können. Das ist eine Serviceleistung des Landes für private und kommunale Waldbesitzer.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Modellforstamt Biodiversität in Hofbieber soll uns Hinweise für mehr Biodiversität im Wald geben. Auch hier wieder der Link zum Naturschutz.

Na klar, die Beseitigung der bisherigen Waldschäden und auch der Neuaufbau kosten eine Menge Geld. Wir investieren hier bis 2023 über 250 Millionen €. Ich glaube, dass auch das deutlich macht, wie wichtig uns der Wald ist. Er dient der Erholung, er ist Rohstoffressource, er dient dem Klimaschutz und natürlich auch dem Naturschutz. Deswegen ist er uns auch so wichtig.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Nur nicht in Dannenrod!)

Weil die Försterinnen und Förster durch diese Waldschäden und den Waldumbau inzwischen viel mehr Arbeit haben, haben wir uns auch entschieden – darauf bin ich wirklich ganz besonders stolz, dass wir diese Kraft hatten –, 220 Stellen mehr für Försterinnen und Förster im Landesbetrieb Hessen-Forst zur Verfügung zu stellen. Die wären sonst weggefallen. Ich glaube, das zeigt noch einmal ganz deutlich, dass wir einerseits den Waldumbau wichtig nehmen, aber auch sehen, welche Arbeit die Försterinnen und Förster leisten. Weil wir im Wettbewerb mit anderen Ländern stehen, ist es auch wichtig, dass wir hier gute Arbeitsbedingungen bieten können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die weiteren Anstrengungen für den Klimaschutz werden wir verstärken. Wir haben aus dem Corona-Sondervermögen jetzt für die Klima-Kommunen eine zusätzliche Finanzierung zur Verfügung gestellt, 100 % nach der Klimarichtlinie. Das ist wichtig, weil die Kommunen im Moment wenig Einnahmen haben – Steuereinbrüche ohne Ende –, und natürlich sparen sie als Erstes bei Maßnah-

men, von denen sie denken, das habe noch Zeit. Aber die Klimakrise wartet nicht, und deswegen ist es ein Konjunkturprogramm. Ich verstehe nicht, warum die FDP es überhaupt nicht akzeptieren will, dass Ausgaben für Klimaschutz, also Innovationen, etwas mit Konjunkturmaßnahmen zu tun haben, und zwar damit, dass wir besser aus der Krise herauskommen, als wir hineingegangen sind. Eigentlich müsste es in Ihrem Sinne sein, dass wir die Wirtschaft auch hier stärken, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Freie Demokraten)

Natürlich hat die Klimakrise spürbare Auswirkungen auf die Artenvielfalt, die Biodiversität. Wir werden deshalb nicht nur einen Biotopverbund anschieben und Auen renaturieren – wir wollen nämlich Wanderkorridore schaffen –, sondern wir werden auch Artenhilfsprogramme auflegen, und wir werden ganz neue Biotope schaffen. Wir haben ein Programm zur Renaturierung von 60 Niedermooren aufgelegt. Das ist wichtig für den Klimaschutz, es ist aber auch wichtig für die Biodiversität, weil dort ganz andere Arten angesiedelt sind als z. B. auf Grünflächen oder sonstigen Magerwiesen.

Weil Sie vorhin über das Wasser diskutiert haben: Da fand ich es höchst vergnüglich, dass Sie gemeint haben, wir würden zum Thema Wasser nichts machen, und aufgelistet haben, was Ihrer Ansicht nach alles notwendig sei. Die vierte Reinigungsstufe wird in Hessen finanziert. Das ist ein weiterer Ausweis guter Kooperation mit den Kommunen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Zuruf DIE LINKE)

Sie werden da finanziert, wo die Belastung am höchsten ist. Es ist auch richtig, dass man prioritär vorgeht. Ich weiß gar nicht, was Sie sich vorstellen, wie man sonst Politik machen soll. Wir haben das mit den Kommunen eingehend erörtert, genau wie das Thema "100 Wilde Bäche". Natürlich ist die Umsetzung der Renaturierung eine Aufgabe, die die Kommunen als Gebietskörperschaften nach Gesetz zu leisten haben. Das haben die Kommunen zu leisten. Wir fördern dies aber bislang schon in hohem Maße. Bei den "100 Wilden Bächen" leisten wir die Overheadkosten zu 100 %, damit wir in diesem Bereich schneller vorankommen.

Natürlich fördern wir kommunale Wasserkonzepte und erstellen zurzeit einen Fachplan für die Grundwasserbewirtschaftung in Hessen. Es ist doch völlig klar, dass das erfolgt. Ich weiß gar nicht, ob Sie das nicht wahrnehmen oder so eine verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung haben, dass Sie nicht einmal mehr Presseerklärungen lesen oder es vielleicht auch gar nicht sehen wollen, was wir im Bereich der Wasserpolitik und der Umweltpolitik in Hessen alles leisten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist, dass wir den ländlichen Raum in der Wertschöpfung unterstützen. Das geht einmal durch den Ökoaktionsplan. Wir unterstützen nämlich nicht nur den Bereich ökologische Landwirtschaft und deren Vermarktung, sondern insgesamt die nachhaltigen Bauernhöfe, die auch regionale Lebensmittel vermarkten wollen. Das bringt und hält Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Ich bin sehr stolz, dass wir inzwischen

Ökomodellland sind. Ökomodellland Hessen in der Bundesrepublik – das hat kein anderes Land vor uns geschafft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landtourismusstrategie und natürlich auch das Sonderprogramm für die Gastronomie und die Hotellerie in Hessen sind weitere Punkte, bei denen wir nicht nur die Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern wollen, sondern bei denen wir auch die ländlichen Räume attraktiv lassen oder fördern wollen. Wir möchten, dass weiterhin viele Menschen gerne im ländlichen Raum leben, dass sie dort ihre Freizeit verbringen und dass Sie auch dorthin reisen, um dort Geld auszugeben. Auch das bringt Wertschöpfung in den ländlichen Raum. Das sind alles Dinge, die wir tun und die wir im nächsten Haushalt verankert haben, sowohl in meinem Ressort als auch, weil der ländliche Raum weit über mein Ressort hinausgeht, wie auch der Klimaschutzbereich, in allen anderen Ressorts der Hessischen Landesregierung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Präsident Boris Rhein:

Frau Staatsministerin, ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass Sie jetzt bei rund elf Minuten sind.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich mache jetzt auch Schluss, weil ich glaube, die wesentlichen Punkte benannt zu haben. – Die Veterinärfrage werden wir sicher auch im kommenden Jahr noch einmal erörtern.

Es ist mir aber wichtig, hier einen Punkt noch einmal deutlich zu machen: Wir haben es nicht nur geschafft, dass wir einen Fachmenschen im Hessischen Landeslabor einstellen konnten, der Ahnung von Ganzgenomsequenzierung hat, sondern wir haben auch die Mittel bereitgestellt, um hier diese Proben selbst nehmen und auswerten zu können und dann auch bundesweit eine Nahtstelle für die anderen Länder zu sein, wenn solche Stämme in den Lebensmitteln auftauchen. Hier sind wir inzwischen ganz vorne dabei. Ich glaube, auch das wäre es wert, dass eine Opposition einmal sagt: Da haben Sie aus einem Problem gelernt und etwas Positives gemacht. – Dies hier zu unterstützen, stünde Ihnen jedenfalls auch einmal gut zu Gesicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin Hinz. – Wir sind damit am Ende der Aussprache zum Einzelplan 09.

Ich rufe

Einzelplan 10 - Staatsgerichtshof -

auf. Zu diesem Einzelplan sind keine Redezeiten angemeldet worden.

Ich rufe jetzt

Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –

auf. Auch hier sind keine Redezeiten angemeldet worden.

Zum guten Schluss rufe ich

Einzelplan 15 – Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst –

auf. Ich darf als erster Rednerin der Kollegin Dr. Sommer für die Fraktion der Sozialdemokraten das Wort erteilen.

Dr. Daniela Sommer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns müsste dank Frau Ministerin Hinz Redezeit zugewachsen sein. Vielleicht könnte der Herr Präsident kurz sagen, ob dem so ist.

(Zuruf)

 Nein, Sie glauben, nicht? Okay. Dann wollen wir einmal durchstarten.

Der Haushalt im Bereich Wissenschaft und Kunst versucht, nachzusteuern. Es gibt ein bisschen mehr Geld, viel Pflicht, ein paar Prestigeobjekte, aber wenig Kür. Es wird unter anderem in die Qualität der Lehre investiert. Die Betreuungsrelationen sollen verbessert werden, da ist Hessen im Moment noch Schlusslicht. Das ist eigentlich ein Armutszeugnis für die Landesregierung. Sie hat es bislang nicht geschafft, den Mittelbau angemessen auszustatten und die Betreuung zu garantieren. Ob nun die zur Verfügung gestellten Gelder tatsächlich etwas bewirken, werden wir in der Folge sehen und beobachten, und das wird auch das Uni-Barometer zeigen.

Wichtig aber ist, dass die Landesregierung gute Rahmenbedingungen für gute Bildung herstellt. Dem kommt Sie nur in Grenzen nach. Das sieht man auch an den Studentenwohnheimplätzen: Hier gibt es Kapazitätsengpässe. Das sieht man auch an den durchschnittlichen Wartezeiten, die bei bis zu sechs, neun, in Wiesbaden und Frankfurt teilweise auch bei 13 bzw. 14 Monaten liegen.

Ein weiterer Punkt ist der Digitalpakt. Auch hier gibt es Mittel, aber Sie konnten uns noch nicht sagen, ob die ausreichend sind für das, was alles ansteht. Trotzdem möchten wir an dieser Stelle den Universitäten ein Dankeschön sagen für ihr tolles Engagement: Chapeau, dass Sie in kurzer Zeit so flexibel Lehre und Lernen angepasst haben.

(Beifall SPD)

Auch im Kulturbereich wissen wir nicht, ob das ausreichend ist. Wichtig wären Dauerförderprojekte, damit man Objekte sichtbar machen kann. Gerade Lizenzgebühren müssten da finanziert werden. Hierzu gibt es einen Vorschlag vom Hessischen Museumsverband: 60.000 € für eine pragmatische und praktikable Lösung für alle Museen in Hessen.

Auch bei den Musikschulen machen Sie sich einen schlanken Fuß. Da sind wir Schlusslicht. Dazu muss ich nicht so viel sagen, weil wir morgen das Musikschulgesetz beraten. Aber wir wünschen uns mehr Teilhabe und bessere Chancengleichheit sowie bessere Arbeitsbedingungen.

(Beifall Torsten Warnecke (SPD))

Gerade auch weil der Kunst- und Kulturbereich in der Pandemie so stark betroffen ist, braucht er jetzt jede mögliche Hilfe – egal, ob Künstlerin, Künstler, Museumsmacher. Wir brauchen keine warmen Worte, wir brauchen echte Hilfen; denn von Brot und warmen Worten allein kann man nicht leben, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Frau Dr. Sommer, entschuldigen Sie bitte. Da hier gerade sehr viele Verhandlungen wegen der Redezeit geführt wurden, konnte ich gar nicht auf Ihre Frage an mich reagieren. Ich bitte sehr um Verzeihung. Es ist jetzt so: Die Landesregierung hat rund zwölf Minuten überzogen. Ich gehe davon aus, weil es ein wichtiger Einzelplan ist, dass auch Frau Dorn ein paar Minuten reden wird. Ich gehe insoweit davon aus, dass wir über 20 Minuten kommen.

Die Regelung wäre dann, dass diese Minuten anteilig auf die Oppositionsfraktionen verteilt werden und dass es mindestens fünf Minuten zusätzlich gibt. Das heißt: Sie haben jetzt eigentlich noch 40 Sekunden. Das müssten Sie jetzt mit Günter Rudolph verhandeln.

(Günter Rudolph (SPD): Genehmigt!)

Sie könnten jetzt auch noch 5:40 Minuten reden,

(Günter Rudolph (SPD): Ja, so machen wir es!)

wenn Sie Lust haben.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr gut!)

Bitte schön.

Dr. Daniela Sommer (SPD):

Herr Rhein, deswegen habe ich die Frage am Anfang gestellt. Jetzt habe ich versucht, gleichsam durch das Thema durchzureiten, und bin schon fast am Ende. Aber dann sind wir heute Abend ein bisschen früher fertig; das macht auch nichts.

Meine Damen und Herren, man lebt eben nicht von Brot und warmen Worten allein. Da müssen wir nachsteuern, um alle Künstlerinnen, Künstler, Museumsmacher, Bühnentechniker, Kinobetreiber, um nur ein paar zu nennen, besser zu unterstützen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Kunst und Kultur haben Tradition in Hessen. Das wollen wir natürlich bewahren. Wir sind stolz auf unsere Kunstund Kulturschätze. Die Vielfalt und das Angebot müssen erhalten und ergänzt werden. Aber dafür braucht es mehr −
mehr als beispielsweise 200.000 € für Green Film und
Nachwuchsförderung sowie mehr als die längst überfällige
Gagenerhöhung für die Beschäftigten der Staatstheater.
Das ist allenfalls ein Anfang, aber ein Hoffnungsschimmer.

Als SPD haben wir den Anspruch, dass jede und jeder die Möglichkeit haben soll, sich zu bilden, musische Talente zu entdecken, Kunst und Kultur zu erleben, eben teilhaben und lernen zu können. Deswegen brauchen Kunst und Kultur, aber auch die Hochschulen eine Finanzierung, die es ermöglicht, dass man alle mitnimmt und keinen zurücklassen muss.

Wie zu Beginn gesagt: Alle verschiedenen Produktbereiche erhalten ein wenig mehr. Meine Damen und Herren, wenn wir als Opposition ein wenig mehr fordern, heißt es immer gleich, wir seien maßlos. Wir wägen aber sorgfältig ab und

werden unsere Haushaltsanträge vorlegen, die dort ansetzen, wo wir meinen, dass die Landesregierung zu kraftlos und zu kurzsichtig agiert. Das ist beispielsweise bei den Medizinstudienplätzen, auch bei den Lehramtsstudienplätzen und nicht zuletzt bei den Musikschulen der Fall; da können Sie sich morgen ein bisschen mehr austoben. Uns geht es insgesamt um gute Beschäftigung, um Perspektiven für den Nachwuchs, für den Erhalt von Kunst und Kultur, damit wir in Hessen nicht – wie es bei den Betreuungsrelationen oder der Exzellenzinitiative der Fall war – Schlusslicht sind

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Genau!)

und uns weder im Bund noch auf internationaler Ebene verstecken müssen. Insgesamt wollen wir die Potenziale der Menschen, die hier in Hessen sind, heben, damit wir sie fördern und teilhaben lassen.

Deswegen bin ich Frau Ministerin Hinz dankbar, dass uns jetzt Redezeit zugewachsen ist; denn Wissenschaft und Kunst ist ein ganz wichtiger Bereich. Hier sind viele kreative Köpfe, viele Ideen, viele Innovationen. Das bereichert unser Leben in so vielen Hinsichten.

Ganz zum Schluss möchte ich Ihnen sagen: Sie werden sich jetzt gleich für Ihre Rekorde loben.

(Günter Rudolph (SPD): Ehrlich?)

Ja.

(Heiterkeit Günter Rudolph (SPD))

Aber ich muss Ihnen auch sagen: Wenn man jahrelang nicht so tief in die Tasche gegriffen hat, sind Rekorde ganz schön einfach.

(Heiterkeit und Beifall SPD und Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, das ist im Sport anders. Rekorde erreicht man im Sport immer nur mit hartem Training. Aber wir erkennen an: Sie haben begonnen zu trainieren, und das ist gut so. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Dr. Sommer. – Nächster Redner ist der Abg. Andreas Hofmeister für die Fraktion der Christdemokraten. Lieber Herr Hofmeister, ich will Sie zwar, was die Redezeit betrifft, nicht verführen, aber Sie hätten rein theoretisch noch 13:05 Minuten. Bitte schön.

(Zuruf CDU: Gutes Timing!)

Andreas Hofmeister (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann bedanke ich mich erst einmal bei meinen Fraktionsmitgliedern, dass sie mir so viel Redezeit haben verbleiben lassen. Ich will mich bemühen, uns am Ende des Abends ein paar Minuten zu schenken.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses zu Ende gehende Jahr 2020 führt uns allen eindrücklich vor Augen, welch hohe gesellschaftliche Relevanz Wissenschaft, Forschung, aber auch Kunst und Kultur für uns alle haben. Die Corona-Pandemie fordert alle ge-

sellschaftlichen Bereiche enorm, und die kritische Lage begleitet uns absehbar noch weiter.

Aber – das muss man an so einem Punkt auch feststellen dürfen – dank der Leistungen von Wissenschaft und Forschung sind mittlerweile mehrere Impfstoffe verfügbar oder so gut wie einsatzbereit. Damit bieten sie die Grundlage, aus der Pandemiezeit herauszufinden. Das ist auch ein Beispiel dafür, wie wichtig gute Wissenschaft und Forschung sind. Da können wir uns in Hessen sehr sehen lassen. Da sind wir bei Weitem über das Trainingsstadium schon hinaus, Frau Dr. Sommer.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir merken auch alle, was im täglichen Leben in diesem Jahr 2020 an Kunst und Kultur fehlt: Konzertabende, Festivals, Theaterbesuche, Museumsführungen usw. All das sind keine Luxusbeschäftigungen, sondern wichtige Teile des gesellschaftlichen, sozialen Lebens. Wir alle wünschen uns, dass dies bald wieder stattfinden kann und damit unser aller Leben wieder bereichert.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe diese Einleitung für die Debatte des Einzelplans 15 des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gewählt, weil im vorliegenden Werk für 2021 erneut sehr deutlich wird, dass Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur für die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine hohe Bedeutung einnehmen.

Das Ausgabevolumen wird 2021 um rund 290 Millionen € auf rund 3,36 Milliarden € erhöht. Eine der herausragenden Positionen ist der ab 2021 in Kraft tretende neue hessische Hochschulpakt. Die Steigerung gegenüber dem bisherigen Pakt beträgt allein für 2021 gegenüber 2020 über 72 Millionen €. Das ist auch keine Kleinigkeit, sondern ein deutliches Zeichen, das wir für diesen Bereich setzen.

Insgesamt – auch das muss man in Relationen betrachten – ist der Hochschulpakt 2021 bis 2025 mit 11,2 Milliarden € dotiert. Das ist der finanziell größte und für die Hochschulen verlässlichste Hochschulpakt, den es jemals in diesem Land gab.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit erhalten die Hochschulen noch mehr Planungssicherheit. Sie werden nachhaltig dabei unterstützt, noch besser in der Lehre zu werden, ihr Profil zu schärfen sowie die so wichtigen Innovationsleistungen für die gesamte Gesellschaft weiter auszubauen.

Dazu gehört natürlich auch, dass wir selbstverständlich im Zukunftsvertrag Studium und Lehre nennenswert kofinanzieren, sprich: die Bundesmittel an dieser Stelle. Wir gehen mit der Schaffung der im Koalitionsvertrag zugesagten zusätzlichen W-Stellen konsequent den Weg, um die Betreuungsrelation an unseren Hochschulen zu verbessern.

Ich habe das schon in der letzten Haushaltsdebatte gesagt: Hessen ist ein beliebtes Land bei Studentinnen und Studenten. Warum ist das denn so? Weil die Hochschulen so schlecht sind? Nein, weil sie eine hervorragende Leistung bringen. Wir wissen, dass wir mit Blick auf die Betreuungsrelationen noch einiges zu tun haben. Aber der Zuwachs der Studierendenzahlen in den vergangenen Jahren zeigt doch, dass wir hervorragende Universitäten und

Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben. Da wollen junge Menschen ihre akademische Karriere einschlagen. Dabei werden wir sie vonseiten des Haushaltsgesetzgebers weiter unterstützen.

Dass die Hochschulen so gut dastehen, ist natürlich auch den Verantwortlichen der Hochschulen zu verdanken: von den Präsidien über die Senate, über die Lehrenden bis hin zu den Forschenden. Es ist eine tolle Leistung, die wir im Wissenschaftsland Hessen erleben dürfen, und dafür kann man an dieser Stelle auch einmal ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Daniela Sommer (SPD))

Unser Bundesland ist ein starker Wissenschafts- und Forschungsstandort. Damit das auch in Zukunft so bleibt, geben wir mit der dritten Fortschreibung des Bauprogramms HEUREKA bis zum Jahr 2031 unseren 14 hessischen Hochschulen Planungssicherheit für Sanierungsmaßnahmen und für Neubauten. Meine Damen und Herren, bundesweit kann man nach einem solchen Programm suchen, das seit vielen Jahren mittlerweile dafür sorgt, dass die Infrastruktur der hessischen Hochschulen deutlich verbessert wird und stetig mit Planungssicherheit abgearbeitet werden kann. Mit diesem Programm gewährleisten wir moderne Lehr- und Forschungsgebäude. Die Entwicklung und Profilbildung der Hochschulen werden damit unterstützt. Da steht das Land Hessen weiterhin an der Seite unserer Hochschulen, um im Wettbewerb der Länder um die klügsten Köpfe vorne mitzuspielen.

Ich darf auch noch einmal auf die Frage der Forschungsförderung hinweisen. LOEWE ist mittlerweile zwölf Jahre alt. Die Landes-Offensive zur Entwicklung Wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz läuft seit 2008 und hat mittlerweile über 900 Millionen € in Projekte dort verausgabt. Diesen Weg werden wir auch fortsetzen, sodass wir 2025 auf 100 Millionen € Jahresbudget kommen werden. Es gibt dort mittlerweile zahlreiche Beispiele, von denen man sagen kann: Seht her, LOEWE wirkt. LOEWE hat Forschung und Transfer wesentlich befeuert. Aktuelles Beispiel dafür ist sicherlich das Entstehen des Max-Planck-Zukunftszentrums Mikrokosmos Erde, das aus einem LOEWE-Zentrum hervorgeht und nun in den Bereich der mikrobiologischen Spitzenforschung gezielt wirken wird. Das ist ein weiteres gutes Beispiel für die Frage, wie unsere Politik hier wirkt.

Meine Damen und Herren, hervorzuheben sind auch der Digitalpakt Hochschulen sowie das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz mit 20 eigenen KI-Professuren. Damit bauen wir die Grundlagen und die Infrastruktur für unsere Hochschulen in der digitalen Welt weiter aus. Ich sage: Das ist ausdrücklich ein Ausbau; denn allein mit dem Blick auf Südhessen – exemplarisch nenne ich das Fraunhofer-Institut ATHENE, ein 2019 gegründetes Institut für anwendungsorientierte Cybersicherheitsforschung Wirtschaft, Gesellschaft und Staat unter Mitwirkung von TU Darmstadt und Hochschule Darmstadt - zeigt sich, dass unsere Hochschulen dank der entsprechenden Unterstützung in hoch innovativen Forschungsfeldern bereits sehr gut aufgestellt sind. Dafür werden wir auch weiter einstehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir uns insgesamt die Frage der Forschungsstandorte anschauen, sehen wir: Wir haben aktuell acht MaxPlanck-Institute, neun Fraunhofer-Institut, fünf Institute der Leibniz-Gemeinschaft. Das sind Zeichen, dass Hessen in der Mitte Deutschlands und in der Mitte Europas einen sehr guten Ruf hat, für den wir weiterhin sorgen werden.

Wir stehen als Koalition von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne Wenn und Aber dazu, trotz der finanziellen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, dass wir unsere Hochschulen weiter unterstützen werden, um Studium und Lehre zu stärken, Wissenschaft und Forschung als Innovationsmotor in unserem Bundesland stetig zu fördern, um weiterhin unseren Platz an der Spitze der Bundesländer zu behalten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Kunst und Kultur – im Haupt- oder Ehrenamt – standen und stehen in diesem Jahr unter besonderem Druck. Durch das Kulturpaket ist es gelungen, Strukturen etwa im Bereich des Festivals zu erhalten sowie Künstlerinnen und Künstler mit Stipendien zu unterstützen. Gleichzeitig sehnen wir uns wohl alle danach, dass der Kulturbetrieb in unserem Land baldmöglichst wieder durchstarten kann.

Deshalb wird auch im Haushalt 2021 nicht etwa im Bereich von Kunst und Kultur gekürzt, sondern weiter unterstützt, etwa beim historischen Erbe, bei den Staatstheatern, bei der Film- oder Musikförderung. Wir machen uns auch bei den Musikschulen keinen schlanken Fuß, Frau Dr. Sommer. Die Mittel für kulturelle Bildung und Vermittlung in Museen werden weiter erhöht, und durch unser Kulturbauprogramm HERKULES sorgen wir für den Erhalt unserer baulichen Schätze. Dieser Koalition kommt ihrer Verantwortung im Bereich von Kunst und Kultur nach. Dafür stehen wir ein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an der Stelle auch etwas zur Frage der Staatstheater sagen, zum einen natürlich zur Frage der dort notwendigen Sanierungsmaßnahmen, die sich in den Haushalten abbilden, zum anderen auch zur Frage der dort Beschäftigten, der künstlerisch Beschäftigten. Bei den Mindestgagen haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, wie wir diejenigen, die an unseren Kultureinrichtungen tätig sind, nachhaltig unterstützen wollen.

Ich will zum guten Schluss darauf hinweisen: Die Mittel für die Zentrale Stelle für Provenienzforschung, die nach NS-Raubgut in den Landesmuseen sucht und nicht staatliche Museen berät, werden weiter erhöht. Diese Beratungsstelle ist bundesweit vorbildlich. Hier sind wir auf einem guten Weg, um der besonderen Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, an einer exzellenten Kulturinstitution, an der europaweit einzigartigen Kronberg Academy, komme ich an dieser Stelle nicht vorbei. An diesem Institut können junge Menschen, hochbegabte Musikerinnen und Musiker eine hoch qualifizierte Ausbildung mit Bachelor- und Masterabschluss in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst machen. Am Ende gehören sie zu den absoluten Spitzenmusikern. Das ist ein deutliches Zeichen, dass wir mitten im Rhein-Main-Gebiet mit dem Casals Forum etwas bekommen werden, um das uns andere Länder – ich sage an der Stelle: andere Nationen – beneiden werden.

(Zustimmung Ministerin Angela Dorn)

Dort wird schon eine hervorragende Arbeit geleistet. Dort stärken wir auch weiter.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will mit einem herzlichen Dank an das Budgetbüro und natürlich auch an die Spitze des HMWK mit Ministerin Dorn, mit Staatssekretärin Asar und der dortigen Haushaltsabteilung für die guten Beratungen und die sachliche kursorische Lesung, die wir hier in diesem Saal hatten, enden. Sie hat gezeigt, dass dieser Einzelplan sehr gut aufgestellt ist. Ich glaube, dass wir mit dem Einzelplan 15 in Verbindung mit dem Einzelplan 18, den Bauprogrammen dort, einen absoluten Zukunftshaushalt vorlegen. Wir sichern damit die Grundlage für Innovation und Fortschritt durch eine attraktive Hochschul- und Forschungslandschaft und erhalten unser kulturelles Erbe aus Verpflichtung gegenüber den zukünftigen Generationen.

Diesen Weg gehen wir als Koalition aus CDU und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN aus voller Überzeugung, um Hessen als starkes Wissenschafts- und Kulturland in der Mitte Deutschlands und Europas zu halten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Danke, Herr Kollege Hofmeister. – Nächster Redner ist der Abg. Dr. Grobe für die Fraktion der AfD. Herr Dr. Grobe, theoretisch hätten Sie jetzt noch 11:42 Minuten. Wir schauen einmal, wie später noch die Anrechnungen sind, aber 11:42 Minuten haben Sie auf alle Fälle. Bitte.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Als im Jahre 1834 Georg Büchner seinen "Hessischen Landboten" veröffentlichte, sprach er davon, dass der Staat den "Blutzehnten ... vom Leib des Volkes genommen" habe. Was würde Büchner sagen, wenn er wüsste, dass es heute sogar der "Blutzweite" ist? Ein "Blutzweiter", der höchstwahrscheinlich nicht mehr ausreichen wird, sprechen doch einige Altpolitiker bereits von einem "Corona-Soli", den man einzuführen gedenkt.

(Beifall AfD – Zuruf Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Georg Büchner würde möglicherweise nicht mehr zum "Friede den Hütten, Krieg den Palästen" aufrufen, sondern zum "Friede den Bürgern, Krieg den Gutmenschen". Natürlich würde dies heute als Hass und Hetze eingestuft, und der Goddelauer Schriftsteller müsste erneut fliehen oder sich vor der Beobachtung des Merkel-treuen Verfassungsschutzes fürchten.

(Beifall AfD)

Viel scheint sich nämlich zu damals nicht geändert zu haben. Mit Ausnahme, dass man für das Aussprechen der Wahrheit wenigstens nicht mehr, wie zu Büchners Zeiten, gehenkt wird. Doch in Zeiten der universellen Täuschung wird – ganz nach George Orwell – das Aussprechen der Wahrheit zur revolutionären Tat. Das gilt leider auch bezüglich nicht weniger Inhalte des Einzelplans 15, auf den ich nun eingehen werde. Denn anders als die Wissenschaftsministerin, die ihren Etat von Jahr zu Jahr immer wieder erhöht – auch im Corona-Krisenjahr –, setzen wir nun zum Wohle der hessischen Steuerzahler und der Wissenschaft erneut den Rotstift an.

(Beifall AfD)

Als einzige Fraktion fordern wir nämlich die Einsparung von über 13,7 Millionen €. Darüber hinaus sollen weitere 23,2 Millionen € innerhalb dieses Einzelplanes umgeschichtet werden; denn es geht uns um die Zukunft unseres Bundeslandes und nicht um eine ideologische Beeinflussung von Wissenschaft und Kunst.

(Beifall AfD)

Wissenschaft und Kunst müssen frei bleiben.

Meine Damen und Herren, beginnen wir mit den Landesmitteln in Höhe von über 4,5 Millionen € für die vier Studienkollegs, welche vollständig zu streichen sind; denn die Kosten für die Sprach- oder Fachkurse, die zur Aufnahme eines Studiums an einer hessischen Universität benötigt werden, sollten von den Bewerbern mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung selbst getragen werden.

(Beifall AfD)

Ansonsten würde dies eine deutliche Benachteiligung deutscher Bewerber darstellen. Und das wollen doch auch Sie, die überall Ungleichbehandlungen erkennen, auch nicht, oder? Zudem sollte jeder, der in Deutschland studieren möchte, auch der deutschen Sprache im Vorhinein mächtig sein. Und das auch, obwohl Ministerin Dorn der englischen Sprache gegenüber der eigenen – man nennt sie noch Deutsch – den Vorteil geben möchte, wie sie jüngst in einer Ausschusssitzung zum Besten gab. Aus diesem Grund fordern wir auch die völlige Streichung des Hessensfonds für Flüchtlinge in Höhe von 1,3 Millionen €.

(Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Widerlich! – Weitere Zurufe)

Denn auch dieser gesonderte Fonds benachteiligt hessische Studenten und stellt eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes dar.

(Beifall AfD)

Flüchtlinge, die in Hessen studieren wollen, müssen genau wie alle anderen Studienanwärter eigeninitiativ dafür Sorge tragen, dass sie die nötigen Fähigkeiten erwerben. Nicht zu vergessen, dass der Status Flüchtling derzeit noch eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland beinhaltet. Ich weiß natürlich, dass die GRÜNinnen laut ihrem Grundsatzprogramm im nächsten Bundestag die deutsche Staatsbürgerschaft auch für Flüchtlinge,

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen gibt es ja nur Männer!)

eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft als Staatsziel im Grundgesetz und das Wahlrecht für alle Ausländer umsetzen möchten. Doch solange dieser katastrophale Umbau Deutschlands noch nicht vollzogen ist, gilt glücklicherweise noch das alte deutsche Recht, an das sich alle – auch Sie – zu halten haben.

(Beifall AfD)

Was wir aber schleunigst brauchen, ist eine Eliten- und Exzellenzförderung, die ihren Namen verdient; denn, wie wir aus einer Kleinen Anfrage erfuhren, sind alle fünf hessischen Universitäten im internationalen Hochschulvergleich meilenweit von den Spitzenplätzen abgeschlagen. Hier zeigt sich, dass Herr Kollege Hofmeister mit seiner Rede völlig danebenlag; denn die Justus-Liebig-Universität Gießen rangiert im QS-Ranking etwa in der Gruppe 351 bis

400 und damit in derselben wie die Khalifa University der Vereinigten Arabischen Emirate.

(Zuruf: Und?)

Wobei ich diese Platzierung sogar fast noch verstehen könnte. War es doch erst jüngst ein Biologe ebendieser Universität, der im Kontext mit Stockenten von "Erpeln und Erpelinnen" sprach.

(Heiterkeit AfD)

Hier hat wieder einmal die politische Korrektheit des "Gender-Gagas" die Intelligenz überholt.

(Beifall AfD)

Die Universität Kassel wurde übrigens im Ranking überhaupt nicht erwähnt. Dass keine der hessischen Universitäten unter den ersten 250 Hochschulen liegt, bezeichnet die Landesregierung dennoch als Beleg für die internationale Sichtbarkeit. Frau Ministerin Dorn, das ist keine Sichtbarkeit, das ist ein Armutszeugnis für Ihre Politik.

(Beifall AfD)

Doch was machen Sie? Anstatt die fehlenden Bundesmittel für Exzellenz-Hochschulen zu kompensieren, kürzen Sie diesen Etat. Hieran erkennt man Ihr Desinteresse an qualitativ hochwertiger Forschung und Lehre. Vielmehr setzen Sie weiter auf die Sozialpädagogisierung der Hochschulen. Wir dagegen wollen dem Fachkräftemangel im MINT-Bereich entgegenwirken und den hessischen Hochschulen international zu mehr Reputation verhelfen.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): International sind die Ausländer!)

Daher fordern wir, die gesamten Landesmittel des Hessenfonds für Flüchtlinge zur Exzellenzförderung umzuschichten

(Beifall AfD)

Das hilft nicht nur den sogenannten Fachkräften, sondern allen. Weiter fordern wir die Neuschaffung des Teilbudgets "MINT-Fächer" im Erfolgsbudget und statten dieses mit über 21,7 Millionen € aus. Die Mittelvergabe soll zu 80 % aus den beiden Teilbudgets "Gender" und "Internationalisierung" durch Umschichtung erfolgen. Zudem sind diese zwei Teilbudgets komplett zu streichen; denn auch hier stellt eine finanzielle Förderung von Frauen sowie ausländischen Absolventen an hessischen Universitäten und Hochschulen eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes dar.

(Beifall AfD – Marius Weiß (SPD): Sagt die reine Männerfraktion!)

Zumal eine Förderung der Berufung von Frauen Anreize schafft, dass Hochschullehrer ausschließlich aufgrund des Geschlechts und nicht aufgrund der fachlichen Qualifikation beschäftigt werden.

(Marius Weiß (SPD): Die reine Männerfraktion hat etwas gegen Frauen und Ausländer!)

Dies entwürdigt zudem die wissenschaftliche Leistung von Frauen in Forschung und Lehre. Oder halten Sie es, Frau Ministerin Dorn, mit Ihrer GRÜNEN-Kollegin Katharina Schulze, die gesagt hat – ich zitiere –:

Bin stolze Quotenfrau ... Ist doch toll Quotenfrau zu sein, es damit aus eigener Leistung zu schaffen und die Gesellschaft ... mitzugestalten.

Was genau ist denn dabei die eigene Leistung?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wo sind denn die Frauen Ihrer Fraktion? – Marius Weiß (SPD): Wie viel Sie von der Leistung von Frauen halten, sieht man an Ihrer Fraktion!)

Was Wissenschaftsministerin Dorn wohl darunter versteht, Gesellschaft mitzugestalten, konnten wir erst jüngst feststellen; denn sie will mit insgesamt 50.000 € über zwei Vereine Einfluss auf die freie Enzyklopädie Wikipedia nehmen. Damit soll ein angebliches "Gender Knowledge Gap" beseitigt und Wikipedia weiblicher werden, da das dortige Wissen angeblich sehr männlich dominiert sei. Und ja, es stimmt, es ist überwiegend männlich, und − noch schlimmer − es ist sogar weiß.

(Beifall AfD)

Wir sagen Ihnen eines: Das Land Hessen hat Wikipedia nicht mit Steuergeld zu finanzieren, und vor allem nicht politisch-ideologisch.

(Turgut Yüksel (SPD): Sie sind ein Rassist!)

Was Sie nicht verstehen, ist, dass Wissen entweder sachlich richtig oder falsch ist. Es hat kein soziales oder sonstiges Geschlecht und ist auch nicht von einem Geschlecht dominiert. Ich frage Sie, Frau Ministerin: Was hindert Frauen denn daran, ihr Wissen bei einer freien und für jeden zugänglichen Plattform wie Wikipedia einzubringen? Ihnen, Frau Dorn, und Ihrer Verbotspartei geht es nicht mehr um Erkenntnisgewinn, sondern darum, ob dieser mit der richtigen Haltung und vom richtigen Geschlecht verfasst wurde. Das ist der Einstieg in die selbst verschuldete Unmündigkeit.

(Beifall AfD)

Daher sind diese Mittel ebenso wie die 115.000 € für den Hessischen Hochschulpreis für Exzellenz in der Lehre zu streichen; denn auch hier führt wieder grün-linke Ideologie Regie, wie man an der Auszeichnung "Bildung für nachhaltige Entwicklung" leicht erkennen kann. Über Ihre Klientelpolitik wollen Sie letztendlich den Kulturmarxismus umsetzen.

(Jan Schalauske (DIE LINKE): Oh, Mann!)

Dies sieht man insbesondere bei der Förderung im Bereich Kunst. Wir fordern Sie daher dazu auf, Ihren geistigen Kompass wieder einzunorden und sich nur für das Gemeinwohl einzusetzen.

(Beifall AfD)

Denn die Hessen brauchen keine einseitige politisch-ideologische Einflussnahme – sie können noch selbst denken und handeln.

(Mirjam Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt der Richtige! – Jan Schalauske (DIE LIN-KE): Bei Ihnen habe ich da erhebliche Zweifel!)

Streichen Sie daher die gesamten Mittel für die Soziokultur, das Frankfurt LAB e. V., laPROF, das Literaturforum "Mousonturm", die freie Theaterszene, den Verband Hessischer Amateurtheater, die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste, die Koordinierungsstelle Kulturelle Bil-

dung, die LAKS e. V. und den Fonds "sicherer Hafen". Damit sparen wir auf einem Schlag fast 3,8 Millionen € ein.

(Beifall AfD)

Gleichzeitig beantragen wir, das "Archiv Frau und Musik" in das Deutsche Musikgeschichtliche Archiv zu überführen, damit dort künftig Synergieeffekte erzielt werden können. Zur Eingliederung sehen wir eine einmalige Erhöhung von 60.000 € vor. Da die Kulturrevolution – angeheizt durch die "Black Lives Matter"-Bewegung und die Cancel Culture – auch in Deutschland in vollem Gang ist und viele Gedenkstätten zerstört wurden und werden,

(Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Rechten!)

fordern wir zudem eine Erhöhung der Landesmittel für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge von 65.000 €; denn die Opfer der beiden Weltkriege dürfen wir als Mahnung für die Zukunft nicht vergessen.

(Beifall AfD)

Gleichzeitig muss die Stellung der Gesellschaft für deutsche Sprache deutlich aufgewertet werden; denn anders als etwa Regierung, politische Linke und ZDF sieht diese Wiesbadener Institution im Genderstern den Geßlerhut der Genderideologie. Die Gesellschaft für deutscher Sprache kommt zum Ergebnis, dass das Gendersternchen sich nicht eignet, um genderneutrale Personenbezeichnungen zu bilden. Dieses sei mit den amtlichen Regeln der deutschen Sprache nicht vereinbar. Würden wir im realen Leben so sprechen wie so manche dieser Genderideologen, würden etliche unserer deutschen großen Dichter und Denker im Grabe rotieren.

(Beifall AfD)

Oder, um es mit den Worten der Vorzeige-Linken Nele Pollatschek zu sagen: Gendern ist sexistisch.

(Beifall AfD)

Lassen Sie mich mit Georg Büchner schließen:

(Zurufe – Unruhe – Glockenzeichen)

Präsident Boris Rhein:

Das Wort hat der Kollege Dr. Grobe.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Lassen Sie mich mit Georg Büchner schließen:

Die Kunstsprache ist abscheulich, ich meine, für menschliche Dinge müsste man auch menschliche Ausdrücke finden.

Denken Sie einmal darüber nach. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall AfD – Janine Wissler (DIE LINKE): Es wird immer schlimmer mit denen!)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Dr. Grobe. – Nächste Rednerin ist die Abg. Eisenhardt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Eisenhardt, Sie haben noch 9:23 Minuten.

Nina Eisenhardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Grobe, wie wir heute der "hessenschau" entnehmen konnten, ist Ihr Ranking zum Glück seit der letzten Landtagswahl um 5 Prozentpunkte heruntergegangen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Dr. Daniela Sommer (SPD) – Zuruf AfD: Warten wir ab!)

Liebe Demokratinnen und Demokraten im Haus, ohne Kultur bleibt es still. Ohne Wissenschaft fehlen uns wichtige Antworten. Die Pandemie führt uns vor Augen, was wir an Kultur und Wissenschaft haben und wie wichtig starke, vielfältige und unabhängige Kultur, Bildung und Forschung für unsere Gesellschaft sind.

Eine gemeinsame Herausforderung in nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen, die Corona verdeutlicht hat, ist die Digitalisierung. Die von uns geplanten Initiativen – Digitalpakt Hochschulen und die Digitalstrategie für den Mandanten historisches Erbe – kamen daher genau zur richtigen Zeit. Beide Strategien haben drei Dinge gemeinsam. Sie setzen auf Kooperation und Synergien. Sie etablieren Governance-Strukturen für die Steuerung von Digitalisierung, und sie sind langfristige Strategien, die sowohl strukturelle Defizite in den Blick nehmen als auch Innovationen fördern. Damit sind unsere Einrichtungen gerüstet für die Zukunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Kulturschaffenden sind von den Einschränkungen durch die Pandemie hart getroffen. Mit unserem ersten Kulturpaket über 50 Millionen € haben wir sofort und punktgenau geholfen. Die erneuten Schließungen sind ein großer Rückschlag. Jetzt gilt es, an die Hilfen des Bundes angepasst unsere Instrumente weiterzuentwickeln und die vielfältige Kultur in Hessen zu erhalten. Ich bin überzeugt, dass wir aus der Krise auch für die Kultur und für die Kulturförderung lernen können. Unsere Kulturpolitik will die hessische Kulturlandschaft in ihrer Breite fördern und die soziale Situation von Künstlern nachhaltig verbessern. Mit diesem Haushalt fördern wir somit auch die Resilienz der Kulturlandschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir stärken die Kultur in Hessen in ihrer Breite, indem wir die Förderung für soziokulturelle Zentren weiter erhöhen. Ebenso stärken wir die regionale Kulturförderung im ländlichen Raum und investieren mehr in kulturelle Bildung. Der Stärkung der soziokulturellen Zentren widmen wir uns seit Jahren. Seitdem wir an der Regierung beteiligt sind, haben wir die Mittel verdreifacht. Kulturelle Zentren bieten überall in Hessen, gerade auch im ländlichen Raum, ein Kulturprogramm über alle Genres hinweg und ermöglichen vielen Menschen die Teilhabe am kulturellen Leben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir wollen die soziale Situation von Künstlern verbessern. Wir haben bei unseren eigenen Häusern angefangen. Wir haben an den drei Staatstheatern, am Landestheater Marburg und am Stadttheater Gießen eine hessische Mindestgage eingeführt. Dieser Schritt ist auf eine große Zustimmung gestoßen. Wir setzen diesen Weg fort und passen nun für eine Entlohnungsgerechtigkeit das Gagengefüge in

gemeinsamer Verantwortung mit den kommunalen Partnern in den Sitzstädten an.

Um die Situation von Künstlerinnen und Künstlern und des Kulturbetriebs insgesamt zu verbessern und ihre Sichtbarkeit zu erhöhen, stellen wir gesonderte Fördermittel für Frauen in Kunst und Kultur zur Verfügung.

(Beifall Mirjam Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und CDU)

Ebenfalls prekär ist die Raumsituation für Künstler. Es fehlt an bezahlbaren Ateliers und Werkstätten in Stadt und Land. Im vergangenen Jahr haben wir deshalb das Atelierprogramm gestartet, dessen Volumen wir in diesem Jahr weiter erhöhen.

Beim Ausbau der hessischen Filmförderung setzen wir in zweierlei Hinsicht auf Nachhaltigkeit. Zum einen investieren wir verstärkt in die Nachwuchsförderung in der Filmbranche. Zum anderen fördern wir nachhaltige Produktionen unter dem Gütesiegel "Grüner Drehpass". Damit stärken wir Hessen als attraktiven Standort für die Zukunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Um die Vergangenheit geht es bei der Provenienzforschung zu NS-Raubgut und der Rückgabe von entwendetem Kulturgut aus der Kolonialgeschichte Deutschlands. Die Übernahme dieser historischen Verantwortung ist uns wichtig. Bereits im vergangenen Haushalt haben wir die Mittel erhöht und wollen dies im Jahr 2021 weiter tun. Es bleibt ein langer Prozess; denn die Aufarbeitung der Herkunft und Geschichte von Kulturgütern ist aufwendig.

Unserer historischen und gesellschaftlichen Verantwortung wollen wir auch mit einem neuen Programm nachkommen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wollen wir einen Fonds "sicherer Hafen" schaffen, der Künstler, Journalisten, Autoren, Menschenrechtsaktivisten und Wissenschaftler im Exil unterstützt. Wir wollen auf den erfolgreichen Hessenfonds für geflüchtete Studierende und Wissenschaftler aufbauen und in Hessen aktive Organisationen für Menschen im Exil unterstützen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die AfD will, und allein deshalb eine gute Initiative

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Pandemie trifft auch die Mitglieder der Hochschulen. Das Engagement, das alle aufbringen zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie, lässt sich nicht kompensieren. Um es konkret zu sagen: Die Lehrverpflichtung eines Lehrenden, der ein Laborpraktikum unter Hygieneauflagen acht- statt zweimal durchführen muss, ist dieselbe geblieben. Auch die Mitarbeitenden in der Verwaltung, die die organisatorischen und technischen Herausforderungen meistern, bringen einen großen Einsatz.

40 % der Studierenden haben von heute auf morgen ihren Job verloren. Besonders hart trifft es internationale Studierende. Die Hilfen der Bundesregierung kamen zu spät und fallen zu gering aus. Dabei zeigt sich ein größeres Problem: Für den Großteil der Studierenden gibt es kein soziales Netz; denn weniger als 25 % der Studierenden sind theoretisch BAföG-berechtigt. Nur noch 11 % der Studierenden beziehen BAföG. Es braucht dringend eine grundlegende Reform des BAföG.

Ohne eine Studienfinanzierung des Bundes, die auch die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Studierenden berücksichtigt, können unsere hessischen Programme für mehr Bildungsgerechtigkeit leider immer nur bedingt ihre Wirkung entfalten. Wir halten natürlich trotzdem an diesen Programmen fest. Mit diesem Haushalt startet der neue Hochschulpakt. Das bedeutet ein Plus von über 72 Millionen € im nächsten Jahr für unsere Hochschulen. Wir steigern das Budget jährlich um 4 %.

Mit dem Hochschulpakt werden prioritär zwei Ziele verfolgt, nämlich die Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse sowie die Steigerung der Betreuungsrelation und Qualität in der Lehre. Deshalb starten wir im Haushaltsjahr 2021 mit der Einrichtung der ersten 60 von 300 W-Professuren auf dem Weg zu einer besseren Betreuungsrelation.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Im Hochschulpakt und in den Hochschulhaushalten steckt mehr als Forschungsinfrastruktur und curricularer Lehrbetrieb. Im Studium bieten die Hochschulen einer immer diverser werdenden Studierendenschaft Chancen auf ein erfolgreiches Studium über Vorkurse, Orientierungsstudium, Beratung, Tutoren- und Mentorenprogramme, fachliche Unterstützung wie Schreibzentren, interdisziplinäre Angebote, duale Studiengänge, Frauenförderung, Teilzeitmöglichkeiten und vieles mehr. Diese Programme fördern wir mit dem Pakt gezielt, weil sie für Bildungsgerechtigkeit unerlässlich sind.

Ganz wesentlich zur Bildungsgerechtigkeit tragen auch die hessischen Studierendenwerke bei. Im vergangenen Jahr haben wir ihre Förderung zum vierten Mal seit grüner Regierungsbeteiligung um 1 Million € erhöht. Im Jahr 2021 sollen sie noch einmal einen Aufwuchs um 300.000 € für steigende Beratungs- und Betreuungsbedarfe erhalten.

Die Pandemie hat auch die Studierendenwerke hart getroffen durch Einnahmeausfälle bei Wohnheimen und Mensen. Deshalb unterstützen wir sie im Jahr 2021 mit 1,5 Millionen € aus dem Sondervermögen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Welchen Mehrwert Forschung und Wissenschaft für unsere Gesellschaft haben, zeigt nicht zuletzt auch die Bekämpfung der Pandemie. Ich freue mich, dass sich zwei der in der vergangenen Woche ausgelobten LOEWE-Schwerpunkte der Bekämpfung von Krankheiten widmen und Hessens Forschungsprofil im Bereich Life Science und Medizin weiter stärken. Mit dem Haushalt 2021 erhöhen wir die LOEWE-Mittel weiter. Unser Ziel ist es, bis Ende dieser Legislaturperiode die Mittel von 60 Millionen € auf 100 Millionen € jährlich zu steigern.

Auch die außeruniversitäre Forschung wird mit diesem Haushalt gestärkt. Die beiden großen investiven Schwerpunkte, neben den Baukostensteigerungen, passen zu den Herausforderungen unserer Zeit. Hierzu zählt die Erforschung neuer Arzneimittel im Fraunhofer-Institut für Translationale Medizin und Pharmakologie und im Max-Planck-Zentrum. Das ist Forschung für die Zukunft von Hessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich möchte meine Rede beenden mit einem Dank an alle Kulturschaffenden, die in dieser Zeit neue und oft unwegsame Wege für Kultur beschreiten, und an alle Mitglieder der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die den Laden am Laufen halten. Wir danken Ihnen. - Vielen Dank

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Eisenhardt. – Nächster Redner ist der Abg. Dr. Büger für die Fraktion der Freien Demokraten. Sie haben zunächst einmal 6:37 Minuten Redezeit.

Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Soeben wurde die Redezeit angesprochen. Ich finde, die Redezeit steht am Ende der Haushaltsdebatte durchaus symbolisch für die hessische Politik. Wir haben gut gewirtschaftet, und die Zeit dieser Landesregierung ist abgelaufen.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Mit dem Einzelplan 15 sprechen wir über zwei Haushalte. Dies ist zum einen der Haushalt Wissenschaft und zum anderen der Haushalt Kultur.

Den Haushalt Wissenschaft könnte man eigentlich so zusammenfassen, dass alles wie bisher ist, allerdings gibt es ein Plus von 4 %. Damit wird aber kein Problem gelöst. Es gibt eine Betreuungsquote, bei der wir uns einig sind, dass wir diese angehen müssen. Dabei belegen wir sicherlich einen Abstiegsplatz, aber keinen Platz in der Champions League, Herr Kollege Bellino. Diese Lücke ist viel größer als 4 %. Offensichtlich haben wir auch bei der Qualität der Lehre ein Problem. Wir haben aber auch überhaupt keine Konzepte. Ich habe schon mehrfach von diesem Pult aus eingefordert, das zu ändern. Stattdessen werden immer mehr Gelder gegeben, ohne dass ein Bezug zu Leistung und Qualität besteht, ohne dass Anreize geschaffen werden. Es soll sich sozusagen von selbst ändern.

Denken Sie einmal an die Digitalisierung. Die Planung ist noch vor Corona erstellt worden. Wir wissen, wie viele Änderungen Corona mit sich gebracht hat. Für die Jahre 2020 und 2021 sind nur ganz kleine Beträge vorgesehen gewesen. Diese sollten erst später ansteigen.

Per Pressemitteilung vom 17. November 2020 gibt das HMWK bekannt, dass den hessischen Hochschulen für die Stärkung digitaler Angebote, die sich an Erstsemester richten, rund 1,5 Millionen € aus Hochschulpaktmitteln zur Verfügung gestellt werden. Oh, denke ich, Hochschulpaktmittel. Das sind die Mittel, die die Hochschulen eh schon haben. Eine Meldung wert wäre es gewesen, wenn es diese Mittel zusätzlich gäbe.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, nun zur Exzellenzinitiative. Wir bedauern sehr, dass wir dabei ganz weit hinten sind. Konzepte, um das zu ändern, haben wir aber nicht gefunden. Im Haushalt habe ich ein Plus von 1,5 Millionen € gefunden, die wir nicht ausgeben müssen, weil die Exzellenzinitiative nicht erfolgreich war und die entsprechenden Mittel nicht veranschlagt worden sind. Soll das etwa heißen, sie profitieren auch noch vom Scheitern? Das ist doch wirklich traurig.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Kollege Hofmeister, Sie haben LOEWE erwähnt. LOEWE haben wir viele Jahre lang gemeinsam betrieben und vorangebracht. Zwölf Jahre erwähnen Sie – richtig. Ich finde LOEWE gut, gar keine Frage. Wir haben LOEWE aber schon seit zwölf Jahren. Meinen Sie, im dreizehnten Jahr würde sich plötzlich alles ändern? Das können Sie nicht allen Ernstes meinen.

Wir haben im Hochschulbereich echte strukturelle Probleme. Was machen wir dort? Wir machen ein bisschen weiße Salbe drauf, indem wir einfach 4 % zulegen. Es wird also alles einfach fortgesetzt, plus 4 %, ohne dass Probleme bei der Wurzel gepackt werden.

Frau Ministerin, hierzu kam mir ein Zitat von Albert Einstein in den Sinn. Dieser Wissenschaftler hat etwas gesagt, was auch für diesen Haushalt gelten könnte:

Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich möchte es mit meinen Worten sagen: Wenn Sie alten Wein in neue Schläuche füllen, bleibt der Wein sauer, auch wenn es 4 % mehr ist.

Meine Damen und Herren, was können wir machen, und was müssen wir tun? Hightech-Strategie des Landes: Ja, Sie haben ein Hessisches Zentrum für Künstliche Intelligenz. Das ist ein Anfang. Es ist doch gar nicht schlecht, dass wir so etwas haben. Wir brauchen aber doch viel mehr als KI. Was ist mit Quantentechnologie? Was ist mit 6G? Was ist mit Biotechnologie? Was ist mit Wasserstoff? Kollege Rock hat das während des Setzpunktes sehr deutlich gemacht. Wir brauchen endlich eine gemeinsame Hightech-Strategie.

Noch einmal zum Thema KI: Da wollen Sie Professorenstellen besetzen – schön. Sie wissen hoffentlich auch, dass von den 100 Professuren deutschlandweit, die in einem Bundesprogramm besetzt werden sollen, gerade einmal 28 besetzt werden konnten, weil die Personen gar nicht da sind. Die Experten des Bitkom verweisen darauf, dass eine zusätzliche Einrichtung von KI-Professuren aktuell gar nicht zu einem Nettogewinn führt, sondern nur zu einer Abwerbespirale unter den Einrichtungen. Das bringt uns also auch nichts.

Was würde uns etwas bringen? Zum Beispiel Promotionsstipendien gezielt im Bereich der KI, die den Nachwuchs schaffen und Hessen attraktiv machen.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns den zweiten Bereich an, kommen wir also zur Kultur. Dazu könnte man sagen: Die GRÜNEN fördern hier ihr Weltbild. Das tun sie an ganz vielen Stellen. Wir haben es vorhin schon gehört: Früher hieß es Filmförderung, heute heißt es "Green Film". Frau Eisenhardt hat von grünen Vorgaben gesprochen. Ja, genau, Sie fördern an dieser Stelle Ihr Weltbild.

Denken wir einmal an das Thema Stipendien. Hierzu gab es durchaus klare und inhaltliche Vorgaben des HMWK. Sie haben vorhin von der Breite gesprochen. Ja, wir brauchen Breite. Wir brauchen unparteiische Forschung. Wir brauchen außerdem eine unparteiische Förderung von Kultur. Kunst ist eine Tochter der Freiheit, aber nicht der Vorgabe.

(Beifall Freie Demokraten)

Es fehlen Entschädigungen. Kollege Naas hat das hier mehrfach deutlich gemacht. Es braucht Entschädigungen für Künstler, die ein Auftritts- bzw. ein Arbeitsverbot haben. Da dürfen Sie zu Recht auf den Bund verweisen. Sie haben aber auch schon bei der A 49 immer nur auf den Bund verwiesen. Damit kommen wir hier nicht weiter. Sie müssen schon das machen, was Sie hier auch tun können und wofür Sie verantwortlich sind.

(Beifall Freie Demokraten)

Mit unserem Corona-Hilfegesetz haben wir einen Weg vorgegeben. Damit zeigen wir Ihnen als Opposition einen Weg, wie wir Künstler wirklich entschädigen können, und zwar nicht, indem wir ihnen Stipendien zur Verfügung stellen, die am Ende de facto an eine inhaltliche Bewertung der Arbeit geknüpft werden. Das ist nämlich im Kern nicht liberal, sondern dient nur der Förderung des grünen Weltbildes. Es gibt selbstverständlich bestimmte Dinge, die liegen einem näher, und mit anderen hat man manchmal Probleme. Mit den kruden Vorstellungen, die Herr Grobe hier vorgetragen hat, haben wir, glaube ich, alle ein Problem. George Orwell hat einen wunderschönen Satz formuliert, was das Weltbild betrifft. Er hat gesagt:

Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen.

(Beifall Freie Demokraten)

In Hessen wird niemand ins Gefängnis gesteckt, weil er etwas Bestimmtes gesagt hat. Das ist keine Frage. Aber mit Ihren Förderrichtlinien gehen Sie immer mehr dahin, dass man zwar manche Dinge sagen kann, dann aber eben kein Geld mehr bekommt. Auch das ist eine Form der Förderung eines bestimmten politischen Weltbildes – und zwar eine, die wir nicht gut finden.

(Beifall Freie Demokraten – Widerspruch BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will objektiv sein: Im Einzelplan finden sich durchaus gute Punkte. Ein sehr guter Punkt ist beispielsweise, dass wir die Provenienzforschung verstärken. Dieser Schwerpunkt ist erkennbar. Aber auch da sind es nur erste Schritte. An der Strategie wird noch gearbeitet; ich finde, sie sollte zeitnah fertiggestellt werden.

Man sollte die Möglichkeiten der Digitalisierung in diesem Bereich berücksichtigen. Die Digitalisierung ist ohnehin ein Stiefkind, weshalb wir noch nicht einmal über einen entsprechenden Etatansatz reden können. Das ist traurig. Wir haben auch zur Digitalisierung von Kultureinrichtungen Anträge gestellt. Die Strategie zur Digitalisierung von Kultureinrichtungen liegt vielleicht in einer Ihrer Schubladen, aber zumindest dem Landtag liegt immer noch nichts vor.

(Beifall Freie Demokraten)

Das reicht im Prinzip nicht. Nötig ist eine langfristige Strategie, wie die Kultureinrichtungen angesichts der vielfältigen Digitalisierungsaufgaben umfassend unterstützt werden können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem Fazit kommen. In diesem Etat ist viel zu viel von Altem enthalten – plus 4 % –, viel zu wenig von Neuem, und ein "Weiter so" ist in der Politik eigentlich nie gut. Das ist aber selten so problematisch wie gerade im Einzelplan für das Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das doch eigentlich, zumindest in unserer Diktion, ein Zukunftsministerium

sein sollte. Der Einzelplan 15 ist noch nicht einmal ein kleiner Wurf.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Dr. Büger. – Für die Fraktion DIE LIN-KE spricht die Fraktionsvorsitzende, Kollegin Wissler. Rein theoretisch ist eine Redezeit von 5:40 Minuten übrig geblieben. Es kommt aber darauf an, wie lange Frau Dorn spricht und was den Fraktionen dann an Redezeit noch zuwächst. Ich schaue mir den vorgegriffenen Zuwachs jeweils an. Im Falle von Herrn Büger ist es so, dass er 2:40 Minuten über die ihm zugewiesene Zeit hinaus gesprochen hat. Das heißt, der FDP-Fraktion bliebe, wenn die Frau Ministerin – Ich gebe zu, es ist ein kompliziertes Verfahren, aber wenn das jemand versteht, dann Sie, Frau Wissler.

(Heiterkeit)

Ich denke, Sie wissen ungefähr, was ich damit sagen will. Ich lasse eine Redezeitüberschreitung schon im Vorgriff zu, und am Ende nenne ich Ihnen eine Minutenzahl. Dann können wir ein bisschen runden und im Vorgriff auf den nächsten Tagesordnungspunkt vielleicht auch ein bisschen verhandeln; denn wir wollen ja nicht bis 22 oder 23 Uhr hier sitzen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Frau Wissler, reden Sie jetzt erst einmal 5:40 Minuten lang. Dann schauen wir weiter, und ich sage Ihnen, wo Sie ungefähr stehen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Ich kann versuchen, es noch einmal zu erläutern. Mit Zahlen ist es nie einfach. Der Herr Finanzminister schaut schon ganz nervös.

(Heiterkeit)

Die Landesregierung hat ihre Redezeit bereits um zehn Minuten überzogen. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, sich jeglicher Kommentare zu enthalten. Auch Frau Staatsministerin Dorn wird sicherlich noch zehn Minuten lang reden. – Dann ist die Landesregierung 20 Minuten "über den Durst". Diese 20 Minuten würde ich auf die Oppositionsfraktionen verteilen. Da wir vier Oppositionsfraktionen haben, sind das, rein rechnerisch – das kann selbst ich –, fünf Minuten, die jeder Fraktion theoretisch zuwachsen. Das heißt, Sie hätten eine Redezeit von 10:40 Minuten, Frau Wissler. Fangen Sie einfach einmal an, wie werden schon handelseinig. Bitte, Frau Wissler.

(Heiterkeit)

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 15 ist eine Gelegenheit, über die schwierige Situation Studierender in der Corona-Pandemie zu sprechen. Die Situation ist in der Tat schwer und wird noch dadurch verschärft, dass viele ihre Nebenjobs, z. B. in der Gastronomie, verloren haben. Die Seminare finden fast nur noch digital statt. Das ist gerade für Studierende im ersten Semester sehr schwierig, die sich an der Hochschule erst einmal orientieren müssen. Ein Teil der Praktika kann nicht absolviert werden.

Man muss auch sehen, dass viele Studierende nicht einfach ihre Eltern um Geld fragen können, weil diese ebenfalls von der Pandemie betroffen sind und ebenfalls Einkommensverluste erlitten haben.

Über ein Viertel der Studierenden musste sich Corona-bedingt zusätzlich verschulden. Laut Angaben der KfW haben Studierende zwischen März und Oktober rund 1 Milliarde € an Schulden aufgenommen. Das war ein viermal höherer Betrag, als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres aufgenommen worden war. Das heißt, die Studierenden sind in einer äußerst schwierigen Situation.

Ich muss an der Stelle sagen: Von der Bundesregierung und insbesondere von der zuständigen Ministerin, Frau Karliczek, kommt da sehr wenig. Erst kam überhaupt nichts. Dann hat man gesagt: BAföG wird ein Semester länger bezahlt. – Ein großer Teil der Anträge auf Gewährung von Überbrückungshilfen wird abgelehnt, weil die Studierenden entweder nicht nachweisen können, dass sie notleidend genug sind, oder nicht nachweisen können, dass ihre Notsituation ohne Zweifel durch Corona verschuldet ist. Auch die Studienkredite sind problematisch, weil sie irgendwann zurückgezahlt werden müssen.

Von daher gesehen, muss ich sagen: Das ist eine absolute Fehlleistung der Bundesregierung. Die Studierenden gehen vollkommen unter. Wir brauchen dringend eine Reform des BAföG, und wir brauchen Hilfen des Bundes für die Studierenden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will an der Stelle noch sagen: Vom Land gab es zwar ein paar Hilfen, aber auch die waren nicht ausreichend. In der Tat sehe ich an der Stelle aber hauptsächlich den Bund in der Pflicht.

Aufgabe des Landes ist die Schaffung der sozialen Infrastruktur, die die Studierenden benötigen. Das ist eine Aufgabe des Landes, und deshalb müssen wir über die Situation der Wohnheime reden, die hoch problematisch ist. Das zeigt sich in der Corona-Pandemie selbstverständlich noch stärker, aber es geht um Probleme, die nicht pandemiebedingt sind.

Wir haben die Situation, dass die Zahl der Studierenden seit 2007 um 47 % gestiegen ist, die Zahl der für Studierende zur Verfügung stehenden Wohnheimplätze aber nur um 8 % gestiegen ist. Das heißt, wir haben hier ein echtes Problem. Eine Stadt wie Frankfurt mit Zehntausenden von Studierenden hat nicht einmal 3.000 Wohnheimplätze. Die Kosten für studentisches Wohnen sind selbst in den Wohnheimen häufig zu hoch für die BAföG-Pauschale, und wenn man als Studierender versucht, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu bekommen, dann reicht das Geld sowieso nicht. Ich finde, da muss die Landesregierung unbedingt mehr tun; denn Hessen steht bezüglich der Wohnraumquote für Studierende im Ländervergleich auf dem drittletzten Platz. Hier muss daher dringend etwas passieren, da die Zahl der Studierenden viel schneller steigt als die Zahl der Wohnheimplätze.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Wir müssen auch über die Finanzierung der Studentenwerke reden. Auch da haben wir ein Problem, weil der prozentuale Anteil des Landes immer weiter sinkt. Auf die Studentenwerke sind gerade die Studierenden angewiesen, die keine reichen Eltern haben und die es sowieso schon schwer hatten, den Weg an die Hochschule zu finden. Der

Landesanteil liegt mittlerweile bei unter 10 %. Auch hier, finde ich, brauchen wir dringend eine Stärkung der sozialen Infrastruktur für die Studierenden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich kann jetzt nicht lange auf die grundsätzliche Unterfinanzierung der Hochschulen eingehen – Fragen, die wir im Rahmen des Hochschulpaktes diskutiert haben –, auf das schlechte Betreuungsverhältnis an den Hochschulen und auf die viel zu hohe Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Fakt ist aber, dass wir dringend mehr Mittel für die Studierenden, für die Hochschulen und für die dort Beschäftigten brauchen.

Ich will zum Bereich Kunst und Kultur kommen; denn in der Tat ist das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hier nicht untätig gewesen. Man hat einiges gemacht. Ich denke z. B. an die Stipendienprogramme oder an das Kulturpaket, jetzt auch an das Rettungspaket "Neustart". Da wurde durchaus etwas gemacht.

Die Situation der Kulturschaffenden in der Corona-Situation ist dramatisch. Es besteht aber auch der Eindruck, dass die Bearbeitung von Anträgen auf Finanzhilfe teilweise immer noch zu lange dauert und dass es da bürokratische Hürden gibt. Das ist eine zusätzliche Belastung für die Betroffenen.

Einen Punkt finde ich an der Stelle wichtig: dass wir die Kultureinrichtungen darauf vorbereiten, schon jetzt darauf zu schauen, unter welchen Bedingungen sie – wann auch immer – wieder öffnen können. Wir wissen nicht, ob die Theater, die Museen und die Kinos ab dem 1. März oder ab dem 1. Februar wieder öffnen können. Ich finde es aber wichtig, jetzt schon darüber zu diskutieren, unter welchen Bedingungen dies geschehen kann. Gelten dann 5 m² pro Person, 3 m² pro Person? Müssen Luftfilter eingebaut sein? Wenn man ihnen erst kurzfristig sagt, unter welchen Bedingungen sie wieder öffnen dürfen, dann ist das alles noch schwieriger.

Wir haben in Hessen eine sehr reiche Kulturszene, sowohl in Bezug auf die Staatstheater und die Landesmuseen als auch bezüglich der freien Kulturszene. Wir müssen die Kulturszene insgesamt unbedingt erhalten; denn Kultur ist systemrelevant. Auch nach der Krise muss es eine kulturelle Vielfalt in Hessen geben.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Ich komme zum Schluss. Wir haben die Frage der Länge meiner Redezeit zwar noch nicht abschließend geklärt, Herr Präsident, aber ich löse das Problem jetzt pragmatisch und komme zum Schluss.

Ich will ein Letztes sagen. Herr Grobe hat eine furchtbare Rede gehalten. Das ist man von der AfD gewohnt. Ich will nicht zu allem, was er gesagt hat, etwas erwidern. Ich will nur eines sagen: Sie haben George Orwell zitiert. George Orwell war Sozialist. Er hat im spanischen Bürgerkrieg mit den Internationalen Brigaden und mit der POUM – das M steht übrigens für Marxismus, den Sie so verachten – gegen den Faschismus gekämpft. Orwell hat gegen den Faschismus gekämpft, er hat gegen die Rechten gekämpft, er hat gegen solche Ideologien gekämpft. Würde George Orwell heute noch leben, dann würde er die AfD und ihre Politik verachten. Hören Sie deshalb bitte auf, Leute wie George Orwell für Ihre Politik heranzuziehen.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. Zeitmäßig war alles völlig entspannt, was Sie an meiner Reaktion gemerkt haben. – Das Wort hat jetzt Frau Staatsministerin Dorn für die Landesregierung.

Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte auf die Rede des Abg. Grobe nicht eingehen, weil ich der inhaltlichen Bewertung der Abg. Wissler nur zustimmen kann. Aber dank dem Kollegen Klose habe ich ein Zitat von Georg Büchner, das als Antwort möglicherweise reicht:

Wir sind alle Narren, aber keiner hat das Recht, einem anderen seine eigentümliche Narrheit aufzudrängen.

(Heiterkeit und Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, selten war Wissenschaft so sichtbar und so wichtig wie aktuell, ja, geradezu überlebenswichtig. Wir reden hier über die Corona-Pandemie, aber auch über eine völlig überhitzte Debatte, in der die Wissenschaft ein echtes Gegengift darstellt.

Selten wurde so intensiv über den Stellenwert von Kunst und Kultur diskutiert, und wir erleben gerade schmerzlich, was Kunst und Kultur in unserem Leben ausmachen. Es ist ganz deutlich geworden: Kunst und Kultur sind keine Sahnehäubchen in guten Zeiten, sondern ein essenzieller Bestandteil unserer Gesellschaft und unserer Demokratie. Gerade das, was Kunst und Kultur so besonders macht, nämlich der Austausch zwischen den Menschen, macht sie zugleich aber auch verwundbar. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir uns in diesen Zeiten diesen Bereichen besonders intensiv widmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die Corona-Zeit zeigt aber auch, wo wir mit unserer Politik richtigliegen. Unsere Hochschulen sind das Herz der Wissensgesellschaft. Deswegen stellen wir unsere Hochschulen so zukunftsfähig und so vielfältig auf. Denn wir wissen nicht, was die Herausforderungen von morgen und von übermorgen sein werden. Hier haben wir eine riesige Verantwortung. Dieser Verantwortung kommen wir nach. Das sieht man an diesem Haushaltsentwurf sehr deutlich. Wir geben die Rekordsumme von 3,4 Milliarden € für Wissenschaft, Forschung, Lehre und Kultur aus, knapp 9,4 % mehr als im Vorjahr. Das ist eine echte Investition in die Zukunft.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz zentral ist der hessische Hochschulpakt, über den wir hier im Plenum leider noch nicht ausreichend reden konnten, weil die Corona-Pandemie eine entsprechende Regierungserklärung verhindert hat.

Wir statten die Hochschulen finanziell so gut aus wie noch nie, so verlässlich aus wie noch nie und mit so klaren Zielen aus wie noch nie. Das ist ein echter Systemwechsel. Herr Kollege Büger, vielleicht lesen Sie doch einmal den Hochschulpakt durch; dann würden vielleicht auch Sie das wahrnehmen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit 11,2 Milliarden € über die Laufzeit des Paktes, mit dem Systemwechsel und mit einem verlässlichen finanziellen Sockel, der jedes Jahr um 4 % wächst, haben wir etwas, was bundesweit seinesgleichen sucht. Dieser Pakt geht deutlich über Tarif- und Kostensteigerungen hinaus, und er schafft Spielräume, um die Ziele, hinter denen große inhaltliche Konzepte stehen und die wir gemeinsam vereinbart haben, zu erreichen: für bessere Lehre, für mehr Chancengleichheit, für mehr Nachhaltigkeit, für eine bessere Betreuung, für bessere Beschäftigungsverhältnisse.

Auf all diese Punkte haben wir uns gemeinsam verständigt. Wir sind gerade mitten im Zielvereinbarungsprozess, und genau dem kommen wir mit Nachdruck nach.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich darf den heute wiedergewählten Präsidenten Mukherjee zum Hochschulpakt zitieren. Er hat gesagt, es ist "objektiv der beste Hochschulpakt", den dieses Bundesland je gehabt hat. Ich kann ihm nur zustimmen. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir als Koalition diesen Hochschulpakt auf die Rampe geschafft haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Es sind nämlich die klugen Köpfe an den Hochschulen, die am Ende dafür sorgen, dass wir Impfstoffe bekommen, dass wir an Medikamenten forschen, dass wir an den vielen Herausforderungen von heute und morgen arbeiten: Umweltschutz und Klimaschutz, der Kampf gegen Armut und Hunger, internationale Konflikte und Herausforderungen durch Migration, technologischer Wandel, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und all ihre Folgen. Das passiert in den Hochschulen.

Deswegen sind die Studienbedingungen für diese jungen Köpfe essenziell, und ich bin sehr froh, dass wir es geschafft haben, über den Zukunftsvertrag gemeinsam mit dem Bund Studium und Lehre zu stärken, dass wir die Qualität gemeinsam mit dem Bund dauerhaft verbessern und dass das Land Hessen ein deutliches Plus obendrauf setzt. Eine Sache hat der Bund nämlich leider nicht geschafft: Er hat sich nicht für die Dynamisierung entschieden, die die Hochschulen so dringend gefordert haben. Aber wir tun das. Wir tun das für unseren eigenen Hochschulpakt, und wir tun das mit einer 4-prozentigen Steigerung sogar für die kofinanzierten Mittel des Bundespaktes. Das ist auch etwas, was bundesweit seinesgleichen sucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Ich kann dem Abg. Hofmeister nur zustimmen: Es ist schön, dass wir für viele Studierende ein attraktives Bundesland sind. Der Nachteil ist: Wir haben sehr viele volle Hörsäle; im Moment sind es sehr viele volle Zoomkonferenzen. Das führt dazu, dass wir bei der Betreuungsrelation deutlich aufholen müssen. Das haben wir uns im Hochschulpakt als ganz festes Ziel gesetzt. Dafür haben wir mit 300 zusätzlichen W-Stellen für Professuren eine deutliche Unterstützung für die Hochschulen gegeben – diesmal

nicht nur Stellenhüllen, sondern mitfinanziert. Das wird uns deutlich helfen.

Frau Kollegin Wissler, was auch stimmt: Wir haben bei den Wohnheimplätzen einen Nachholbedarf. Man muss aber auch sehen, dass wir seit der letzten Legislaturperiode deutlich an der Spitze sind, was die Steigerungsraten bei der Zahl der Plätze betrifft. Das heißt, wir haben dieses Problem längst erkannt, und wir sind mitten in der Aufholjagd. Wir werden bei diesem Thema auch nicht müde. Das ist ein unglaublich wichtiges Thema.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der nächste große Bereich: Das eigenständige Promotionsrecht für Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist bundesweit ein Vorreiter gewesen. Es ziehen jetzt ganz viele mit, und das ist auch gut so.

Wir gehen aber schon den nächsten Schritt: Mit dem Aufbau des wissenschaftlichen Mittelbaus an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken wir sowohl die Forschung als auch die Betreuung der Studierenden, und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften werden mittelfristig ihren eigenen Nachwuchs ausbilden können. Herr Kollege Büger, das sind ganz neue Impulse, die wir setzen: Denn die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind große Innovationsmotoren in der Region; das reicht bis in den ländlichen Raum hinein. Wir sorgen im Hochschulpakt für eine deutliche Stärkung dieser Hochschultypen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Digitale Zukunft: 112 Millionen € ist der ganze Digitalpakt schwer, und dabei geht es um weit mehr als einfach nur um neue Rechner. Es geht um eine komplette Transformation in allen Bereichen der Hochschulen.

Dieser gemeinsame Digitalpakt enthält eine Menge von Beispielen; ich kann sie hier nicht alle aufzählen. Aber bei einem Beispiel geht es um Lehr- und Lernformate. Wir sprechen gerade so viel über digitale Lehre. Mit neuen Lehr- und Lernformaten werden wir es schaffen, dass die Hochschulen ganz anders, ganz individuell auf ihre Studierenden eingehen, sodass sich der Stoff ganz anders vertieft. Darum geht es uns bei diesem Digitalpakt. Genau solche neuen Lehr- und Lernformate sollen gefördert werden.

Die Digitalisierung ist auch in der Forschung ein riesengroßes Thema. Das steht auch im Digitalpakt. Aber es geht natürlich auch um das Megathema künstliche Intelligenz. Ich sage Ihnen: Das Zentrum, das wir gerade erst gemeinsam gegründet haben, hat schon jetzt eine bundesweite Beachtung gefunden.

Warum hat es eine bundesweite Beachtung gefunden? Es ist etwas Besonderes, dass drei verschiedene Ministerien dieses Zentrum auf den Weg bringen, dass es hochschulübergreifend ist, dass es von Anfang an interdisziplinär angelegt ist und – ganz wichtig – dass wir die exzellente Grundlagenforschung und die Anwendungsorientierung verbinden. Damit haben wir eine Singularität in der Bundesrepublik geschaffen, die jetzt schon dazu führt, dass eine Menge interessanter Nachfragen und Vernetzungsmöglichkeiten auftaucht. Hier gehen wir absolut in die Zukunft. Vielleicht unterhalten Sie sich an der TU Darmstadt einmal mit Prof. Kersting. Er wird Ihnen zeigen, was für einen Quantensprung wir da schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reden wir weiter über exzellente Forschung. Da haben wir eine Menge anzubieten. Wir haben es allein mit Mitteln aus diesem Haushalt geschafft, dass in Frankfurt gemeinsam mit der Fraunhofer-Gesellschaft ein Institut für Translationale Medizin und Pharmakologie aufgebaut wird. Warum haben wir das geschafft? Weil wir über LOEWE lange schon Forschung gefördert haben, weil wir dort ein Zentrum aufgebaut haben und damit in diesem Institut die Forschungsergebnisse direkt in anwendbare Medikamente überführen können. Auch das ist eine Vorreiterrolle, die wir in Deutschland haben.

Hinzu kommt das Max-Planck-Institut in Marburg. Dort geht es uns darum, exzellente Nachwuchswissenschaftler auszubilden. Wir werden dort die erste Max Planck School in Hessen haben. Das werden wir mit 660.000 € jährlich unterstützen; denn wir setzen auf den exzellenten Nachwuchs. Wir haben vorhin darüber gesprochen, wie wichtig der Nachwuchs ist. In der Mikrobiologie fördern wir ihn, übrigens auch im KI-Zentrum.

Dann haben sowohl die AfD als auch die FDP gedacht, wir würden bei der Exzellenzstrategie Mittel einsparen. Ich verstehe gar nicht, wie Sie darauf kommen. Wir haben im LOEWE-Programm 10 Millionen € pro Jahr für die Exzellenzstrategie, 2 Millionen € pro Cluster. Wir machen uns dort jetzt auf den Weg, um am Ende bei der Exzellenzstrategie zu glänzen. Wir gehen jetzt schon strategisch rein, stützen die Strukturen: 2 Millionen € pro Cluster, 10 Millionen € pro Jahr. Ich weiß nicht, wo Sie gesehen haben, dass es da eine Kürzung geben soll. Wir hätten in der kursorischen Lesung gerne darüber sprechen können. Aber das ist eine eindeutige Fehlinformation.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Frau Ministerin, Sie wären jetzt bei zehn Minuten Redezeit.

Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Ich möchte auf jeden Fall noch auf den Kulturbereich zu sprechen kommen. Das möchte ich gern noch tun. Am Ende sind nämlich Wissenschaft und Kultur das, was die Welt im Innersten zusammenhält. – Deswegen haben wir in der Pandemie ein wirkungsvolles Hilfsprogramm auf den Weg gebracht. Wir haben genau darauf geschaut, dass es bei der Kultur nicht nur darum geht, in der Krise Unterstützung zu bieten, sondern auch darum, Wege aus der Krise zu finden, die nachhaltig sind.

Frau Kollegin Wissler, bei den Öffnungsperspektiven ist es schlicht so, dass wir als Kulturminister – das habe ich aber im Ausschuss schon einmal erwähnt – von den Ministerpräsidenten den Auftrag bekommen haben, gemeinsam ein Konzept für eine langfristige Öffnungsstrategie mit Stufen zu erarbeiten. Genau daran arbeiten wir als Kulturminister aller Länder. Übrigens arbeiten wir parteiübergreifend. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt.

Aber neben diesen pandemiebezogenen Leistungen, bei denen wir gerade schauen, was wir noch tun müssen, um die Lücken im Bundesprogramm zu stopfen, regeln wir in diesem Haushalt 2021 ganz wesentliche Punkte, die der Kultur am Ende nachhaltig helfen.

Die Einkommenssituation vieler Künstlerinnen und Künstler ist problematisch. Deswegen gehen wir mit unseren Staatstheatern voran. Wir haben an den hessischen Staatstheatern, in Marburg und in Gießen die Mindestgage eingeführt. Das Ensemblenetzwerk hat schon im letzten Jahr erklärt, das ist eine Sensation. Bei dieser einen Sensation belassen wir es nicht, sondern wir gehen den nächsten Schritt. Neben der Einführung der Mindestgage wenden wir uns anderen unteren Einkommensbereichen zu und heben da noch einmal das Gagengefüge an. Auch das ist bundesweit einzigartig. Wir sind stolz darauf, weil es wichtig ist, dass wir hier ein Signal setzen – wichtig für die Konkurrenzfähigkeit unserer Theater, aber auch für den fairen Umgang mit den Beschäftigten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die weitere Förderung der soziokulturellen Zentren und die Filmförderung wurden von den Abgeordneten der Fraktionen schon erwähnt. Völlig einig mit Ihnen bin ich auch, was das Casals Forum angeht. Es wird ein echtes Leuchtturmprojekt, das wir in der Rhein-Main-Region bekommen; es wird internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Es ist mir wichtig, am Ende noch einmal das zu betonen: Kunst und Kultur sind ein Motor für gesellschaftliche Entwicklungen. Aber sie sind auch immer ein Ausdruck unserer gesellschaftlichen Prozesse und unserer Vergangenheit. Deswegen ist der Umgang mit unserem historischen Erbe ein Spiegel dafür, wie wir zu unserer Geschichte stehen. Ich glaube, der Bedeutung dieses Themas sind sich zumindest fast alle Fraktionen in diesem Hause bewusst.

Insofern werden wir, um unserer besonderen Verantwortung, unserer deutschen Geschichte gerecht zu werden, weiter daran arbeiten, wie Werke während des NS-Regimes oder in der kolonialen Vergangenheit in unsere Sammlungen gelangt sind. Dort, wo die Ursachen nicht bekannt sind, werden wir das wissenschaftlich aufarbeiten. Wir werden die Mittel für Provenienzforschung dort erhöhen; denn am Ende ist es eine große Verantwortung, die wir haben.

Deswegen habe ich mir auch ein wenig mehr Zeit genommen: Gerade weil wir in einer schweren Krise sind, gerade weil es eine solche herausfordernde Situation ist, ist es so wichtig, in die Zukunft zu investieren, und das machen wir. Wir investieren in Forschung und Lehre; denn das sind die Problemlöser von heute und von morgen. Wir investieren auch in Kunst und Kultur; denn das hält die Welt am Ende zusammen.

Ich glaube, dieser Einzelplan steht exemplarisch für alle anderen Einzelpläne in diesem Haushalt; denn die Koalition beweist mit diesem Haushalt eines: dass wir in dieser Krise und in dieser Phase des Wandels den Aufbruch wagen. Das ist die Essenz dieses Haushalts. Ich freue mich nachher unglaublich darauf, als Abgeordnete dieses Hauses diesem Haushalt insgesamt zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Wir sind jetzt grundsätzlich am Ende der Aussprache.

Ich will nur Folgendes zur Lage rund um die Redezeiten mitteilen: Wir haben jetzt bei der Landesregierung ein Überziehen der Redezeit um 23:40 Minuten. Das sind also, von mir aufgerundet, 24 Minuten, um die die Redezeit überzogen worden ist. Die teile ich auf die vier Oppositionsfraktionen auf.

Das bedeutet, dass die Oppositionsfraktionen jetzt noch sechs Minuten Redezeit hätten. Davon hat die Kollegin Dr. Sommer bereits 3:11 Minuten genutzt. Das heißt, Sie hätten noch ungefähr drei Minuten. Herr Dr. Büger von den Freien Demokraten hat 2:40 Minuten genutzt. Das heißt, Sie hätten noch ungefähr dreieinhalb Minuten. Frau Wissler hat eine Minute genutzt. Das heißt, Sie hätten ungefähr noch fünf Minuten Redezeit. Die AfD hat sogar noch ein Guthaben von 21 Sekunden. Sie hätten dann also 6:21 Minuten.

Herr Dr. Grobe hat sich bereits zu einer Kurzintervention gemeldet. Kurzinterventionen werden auf die Redezeit angerechnet. Sie hätten jetzt also theoretisch die Möglichkeit, 6:21 Minuten lang zu sprechen. Herr Dr. Grobe, Sie haben das Wort.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Wissler, Sie haben – Entschuldigung, die Maske stört. Das ist es, was später auf uns zukommt.

(Zurufe: Oh!)

Frau Kollegin Wissler, Sie haben Orwell nicht verstanden. Orwell hat wegen seiner Erfahrungen im Sozialismus erkannt, dass der Totalitarismus in Gänze zu bekämpfen ist, und zwar rechts wie links.

(Beifall AfD)

Beides lehnte er nämlich ab. In seinem Werk "Farm der Tiere" hatte er Personen allegorisch als Tiergestalten dargestellt: Personen wie Karl Marx, Lenin, Leo Trotzki und Stalin. Stalin war dort das Schwein Napoleon. Ein so toller Sozialist oder Kommunist scheint er also nicht gewesen zu sein.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Vorhin haben mich einige angesprochen und sich echauffiert, als ich in meiner Rede Büchner zitiert habe. Kurz zu Büchner: Georg Büchner war Hausgast der Gießener Burschenschaft. Seine Verleger waren Burschenschafter. Als er nach Straßburg und später in die Schweiz emigrieren wollte, wurde ihm nur von den Burschenschaften geholfen. Er wurde da unterstützt. Es zeigt sich leider, dass die Kollegen hier weder Büchner kennen noch ihn interpretieren können. So tief ist leider das Niveau gesunken. Das ist leider das Problem, das wir haben. Wenn das Niveau hier schon so niedrig ist, wie soll es sich da an den Hochschulen entwickeln? Auch wir als Politiker sind nämlich ein Spiegel der Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Herzlichen Dank, Herr Dr. Grobe. – Die Zeiten sind Ihnen bekannt. Wünscht jemand das Wort? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dafür bedanke ich mich. Dann sind wir am Ende der Aussprache zu den Einzelplänen angelangt. Die Abstimmungen bündeln wir, wie vereinbart, am Ende.

Ich rufe jetzt noch Tagesordnungspunkt 13 auf:

Zweite Lesung Gesetzentwurf Landesregierung

Gesetz zur Änderung des Wohnrauminvestitionsprogrammgesetzes

- Drucks. 20/4170 zu Drucks. 20/3915 -

Hier haben wir 7,5 Minuten Redezeit. Herr Dr. Naas ist der Berichterstatter. Herrn Dr. Naas darf ich zu Beginn der Debatte um die Berichterstattung bitten.

Dr. Stefan Naas, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen hat sich in seiner Sitzung am 25. November 2020 mit dem Gesetzentwurf befasst und schlägt folgende Beschlussfassung vor: Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen. – Vielen herzlichen Dank.

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Naas. – Damit ist der Bericht erstattet. Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Elke Barth, Fraktion der Sozialdemokraten.

Elke Barth (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Al-Wazir, Sie haben das letzte Mal in Ihrer Rede zu diesem Gesetzentwurf gesagt: "Die Situation auf den Wohnungsmärkten ist weiterhin ... angespannt." Das ist richtig. Ebenso haben Sie gesagt, dass Sie sich sicher seien, "dass auch die konjunkturellen Einbrüche im Zuge der Corona-Pandemie, insbesondere das Thema bezahlbares Wohnen, noch einmal in den Fokus rücken werden". Bezahlbares Wohnen sei "wichtiger denn je", zitiere ich Sie aus Ihrer Rede vom 10. November 2020 zu diesem Gesetzentwurf.

Dann verstehe ich, ehrlich gesagt, beim allerbesten Willen nicht, wieso ausgerechnet die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte mitten in der zweiten Welle dieser furchtbaren Pandemie, die immer mehr Menschen in Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit treibt – ich glaube, hierzu werden wir Anfang nächsten Jahres bei allen sinnvollen Bemühungen noch ganz andere Zahlen hören –, wieder anfängt, die Mieten zu erhöhen. Wieso lassen Sie das zu?

(Beifall SPD)

Ich finde das wirklich verantwortungslos. Von den Mieterbünden wissen wir, dass viele Menschen im Frühjahr und Sommer –

(Unruhe)

- Entschuldigung, ich habe hier ein beständiges Grundrauschen.

Präsident Boris Rhein:

Ja, es müsste ein bisschen ruhiger sein – auch auf der Regierungsbank –, sodass wir Frau Barth verstehen können. – Bitte, Frau Barth, Sie haben das Wort.

Elke Barth (SPD):

Danke. – Von den Mieterbünden wissen wir, dass viele Menschen im Frühjahr und Sommer, auch bei geringeren Einkommen, eben nicht die Möglichkeit von Mietstundungen genutzt haben; denn es war ihnen klar: "Aufgeschoben ist nicht aufgehoben." Doch jetzt sind bei vielen die Ersparnisse weg. Und was machen Sie? Sie erhöhen bei der Nassauischen Heimstätte die Mieten. Viele Mieter haben schon Post bekommen, dass es ab Januar wieder teurer werde. Sagen Sie bitte nicht, Sie hätten dort keinen Einfluss; denn das nehmen wir Ihnen nicht ab.

(Beifall SPD)

Deswegen werden wir heute nicht in Ihr übliches Loblied einstimmen, nach dem Motto: "Noch nie hat es mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau gegeben als heute." Diesen Satz haben Sie in der Koalition alle auswendig gelernt. Bei Ihnen, Herr Minister, hängt er wahrscheinlich auch über dem Badezimmerspiegel, und Sie sagen ihn jeden Morgen auf, bevor Sie mit stolzgeschwellter Brust das Haus verlassen.

(Heiterkeit SPD)

Ja, Sie erhöhen die Mittel für das Wohnrauminvestitionsprogrammgesetz. Sie verschweigen allerdings, dass Sie auch die Laufzeit verlängern, was dies zumindest ein bisschen relativiert.

Was es jetzt aber braucht – darüber müssen wir jetzt sprechen; einen entsprechenden Antrag haben wir auch gleich an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen gegeben, damit es schneller geht, denn im Plenum kommt er sicherlich nicht mehr auf die Tagesordnung –, ist ein Sicher-Wohnen-Fonds, um in besonders drastischen Fällen außerordentliche Mietzuschüsse zu gewähren und Mietschulden zu übernehmen. Morgen haben auch die Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN ihren Setzpunkt zu diesem Thema. Wir haben im letzten Plenum über die zunehmende Obdachlosigkeit gesprochen. Bitte, schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass Corona nicht noch zu mehr Obdachlosigkeit führt. Jetzt, in einer außergewöhnlichen Situation, braucht es außergewöhnliche Maßnahmen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Darüber sollten wir heute auch sprechen: Was tun Sie, um Mietern in der Pandemie zu helfen?

Noch zu dem heutigen Gesetz: Ja, auch die Förderrichtlinien haben Sie verbessert. Hierzu sage ich: "endlich". Denn wir haben Sie schon im Jahr 2018 aufgefordert – damals war dies mein Vorgänger Michael Siebel –, dass es einen Verzicht auf sperrige bautechnische Vorgaben, zinslose Darlehen und endlich höhere Zuschüsse braucht. Womit wir allerdings noch nicht zufrieden sind, sind die Laufzeiten der sozialen Belegbindungen in Ihren Förderrichtlinien zu diesem Gesetz von maximal 25 Jahren. Das ist leider noch immer zu kurz.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

15, 20 oder 25 Jahre betragen die möglichen Bindungen jetzt. Ganz ehrlich: Bei 15 Jahren lohnt sich das kaum. Ich hätte gedacht, dass wir jetzt wenigstens auf 30 Jahre hochgehen bzw. die Voraussetzungen für dauerhafte Belegbindungen schaffen.

(Beifall SPD)

Schauen Sie sich Ihre Zahlen an, die Zahlen über die Entwicklung von Sozialwohnungen und Belegbindungen, dann werden Sie sehen, die Entwicklung ist nach wie vor leider insgesamt rückläufig. Ihre PR ist wie immer gut, so auch in Ihrer Pressemeldung vom 3. Dezember, in der Sie schreiben, dass noch nie - da ist es wieder, dieses schöne Wort – mehr Wohnungen zur Förderung angemeldet worden seien als jetzt. - Ja, es wurden 1.255 neue Vorhaben im Bereich der Sozialwohnungen angemeldet. Dennoch werden es netto immer weniger: 93.000 Sozialwohnungen im Jahr 2018, 79.000 im Jahr 2019. Noch immer fallen mehr Wohnungen aus den Belegbindungen heraus, als neue geschaffen werden. Immer, wenn ein neues Belegrecht geschaffen wird, fallen hintenherum eineinhalb, grob gerechnet, wieder raus, auch wenn mit dem Gesetzentwurf der SPD, die Nachwirkungsfrist bei vorzeitig gekündigten Darlehen jetzt wieder auf zehn Jahre hochzusetzen, eine der Ursachen beseitigt wird.

Bei den Förderrichtlinien müssen die Belegbindungen noch weiter verlängert, im Idealfall komplett verstetigt werden. Jetzt, in der Corona-Krise, sollten Sie dort, wo Sie Einfluss haben, und das ist bei der NH, auf Mieterhöhungen verzichten und einen Sicher-Wohnen-Fonds einrichten, damit Menschen durch die Pandemie nicht noch ihre Wohnung verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Barth. – Nächster Redner ist Abg. Jürgen Lenders für die Fraktion der Freien Demokraten

Jürgen Lenders (Freie Demokraten):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu vorgerückter Stunde will ich mich auf den vorliegenden Gesetzentwurf konzentrieren und vorausschicken: Es hat sich seit der Einbringung an unserer Einstellung nichts geändert. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

Frau Kollegin Barth hat auf die Rekordmittel in Höhe von 2,2 Milliarden € hingewiesen. Es ist ein Stilinstrument des Ministers, dass er über Jahre hinweg sagt, es seien Rekordmittel, und es habe noch nie so viel Geld zur Verfügung gestanden. – Ja, das stimmt. Das Problem ist nur: Wenn diese Rekordmittel immer im Raum stehen – auch Ihre Vorgängerin hatte diese Rekordmittel –, sich aber über Jahre hinweg nicht verändern, weiß ich nicht, woran man den Rekord denn dann noch misst. Irgendwann müsste man einmal sagen: Okay, das ist die Summe, die wir in Hessen für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung haben; und bei dem Gesetz, das dieser zugrunde liegt, geht es darum, wie diese Mittel eingesetzt werden.

Meine Damen und Herren, wenn man sich dies einmal genauer anschaut – es betrifft nämlich die gesamte Legislaturperiode –, dann stellt man fest: Es sind 440 Millionen € per annum. Es ist immer schwer gewesen, an die Zahlen zu

kommen sowie an eine Antwort darauf, wie diese Zahlen verausgabt werden. Dass theoretisch 2,2 Milliarden € zur Verfügung stehen, ist noch kein Wert an sich. Die spannende Frage ist: Kommt das Geld auch dort an, wo wir es einsetzen wollen? Dazu kann man unterschiedlicher Meinung sein, aber im Großen und Ganzen sind wir uns an dieser Stelle einig.

Anfang Dezember war in der Pressemitteilung des Ministeriums zu lesen, dass für Darlehen 171 Millionen € verausgabt würden, 71 Millionen € für Zuschüsse und 19 Millionen € für Belegungsrechte. Herr Staatsminister, dies sind meine Zahlen. Da können Sie mich gern korrigieren, aber andere Zahlen habe ich leider nicht. Es sind rund 261 Millionen €; das sind rund 59 % dieser 440 Millionen €. Das heißt, es werden nicht einmal 60 % des Geldes, das zur Verfügung steht, überhaupt verausgabt. Logischerweise kommt man zu der Konsequenz: Wenn so viel Geld nicht herausgegeben wird, obwohl wir dies wollen, obwohl wir dies als Landtag zur Verfügung stellen, muss man natürlich einmal an die Förderrichtlinien herangehen und sagen: Dann müssen wir Bürokratie beseitigen. - Diese Entscheidung haben der Staatsminister und die Landesregierung getroffen. Dafür habe ich großen Respekt, dass Sie dies tun; denn es ist die logische Konsequenz, wenn man sich diese Zahlen anschaut.

Wenn wir uns anschauen, dass in Hessen in den nächsten 20 Jahren rund 367.000 Wohnungen fehlen werden – das sind im Jahr rund 16.000 - und von diesen 16.000 im letzten Jahr rund 1.250 Sozialwohnungen gebaut worden sind, dann stellen wir fest, das sind noch nicht einmal 7,8 %. Wenn wir uns also ernsthaft darüber unterhalten, dass wir auch günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen müssen, muss man ganz klar sagen: Bei Sozialwohnungen fängt günstiger Wohnraum an, und das geht bis hin zu mittleren Einkommen. Daran sieht man, wie groß das Problem ist, das wir in Hessen haben. Das ist regional unterschiedlich, das gebe ich zu. Würde man Hessen insgesamt nehmen, dann würde das Delta ungefähr pari aufgehen; jedoch funktioniert der Zubau gerade im Ballungsraum nicht. Über 80 % des Wohnungsbedarfs, den wir haben, besteht im Ballungsraum. Hier entstehen deutlich zu wenige Wohnungen. Da hilft eine monetäre Förderung nur bedingt. Das spiegeln die Zahlen ganz eindeutig wider.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir einmal darüber nachdenken müssten, wie wir zu mehr Bauland kommen, wie wir die Kommunen unterstützen können, dass sie zum Bauen kommen, damit wirklich neuer Wohnraum, auch neue Sozialwohnungen sowie Wohnungen für mittlere Einkommen, entstehen kann. Dies sind Fragen, die die Wohnungsbaugesellschaften längst für sich beantwortet haben. Wo sich die Kommunen die Infrastruktur nicht mehr leisten können, wo Kommunen damit überfordert sind, übernehmen mittlerweile Wohnungsbaugesellschaften die Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur.

Es wäre vielleicht einmal eine Aufgabe, gemeinsam darüber nachzudenken, dass wir den Kommunen, wo dies passiert, mit Landesmitteln zur Seite springen sollten. Dies ist vielleicht ein neuer Gedanke, den ich hier heute einbringe. Aber am Geld ist der Wohnungsbau noch nie gescheitert, sondern an den Rahmenbedingungen; und an diesen müssen wir arbeiten. Wir müssen vor allen Dingen daran arbeiten, dass es auch für Gemeinden wieder interessant wird, zu bauen. In Anbetracht der Zeit und dessen, dass wir morgen auch noch die Gelegenheit haben werden, hierüber zu beraten – denn es wäre noch vieles dazu zu sagen, was Frau Barth gesagt hat –, will ich mich kurzfassen.

Meine Damen und Herren, egal, wer in den nächsten Jahren – ich spreche wirklich von Jahren, beinahe schon von Jahrzehnten – in diesem Land die Verantwortung für den Wohnungsbau tragen wird, muss man sich darüber im Klaren sein, dass man, was die monetäre Förderung anbelangt, mit dieser Änderung der Förderrichtlinien die letzte Patrone verschießt. 40 % an verlorenem Zuschuss hört sich erst einmal nach viel an. Dies gilt aber erst einmal nur für Unternehmen, die die Wohnungen in der Regel nicht aus der Bindung herausnehmen bzw. kein Problem damit haben, 40 Jahre lang eine Bindung einzugehen, da sie sich einen eigenen Kodex gegeben haben und sich auf dem Wohnungsmarkt ihren Mietern verpflichtet fühlen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass man in Kürze, in zwei, drei Jahren schon überprüfen muss, ob diese Änderung der Förderrichtlinien tatsächlich zu einer Beschleunigung geführt hat, ob der gewünschte Effekt, den wir alle miteinander wollen, dass mehr günstiger Wohnraum entsteht, tatsächlich funktioniert.

Wir sagen Ja zu diesem Gesetz, müssen dann aber in den nächsten Jahren kritisch überprüfen, ob es auch wirklich zum gewünschten Erfolg geführt hat. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Kollege Lenders. – Nächste Rednerin ist die Abg. Hildegard Förster-Heldmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es gerne noch einmal wiederholen, weil Sie es heute selbst auch festgestellt haben: Noch nie hat es so viel Geld für sozialen Wohnungsbau gegeben wie heute.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Es lohnt sich auch, das zu wiederholen. Weiter will ich nicht so viel dazu sagen. Wie Herr Lenders auch schon festgestellt hat, werden wir auch morgen noch eine ganze Menge zu dem Thema hören können. Ich bin sehr froh darüber, weil es mir immer sehr viel Freude bereitet, mit Ihnen darüber zu diskutieren, mit denjenigen Abgeordneten, die sich auch die Mühe machen, in die Tiefe der Schwierigkeit des Wohnungsbaus hinabzusteigen, um das zu verarbeiten und vor allem zu bearbeiten.

Eines will ich aber schon noch einmal sagen: Verehrte Kolleginnen und verehrte Kollegen, wir müssen uns über den Weg einigen, den wir vorgeben. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns in der Analyse dessen, was im Augenblick noch nicht stimmt, wo noch Fehlbedarfe sind, nicht über den Weg einig sind. Wenn wir uns da möglicherweise inhaltlich einig sind, sollten wir uns über den Weg einigen, wie wir da herauskommen.

(Elke Barth (SPD): Wir haben schon Vorschläge gemacht!)

Ich finde, da hat die Landesregierung in den letzten Jahren eminent viel geleistet. Sie hat den Weg geebnet, damit wir aus dieser Wohnungskrise herauskommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gibt es von allem zu wenig, vollkommen richtig.

(Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Das teile ich. Ich sage Ihnen aber auch, wir sind angewiesen auf die Wohnungsbaugesellschaften, die ihre Wohnungen verwalten. Genau mit denen müssen wir auch arbeiten. Auch darüber werden wir morgen noch sprechen.

Ich finde, wir sollten nicht immer alles vermischen, sondern einfach einmal bei dem Thema bleiben. Wenn wir sehen, wie viele Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden, nicht explizit in Hessen, dann stellen wir fest, man hat einfach die Lage total falsch eingeschätzt. Man hat gedacht, das Land ist fertig gebaut, und eigentlich können wir die Füße hochlegen. Es war total falsch. Es haben sich alle geirrt, quer durch die Parteien. Die einen sind noch von ihrer eigenen Partei gehindert worden, das umzusetzen, das waren die Freiburger. Die anderen haben es vermasselt. Ja gut, es ist so, das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Der Weg da raus muss unser Ziel sein. Das muss unser gemeinsames Handeln sein. Mehr will ich heute zum Wohnrauminvestitionsprogrammgesetz nicht sagen. Wir haben dieses Gesetz bereits 2018 aufgesetzt. Es ist wirklich wichtig, dass die Wohnungsbauförderung per Gesetz verstetigt worden ist, neben den anderen Dingen, die wir tun.

Eines will ich aber am Ende des heutigen Tages noch einmal sagen: Ich habe die vielen Anfeuerungen aus der Immobilienbranche von den vielen Gesprächen, an denen auch Herr Lenders teilgenommen hat, im Ohr: Wir brauchen Bauland.

Wir als Politiker sind doch aber in der Pflicht, die Vermittelnden zu sein. Was können wir machen, um Zerstörungen, den sogenannten Donut-Effekt, zu verhindern? Was können wir machen, damit Kommunen, Gemeinden und Städte auch in den Innenstädten und in den Dorfkernen attraktiv bleiben? Wie schaffen wir die soziale Frage, den Zugang zu Grün? – Das sind alles Fragen, die wir im Wohnungsbau auch beantworten müssen. Deswegen ist dieser Weg nicht so eindimensional, sondern er ist sehr komplex. Man kann deswegen nicht einfach einer Gruppe sagen: Ja, das stimmt, Bauland. – Wir haben die Aufgabe, das politisch zu lösen. Die Aufgabe besteht natürlich darin, die Kommunen und Gemeinden dahin gehend zu unterstützen, auch zu bauen; das Land baut eben nicht. Mit der Nassauischen Heimstätte schon – das ist eine tolle Tochter.

(Zuruf Elke Barth (SPD))

Bauen müssen aber die Gemeinden und Kommunen. Es hat lange gedauert, bis Sie diesen Schritt gemacht haben.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Als ich im Landtag angefangen habe, war einer meiner ersten Besuche in Fulda. Meine lieben Kollegen aus Fulda mögen es mir verzeihen, aber eine der ersten Fragen war: Wie schaffen wir es, dass wir sozialen Wohnungsbau errichten? – Dann habe ich geantwortet: Es muss gewollt werden. Wenn man es nicht will, kann man es auch nicht machen.

Präsident Boris Rhein:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Barth?

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Jetzt nicht, es ist doch schon so spät. Frau Barth, morgen machen wir das alles.

(Lachen Elke Barth (SPD) – Zurufe SPD)

Betrachten Sie einfach einmal, was in diesen noch nicht einmal drei Jahren passiert ist. Diese Entwicklung des Wollens, Stadtentwicklung, Dorfentwicklung, Gemeindentwicklung zu machen, wird komplett unterstützt von dieser Landesregierung. Das ist der entscheidende Weg, den wir auch weiter gemeinsam gehen müssen. Natürlich gibt es Unterstützung: Soziale Stadt, Fördermöglichkeiten von Plätzen etc. Das kann man alles aufzählen, das ist wahnsinnig viel. Aber bitte nehmen Sie es auch einmal zur Kenntnis, und integrieren Sie es auch einmal in Ihre Reden. Auch das würde mich freuen. Dann, glaube ich, können wir mit dem Geld eine ganze Menge bewirken.

(Elke Barth (SPD): Ich kann Ihnen auch Ihre Reden schreiben!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit dem, was wir alle gemeinsam wollen, ein großes Stück weitergekommen sind. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Förster-Heldmann. – Nächster Redner ist der Abg. Schalauske für die Fraktion DIE LINKE.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch zu fortgeschrittener Stunde bleibt die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum eine so wichtige Frage, dass man sie auch mit entsprechender Zeit diskutieren muss. Erlauben Sie mir nur eine kurze Vorbemerkung zu dem, was die Kollegin Förster-Heldmann gerade gesagt hat. Sie hat so ein bisschen das Bild gezeichnet, die Politik solle der Vermittler sein zwischen dem Wunsch der Bauindustrie, der auch stark von der FDP unterstützt wird, und den Kommunen und der öffentlichen Hand auf der anderen Seite.

Ich hätte einen ganz anderen Vorschlag: Sie könnten als Land Hessen damit beginnen, keine öffentlichen Flächen mehr zu verkaufen, öffentliche Flächen, die dann den Kommunen oder dem Land Hessen als Gestaltungsspielraum fehlen. Beim Verkauf des Frankfurter Polizeipräsidiums hat sich das Land wie ein Spekulant verhalten, hat es meistbietend verramscht. Hören Sie damit auf. Das wäre ein gutes Handeln des Landes Hessen.

(Beifall DIE LINKE – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Wir beraten jetzt in zweiter Lesung über die Änderung des Wohnrauminvestitionsprogrammgesetzes, WIPG, und ich will gleich zu Beginn das sagen, was ich auch schon bei der ersten Lesung gesagt habe: Es ist völlig richtig, die Geltungsdauer dieses Gesetzes zu verlängern. Es ist auch richtig, die Mittel aufzustocken. Angesichts der Mietenund Wohnungskrise, die wir in Hessen haben, ist jeder Schritt sinnvoll, der das Angebot an bezahlbarem sozial geförderten Wohnraum ausweitet. Darüber gibt es auch wenig unterschiedliche Meinungen. Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu, ganz unideologisch, so, wie Sie das von uns gewohnt sind.

(Zurufe)

Dies vorausgeschickt, muss man aber etwas Wasser in den Wein gießen, und man muss natürlich auch der Selbstinszenierung von Schwarz-Grün etwas entgegensetzen.

Erst letzte Woche hat sich der zuständige Minister, Herr Staatsminister Al-Wazir, mit den Worten zitieren lassen, der soziale Wohnungsbau ziehe in Hessen wieder an. – Grund für diese, wie wir finden, sehr optimistische Sichtweise ist der Umstand, dass 2020 scheinbar über 3.000 Wohnungen zur Förderung gemeldet wurden. Immerhin, besser spät als nie. Aber allein die Tatsache, dass dies der höchste Wert seit 2009 ist, zeigt einerseits die Größe des Problems und andererseits, wie sehr die Wohnungspolitik unter Schwarz-Grün in den letzten Jahren geschlafen hat.

In all diesen Jahren ist es Ihnen nicht gelungen, die Zahlen des sozialen Wohnungsbaus anzukurbeln. Im Gegenteil, Sie wissen, 10.000 Wohnungen sind aus der Bindung gefallen. Laut der Antwort auf unsere Kleine Anfrage, die wir letzte Woche nach über fünf Monaten endlich erhalten haben, sind es in Hessen aktuell nicht mehr als 80.000 Sozialwohnungen, die Tendenz ist weiter fallend. Bis 2024, das wissen Sie, sollen weitere 8.800 Wohnungen aus der Bindung fallen, darunter knapp 6.000 Wohnungen im Regierungsbezirk Darmstadt, also in der Rhein-Main-Region. Sogar Kollege Lenders hat darauf hingewiesen, dass wir es hier mit einer sehr angespannten Situation zu tun haben.

Herr Staatsminister, da hilft es auch wenig, wenn Sie dann an Berlin verweisen. Das können Sie alles gerne machen. Aber der Niedergang des sozialen Wohnungsbaus in Hessen liegt in den letzten Jahren in Ihrer Verantwortung, in der Verantwortung eines grünen Ministers. So darf es nicht weitergehen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn angesichts solcher Zahlen Frau Förster-Heldmann in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs von einer "Delle" im sozialen Wohnungsbau spricht, dann zeigt es letztlich nur, wie weit Sie von der Realität weg sind. Diesen Niedergang als "Delle" zu bezeichnen, das ist für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, die wirklich betroffen sind von dieser Wohnungskrise und diesem Mietenwahnsinn, nicht nachzuvollziehen. Wie diese Menschen solche Bezeichnungen empfinden, das sollten Sie sie am besten einmal fragen. Viele Menschen wissen überhaupt nicht mehr, wie sie ihre Miete noch bezahlen sollen, wie sie an eine bezahlbare Wohnung kommen. Sie sprechen von einer "Delle" in einer ansonsten doch ach, so positiven Entwicklung.

(Zuruf Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN))

Ich glaube, dass es keine Delle ist, es ist ein strukturelles Problem. Die Wohnungsfrage ist eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. Es wäre endlich Aufgabe, auf den Regierungsbänken entschlossene Lösungen zu präsentieren, statt das Problem in immer neuen Debatten weiter zu verharmlosen

Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: Wir sind auf einem guten Weg, wir investieren Rekordsummen. – Genau das ist schon wieder passiert, genau das hat Frau Förster-Heldmann gerade wieder getan. "Wir haben die Förderkonditionen verbessert, es werden so viele Wohnungen zur Förderung angemeldet wie noch nie" – das klingt alles auf den ersten Blick prima. Aber schauen wir uns doch einmal die Zahlen des Wohnrauminvestitionsprogrammgesetzes an.

Eine Verdoppelung der Mittel um 257 Millionen € klingt natürlich erst einmal spektakulär herausragend. Schaut man aber auf die verlängerte Laufzeit und auf die Landesmittel, die jenseits von Darlehen fließen sollen, dann sieht man, am Ende sind es eben ein paar Millionen Euro pro Jahr mehr, mehr aber auch nicht.

Das künstliche Hochrechnen von Fördersummen ist bei Schwarz-Grün Programm. Das hat System bei der Landesregierung. Laut der Antwort auf unsere Kleine Anfrage wurden von 2015 bis 2019 Fördermittel im Bereich der Wohnraumförderung in Höhe von 541 Millionen € bewilligt, knapp 9.100 Wohnungen. Das klingt erst einmal nach einer ganzen Menge. Im selben Zeitraum sind allerdings Kompensationsmittel des Bundes in Höhe von 379 Millionen € geflossen. Das bedeutet, dass der Anteil des Landes in diesen fünf Jahren faktisch nur 161 Millionen € beträgt; das macht pro Jahr 32 Millionen €. Das ist natürlich weit entfernt von den Fantasie- und Fabelsummen, mit denen sich die Landesregierung so gerne schmückt. Es lohnt sich also, genauer auf Ihre Zahlen zu schauen.

(Beifall DIE LINKE)

Das gilt auch für die über 3.000 Wohnungen, die 2020 laut Ministerium zur Förderung angemeldet wurden. 2019 waren es 1.676 solcher Vorhaben, 2018 noch 1.983 Vorhaben. Das klingt erst einmal nicht schlecht, das klingt nach einer großen Steigerung. Allerdings, was bis heute unklar ist: wann aus diesen Anmeldungen tatsächlich Wohnungen werden. Es sind Wohnungen, die zur Förderung angemeldet wurden.

Wir haben Erfahrungswerte. Als das Ministerium im Sommer 2019 in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage zugeben musste, wie viele Sozialwohnungen gebaut wurden, wurde gesagt, 2017 waren es nur 693 und im Jahr 2018 nur 892. Ich zitiere:

Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden. Denn in den vergangenen Jahren wurden jeweils rund 2.000 Wohnungen bei der Landesregierung zur Förderung angemeldet. Diese befinden sich jetzt im Planungs- oder Bauprozess und werden in den nächsten Jahren fertiggestellt.

Es ist ja schön, wenn Sie diese Zahlen immer wieder vermelden. Wie viele dieser Wohnungen sind denn 2019 tatsächlich fertiggestellt worden? Sind die Zahlen wie prognostiziert gestiegen? – Nein, wir glauben, das genaue Gegenteil ist der Fall. Im Jahr 2019 wurden in ganz Hessen lediglich 618 geförderte Wohnungen fertiggestellt.

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Das ist ein neuer Negativrekord. Sie stellen sich hierhin und jonglieren mit großen Zahlen, die angeblich die Erfolge Ihrer Wohnungspolitik dokumentieren sollen. Diese Zahlen halten einer genauen Betrachtung nicht stand. Das ändert nichts daran, dass wir heute diesem Gesetzentwurf zustimmen werden. In Sachen Wohnungspolitik ist bei Ihnen aber noch sehr viel Luft nach oben.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege, vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abg. Schulz für die Fraktion der AfD.

Dimitri Schulz (AfD):

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen, verehrter Herr Minister Al-Wazir! Frau Förster-Heldmann, ich will nur darauf hinweisen, dass es morgen wahrscheinlich leider noch später als heute wird.

Nicht die Kommunen sollen bauen, sondern die Kommunen sollen Bauland ausweisen. Das passiert zu wenig.

(Beifall AfD)

Herr Minister, ich habe von dieser Stelle aus während der ersten Lesung wörtlich gesagt:

Bei Gesetzentwürfen der Regierung lohnt es sich kaum, jemanden noch vom Gegenteil überzeugen zu wollen. Der Entwurf wird ohnehin angenommen werden. Was wir als Opposition tun können, ist nur, zu erklären, warum Sie auf dem Holzweg sind, und zwar nicht erst seit gestern.

(Beifall AfD)

Das hat sich bewahrheitet. Die AfD ist die einzige Partei, die klipp und klar verurteilt, dass Sie versuchen, von den eigenen Fehlern abzulenken und die früher gemachten Fehler zu wiederholen.

(Beifall AfD)

Die Mitglieder der anderen Oppositionsparteien durchschauen das natürlich auch. Sie sind nicht dumm. Aber wir sind die Einzigen, die das auch sagen.

(Beifall AfD)

Dieses Spiel machen wir einfach nicht mit. Ihr Wohnrauminvestitionsprogrammgesetz ist schon am 1. Januar 2019 in Kraft getreten und war völlig wirkungslos. Ich weise gern noch einmal darauf hin, dass das sogar in dem Text Ihres Entwurfs steht. Sie schreiben nämlich:

Die Situation an den Wohnungsmärkten ist weiterhin spürbar angespannt.

Was heißt denn "weiterhin"? Woran könnte das liegen?

Es gibt zwei Möglichkeiten, als Machthaber auf so eine Lage zu reagieren. Die erste ist die, die Sie gewählt haben. Sie wollen jetzt noch mehr Geld in das Fass ohne Boden pumpen. Wie bei fast allen Ihren Initiativen zur Baupolitik wollen Sie die eigenen Fehler nicht einsehen. Sie wollen denselben Fehler wiederholen und hoffen, dass es dieses Mal kein Fehler sein wird.

(Beifall AfD)

Die andere Möglichkeit wäre die weniger angenehme. Sie wäre dafür aber die bessere. Es gibt den leichten Weg, und es gibt den richtigen Weg, wie der Volksmund sagt.

(Zuruf: Das habe ich noch nie gehört!)

Ihr Gesetz hat von Anfang an nur die Symptome bekämpft, statt das Problem an der Wurzel zu packen.

(Beifall AfD)

Das ist das Erste, was man sich eingestehen müsste. Als Zweites müsste man den Grund für die Probleme auf dem Wohnungsmarkt identifizieren und klar benennen. Die Lösung für die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt wäre vor allem die Erhöhung der Eigentumsquote unter Ausweisung von Bauland. Dann wären unsere Bürger gar nicht mehr von den Schwankungen der Immobilienpreise abhängig.

Sie haben niemals Vorstöße in diese Richtung gemacht. Man hört von Ihnen die ganze Zeit über nur etwas zur Mietpreisbremse und zu Sozialwohnungen.

Außerdem ist eine Verbesserung der Bedingungen im ländlichen Raum nötig. Aber das interessiert Sie nicht. Denn dort werden die meisten von Ihnen, insbesondere gilt das für die GRÜNEN, gar nicht gewählt.

(Beifall AfD)

Sie schreiben in dem Text des Entwurfs – Zitat –:

In vielen Landesteilen besteht eine sich verschärfende Wohnungsknappheit.

Welche Landesteile sind das? Geht es um den Wetteraukreis oder das Hinterland von Fulda? – Nein, Sie wissen ganz genau, dass es nicht darum geht. Es geht um die urbanen Regionen, die ohnehin schon überbevölkert sind.

(Beifall AfD)

Diese Kommunen wollen Sie fördern, damit noch mehr Menschen dorthin ziehen.

Ich will wieder auf den richtigen Weg zurückkommen, den Sie nicht einschlagen wollen. Der dritte Schritt auf diesem Weg wäre, sich endlich der Demografie zuzuwenden, statt ängstlich die Augen vor ihr zu verschließen.

(Beifall AfD)

Man muss sich eingestehen, dass die Migrationspolitik der letzten Jahre die Situation auf dem Wohnungsmarkt drastisch verschlechtert hat. Das steht auch in dem Gesetzentwurf.

(Beifall AfD)

Das ist Mathematik für Erstklässler. Aber wir haben vorhin gesehen, dass nicht jeder mit Mathematik gute Freundschaft pflegt.

Herr Minister, was machen Sie stattdessen? Warnen Sie vor einer solchen Entwicklung? Haben Sie Lösungsvorschläge? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Anfang 2018 haben Sie explizit geschrieben, dass dieses Wohnrauminvestitionsprogramm an die Aussicht auf die Errichtung von Flüchtlingswohnheimen gekoppelt sei.

Seitdem wir in den Landtag eingezogen sind und unsere Wähler hier vertreten, sagen wir das, inzwischen seit fast zwei Jahren. Wir, die Mitglieder der AfD, wollen, dass deutsche Bürger nicht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, um eine anständige Lebensqualität zu haben.

(Beifall AfD)

Zweitens sollten deutsche Bürger hinreichend gute Bedingungen vorfinden, um ohne Förderprogramme selbst bauen zu können, anstatt auf staatliche Wohlfahrt angewiesen zu sein.

(Beifall AfD)

Drittens sollte als Allererstes für die Bürger dieses Landes, die Deutschen, gebaut werden. Wir sollten die staatlichen Förderprogramme nicht danach ausrichten, wie viele abgelehnte ausreisepflichtige Migranten mit Duldungsstatus sich hier aufhalten.

(Beifall AfD)

Für uns hat sich seit der ersten Lesung nichts geändert. Wir werden gegen Ihren Gesetzentwurf stimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Schulz, vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Abg. Müller für die Fraktion der CDU.

J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU):

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe jetzt unter unfassbarem Druck. Soll ich die 7:30 Minuten ausnutzen oder auf die Uhr schauen und sagen, ich bin der letzte Redner dieses Tages? Wir wollen es nicht allzu fröhlich haben. Herr Kollege Lenders, ich bedanke mich bei Ihnen ausdrücklich für die Analyse. Wir sind uns darüber einig. Der Staatsminister hat es, so glaube ich, bei der Begründung des Gesetzentwurfs schon gesagt: Das ist ein weiterer Versuch, ein bürokratisches Hemmnis zu beseitigen, um auf diese Weise das Geld zu lenken – ich will es einmal so salopp sagen – und weitere Anreize zu geben, damit der soziale Wohnungsbau besser anläuft.

Aber die Probleme bestehen woanders. Sie bestehen darin, dass die Bereitschaft, sozialen Wohnungsbau zu betreiben, erst einmal da sein muss. Da können wir alle sagen: Das muss, das soll, das wird.

Von der linken Seite höre ich immer, das müsse alles ganz anders werden. Das Problem ist: Die Bereitschaft muss von all denen da sein, die sozialen Wohnungsbau betreiben wollen. Da haben wir die Probleme. Da müssen wir Anreize schaffen. Die schaffen wir. Ich bin stolz darauf, dass wir die Mittel verdoppeln werden. Wir werden sie wahrhaftig verdoppeln. Damit werden wir deutlich machen, dass die Hessische Landesregierung nach wie vor den notwendigen und sinnvollen sozialen Wohnungsbau fördert.

Das ist völlig eine Mär. Ich kann das bald nicht mehr hören, weil es ohne Kenntnis der Geschichte ist, dass die Mitglieder der AfD davon reden, dass das der falsche Weg sei. Der soziale Wohnungsbau begleitet unser Land seit 1949. Er gibt Menschen Wohnungen, die sie sich sonst nicht leisten könnten.

(Beifall CDU)

Seit 1949 gibt es einen breiten Konsens zwischen allen Parteien, dass der soziale Wohnungsbau ein Weg ist, der Wohnungsnot sinnvoll zu begegnen. Daran wollen wir gar nicht rütteln. Denn das ist ein Mittel, das den sozialen Frieden in unserem Land nicht nur gewährleistet, sondern auch absichert.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir können lange darüber nachdenken, was wir hinsichtlich des Baulandes verbessern können. Sie haben das gerade eben gesagt. Aber wir können es nicht verbessern, wenn man in den Kommunen vor Ort nicht die Entscheidungen trifft, die notwendig sind. Darauf kann das Land nur begrenzt einwirken. Wir erleichtern die Vorgaben hinsichtlich des Bauens. Wir müssen da nur an die Gesetzesvorlagen der letzten Monate erinnern, die der Herr Staatsminister vorgelegt hat.

Herr Al-Wazir, Sie sind mir viel zu aktiv. Man sagt immer, das sei nicht so. Das Gegenteil ist aber der Fall. Gerade für den Wohnungsbau sind die Vorgaben erleichtert worden. Das geschah im Übrigen auch unter Einbindung der Stadt Frankfurt. Ich erinnere mich an die Anhörung, aus der wir vieles aufgenommen haben.

Das heißt also, wir tun vieles, um die Situation zu verbessern. Aber die Problematik ergibt sich vor Ort. Sie ist dort, wo der Wohnungsbau stattfindet.

Wir haben einen völlig geteilten Wohnungsmarkt. Das dürfen wir nicht leugnen. Der Wohnungsmarkt in den Ballungszentren funktioniert völlig anders als auf dem Land. Frau Kollegin Förster-Heldmann hat darauf schon hingewiesen. Deshalb müssen wir uns in Zukunft auch darum kümmern – wir werden das auch tun –: Wie kriegen wir in die Zentren Leben? Wie bekommen wir Interesse am sozialen Wohnungsbau?

Mit einer Mär muss man aufräumen. Hier wird vorgetragen, die Bilanz sei schlecht, weil wir nur 9.000 Wohnungen Zuwachs haben und 18.000 Wohnungen aus der Bindung herausfallen. – Sie fallen aus der Bindung heraus. Deswegen hat kein Mensch weniger Wohnraum. Kein Mensch zahlt sofort mehr Miete. Das ist eine Mär.

Wenn Sie in die Mietspiegel schauen, die sozioökonomisch aufgestellt sind, werden Sie feststellen, dass sich gar nicht viel ändert. Von daher ist der eigentliche Effekt der sozialen Wohnungsbauförderung doch erreicht. Es werden Wohnungen errichtet, die über eine lange Zeit der Sozialbindung unterliegen. Danach stehen sie dem Wohnungsmarkt nach wie vor zur Verfügung. Ich finde deshalb, dass die 9.000 Wohnungen mehr ein großer Erfolg der Hessischen Landesregierung sind.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gehört nur am Rande zum Thema. Ich finde aber, man muss es trotzdem einmal sagen. Es ist einfach eine widerliche Mär, zu sagen, die Flüchtlinge würden dafür sorgen, dass sich die Wohnungsknappheit verstärkt. Das leugnet die demografische Entwicklung in unserem Land.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Das ist schlichtweg Demagogie und die völkische Betrachtung einer Situation, die so überhaupt nicht gegeben ist. Sie bleiben doch bis zur letzten Sekunde den Beweis schuldig,

wie viele Wohnungen vermeintlich aus dem Markt verschwunden sind.

(Zuruf: Jetzt sind es schon Villen! – Gegenruf: Es sind Villen in München! – Weitere Zurufe)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Müller, Sie haben das Wort.

J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU):

Ich höre dem Blödsinn gerne zu. Das muss ich ehrlicherweise sagen. Herr Dr. Grobe, die Demagogie, die Sie heute gebracht haben, ist unfassbar. Sie bleiben den Beleg schuldig. Wir befinden uns nicht in München. Wir sind in Hessen. Sagen Sie doch, wie viele Wohnungen dem allgemeinen Markt durch Flüchtlinge genau entzogen wurden. Sagen Sie, wo, wie viele und wann. Sie werden zu einem erstaunlichen Ergebnis kommen.

Sie werden aber nicht leugnen können, dass immer mehr junge Leute in die Städte ziehen wollen. Sie suchen für sich einzeln eine Wohnung. Das heißt, die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten 40 Jahren verändert. Früher haben Familien Wohnungen gesucht. Jetzt suchen immer mehr Single-Haushalte Wohnungen. Dadurch verknappt sich logischerweise der Wohnraum. Denn die Wohnungen, die damals gebaut wurden, wurden unter anderen Gesichtspunkten gebaut.

Wir haben eine große Aufgabe. Ich bin dankbar, dass der Herr Staatsminister genau das erkannt hat. Er hat gesagt: Wir müssen die Vorgaben jetzt lockern. Wir müssen innovativer denken. Wir müssen Anreize bieten, um auf diesen veränderten Wohnungsmarkt einzugehen.

Um es kurz zu machen: Das ist ein cooler Gesetzentwurf. Wir finden ihn klasse. So muss man weitermachen. – Danke schön.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Müller, herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Al-Wazir für die Landesregierung.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der eigentliche Anlass dieser Debatte ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Wohnrauminvestitionsprogrammgesetzes.

Das will ich noch einmal sagen: Wir werden die Mittel dafür verdoppeln. Das heißt, das wird ein wesentlicher Baustein dafür sein, dass wir die angestrebte Summe von 2,2 Milliarden € bis zum Jahr 2024 erreichen werden. Deswegen ist es ein gutes Gesetz, das, wenn ich es richtig sehe, hier eine breite Mehrheit erhalten wird.

Die zweite Frage ist: Wofür machen wir das? – Wir machen das, um geförderten Wohnraum zu schaffen.

Und weil es so eine allgemeine Debatte zu dieser Frage gab: Ja, wir haben die Zuschüsse erhöht, also den Zuschussanteil. Das heißt übrigens auch, im Gegensatz zur Vergangenheit können wir diese Mittel – jedenfalls teilweise – nicht mehrfach einsetzen. Das war lange ein Erfolgsrezept der sozialen Wohnraumförderung, dass man mit zinsvergünstigten Darlehen gearbeitet hat. Dadurch hat man etwas angereizt, dann kam es irgendwann zurück, das hat man wieder eingesetzt. Das machen wir eben teilweise noch, aber wenn man sozusagen einen Zuschussanteil in diesem Bereich hat, dann bedeutet das natürlich auch, wenn ich mir den gesamten Bereich des geförderten Wohnraums anschaue, dass die Mittel dann "teilweise" weg sind und in einem bestimmten Bereich neu mobilisiert werden müssen.

Ja, das sage ich ausdrücklich: Wir machen das, weil wir sehen, dass es in bestimmten Bereichen einen Mangel gibt. Deswegen ist es vielleicht ganz wichtig zur allgemeinen Wohnraumfrage: Wir haben in Hessen eigentlich nicht zu wenige Wohnungen. Wenn man sich einmal anschaut, wie viele wir insgesamt brauchen: Wir brauchen 367.000 in den nächsten 20 Jahren. Wie viele entstehen jedes Jahr? Etwa 16.000 bis 17.000. Das kommt übrigens schon ungefähr hin. Nur stellen wir fest, sie entstehen teilweise, wenn ich das so sagen darf, an der falschen Stelle,

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

weil da gebaut wird, wo man eigentlich keinen Mangel hat, oder sie entstehen in einem Segment, wo am Ende gerade in den Bereichen, wo die Menschen nicht viel Geld haben, die Mietpreise zu hoch sind. Deswegen machen wir die soziale Wohnraumförderung, und deswegen konzentrieren wir sie auf den Ballungsraum, um an dieser Stelle den Markt auszugleichen.

Ich sage es ausdrücklich, weil Herr Schalauske gesagt hat, eigentlich sei das alles viel zu wenig, wenn man weiß, wie viel man braucht: Mein Anspruch ist nicht, dass jede neu gebaute Wohnung in Hessen eine Sozialwohnung ist, sondern ich möchte am Ende eine Mischung aus den unterschiedlichen Bereichen: geförderten Wohnraum, frei finanzierten Mietwohnraum, Eigentumswohnungen, Eigenheime. Wenn man das am Ende an den richtigen Stellen mischt, dann entstehen im Übrigen auch funktionierende soziale Quartiere.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dem Punkt muss ich Ihnen sagen: Ja, ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren ein deutliches Anziehen auch der Bautätigkeit haben werden. Das ist so, das dauert immer eine gewisse Zeit, wenn Sie ein neues Gebiet finden. Wir haben jetzt die Förderinitiative Großer Frankfurter Bogen entlang der Schienenstrecken gestartet, wir unterstützen die Kommunen in diesem Bereich besonders. Aber bis Sie da erst mal den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan haben und bis da am Ende eine Wohnung steht, das dauert einfach eine gewisse Zeit.

Dann lautet die spannende Frage: Welche Wohnungen entstehen da? Ich bin mir sehr sicher – und das ist dann ein Punkt, an dem nicht nur die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften oder die Nassauische Heimstätte das nachfragen werden –: Es gibt zunehmend auch Städte in gefragten Bereichen, die dann sagen, dass auch jeder private Investor von Mietwohnungen einen bestimmten Anteil an geförderten Wohnungen vorhalten muss. Das finde ich ausdrücklich richtig da, wo wir sehen, dass es einen richtigen Druck gibt.

Aber ich sage an dieser Stelle auch: Das kommt irgendwann an Grenzen, wenn dann beispielsweise gesagt wird – wir diskutieren morgen über die Frage –, wie viel Prozent geförderter Wohnraum bzw. in welchen Bereichen. Wenn Sie irgendwann die Forderung haben, die teilweise sogar von der Linkspartei gestellt wird, nur noch geförderten Wohnraum zu schaffen, kann ich Ihnen sagen: So haben wir in Deutschland bisher nicht gebaut, und so will ich auch nicht bauen.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich möchte nicht, dass die Fehler der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts wiederholt werden, man irgendwelche Sachen auf die grüne Wiese klatscht und sich am Ende wundert, dass es sozial nicht funktioniert; und Banlieues wie in Frankreich will ich erst recht nicht.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Es kommt auf die Mischung an, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört geförderter Wohnraum, dazu gehört frei finanzierter Wohnraum, und dazu gehört auch Eigentum. Das ist am Ende der Punkt, um den es geht. Ja, natürlich diskutieren wir über die Frage, was wir noch tun können. Morgen werden wir auch über die Frage diskutieren, was dazu beigetragen werden kann, dass es schneller geht.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir können keine Fläche bereitstellen, das geht nicht. Bauleitplanung ist der Kern der kommunalen Selbstverwaltung. Also ist jeder von Ihnen, der vor Ort Verantwortung trägt, auch gefragt, wenn es um den Punkt neuer Gebiete geht, was man dann entstehen lässt. Dann geht es um die Frage, in welchen Bereichen man da investiert. Ich kann Ihnen das einmal beispielsweise aus meiner Heimatstadt Offenbach sagen: Da war es jahrzehntelang so, dass man dort keinen sozialen Wohnungsbau mehr wollte, übrigens parteiübergreifend – Nadine Gersberg weiß genau, was ich meine.

Man setzte nämlich darauf – Stichwort: Hafen und Ähnliches –, dass man am Ende eine andere Sozialstruktur bekommt, und zwar war das nicht Gentrifizierung, das war der Versuch einer Durchmischung. Dann ist es am Ende so gut gelaufen, dass es jetzt wieder das Problem gibt, dass man in bestimmten Bereichen viel zu wenig hat; und auch die Stadt Offenbach sagt jetzt wieder, sie wolle geförderten Wohnraum haben. Wir als Land sagen an dieser Stelle: Wir stellen die Mittel bereit, gebaut werden muss vor Ort. Teilweise machen wir das auch über die mehrheitlich landeseigene Wohnungsbaugesellschaft.

Ja, es fallen auch Wohnungen aus der Bindung, nach 25 Jahren, nach 15 Jahren oder nach 20 Jahren. Aber ich sage ausdrücklich: Diese Wohnung, die aus der Bindung fällt – wenn sie aus der Bindung fällt; wir haben auch Mittel bereitgestellt, um Wohnungen länger in der Bindung zu halten; die Nassauische Heimstätte beispielsweise sagt freiwillig, dass sie jede Wohnung, die aus der Bindung fällt, zehn Jahre länger als Sozialwohnung zur Verfügung stellt, und das Land verzichtet im Gegenzug auf Dividende aus der Nassauischen Heimstätte –, wird nicht am nächsten Tag eine Penthouse-Wohnung, Kollegin Wissler,

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

sondern sie ist in aller Regel weiterhin in einem bestimmten Segment. Es kommt auch da auf die Mischung an. Frei

finanzierter Mietwohnraum, günstiger Mietraum, kommunale Wohnungsbaugesellschaften, private Investoren – an dem Punkt haben wir jetzt alles im Köcher, was man sich nur wünschen kann. Jetzt geht es Schritt für Schritt voran. Die Kollegin Hinz hat schon angefangen, Stichwort: Wohnrauminvestitionsprogrammgesetz, von ihr eingebracht. Wir drehen den Tanker langsam weiter, im Wohnungsbau dauert das immer eine gewisse Zeit, aber er dreht sich, und er dreht sich in die richtige Richtung. Deswegen ist es ein wunderbarer Abschluss des heutigen Plenartags. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. Wir sind am Ende der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir können jetzt mit den Abstimmungen für den heutigen Tag beginnen. Ich habe den Gong bereits mehrfach betätigt und darf fragen, ob wir anfangen können. Widerspricht jemand? – Nein. Dann wollen wir jetzt beginnen.

Zunächst möchte ich über die Einzelpläne zum Haushaltsgesetz 2021 abstimmen. Danach würden wir vereinbarungsgemäß über Tagesordnungspunkt 59 – Beschlussempfehlung und Bericht zum Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten – abstimmen. Zuletzt lasse ich dann die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen und die Beschlussempfehlungen ohne Aussprache abstimmen.

Einzelplan 01: Hessischer Landtag. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Die Fraktion der SPD, DIE LINKE und die Fraktion der AfD. Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Einzelplan 02: Hessischer Ministerpräsident. Wer stimmt dafür? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, die AfD und die Freien Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 02 angenommen.

Einzelplan 03: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport. Wer ist für die Annahme? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ist jemand dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD und die Freien Demokraten. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Einzelplan 04: Hessisches Kultusministerium. Wer ist für die Annahme? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD und die Freien Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Einzelplan 05: Hessisches Ministerium der Justiz. Wer stimmt dafür? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – AfD, Freie Demokraten, DIE LINKE, SPD. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Einzelplan 06: Hessisches Ministerium der Finanzen. Wer ist dafür? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD, Freie Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Einzelplan 07: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen. Wer ist für die Annahme? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD, Freie Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Einzelplan 08: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration. Wer ist dafür? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD, Freie Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 08 angenommen

Einzelplan 09: Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Wer ist für die Annahme? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD, Freie Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Einzelplan 10: Staatsgerichtshof. Wer stimmt dafür? – AfD, Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? – Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht Fall. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Einzelplan 11: Hessischer Rechnungshof. Wer ist für die Annahme? – AfD, Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? – Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht Fall. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Einzelplan 15: Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Wer ist für die Annahme? – CDU und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – AfD, Freie Demokraten, SPD, DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 15 angenommen.

Einzelplan 17: Allgemeine Finanzverwaltung. Wer ist dafür? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, Freie Demokraten und die AfD. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 17 angenommen.

Einzelplan 18: Staatliche Hochbaumaßnahmen. Wer ist für die Annahme? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD, DIE LINKE, AfD und Freie Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 18 angenommen.

Nachdem wir jetzt über alle Einzelpläne abgestimmt haben, kommen wir zu dem Gesetzentwurf.

Gemäß § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags wird ein Gesetzentwurf, der in drei Lesungen zu beraten ist, einem Ausschuss zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen. Es ist vorgesehen, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Vorbereitung der dritten Lesung dem Haushaltsausschuss zurückzuüberweisen. – Dem widerspricht niemand. Dann machen wir das so.

Damit komme ich zu den übrigen zur Abstimmung stehenden Tagesordnungspunkten des heutigen Tages.

Ich rufe zunächst Tagesordnungspunkt 59 auf. Das ist die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Digitales und Datenschutz zu der Vorlage des hessischen Beauftragten für Datenschutz, Drucks. 20/4024 zu 20/3797 zu 20/2607. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – AfD, Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN, die SPD und DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? – Ist jemand dagegen? – Beides nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 13. Das ist die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Wohnrauminvestitionsprogrammgesetzes, Drucks. 20/4170 zu 20/3915. Wer stimmt dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Freien Demokraten, die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Die Fraktion der AfD. Enthält sich jemand der Stimme? – Damit ist der Gesetzentwurf angenommen und zum Gesetz erhoben.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 67:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks, 20/4159 –

Die Fraktion der CDU bittet, die Petition Nr. 1588/20, Stärkung des Ersatzfahrplans des Schulbusses Giesel-Neuhof durch Ergänzung um weitere Busse bzw. Fahrten, dem Petitionsausschuss zurückzuüberweisen. Können wir darüber Einvernehmen herstellen? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann überweisen wir diese Petition dem Petitionsausschuss zurück.

Die Fraktion DIE LINKE bittet, folgende Petitionen getrennt abzustimmen: Nr. 1098/20, 1789/20, 1834/20, 1857/20, 1908/20, 1918/20. Herr Felstehausen, können wir das im Paket abstimmen, oder jede einzeln?

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Die erste bitte einzeln, der Rest kann en bloc abgestimmt werden.

Präsident Boris Rhein:

Alles klar, dann machen wir das so.

Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung zu Nr. 1098/20 abstimmen. Wer stimmt dafür? – Das sind CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die AfD, die Freien Demokraten. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung zu Nr. 1098/20 angenommen.

Ich lasse jetzt über die Beschlussempfehlungen zu Nr. 1789/20, 1834/20, 1857/20, 1908/20 und 1918/20 en bloc abstimmen. Wer für die Annahme der Beschlussempfehlungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – AfD, Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Beschlussempfehlungen angenommen.

Ich komme jetzt zu den restlichen Beschlussempfehlungen der Drucks. 20/4159. Wer stimmt diesen Beschlussempfehlungen, das sind die restlichen Petitionen, zu? – Das sind CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, DIE LINKE, die AfD und die Freien Demokraten. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? – Damit haben wir die Beschlussempfehlungen so angenommen und die Petition Nr. 1588/20 dem Petitionsausschuss zurücküberwiesen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 60**, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft,

Drucks. 20/4172 zu 20/2869. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – SPD, AfD, Freie Demokraten. Wer enthält sich der Stimme? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 61, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Drucks. 20/4173 zu 20/4068. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf: Oho!)

Wer stimmt dagegen? – Die AfD, die Freien Demokraten. Wer enthält sich der Stimme? – Die Sozialdemokraten. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 62, Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Drucks. 20/4174 zu 20/4072. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Das sind CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Die Sozialdemokraten, DIE LINKE, die Freien Demokraten und die AfD. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 63, Beschlussempfehlung und Bericht des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses, Drucks. 20/4179 zu 20/2874. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD, die Freien Demokraten. Wer stimmt dagegen? – Die Sozialdemokraten und DIE LINKE. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 64, Beschlussempfehlung und Bericht des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses, Drucks. 20/4180 zu 20/3678. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sozialdemokraten, DIE LINKE und die Freien Demokraten. Wer ist dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 65, Beschlussempfehlung und Bericht des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses, Drucks. 20/4181 zu 20/4008. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die Sozialdemokraten, DIE LINKE, die AfD und die Freien Demokraten. Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Tagesordnungspunkt 66, Beschlussempfehlung und Bericht des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses, Drucks. 20/4182 zu 20/4061. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD. Wer ist dagegen? – Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beschlussempfehlungen.

Ich habe noch zwei Mitteilungen, die nicht unwichtig sind: Die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen findet nicht statt. Dafür können wir die Sitzung des Innenausschusses von hier in den Raum 501 A verlegen. Das hat den Vorteil, dass jetzt keine Wartezeiten

entstehen. Sie können also direkt in Raum 501 A zum Innenausschuss gehen. Der Hauptausschuss kommt in Raum 510 W zusammen.

Ich wünsche einen wunderschönen guten Abend, und herzlichen Dank.

(Schluss: 22:03 Uhr)